
ARCHITEKTUR
DER DDR
12'75
Preis 5.— Mark

Die Zeitschrift „Architektur der DDR"
erscheint monatlich
Heftpreis 5,– M, Bezugspreis vierteljährlich 15,– M

Bestellungen nehmen entgegen:
Заказы на журнал принимаются:
Subscriptions of the journal are to be directed:
Il est possible de s'abonner à la revue:

In der Deutschen Demokratischen Republik:

Sämtliche Postämter, der örtliche Buchhandel
und der VEB Verlag für Bauwesen, Berlin

Im Ausland:

Bestellungen nehmen entgegen
für Buchhandlungen:
Buchexport, Volkseigener Außenhandelsbetrieb der DDR,
701 Leipzig
Leninstraße 16

für Endbezieher:

Internationale Buchhandlungen in den jeweiligen Ländern bzw. Zentralantiquariat der DDR
DDR 701 Leipzig
Talstraße 29

Redaktion

Zeitschrift „Architektur der DDR", 108 Berlin,
VEB Verlag für Bauwesen
Französische Straße 13–14
Telefon: 204 12 67 · 204 12 68
Lizenznummer: 1145 des Presseamtes
beim Vorsitzenden des Ministerrates
der Deutschen Demokratischen Republik
P 320/75, P 3/54/75 bis P 3/60/75

Verlag

VEB Verlag für Bauwesen, Berlin
Französische Straße 13–14
Verlagsleiter: Georg Waterstradt
Telefon: 204 10
Telegrammadresse: Bauwesenverlag Berlin
Fernschreiber-Nr. 011 441 Techkammer Berlin
(Bauwesenverlag)

Gesamtherstellung:

Druckerei Märkische Volksstimme, 15 Potsdam
Friedrich-Engels-Straße 24 (I/16/01)
Printed in GDR

Anzeigen

Alleinige Anzeigenannahme: DEWAG-Werbung Berlin
1054 Berlin, Hauptstadt der DDR
Wilhelm-Pieck-Str. 49, Fernruf: 2 26 27 12
und alle DEWAG-Betriebe und -Zweigstellen der Bezirke der DDR
Gültige Preisliste Nr. 3

Städtebaulicher Wettbewerb zur Neugestaltung des Gebietes „Nördlich der Langen Straße" in Rostock

In Übereinstimmung mit dem Ministerium für Bauwesen und dem BdA/DDR schreibt der Rat der Stadt Rostock in der weiteren Verwirklichung der vom VIII. Parteitag der SED beschlossenen Hauptaufgabe einen kombinierten Wettbewerb zur Erarbeitung von Bebauungsvorschlägen für die Neugestaltung des Gebietes „Nördlich der Langen Straße" in Rostock aus.
Die städtebauliche Zielstellung für das Wettbewerbsgebiet besteht darin, den zum Flußufer führenden Hang unterhalb der Langen Straße als wichtige Erweiterungsfläche des Stadtzentrums unter Einbeziehung der dort vorhandenen denkmalgeschützten Substanz zu gestalten. In Weiterführung der neuen städtebaulichen Qualität der Langen Straße als Element des sozialistischen Stadtzentrums ist dieser zur Flußlandschaft der Warnow gehörende Bereich attraktiv in zweckmäßiger Kombination von Wohnungsbau und gesellschaftlichen Einrichtungen und durch die Einordnung von Funktionen für Freizeit, Erholung und Begegnung entsprechend den Bedürfnissen einer sozialistischen Großstadt zu gestalten.
Laufzeit des Wettbewerbes: 19. 1. bis 14. 5. 1976
Die Wettbewerbsunterlagen werden am 15. 1. 1976 um 11.00 Uhr im Rathaus (Modellraum) übergeben, anschließend findet eine Ortsbegehung statt. Bei Verhinderung werden die Unterlagen zugeschickt.
Am 19. 2. 1976 findet in der Zeit von 10.00 bis 16.00 Uhr im Rathaus (Modellraum) eine Pflichtkonsultation statt.

Geforderte Leistungen:

1. Modell, M 1 : 500
2. Bebauungsplan, M 1 : 500
3. Abwicklung, M 1 : 500
4. Teilbereich Kultur- und Freizeitzentrum, M 1 : 200
5. Schemaplan der Abdeckung des ruhenden Verkehrs
6. Erläuterungsbericht mit Nachweis der geforderten Kapazitäten
Der Wettbewerb ist anonym.

Folgende Institutionen sind zur Teilnahme aufgefordert:
1. Kollektive der sozialistischen Partnerstädte der Stadt Rostock
2. Bauakademie der DDR
3. TU Dresden, Sektion Architektur
4. Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar
5. Hochschule für angewandte Kunst Berlin-Weißensee
6. Institut für Kulturbauten der DDR
7. Büro des Stadtarchitekten der Stadt Magdeburg
8. VE WBK Rostock

Es werden folgende Preise vergeben:

1. Preis	15 000,– M
2. Preis	12 000,– M
3. Preis	10 000,– M
4. Preis	7 500,– M
5. Preis	5 000,– M
5 Ankäufe zu je 3 000,– M	15 000,– M
	65 000,– M

Das Preisgericht behält sich eine Umverteilung der Summen vor. Für die aufgeforderten Kollektive wird eine Bearbeitungsgebühr von je 20 000,– M ausgesetzt.
Für alle Wettbewerbsteilnehmer ist die Wettbewerbsordnung des BdA/DDR vom 1. 4. 1970 verbindlich.

Dr. Schleiff, Oberbürgermeister

Im nächsten Heft:

Wohngebietszentren in der DDR
Städtebauliche Einordnung gesellschaftlicher Zentren
Kombinierte Einrichtungen für Kultur, Gastronomie und Sport
Kaufhalle in Hoyerswerda
Wohngebietsgaststätte in Senftenberg

Redaktionsschluß:

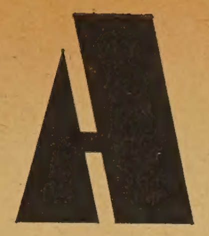
Kunstdruckteil: 26. September 1975
Illusdruckteil: 8. Oktober 1975

Titelbild:

Wohnbauten mit gesellschaftlichen Einrichtungen im zentralen Bereich von Hoyerswerda
Foto: Bauinformation/Hartmetz

Fotonachweis:

Inge Blohm, Berlin (2); Monika Uelze, Berlin (1); Claus Weidner, Berlin (1); Otto Albrecht, Magdeburg (1); G. Zirnstein, Hoyerswerda (19); Foto-Brüggemann, Leipzig (1); Ulrich Noack, Hoyerswerda (1); Gerhard Clages, Hoyerswerda (2); Fotoatelier Goethe, Cottbus (15); Peter Biernath, Hoyerswerda (3); Wolfgang Joswig, Cottbus (4); Herbert März, Plauen (13); John Donat, London (14); Siegfried Roschka, Cottbus (1)



ARCHITEKTUR DER DDR

XXIV. JAHRGANG · BERLIN · DEZEMBER 1975

Herausgeber: Bauakademie der DDR und Bund der Architekten der DDR

Redaktion: Prof. Dr. Gerhard Krenz, Chefredakteur
Dipl.-Ing. Claus Weidner, Stellvertretender Chefredakteur
Detlev Hagen, Redakteur
Ruth Pfestorf, Redaktionelle Mitarbeiterin

Gestaltung: Erich Blocksdorf



A NOTIZEN

Auszeichnung der Preisträger im Architekturwettbewerb 1975

Im Beisein des Leiters der Abteilung Bauwesen beim Zentralkomitee der SED, Genossen Trölitzsch, des Staatssekretärs Dr. Schmiechen und des Präsidenten des BdA/DDR, Prof. Collein, fand am 12. 9. 1975 im Gästehaus des Ministerrates der DDR in Berlin die Auszeichnung der Preisträger im „Architekturwettbewerb 1975" (s. Heft 10/75) statt.



14. Präsidiumssitzung des BdA/DDR

Wenige Wochen vor dem Bundeskongreß, am 26. 9. 1975, fand unter Leitung von Prof. Collein die 14. Präsidiumssitzung des BdA/DDR statt. Die letzte Beratung des Präsidiums in der vergangenen Legislaturperiode befaßte sich noch einmal sehr intensiv mit der inhaltlichen Vorbereitung des 7. Bundeskongresses. Nach dem Bericht des Bundessekretärs informierte dazu Prof. Dr.-Ing. Urbanski die Mitglieder des Präsidiums über die Vorbereitung des Referates.

In der Diskussion gab es noch zahlreiche Vorschläge zur weiteren inhaltlichen Vorbereitung des Bundeskongresses, vor allem zu Fragen der künftigen Arbeit des Bundes. So wurden Vorschläge zur Erzeugnisentwicklung im Wohnungsbau vor allem im Rahmen der WBS 70 und zur Entwicklung der Architekturkritik unterbreitet. Verschiedene Diskussionsredner empfahlen, den Fragen des Industriebaus, der Umgestaltung der Städte und der Öffentlichkeitsarbeit stärkere Aufmerksamkeit zu widmen. Von den Berliner Kollegen wurde eine Reihe von Gedanken entwickelt, wie der Architektenverband mit seiner Arbeit bei der weiteren Ausgestaltung der Hauptstadt der DDR mitwirken kann. Andere Vorschläge zielten auf eine Intensivierung der schöpferischen Seite des Prozesses der Investitionsvorbereitung und der Zusammenarbeit zwischen dem Architektenverband und den staatlichen Organen. Eine stärkere Einflußnahme auf die Arbeit der Architekten in den Baukombinaten und die Verstärkung der Wettbewerbstätigkeit waren Gegenstand weiterer Vorschläge. Insgesamt ging es um eine höhere Qualität und Effektivität im Architekturschaffen ebenso wie in der Arbeit des Bundes.

Das Präsidium bestätigte eine Reihe von Beschlußvorlagen zur Vorbereitung des Bundeskongresses. Es verabschiedete ferner ein Rahmenprogramm für die bezirkliche Weiterbildung und eine Finanzrichtlinie des BdA/DDR.

Leipziger Straße: Wohnungsbau im Zentrum der Hauptstadt Berlin

Die Neugestaltung der Leipziger Straße (Entwurf: Dr.-Ing. Strassenmeier) zeichnet sich jetzt bereits in ihren Konturen immer deutlicher ab. Neben vielgeschossigen Wohnbauten werden hier zahlreiche gesellschaftliche Einrichtungen entstehen.



Sozialer Wohnungsbau – gibt's den?

Diese Frage wurde kürzlich von einer österreichischen Tageszeitung aufgeworfen und verneint, da die Mieten auch in Wohnbauten des sogenannten „sozialen Wohnungsbaus" solche Höhen erreicht haben, daß sie für den Durchschnittsbürger nicht mehr erschwinglich sind. In Wien sind – obwohl es auch hier leerstehende Neubauwohnungen gibt – derzeit rund 20 000 Familien als „dringende Fälle" beim Wohnungsamt vorgemerkt. Rund 200 000 Mieter wohnen in Wohnungen, die als „Substandard" angesehen werden (d. h. die innen kein WC beziehungsweise keine Wasserleitung haben) oder Bauschäden aufweisen.

Aber der kommunale Wohnungsbau ist in den letzten Jahren immer mehr eingeschränkt worden. Während in Wien 1972 noch 4750 Gemeindewohnungen fertiggestellt wurden, waren es 1974 nur noch 2570. Besonders scharfe Kritik gibt es daran, daß zu wenig für die rund 300 000 alten Wohnungen getan wird, die dringend einer Modernisierung bedürfen. Eine nicht geringe Zahl dieser Wohnungen wird von den Hausbesitzern absichtlich dem Verfall preisgegeben, weil nach dem Abbruch der Häuser durch Bodenspekulation ein Vielfaches der Miete herauszuholen ist. Die Bodenspekulation verhindere so auch eine Erhaltung alter, kulturell wertvoller Stadtbereiche und erweise sich immer mehr als ein kaum überwindbares Hindernis für umfassende denkmalpflegerische Maßnahmen.

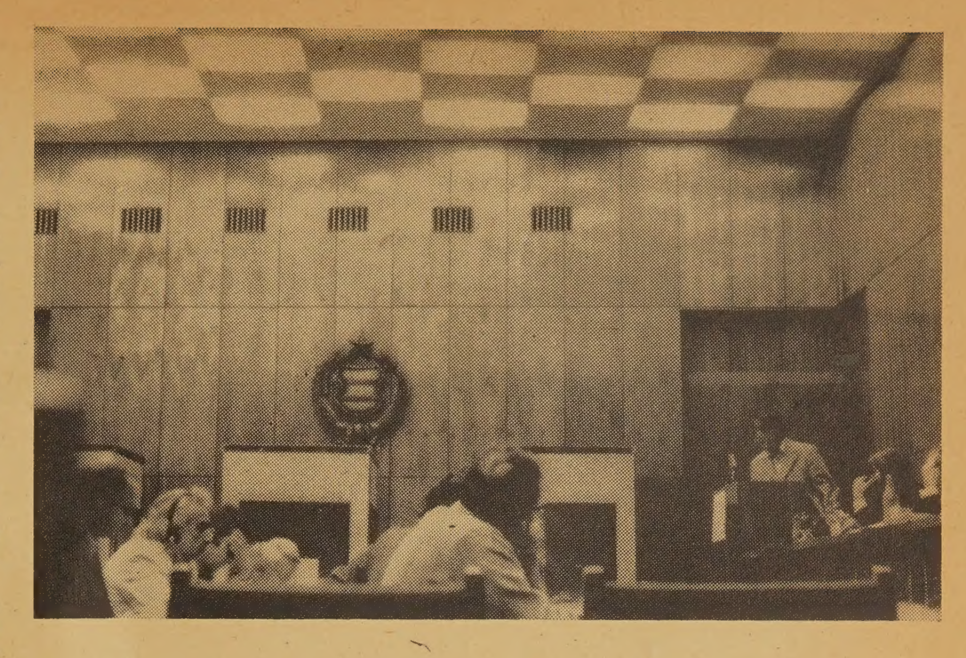
Beratung der Architektenverbände der sozialistischen Länder

Am 22. und 27. September dieses Jahres fand in Budapest und Szombathely eine Beratung der Leitungen der Architektenverbände und der Chefredakteure der Architekturzeitschriften der sozialistischen Länder statt.

Sie diente dem Ziel, die bilateralen Kontakte der sozialistischen Architekturverbände weiter zu verbessern und den Austausch von Informationen zu erhöhen. Durch Studienreisen, Fachexkursionen und gegenseitige Bauausstellungen sollen künftig die Architekten mehr als bisher die Arbeit ihrer Kollegen in den anderen Ländern des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe kennenlernen. Weitere Themen des Erfahrungsaustausches waren die Stellung der Architekten in der sozialistischen Gesellschaft und ihre Aus- und Weiterbildung, besonders die der jungen Architekten.

In Referaten und Diskussionsbeiträgen legten Vertreter der Länder den Standpunkt ihres Architektenverbandes zu den einzelnen Problemen dar (Bild rechts: der Leiter der Delegation des BdA/DDR, Dr.-Ing. Bernhard Geyer, bei seinen Ausführungen). Die Chefredakteure berieten über die Verbesserung der gegenseitigen thematischen Abstimmung und der konstruktiven Zusammenarbeit der Architekturzeitschriften.

Einen umfassenden Einblick erhielten die Teilnehmer des Treffens über den sorgfältigen Landschafts-, Stadtbild- und Denkmalschutz in der Ungarischen Volksrepublik, unterstützt und veranschaulicht durch fachlich gut organisierte Besichtigungen der Städte und Baudenkmäler in Budapest, Sékesfehérvár, Szombathely, Bük, Kőszeg, Cák, Bozsok und Sümag.



Eine Million Wohnungen in der UVR

Entsprechend dem 1960 verkündeten 15jährigen Wohnungsbauprogramm wurde in der Ungarischen Volksrepublik Ende September 1975 die 1 000 000. Wohnung übergeben. Das bedeutende Perspektivprogramm wird bis Jahresende sogar um einige 10 000 Wohnungen übererfüllt werden. In Ungarn gibt es heute etwa 3,5 Millionen Wohnungen, 30 Prozent davon sind nicht älter als 15 Jahre. Im Wohnungsbau sind auch noch heute quantitative Gesichtspunkte ausschlaggebend, damit jede Familie möglichst bald zu einer eigenen Wohnung kommt.

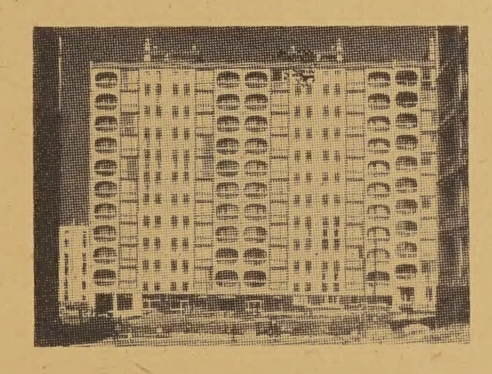
70 Prozent der Neubauwohnungen werden an Arbeiter und unmittelbar an der Produktion Beteiligte und an junge Eheleute vergeben. 28 000 Bürger erhielten im Vorjahr in Übereinstimmung mit bevölkerungspolitischen Zielstellungen außerdem sozialpolitische Vergünstigungen.

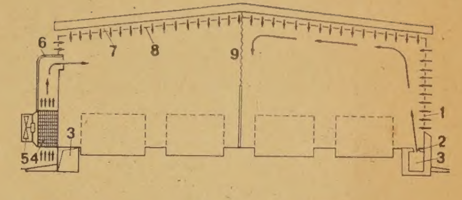
Aber der Wohnungsbau in der Ungarischen Volksrepublik steht auch vor einigen Problemen. So hielten z. B. die Vorbereitungsarbeiten und die Errichtung gesellschaftlicher Einrichtungen nicht Schritt mit der beschleunigten Wohnungsbauproduktion. Die Lösung dieser Probleme soll jetzt verstärkt in Angriff genommen werden.

Rationelle Energieverwendung

Zum ersten Mal in Schweden wird gegenwärtig eine Gruppe von 12 Reihenhäusern in der Nähe von Sundsvall mit einem System zur Wärmewiedergewinnung ausgerüstet, mit dem die Energiekosten um 20 bis 25 Prozent gesenkt werden können. Durch diese Methode können außerdem die Installationskosten gegenüber einem vergleichbaren System in einem Einzelhaus um etwa 50 Prozent gesenkt werden. Die Häuser sollen mit einer Ventilationseinheit zur Energieerzeugung und einem Wärmeaustauscher ausgestattet werden. Die verbrauchte Warmluft wird aus dem Haus abgesaugt und unter Zusatz von Feuchtigkeit der Zuluft beigegeben. Durch den Feuchtigkeitszusatz erhält man ein angenehmeres Innenklima, als durch die trockene, von konventionellen Systemen erzeugte Luft.

Unten: Neue Gestaltungsmöglichkeiten im Plattenbau werden in Ungarn erprobt.





Selbstheizende Geflügelställe

Zur Senkung der Betriebskosten für die Schaffung und Aufrechterhaltung des notwendigen Mikroklimas, besonders in der kalten Jahreszeit, wurde in der UdSSR ein neuer Stalltyp für die Geflügelhaltung entwickelt, in dem das ganze Jahr über keine zusätzlichen Heizkörper erforderlich sind. In diesem Geflügelstall sind die Außenwände (1) und die untergehängte Decke (8) perforiert. Wärmedämmstoffe wurden nicht verwendet. Das Dach des Geflügelstalls kann nach einem beliebigen Herstellungsverfahren konstruiert werden. Die äußeren vertikalen Längsbegrenzungen und die untergehängte Decke bestehen im vorliegenden Fall aus einer glasfaserverstärkten Polyvinylchloridfolie.

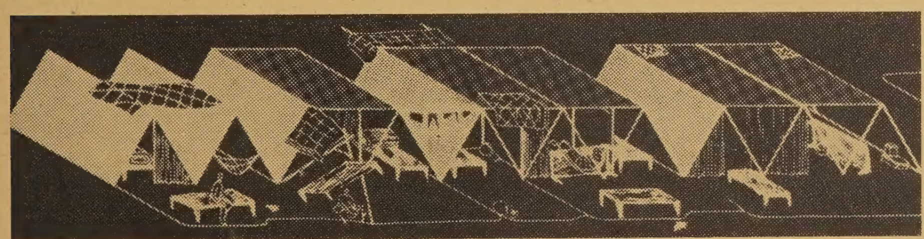
Wärmeverluste durch die Wände und die untergehängte Decke sind durch einen besonderen wärmephysikalischen Effekt ausgeschlossen. Dieser wird durch das Zusammenwirken der perforierten Begrenzungswände und der Luftströme erreicht, die aus der Perforation heraus- und an den Wänden entlangströmen. Ein Teil der Außenluft, der aus der Perforation ausströmt, bildet an der Begrenzung entlang eine dichte Kaltluftschicht. Durch einen Luftvorhang (3), (2) wird die Kaltluft an den Wänden und an der Decke ständig erneuert. Der Luftvorhang wirkt als Rezirkulationssystem. Der übrige Teil der Zuluft wird von den Ventilatoren (5) in die Wärmeaustauscher (4) geleitet, wo sie die ausströmende Luft erwärmt und die Luft (6) in den Stall gelangt.

Damit in den Abzugs- und Zustromöffnungen (7) jeder Gruppe gesonderte aerodynamische Betriebsbedingungen herrschen, wird eine innere Trennwand ohne Öffnungen (9) vorgesehen, die den Geflügelstall in zwei Hälften teilt. Sie verhindert, daß die Luft zwischen den beiden Teilen des Stalls hin und her fließt.

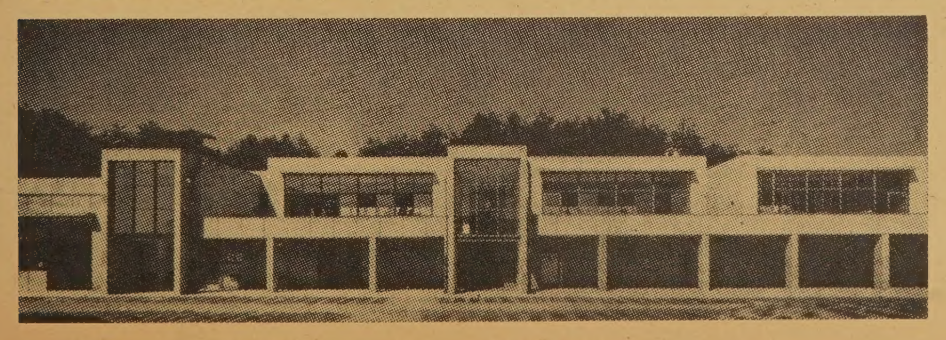
Im Sommer werden zur natürlichen Belüftung die Rollverschlüsse der inneren Trennwand hochgezogen und die perforierten Wandsektionen geöffnet. Um eine starke Sonneneinstrahlung zu verhindern, werden die Folien mit Reflektionsanstrichen versehen.

Die sich selbstheizenden Ställe eignen sich ohne Verwendung künstlicher Wärmequellen für die Haltung von Legehennen bei Außentemperaturen bis –28 °C, von Rindern (500 kg) bis –17 °C, für die Haltung von Kälbern (350 kg) bis –10,6 °C, von Jungsauen oder Mastschweinen (50 kg) bis –30,8 °C und mit einem Gewicht von 100 kg bis –19 °C.

Die Voranschlagkosten des neuen Geflügelstalls liegen um 27 Prozent niedriger als bei einem normalen Typ. Die jährlichen Betriebskosten sanken auf 6800 Rubel.



Oben: Den UNESCO-Preis 1975 für Architektur erhielten die indischen Studenten V. Chavda und A. Shah für ihr Wettbewerbsprojekt zum Thema „Emergency Habitat" (Notwohnungen).
Unten: Aus vorgefertigten Stahlbeton-Streifenelementen wurde diese zweigeschossige Mittelschule in Soma (Japan) gebaut. Architekt Takeo Hatae



Forschungsergebnisse neuer Qualität – Beiträge zur Intensivierung im Bauwesen

Prof. Dipl.-Ing. Werner Heynisch
Präsident der Bauakademie der DDR

Im Wettbewerb zu Ehren des IX. Parteitages der SED ist auch bei den Wissenschaftlern der Bauakademie eine schöpferische Initiative für die Verwirklichung der Aufgaben des Plans Wissenschaft und Technik 1975 und für die gründliche Vorbereitung des Planjahres 1976 mit hohen Zielen spürbar. Die allseitige Erfüllung der Pläne Wissenschaft und Technik in den letzten Jahren war möglich durch die immer engere sozialistische Gemeinschaftsarbeit zwischen Bauwissenschaftlern, Projektanten und Arbeitern, insbesondere Neuerern, auf den Baustellen sowie durch die Vertiefung der Forschungskooperation mit der UdSSR und den anderen sozialistischen Bruderländern.

Die von der 13. Tagung des Zentralkomitees der SED und der 6. Baukonferenz gestellten strategischen Ziele bestimmen die Aufgaben der Bauwissenschaft auf lange Sicht. Ein weitaus größerer Beitrag als bisher ist für die Intensivierung der Bau- und Baumaterialienindustrie, die Erhöhung der städtebaulichen Qualität und die Erschließung vorhandener Reserven zu leisten. Drei Hauptrichtungen bestimmen die Arbeit der Forschungskollektive der Bauakademie: erstens, die qualitativen und quantitativen Ziele des Wohnungsbauprogramms mit geringerem materiell-technischem Aufwand und mit hoher städtebaulicher Qualität sichern zu helfen; zweitens, mit allem Nachdruck zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit und Effektivität des Industriebaus als wichtige Grundlage für die weitere Stärkung der Wirtschaftskraft unseres Landes beizutragen, und drittens, unsere Kräfte und Mittel in höherem Maße auf das Erforschen neuer Möglichkeiten zur effektiveren Nutzung einheimischer Rohstoffe und Sekundärrohstoffe zu orientieren. Komplexe Arbeit der Institute der Bauakademie und ihre vielfältige Verflechtung mit den Universitäten und Hochschulen, der Akademie der Wissenschaften der DDR und den Kombinaten des Bauwesens bestimmen das Herangehen an ihre Lösung.

Für höhere Leistung der Plattenwerke

Das Wohnungsbauprogramm ist das Kernstück unserer sozialpolitischen Zielstellung. Wesentliche Teile des Forschungspotentials der Bauakademie werden daher für die Schaffung des wissenschaftlich-technischen Vorlaufs und die praxiswirksame Überleitung der Ergebnisse für den Wohnungsbau eingesetzt. Von besonderer Bedeutung ist hierbei das Engagement der Akademie in unserer Hauptstadt Berlin als Beitrag für ihre weitere Ausgestaltung zur sozialistischen Metropole.

Vordringliche Aufgabe im Wohnungsbau ist die Erhöhung des Produktionsausstoßes der vorhandenen Plattenwerke durch einen ganzen Komplex von Rationalisierungsmaßnahmen und ihre beschleunigte Überleitung in die Praxis. Die gemeinsam mit Produktionskollektiven in den Plattenwerken durchgeführten Analysen haben bestätigt, daß hier Reserven zur Kapazitätssteigerung in einer Größenordnung von etwa 10 000 bis 12 000 Wohnungseinheiten pro Jahr erschlossen und gleichzeitig die Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen verbessert werden können. Die dazu erforderlichen Maßnahmen reichen von der besseren Auslastung der vorhandenen Aggregate mit Hilfe der wissenschaftlichen Arbeitsorganisation über die Vervollkommnung der Technologie bis zur Rekonstruktion von Produktionsabschnitten, zum Beispiel durch die schnellere Betonerhärtung, die Optimierung der Formenauslastung und die Rationalisierung der Transportumschlag- und Lagerprozesse.

Neue Technologien für Transportbeton

Eine generelle Richtung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, besonders im Industriebau, ist die weitere Industrialisierung auf der Grundlage des leichten ökonomischen Bauens. Hauptfaktoren hierbei sind die Verlagerung arbeitsaufwendiger Baustellenprozesse in die Vorfertigung, die weitere Mechanisierung der auf der Baustelle verbleibenden Produktionsprozesse sowie die Verbesserung der Produktionsorganisation. Von erstrangiger Bedeutung ist dabei, die Verarbeitung von Beton effektiver zu gestalten, die über ein Viertel der Eigenleistungen der Industriebau- und Spezialkombinate ausmacht. Neue Technologien für Transportbeton wurden gemeinsam mit dem Maschinenbau erarbeitet und halbautomatische Betonaufbereitungsanlagen entwickelt. Die Voraussetzungen für die Breitenanwendung dieser Neuentwicklung sind geschaffen, mit der die Bauarbeiter des BMK Chemie und des BMK Kohle und Energie auf den Baustellen in Leuna II und Jänschwalde bewiesen, daß damit der Arbeitszeitaufwand je Kubikmeter Beton um mehr als 30 Prozent und der Zementverbrauch bis zu 10 Prozent gesenkt werden können.

Im Rahmen der Vorlaufforschung wird gemeinsam mit der VVB Technische Textilien und dem Metalleichtbaukombinat eine neue Generation von Hallenbauten vorbereitet. Diese langlebigen Textilverbundkonstruktionen sollen Material und Bauzeit einsparen.

Einheimische Rohstoffe nutzen

Eine entscheidende Aufgabe der Bauforschung ist es, die ausreichend vorhandenen heimischen Rohstoffe und Sekundärrohstoffe in stärkerem Maße volkswirtschaftlich zu erschließen, zum Beispiel den Gips. Er läßt sich für Ausbauelemente wie nichttragende Wände und untergehängte Decken verwenden und trägt dazu bei, Zement, Energie und Arbeitsaufwand einzusparen. Das trifft besonders für die Vorfertigung von Sanitärzellen im Glockengußverfahren zu. Der erforderliche Aufwand für die Formen liegt gegenüber Beton um 70 Prozent niedriger. In diesem Jahr werden die stofflichen und technologischen Entwicklungen einschließlich der Aggregate für Sanitärzellen aus Gips für das Wohnungsbauprogramm abgeschlossen und die Serienproduktion aufgenommen.

Beton bleibt in absehbarer Zeit unser wichtigster Baustoff. Einsparungen bei dem Massenbaustoff Zement liegen daher im besonderen volkswirtschaftlichen Interesse. Gemeinsam mit der Akademie der Wissenschaften der DDR, der Chemieindustrie und sowjetischen Partnerinstituten werden dazu chemische Zusatzmittel entwickelt, die die Verarbeitbarkeit des Betons erhöhen, Frostsicherheit garantieren und die Schnellerhärtung des Betons ermöglichen. Weitere Forschungs- und Entwicklungsarbeiten befassen sich mit der Verwendung von Glasfasern für Bewehrungen zur Substitution von Bewehrungsstahl.

Auf diesen Wegen soll ein entscheidender Beitrag der Bauwissenschaft zur Sicherung des wissenschaftlichen Vorlaufs, zur Durchsetzung einer einheitlichen wissenschaftlich-technischen Politik und Leistungssteigerung des Bauwesens erbracht werden.



Zur Komplexplanung der sozialökonomischen Entwicklung von Städten in der Sowjetunion

Michail Wassiljewitsch Glasyrin
Akademie für Gesellschaftswissenschaften
beim ZK der KPdSU, Moskau

Die Stadt stellt eine soziale Entwicklungsform der Produktivkräfte und der territorialen Struktur der Gesellschaft dar. Die historische Praxis hat die Bestätigung erbracht, daß eine solche Form der sozialökonomischen Struktur der Gesellschaft die Elemente des Fortschritts in sich trägt. Der Anteil der in den Städten lebenden Menschen an der Gesamtbevölkerung ist in der UdSSR kontinuierlich gewachsen: Während er im Jahre 1922 noch bei 16 Prozent lag, betrug er 1973 60 Prozent (1).

Als Ergebnis des Sieges der sozialistischen Produktionsverhältnisse gewannen die Städte den erforderlichen Spielraum für ihre harmonische Entwicklung, deren Ziel die Befriedigung der Bedürfnisse aller Werktätigen auf der Grundlage des Wachstums der Produktion und des ökonomischen Einsatzes der gesellschaftlichen Arbeit ist. Dieser Prozeß vollzieht sich im Rahmen einer qualitativ neuen Siedlungsstruktur, die von Klassenantagonismen befreit ist und allen Menschen zugute kommt.

Die Städte nehmen bei der Schaffung der materiell-technischen Basis des Kommunismus und bei der Gestaltung der dieser Basis entsprechenden gesellschaftlichen Verhältnisse einen führenden Platz ein. Die Städte ... „entwickeln sich zu Mittelpunkten des wirtschaftlichen, politischen und geistigen Leben des Volkes, und sie sind die Hauptantriebskräfte des Fortschritts" (2). Unter den Bedingungen des Sozialismus kommt es gleichzeitig mit der Entwicklung der Städte zu einer stufenweise verlaufenden Aufhebung der Unterschiede zwischen Stadt und Land – in erster Linie durch die Erhöhung des Niveaus der gesellschaftlichen Arbeit und der Produktion, insbesondere durch die Herausbildung von agroindustriellen Komplexen und Agrostädten. Der Weg zum Aufbau moderner sozialistischer Großstädte war nicht leicht. Die Bewältigung dieser Aufgabe forderte von der kommunistischen Partei und den staatlichen Einrichtungen eine gewaltige schöpferische Arbeit.

Von den ersten Schritten der Sowjetmacht bis zum Aufbau einer sozialistischen Volkswirtschaft mußten schwierigste Aufgaben bei der Rekonstruktion alter und dem Aufbau neuer Städte gelöst werden. Gleichzeitig galt es, eine Methodologie für die Planung ihrer Entwicklung auszuarbeiten.

Heute befinden wir uns bereits in unmittelbarer Nähe der Zeit, von der W. I. Lenin schrieb, daß im Sozialismus ... „die Elektrifizierung aller Fabriken und Eisenbahnen die Arbeitsbedingungen hygienischer machen, Millionen Arbeiter von Rauch, Staub und Schmutz befreien und die Umwandlung schmutziger, häßlicher Werkstätten in saubere, helle und menschenwürdige Laboratorien beschleunigen wird. Elektrische Beleuchtung und elektrische Heizung für jedes Haus werden Millionen von ‚Sklavinnen der Hausarbeit' von der Notwendigkeit erlösen, drei Viertel ihres Lebens in übelriechenden Küchen zu verbringen" (3).

Die Rolle der Industriebetriebe als wichtigste Arbeitsstätten hat sich von Grund auf verändert: Jahr für Jahr vergrößert sich die Anzahl der Industriebezirke, die von den Wohngebieten der Menschen durch Grünanlagen – sanitäre Schutzzonen – geschieden sind. Schrittweise entsteht eine neue kollektive Lebensform. Die individuelle Hauswirtschaft wandelt sich zu einer in großen Maßstäben operierenden gesellschaftlichen Struktur, die es den Frauen ermöglicht, sich immer mehr von den Mühen der häuslichen Arbeit zu befreien und aktiv am sozialistischen Aufbau und am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen.

Für die sozialistische Rekonstruktion der Städte ist auch die Entwicklung von Planungsstrukturen charakteristisch, die architektonisch-künstlerischen Wert besitzen. In den Städten werden die in Stein geformten Zeugen des nationalen Fortschritts, der revolutionären Vergangenheit und des modernen Lebens gepflegt und erhalten.

Außerordentliche Bedeutung wird dem Problem der Erweiterung und der rationellen Nutzung der Freizeit beigemessen. Diese Freizeit brauchen die Werktätigen, wie W. I. Lenin ausführte, „für die Erholung, für die Entwicklung ihrer Persönlichkeit und für die Nutzung ihrer Rechte als Menschen, Mitglieder von Familien und als Bürger" (4). Von der gesamten Struktur der Stadt – angefangen von den großen Industriebereichen über die Versorgungs- und Verkehrseinrichtungen bis zur kleinsten Einheit der Stadt, der Wohnung – hängt die Schaffung der optimalen Lebenssphäre für den Menschen und sein geistiges Wachstum ab.

Erfahrungen bei der Planung der Stadtentwicklung

Heute verfügen die Länder der sozialistischen Gemeinschaft bereits über reiche theoretische und organisatorische Erfahrungen auf dem Gebiet des Aufbaus sozialistischer Städte.

Die Städtebaupolitik der Kommunistischen Partei der Sowjetunion ist auf die rationelle Unterbringung der Produktivkräfte in organischer Verbundenheit mit der Entfaltung des sozialökonomischen, politischen und geistigen Lebens der Gesellschaft gerichtet. Diese Politik ist im Programm der KPdSU verankert: „Der entfaltete Aufbau des Kommunismus fordert rationellste Standorte für die Industrie. Hierdurch werden der ökonomisch sinnvolle Einsatz der gesellschaftlichen Arbeit, die komplexe Entwicklung der Gebiete und die Spezialisierung ihrer wirtschaftlichen Anlagen gewährleistet, eine übermäßige Zusammenballung der Bevölkerung in den großen Städten verhütet, die wesentlichen Unterschiede zwischen Stadt und Land abgebaut und eine fortschreitende Angleichung des Niveaus der wirtschaftlichen Entwicklung in sämtlichen Bereichen des Landes erreicht" (5).

Der gewaltige Aufschwung des Städtebaus in der UdSSR ist durch das Vorhandensein der dafür erforderlichen Voraussetzungen – staatliche Perspektivpläne für die Entwicklung der Volkswirtschaft, zentralisierter Einsatz von Investitionsmitteln und gesellschaftliche Hilfe aller Art – sichergestellt. Die Erfüllung dieser Bedingungen ist für die Anlage neuer Siedlungen notwendig. Der Aufbau neuer Städte fördert die gleichmäßigere Verteilung der Bevölkerung über das gesamte Land und dient ebenso der Erschließung und Industrialisierung der weiten Gebiete im Norden und Osten der Sowjetunion. Ungefähr 40 Prozent des in den Jahren der Sowjetmacht zu verzeichnenden Zuwachses der Stadtbevölkerung vollzog sich im Rahmen der Besiedlung neuer Städte. Gegenwärtig erscheinen in jedem Jahr mehr als zwanzig neue Städte auf der Landkarte der Sowjetunion.

In der Regel werden heute in den Städten nicht einzelne Betriebe, sondern ganze Produktionskomplexe aufgebaut. Gruppen von Betrieben werden nach technologischen Gesichtspunkten auf einem für sie geeigneten geschlossenen Territorium angesiedelt, wo sie auf der Grundlage einer gemeinsamen Energieversorgung, Transport- und Betriebswirtschaft und bei Nutzung eines gemeinsamen wissenschaftlich-technischen Zentrums kooperieren. Interessante Erfahrungen mit dieser Form der Organisation von Industriezentren liegen in Belorußland, in der Ukraine, aus dem Wolgagebiet, Sibirien und aus Leningrad vor.

Der Aufbau besonders großer Produktionskomplexe auf der Grundlage der metallurgischen Industrie und anderer Zweige mit hohem Energieverbrauch in Gebieten, in denen große Wasserkraftwerke gebaut werden, aber auch die Schaffung nicht nur eines, sondern zweier oder dreier verschiedener Produktionskomplexe innerhalb eines Gebietes fordern den Aufbau neuer Städte, die für eine Bevölkerungszahl von 300 000 bis 500 000 Einwohnern und mehr ausgelegt sind (z. B. Togliatti, Wolshsk, Balakowo, Temir-Tau, Angarsk, Bratsk u. a. m.). An Standorten, die in der Hauptsache von Betrieben in Anspruch genommen werden, die der Gewinnung von Bodenschätzen dienen, hat sich ein neuer Typ der Stadt herausgebildet. Hier werden Werktätige angesiedelt (im allgemeinen 50 000 bis 80 000), die in Erdöl- und Erdgasbetrieben oder auch in Großbetrieben der Holzindustrie arbeiten. Diese Betriebe sind in der Regel recht weit voneinander entfernt. In den letzten 10 bis 15 Jahren haben Städte, in denen sich Forschungszentren und Experimentalbetriebe befinden, eine stürmische Entwicklung erfahren. Unter ihnen verdienen die Umgebung Moskaus, Leningrad, Nowosibirsk, Swerdlowsk und Wladiwostok besondere Erwähnung. Prognosen, die über die städtebildende Bedeutung der Wissenschaft angestellt wurden, gelangten zu der Schlußfolgerung, daß in den neuen Städten mit wissenschaftlichem Profil 30 000 bis 50 000 und in Städten mit wissenschaftlicher Produktion etwa 80 000 bis 120 000 Menschen leben werden (6).

In den letzten Jahren sind in der Sowjetunion immer mehr neue Städte und Bezirke entstanden, die den modernsten Ansprüchen der Menschen an das Leben gerecht werden. Sie bieten optimale Voraussetzungen für die Arbeitswelt, die kulturelle Entwicklung der Persönlichkeit und die Freizeitgestaltung. Sie werden in komplexer Form nach neuen, verbesserten Typenprojekten errichtet. Hierfür lassen sich nicht wenige Beispiele anführen. Von ihnen seien hier einige Stadtbezirke Moskaus, wie Troparewo, Weschnjaki-Wladytschino und Dawydkowo, die Maurice-Thorez-Straße in Leningrad sowie neue Wohnmassive in Kiew, Minsk und Riga genannt. Höchste Anerkennung fand der Lasdinai-Bezirk in Wilnjus. Harmonischer Einklang der Gebäude mit dem sie umgebenden malerischen Landschaftsrelief, sorgfältig durchdachte Einrichtungen für die kulturelle Betreuung und materielle Versorgung der Bevölkerung und nicht zuletzt auch die hochwertige Ausführung aller Bauarbeiten haben den Bezirk Lasdinai zu einem vorbildlichen Wohngebiet gemacht. Seine Autoren wurden im Jahre 1974 mit dem Lenin-Preis ausgezeichnet.

Nun sei noch ein anderes Beispiel aus der Praxis des Aufbaus neuer Städte betrachtet. An den Ufern des gewaltigen Stausees des W. I. Lenin-Wasserkraftwerks wächst die Stadt der Automobilbauer, Togliatti, empor. Gerade ist die erste Baustufe, die mehr als 160 000 Einwohnern Aufnahme bietet, zum Abschluß gelangt. Dieses Vorhaben wurde als Komplexarbeit ausgeführt: Zugleich mit den Wohngebäuden wurden Schulen, Kindergärten und Krippen, Filmtheater, Speisegaststätten und andere Einrichtungen für die kulturelle und materielle Versorgung errichtet. Durch die hohe Qualität, die hier auf allen Gebieten erreicht wurde, sind beste Voraussetzungen für Arbeit, Wohnen und Freizeit geschaffen worden.

Nicht weniger interessant sind die Erfahrungen, die mit dem Aufbau von Akademgorodok bei Nowosibirsk gesammelt wurden. Diese Stadt wird gegenwärtig nach dem Gruppen-Besiedelungssystem in einen wissenschaftlich-technischen Komplex umgewandelt. Sie befindet sich am Ufer des neu geschaffenen großen Staubeckens, das von dem Fluß Ob gespeist wird, am Rande ausgedehnter Waldmassive. Durch ihre Lage besitzt diese Stadt günstige mikroklimatische und architektonische Voraussetzungen. Im Plan ihrer zonalen Gliederung ist vorgesehen, ihre wichtigsten Teile parallel zueinander anzuordnen. Der Bereich, in dem sich die 20 wissenschaftlichen Forschungsinstitute befinden, ist gesondert vom Wohngebiet angelegt, wobei jedoch der räumliche Abstand zuläßt, daß die Mitarbeiter zu Fuß an ihren Arbeitsplatz gelangen können. An die Wohnzone grenzt der Stadtpark, der in einen Waldpark übergeht. Die Wohnbebauung ist in Gestalt von Wohnbezirken angelegt, die jeder für sich mit allen erforderlichen Versorgungseinrichtungen ausgestattet sind. Hier wurde faktisch alles bis in die kleinste Einzelheit im voraus bedacht. Als ein Beispiel hierfür mag dienen, daß die Fußgängerwege innerhalb der Wohnbezirke erst projektiert und gebaut wurden, nachdem die Fußgänger selbst ihren günstigsten und angenehmsten Verlauf festgelegt hatten.

Die Wohnbezirks-Bebauung von Akademgorodok schließt selbstverständlich auch die Objekte von gesamtstädtischer Bedeutung ein: Großkaufhalle, gesellschaftliche Einrichtungen, Haus der Wissenschaftler, einen Gebäudekomplex der Universität Nowosibirsk mit Sportzentrum, Filmtheater, Stadion, Schwimmbad, Strand, Klub junger Techniker, Räumlichkeiten zur Ausübung des Fechtsports und vieles andere mehr.

Die Komplexbebauung von Akademgorodok wurde durch eine allen Ansprüchen genügende Finanzierung in Übereinstimmung mit dem im Detailprojekt für die Planung der Stadt festgelegten Programm sichergestellt. Außerdem lag die gesamte Ausführung des Vorhabens in den Händen nur eines Auftraggebers und eines Generalauftragnehmers. Während des Aufbaus konnten die Forderungen der aus allen Teilen des Landes zusammenströmenden Einwohnerschaft noch in vieler Hinsicht präzisiert werden.

Die betrachteten Beispiele lassen deutlich erkennen, daß es durch das komplexe Herangehen auf allen Ebenen und die rechtzeitige Lösung einer Vielzahl von Problemen, die sich beim Aufbau einer neuen Stadt ergeben (Planung, Projektierung, Finanzierung und nicht zuletzt die Organisation der eigentlichen Bauarbeiten) möglich ist, gute Ergebnisse zur Befriedigung der Bedürfnisse der Bürger durch die Verwirklichung der Ideen von Städtebauern und Architekten zu erzielen.

Im Jahre 1974 billigte das Zentralkomitee der KPdSU die Arbeitserfahrungen des Gebietskomitees Orel und des Ministeriums für Bauwesen der UdSSR bei der Verwirklichung der taktweisen Bearbeitung von Wohnbauten der Stadt Orel. Das Wesen des hier unternommenen Versuchs besteht darin, daß durch die gemeinsame Arbeit der Partei- und städtischen Organe ein Taktplan für den Hausbau geschaffen wurde, der die gesamte Arbeit der Planer, Projektanten, Auftraggeber und Baufachleute zusammenfaßt und einem einheitlichen Ziel unterordnet. Charakteristisches Merkmal des in Orel geschaffenen Taktplanes ist seine zentralisierende und organisierende Wirkungsweise. Als einziger Auftraggeber tritt die Verwaltung für Investitionen beim Städtischen Vollzugskomitee auf.

Einziger Generalprojektant ist das Institut „Orjolgiprogorselstroi" und einziger Generalauftragnehmer die Verwaltung „Orjolstroi". Der Taktplan wirkt im Maßstab der gesamten Stadt. Seine Grundlagen sind die Komplexlösung aller Probleme und strenge Plandisziplin. Bei der Festlegung der Aufgaben geht man von dem Fünfjahrplan für die Investitionen und vom Generalschema für die Entwicklung der Stadt aus. Die laufende Arbeit wird nicht nach einem Einjahresplan, sondern nach einem Zweijahrplan für die Projektierung und den Aufbau der Wohn- und Gesellschaftsobjekte organisiert. Vor dem Ende eines jeden Jahres stellt man ein Programm für die nächstfolgende Zweijahresperiode auf, wodurch die Kontinuität der Planung und Realisierung des Bauablaufs in hohem Maße sichergestellt wird.

Die Einführung des Orjol-Systems erbringt große ökonomische Vorteile, besonders wenn sie mit der von N. A. Slobin vorgeschlagenen Methode der Brigadearbeit kombiniert wird. Die Häuser werden in festgelegtem Rhythmus übergeben, die Anzahl der gleichzeitig im Bau befindlichen Objekte wird herabgesetzt und die Isttermine der Bauausführung werden um 20 Prozent verkürzt (7).

Die Praxis hat in Orel gezeigt, daß es unerläßlich ist, die Bildung von Städtebau-Kombinaten anzustreben, die in der Lage sind, den Gesamtkomplex der städtischen Bebauung zu realisieren.

Eine Schlüsselfrage bei der Komplexentwicklung von Städten ist die Herbeiführung einer Übereinstimmung zwischen der Gebiets- und der Industriezweigplanung, der Stadtverwaltung als einem einheitlichen sozialökonomischen Organismus, als Objekt der Volkswirtschaft.

Komplexe Planung der sozialökonomischen Entwicklung der Stadt – eine objektive Notwendigkeit

Gegenwärtig sind die Städte, als Objekte der Volkswirtschaft, noch nicht unmittelbar in das System der volkswirtschaftlichen Planung einbezogen, wobei einige Städte ausgenommen sein sollen. Aus diesem Grunde wird vorerst noch die Ganzheit ihrer Entwicklung nicht selten außer acht gelassen. Ihre Verwaltung durch örtliche Organe, besonders unter den Bedingungen des raschen Wachstums aller Maßstäbe der gesellschaftlichen Produktion, begegnet in einer Reihe von Fällen immer neuen Schwierigkeiten.

Die Fachgebietsstruktur der Volkswirtschaft hat gegenwärtig einen Entwicklungsstand erreicht, bei dem in einer Reihe von Städten eine größere Anzahl relativ kleiner Betriebe gleichartigen Profils tätig ist, die sich unter der Leitung verschiedener Ministerien und Organe entwickeln. Die objektive Notwendigkeit der Durchsetzung einer vollständigeren und rationelleren Vergesellschaftung der Produktion ist nicht nur im Hinblick auf das ganze Land, sondern auch im Rahmen großer Städte herangereift.

Die objektive Notwendigkeit der komplexen Planung der sozialökonomischen Entwicklung der Stadt ist dadurch bedingt, daß die Industriebetriebe die für sie lebenswichtigen Fragen ohne eine entsprechende Entwicklung der Stadt, in der sie ihren Standort haben, nicht mehr optimal lösen können. Die erweiterte sozialistische Reproduktion qualifizierter Arbeitskräfte und die allseitige Entwicklung der Persönlichkeit der Werktätigen hängen unmittelbar mit der Befriedigung ihrer wachsenden Bedürfnisse zusammen und diese ist wiederum in erheblichem Maße nicht nur von der Arbeit des Kollektivs des Betriebes, sondern auch von der Vervollkommnung der Organisation und Funktionstüchtigkeit der gesamten, nicht unmittelbar an der Produktion teilnehmenden Sphäre abhängig.

Die Problematik der Planung der sozialökonomischen Entwicklung von Städten liegt darin begründet, daß sie vor der Aufgabe steht, günstigere Arbeits- und Lebensbedingungen für die Werktätigen zu schaffen sowie die Einheit der materiell-technischen, natürlichen und sozialen Umwelt herzustellen. Es ist bekannt, daß die fortschreitende Entwicklung der Wirtschaft und die zunehmende Entfaltungsgeschwindigkeit des wissenschaftlich-technischen Fortschritts immer größere Anforderungen an die Arbeiter selbst, ihre Kenntnisse und an die gesamte Kultur stellen. Die Befriedigung dieser Anforderungen materiellen und geistigen Charakters ist ohne eine weitere Steigerung der gesellschaftlichen Arbeitsproduktivität nicht möglich. Die Planung der sozialökonomischen Entwicklung muß diese untrennbaren Wechselbeziehungen voll in Betracht ziehen. Die Notwendigkeit der Betrachtung von Problemen sozialen und ökonomischen Charakters als einheitliches Ganzes ergibt sich daraus, daß man alle gesellschaftlichen Verhältnisse als ein ganzheitliches System anzusehen hat, in dem, wie Marx in seiner Kritik an Proudhon ausführte, ... „alle Beziehungen gleichzeitig existieren und sich aufeinander stützen" (8).

Die objektive Notwendigkeit der komplexen Planung der sozialökonomischen Entwicklung der Städte ist durch ihre führende Rolle im gesellschaftlichen Prozeß, durch das Wachstum der Bedürfnisse der Werktätigen und durch die Zunahme der Produktion selbst bedingt.

Die Stadt ist mehr als die Summe ihrer Teile

Die Entwicklung sozialistischer Städte ist ein fortschreitender Prozeß der Erneuerung, der vollständigeren Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung und der allseitigen Entwicklung der Persönlichkeit. Um das gesetzte Ziel erreichen zu können, braucht man Zeit und Ressourcen. Folglich ist es notwendig, rationellste sozialökonomische Maßnahmen zu treffen und durchzuführen. Zu ihnen gehört auch die Vollendung eines Systems von Maßnahmen für die allseitige Bildung der Werktätigen. In diesem Zusammenhang hat die Entwicklung vollkommenerer Methoden der Planung der sozialökonomischen Entwicklung der Städte eine große Bedeutung erlangt. Sie ist ein unlösbarer Bestandteil und ein weiterer Schritt zur Konkretisierung der Planung der Volkswirtschaft. Die ersten Schritte in dieser Richtung sind unausweichlich mit der Beseitigung noch mitgeschleppter Mängel in der Planung verknüpft.

Heute ist der Generalplan ein wichtiger Lenkungsmechanismus der Entwicklung der Stadt. Faktisch ist er nichts anderes, als ein technischer Plan zur Verwirklichung sozialökonomischer Programme. Generalpläne für einen Perspektivzeitraum von 15 bis 20 Jahren existieren für fast alle Städte der UdSSR. Von der Qualität der Erarbeitung des Generalplanes, von dem Grade seiner Realität und vom Niveau der Städtebau-Technik hängt der Erfolg bei der Verwirklichung der vorgesehenen sozialökonomischen Programme ab.

In dem Maße, in dem sich der sozialistische Städtebau entwickelt, berücksichtigen diese Generalpläne die Perspektive der Entwicklung der Städte immer präziser. Dadurch wird die Effektivität der im Städtebau getroffenen Entscheidungen allmählich erhöht.

Aus einer Reihe von Gründen können jedoch viele dieser Pläne die Komplexentwicklung der Stadt noch nicht in vollem Umfang gewährleisten. Erstens ist es noch nicht möglich, die ökonomischen Möglichkeiten, die realen Perspektiven der Entwicklung von Industriebetrieben und Fortschritte im Bauwesen in einem Generalplan genau zu berücksichtigen. Zweitens kann sowohl die Arbeitsweise bei der Aufstellung der Generalpläne als auch die Zusammensetzung des Stabes von Mitarbeitern nicht immer eine entsprechende Qualität der Planung garantieren. Nicht überall sind die hierfür erforderlichen Informationen in vollem Umfang vorhanden, verallgemeinernde Angaben über die tatsächliche Entwicklung sozialistischer Städte fehlen und es fehlt auch mitunter die Fähigkeit, die zukünftigen Folgen heute getroffener technischer Entscheidungen auf dem sozialökonomischen Gebiet in vollem Umfang vorauszusehen.

Für einige Städtebauer gilt heute der Leitsatz: „Die Stadt ist das Integral menschlicher Tätigkeit, materialisiert in der Architektur" (9). Eine derartige Vorstellung spiegelt nach Meinung des Verfassers die Zielstrebigkeit dieser menschlichen Tätigkeit und das Wesen der Stadt als eines sozialökonomischen Organismus nicht vollständig wider. Wir müssen vielmehr von dem Satz von Karl Marx ausgehen, „daß das Wesen der Stadt in etwas anderem beschlossen liegt, als nur in einer Vielzahl unabhängiger Häuser. Hier ist das Ganze nicht einfach die Summe seiner Teile. Hier handelt es sich vielmehr um einen selbständigen Organismus" (10). Die Stadt, wie auch jede soziale Ganzheit, umschließt in sich nicht nur menschliche, sondern auch stofflich-technische und stofflich-natürliche Komponenten, die die Bedingungen und die Folgen der Tätigkeit von Menschen sind. Und dieser sozialökonomische Organismus muß so funktionieren, daß die höchste gesellschaftliche Arbeitsproduktivität sichergestellt ist.

Bei der Erforschung von Reserven und von Faktoren, die zur Steigerung der Arbeitsproduktivität genutzt werden können, wozu auch die Ausarbeitung von Generalplänen gehört, werden die sozialökonomischen Faktoren jedoch oft noch nicht voll berücksichtigt.

Ebenso wird auch einer anderen zentralen Frage nicht die erforderliche Beachtung zuteil, daß nämlich die Stadt als Ganzes eine Art volkseigener Betrieb ist – mit Produzent und Konsument. Einer der Gründe für die Unterbewertung der sozialökonomischen Faktoren der Arbeitsproduktivität ist, wie einige Volkswirtschaftler sehr richtig bemerkt haben, die kategorische Trennung der technischen und der sozialökonomischen Komponente des Arbeitsprozesses (11).

Rolle des Generalplanes für die Stadtentwicklung

Die sorgfältige und allseitig fundierte Ausarbeitung und die anschließende Realisierung des Generalplanes ist gleichzeitig eines der wichtigsten Mittel zur Lösung sozialökonomischer Aufgaben und ein effektives Verfahren, das zur Realisierung der Komplexentwicklung einer Stadt zu führen vermag. Es wäre falsch, diese wichtigen Merkmale des Generalplanes getrennt voneinander zu betrachten. Der Generalplan einer Stadt muß die sozialistischen gesellschaftlichen Beziehungen während ihrer Entwicklung, die ständigen Veränderungen in der Struktur der Industrie und die steigenden Bedürfnisse der Bevölkerung in adäquater Form zum Ausdruck bringen. Dies gilt nicht nur für neu zu bauende Städte während der Phase ihrer Projektierung, sondern ebenso für die Fortentwicklung bereits existierender Städte.

Die Geschichte der Entwicklung von Städten zeigt, daß Generalpläne infolge der begrenzten wirtschaftlichen Möglichkeiten der Gesellschaft und wegen der Schwierigkeiten, die während der Ausführung von Rekonstruktionsmaßnahmen im reibungslosen Funktionieren der Stadt auftreten, einem gewissen „Konservatismus" zuneigen. Andererseits bedürfen aber Generalpläne, die die Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung von Städten von vornherein berücksichtigen, keiner ständigen Überarbeitung.

Eine Stadt besteht aus einer Vielzahl von Häusern und anderen Bauten, die zu verschiedenen Zeiten gebaut wurden und unterschiedliche Lebensdauer haben. So gibt es Bauten, die je nach dem Grade ihres Verschleißes generalüberholt, in früherer oder auch rekonstruierter Gestalt wieder hergestellt oder auch durch völlig neue Gebäude ersetzt werden. Auf diese Weise vollzieht sich im Inneren der Stadt ein fortdauernder allmählicher Prozeß der Reproduktion einzelner Gebäude und diesen schrittweise ab-

laufenden Vorgang erläutert man dann als „Lebensfähigkeit" oder „Stabilität" von Elementen eines Generalplanes. Es ist z. B. bekannt, daß sich das Netz der Magistralen Moskaus und anderer alter Städte seit vielen Jahrhunderten nur unwesentlich verändert hat. Am Newski-Prospekt in Leningrad gibt es schon seit langer Zeit kein einziges Haus, das bereits seit der Anlage dieser Straße dort gestanden hätte. Die ursprüngliche Konzeption wurde jedoch beibehalten – der Zug und die Breite dieser Straße blieben unverändert (12). Die Ringe der Befestigungsgürtel Moskaus, die im Verlauf des Wachstums der Stadt rund um den Kreml angelegt worden sind (Kitaigorod, Belygorod sind heute Boulevards unter dem Namen „Kleiner Ring"; Semljanoigorod heißt heute „Gartenring"), haben noch heute Einfluß auf die weitere Planung Moskaus (13). Alles dies bestätigt die Notwendigkeit, die wissenschaftliche Verantwortlichkeit für die Qualität der Entwicklung von Generalplänen und für die Berücksichtigung sämtlicher Faktoren der sozialökonomischen Entwicklung der Stadt zu erhöhen.

Es wurde bereits betont, daß es sehr wichtig ist, den Generalplan nicht nur einwandfrei auszuarbeiten, sondern ihn auch genau, streng und folgerichtig zu verwirklichen. Die Erfahrung hat gezeigt, daß einer solchen folgerichtigen Ausführung einige Unzulänglichkeiten ökonomischen und organisatorischen Charakters im Wege stehen.

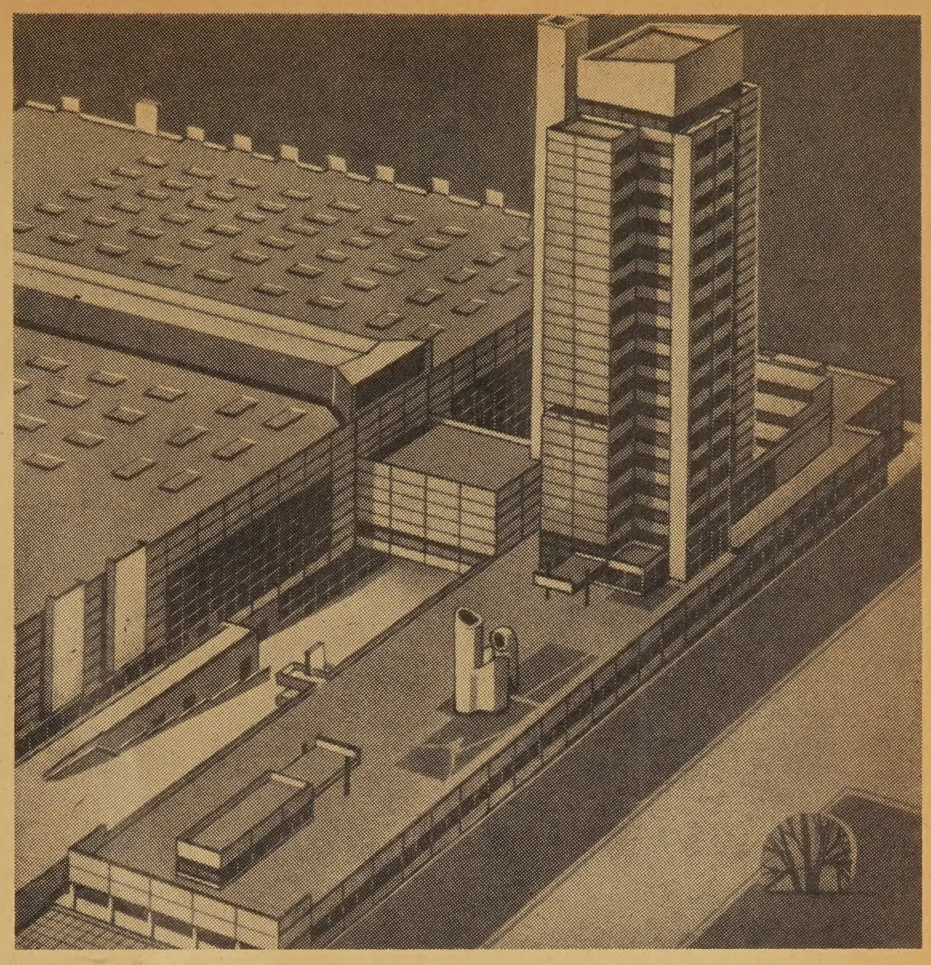
Einer dieser Mängel ist es, daß die Planung der Investitionen in der Stadt in der Regel in den Händen verschiedener Auftraggeber liegt. Gleichzeitig fehlt eine völlige Ausgeglichenheit aller Kennziffern, die die Entwicklung der Betriebe, der Arbeits- und Naturreserven wie auch die soziale und produktionsbezogene Infrastruktur charakterisieren. Im Ergebnis einer fehlenden Abstimmung dieser Art treten dann Disproportionen auf, die z. B. eine unvollständige oder nicht rationelle Nutzung von Produktionskapazitäten und Arbeitskräftereserven zur Folge haben. Möglichkeiten der sozialistischen Vergesellschaftung der Produktion, einer die Industriezweigbindungen überschreitenden Spezialisierung werden nicht in vollem Umfang genutzt, die Effektivität der ausgeführten Investitionsvorhaben bleibt unter der Erwartung, man muß sich mit Kadermangel oder -fluktuation auseinandersetzen. So kam es z. B. in den neu zu errichtenden Städten im Ob-Erdölgebiet in Sibirien durch mangelhafte Vorbereitung der Bauindustrie zu einem Zurückbleiben des Wohn- und Gesellschaftsbaus und dadurch zu Schwierigkeiten bei der Erfüllung des Staatsplanes für die Inbetriebnahme der Produktionsanlagen. Derartige Tatsachen bestätigen immer erneut, daß die oben gezogene Schlußfolgerung sehr ernst genommen werden sollte: Der Hauptweg zur Verwirklichung einer harmonischen Entwicklung der Stadt führt über die Komplexplanung aller Komponenten ihres Lebens in untrennbarer Verbindung mit der volkswirtschaftlichen Planung.

Viele Probleme methodologischen Charakters bedürfen der Lösung. Es ist bekannt, welche große Bedeutung die Bestimmung des Hauptfaktors im Planungssystem besitzt. Dieser Hauptfaktor bestimmt die Formung der Stadt als sozialökonomischen Organismus. In der Planungspraxis hat man sich allgemein darauf eingestellt, als einen derartigen Faktor die Anzahl der Produktionsarbeiter als „stadtbildende Kader" anzusehen. Produktiv sind jedoch auch die Kader, die für die Versorgung der Stadt arbeiten – die Arbeiter der nicht produktiven Sphäre. Aber diese Kennziffern werden in der Regel bei der Bestimmung der Einwohnerzahl nur unzureichend betrachtet.

Die stadtbildende Struktur in den Städten entsteht durch die planmäßige Verteilung der Produktivkräfte im Landesmaßstab, im Interesse der gesamten Volkswirtschaft. Darum haben die Städte eine unterschiedliche Zusammensetzung der Produktionsbetriebe; im Einklang damit entwickelt sich auch die nicht produktive Sphäre, wobei diejenigen Objekte ausgeschlossen bleiben, deren Finanzierung und Aufbau vom Staat zentralisiert festgelegt werden. Im Zusammenhang damit muß man die Pläne der sozialökonomischen Entwicklung von Städten in Abhängigkeit vom Typ, der Größe, der Richtung und der realen Perspektive der Entwicklung jeder einzelnen Stadt her differenzieren.

Entwicklung der Zweige und Territorien – eine Einheit

Es gibt Auffassungen, nach denen die in der Stadt angesiedelten Industriebetriebe, wissenschaftlichen Einrichtungen und Bauorganisationen (bei Leitung innerhalb des Industriezweiges) lediglich mechanisch wirksame Bestandteile seien und daß die Stadt sie in mehr oder weniger mechanischer Weise aufnimmt. Die Stadt als ein relativ „Ganzes" gestaltet die territorialen Faktoren (Bevölkerung, Standort, Transportnetze, produzierende und soziale Infrastruktur, Baubasis, natürliche Ressourcen). Es ist jedoch auch bekannt, daß sich das eine ohne das andere nicht entwickeln kann; darum setzt jeder Erfolg in der Planung voraus, daß der territoriale und der Industriezweigfaktor in unlösbarer Einheit betrachtet werden.



Projekt des Werkes „Krasni Proletarij".
Architekten J. Schatalow, W. Romanowski, M. Lisizin und Ingenieur I. Baldin

Nicht selten wertete man bei der Planung der Stadt die Arbeitskräftereserven als Hauptfaktor, wie dies z. B. bei der Planung der Entwicklung der Stadt Rubzowsk geschehen ist. Hierbei wird als eines der Hauptziele der sozialökonomischen Entwicklung der Stadt angesehen, daß eine rationelle Reproduktion der Arbeitskräftereserven durch gezielte Veränderung der materiellen Lebensbedingungen der Menschen erreicht werden muß.

Nach Meinung des Autors ist der Hauptfaktor bei der Planung von Städten die Planung der Produktivkräfte in der Einheit aller ihrer einzelnen Elemente. Dies entspricht den Aufgaben der sozialistischen Vergesellschaftung der Produktion unter Einbeziehung sowohl der territorialen als auch der Industriestruktur – im vorliegenden Fall im Rahmen der Stadt. Die Industriezweigstruktur der Stadt wird bei der Territorial-Industriezweigplanung im Rahmen der Stadt in der dritten Stufe der Planungsarbeit bestimmt, d. h., nach der Aufstellung des Planes für die Entwicklung der Volkswirtschaft und des Planes für die Wirtschaftsbezirke. Die Industriezweigstruktur ihrerseits wird auf die Pläne der Komplexentwicklung auf höheren Niveaus einwirken. Die bestehende Struktur des städtischen Industriekomplexes, der Zustand der Infrastruktur, die Mengen und die Zusammensetzung der Arbeitskräfteressourcen und der natürlichen Reserven können die Wahl der optimalen Variante für die Wahl des Standortes von Betrieben in der einen oder der anderen Stadt maßgeblich bestimmen.

Im Zusammenhang damit seien nun Fragen der Reproduktion der Arbeitskraft und der allseitigen Entwicklung der Werktätigen in einer Stadt betrachtet. Hier stößt man auf einen umfangreichen Komplex von Problemen, die mit der Verbesserung der sozialen Produktionsumwelt, der Vervollkommnung der gesellschaftlichen Verhältnisse und der bestmöglichen Übereinstimmung von Prozessen und Erscheinungen, die die zielgerichtete Entwicklung der Persönlichkeit bestimmen, in engem Zusammenhang stehen. Zusammen mit der Reproduktion der Arbeitskraft und den Aufgaben der allseitigen Entwicklung des Menschen muß die Entwicklung der nicht produktiven Sphäre gesehen werden. Bei der Entwicklung des nicht produktiven Bereichs, ebenso wie im Gesamtplan der sozialökonomischen Entwicklung der Stadt, nimmt die Komplexplanung des Aufbaus von Objekten für diesen Bereich einen besonderen Platz ein.

Von der richtigen Zusammenstellung und der erfolgreichen Ausführung der Komplexpläne für den Aufbau von Objekten der sozialen Infrastruktur hängt die Schaffung der materiellen Grundlage für das soziale Leben der Stadt ab. Die Komplexplanung der Stadt wird in entscheidendem Maße von der Organisation der Planung und Finanzierung der Bauvorhaben beeinflußt. Ein zweckentsprechend aufgestellter und erfolgreich ausgeführter Komplex-Perspektivplan für die in der Stadt auszuführenden Bauvorhaben sichert das Leben in der Stadt bei gleichen Aufwendungen mit einem erheblich größeren Angebot an Annehmlichkeiten aller Art. Ein derartiger Plan enthält ein umfangreiches Bündel von Fragen und zugleich die Wege zu ihrer Klärung, vor allem auf den Gebieten der Projektierung, Finanzierung und Bauausführung. Wenn alle Ressourcen der Betriebe und der Organisationen der gesamten Stadt zusammengefaßt werden, kann man eine Zentralisation und Konzentration der Ausführung erreichen.

Unter den neuen Bedingungen der Wirtschaftsführung wird die Bedeutung der Vereinigung aller Mittel noch weiter zunehmen.

Nach Ansicht des Verfassers verdienen die Erfahrungen, die in der Deutschen Demokratischen Republik mit der Planung und Realisierung des komplexen Wohnungsbauprogramms bis zum Jahre 1990 gemacht wurden und werden, aufmerksames Studium und weite Verbreitung. Dort hat man einen bedeutenden Schritt vorwärts in Richtung auf eine konzentrierte und komplexe Nutzung der Investitionsmittel ebenso wie zur Verwirklichung von Maßnahmen der territorialen Rationalisierung getan. Diese Bestrebungen zur territorialen Rationalisierung sind

darauf gerichtet, die Gestaltung der Produktionsorganisation wirkungsvoller auf das Territorium abzustimmen, alle Produktionsreserven zu erfassen, die Ressourcen, Grundmittel und Kapazitäten der Infrastruktur rationeller zu nutzen und alle Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die Effektivität der gesellschaftlichen Arbeit, auch in der nicht produktiven Sphäre, gesteigert wird. Die territoriale Rationalisierung erstreckt sich gleichzeitig auf die Nutzung aller vorhandenen materiellen und Finanzmittel ebenso wie auf den Einsatz der örtlichen Reserven für die weitere schrittweise Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen. Sie fordert das enge Zusammenwirken aller Betriebe, Kombinate, PGH und öffentlichen Einrichtungen mit den im jeweiligen Gebiet tätigen Staatsorganen (14).

Die Partei als Initiator

Der über den Rahmen einzelner Organe hinausgehende Charakter der angedeuteten Probleme und die sozialökonomische Bedeutung ihrer Lösung erhöhen die Rolle der Parteiorganisationen bei der Entwicklung der Städte. Gerade die Parteiorganisationen waren es, die die Notwendigkeit der Aufstellung komplexer Pläne für die sozialökonomische Entwicklung der Städte erfaßten und den Anstoß zu ihrer Verwirklichung gaben.

Mit der Umwandlung der Stadt in einen hochkomplizierten Organismus, in dem sich Tausende von territorialen und industriellen Beziehungen, sozialökonomischen und technologischen Prozessen gegenseitig durchdringen und überschneiden, ist die politische und ideologische Absicherung zu einer nicht einfachen Aufgabe geworden. In der Gegenwart muß die weitgehende Anwendung vorhandener wissenschaftlicher Erkenntnisse ebenso wie die Erforschung und Nutzung der Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung und der Methoden der Leitungsarbeit der Partei wichtiges Ziel sein, um die optimale Nutzung aller in der Stadt gegebenen Möglichkeiten für ihre harmonische Entwicklung zu gewährleisten. Darum tritt die Planung der sozialökonomischen Entwicklung der Städte als unmittelbare Anwendung der Wissenschaft und als eine der wichtigsten Methoden der Führung der Gesellschaft durch die Partei in Erscheinung, um die verschiedenen Städte in ihrem sozialökonomischen Entwicklungsniveau anzugleichen.

Am deutlichsten tritt die Rolle der Partei bei der Verwirklichung des Prinzips des demokratischen Zentralismus in Erscheinung, durch das die Einheit der Interessen der Werktätigen der Stadt und der zentralen Leitungsorgane hergestellt wird. Die Kommunistische Partei fördert dabei beständig die aktive Beteiligung der Werktätigen an der Erfüllung sowohl der örtlichen (städtischen) als auch der gesamtstaatlichen Aufgaben.

In diesem Zusammenhang ist die Untersuchung konkreter Formen der Verwirklichung von Beschlüssen des ZK der KPdSU zur Erweiterung der Rechte der örtlichen Räte und der Selbständigkeit der Betriebe bei Entscheidungen über den kulturellen und materiellen Aufbau der Städte von Interesse. Das ZK der KPdSU unterstützte die Initiative von Parteiorganisationen zur Entwicklung von Plänen für die sozialökonomische Entwicklung der Städte. Heute hat sich die organisatorische und wissenschaftliche Arbeit an der Aufstellung solcher Pläne und an der Schaffung einer Planungsmethodologie in großem Maßstab entfaltet. Umfassende wissenschaftliche und praktische Arbeiten werden auf diesem Gebiet von Wissenschaftlern Moskaus, Leningrads, Donezks, in Swerdlowsk, Minsk, Nowosibirsk, Ufa und anderen Städten ausgeführt. Unter ihrer Beteiligung wurden Pläne für die sozialökonomische Entwicklung der Städte Almetjewsk, Angarsk, Wladimir, Dnepropetrowsk, Neftekamsk, Rubzowsk, Sterlitamak und Schachtjorsk ausgearbeitet. Gegenwärtig läuft die Komplexplanung auf dem gleichen Gebiet für eine Reihe von Großstädten. Wenn die vorhandenen theoretischen Ausarbeitungen auch noch wesentliche Mängel aufweisen, so hat doch die bei der Erarbeitung und Realisierung der ersten Pläne gewonnene Erfahrung bereits gezeigt, daß es möglich ist, die Interessen der Industrie und der territorialen Gliederung einander anzunähern und die Entwicklung der Städte in umfassendere Formen überzuleiten.

Eine besonders beachtenswerte Arbeit zur Erschließung konkreter Wege und Methoden der Komplexentwicklung der Stadt leisten die Wissenschaftler Leningrads und die gesamte Leningrader Parteiorganisation. Die Maßstäbe und die Kompliziertheit des aus vielen einzelnen Zweigen bestehenden Wirtschaftskörpers dieser Stadt mit mehr als vier Millionen Einwohnern sowie die Notwendigkeit einer nachdrücklichen Steigerung der Effektivität der gesellschaftlichen Produktion sowie des materiellen und kulturellen Versorgungsstandes der Bevölkerung verlangten die komplexe und planmäßige Entwicklung der regionalen Wirtschaft und der Kommunalwirtschaft, die Festlegung von Perspektiven für ganze Industriezweige sowie deren Abstimmung mit den Perspektiven der städtischen Wirtschaft und mit den Arbeitskräfte- und Materialressourcen der Stadt. Darum fand auch die Initiative der Leningrader zur Schaffung eines Komplexplanes für die ökonomische und soziale Entwicklung der Stadt und des Gebiets für die Zeit von 1971 bis 1980 die Unterstützung des ZK der KPdSU. Die Haupttendenzen dieses Planes wurden den übergeordneten Organen vorgetragen. Seit 1966 war die Erarbeitung des Planes eine umfassende Arbeit mit den Betrieben, Organisationen, Verwaltungskörpern und Industriezweigleitungen vorausgegangen. In allen Bezirken der Stadt und des Gebiets Leningrad wurden Fünfjahrpläne der ökonomischen und sozialen Entwicklung ausgearbeitet und realisiert. Sie sind ihrem Wesen nach ein einziges Dokument, in dem der Versuch unternommen wird, ein umfangreiches Paket von Maßnahmen, die die Entwicklung der Wirtschaft, des Wohn- und Gesellschaftsbaus und der Bevölkerungsversorgung als Einheit betreffen, zusammenzufassen. Derartige Pläne bieten die Möglichkeit, örtliche Bedingungen und soziale Probleme vollständiger zu berücksichtigen, flankierende Maßnahmen und Lösungswege zu finden, die Entwicklung der einzelnen Betriebe zu fördern und Fragen des Städtebaus und der Architektur zu klären. Auf diese Weise beugt man Irrtümern vor, die nicht selten als direkte Folge einseitigen Herangehens an das Problem der Entwicklung einer Stadt auftreten (15).

Die wissenschaftlich begründete Planung der ausgeglichenen Entwicklung eines so komplizierten Gebildes, wie es die Stadt und das Gebiet Leningrad darstellen, forderte eine Vervollkommnung der Methoden zur Beurteilung des Entwicklungsstandes und der zu ergreifenden Maßnahmen, zur Erfassung fortschrittlicher und negativer Erscheinungen und Tendenzen sowie auch zur Entwicklung von Maßnahmen in Übereinstimmung mit der wirtschaftspolitischen und städtebaulichen Konzeption für die weitere Entwicklung des Planungsobjekts in der Zukunft.

Mit Hilfe ökonomisch-mathematischer Methoden lösten die Leningrader Wissenschaftler die Aufgabe der optimalen Aufschlüsselung der Investitionsmittel auf die einzelnen Zweige der in der Stadt angesiedelten Wirtschaft. Eine weitergehende Nutzung dieser Methoden ist jedoch durch das Fehlen von Normativen für die Zuweisung von Mitteln an die Stadt begrenzt.

Damit sahen sich die Wirtschaftler und Städtebauer vor die Aufgabe gestellt, eine Kennziffer zu erarbeiten, die die Möglichkeit bieten würde, das Entwicklungsniveau der Stadt als Ganzes zu erfassen und zu berücksichtigen – z. B. den Wert der Grundmittel je Einwohner oder das Wachstum der gesellschaftlichen Arbeitsproduktivität. Auf der Grundlage einer solchen oder einer ihr ähnlichen Beurteilung könnte man dann eine Planung für die Gesamtzuweisung von Investitionsmitteln an die Stadt erarbeiten.

Der Umstand, daß die Lösung der Probleme der Entwicklung der in der Stadt tätigen Wirtschaft, der Komplexentwicklung von Städten überhaupt und die Heranführung der Werktätigen an diese Aufgaben in den Händen mehrerer Organisationen usw. liegt, also ein übergeordneter Komplex ist, läßt es als notwendig erscheinen, das Gewicht der Mitwirkung der örtlichen Räte bei der Entscheidungsfindung zu erhöhen. Es wäre zweckmäßig, bei der Erarbeitung und Realisierung des Planes der sozialökonomischen Entwicklung der Stadt dem städtischen Vollzugskomitee das Recht der Aufgliederung der Investmittel auf die einzelnen Zweige der in der Stadt tätigen Wirtschaft zuzusprechen, ohne daß die Lösung des Wohnungsproblems hierbei beeinträchtigt würde; ebenso könnte das Prinzip der doppelten Unterstellung auf die Leitung der Unions- und Republikbetriebe ausgedehnt werden. Beachtung verdient auch die Untersuchung eines von einer Autorengruppe eingebrachten Vorschlags zur Herstellung von Beziehungen auf der Basis der wirtschaftlichen Rechnungsführung zwischen Industriezweig- und Gebietsorganen, der sich auf die Erhaltung und Entwicklung von Objekten der Infrastruktur bezieht. Auf diese Weise würde in der Stadt eine engere Beziehung zwischen der Entwicklung der Produktion und der sozialen Umgestaltung hergestellt werden. Die Stadt hätte ihrerseits ein stärkeres Interesse an den Gesamtergebnissen der Arbeit aller Betriebe, die auf ihrem Gebiet arbeiten. Das hätte auch eine erhebliche Stärkung der Stadtwirtschaft zur Folge. Das Entwicklungsniveau, das die Stadtwirtschaft erreicht hat, erlaubt es schon heute, derartige Beziehungen herzustellen. Nach erforderlichen Untersuchungen über Wirkungsmechanismen solcher Beziehungen und entsprechenden Resultaten könnte man solche Formen des Zusammenwirkens erproben.

Perspektive bis 1990

Die Planung der sozialökonomischen Entwicklung der Stadt setzt die Erarbeitung einer Zielfunktion, von Kriterien des Optimalzustandes, eines Systems wissenschaftlich begründeter Kennziffern sowie entsprechende Abgrenzungen voraus.

Bei der Entwicklung einer Methodologie und Methodik der Planung und bei der Erarbeitung von Plankennziffern treten jedoch gewisse Schwierigkeiten sowohl theoretischer als auch praktischer Natur auf. Eine Theorie für die Prognose der Entwicklung der verschiedenen Tätigkeitsbereiche des Menschen und zur Bestimmung der Bedürfnisse der Menschen in der Zukunft liegt bis jetzt nur in ungenügend durchgearbeiteter Form vor. Folglich ist es schwierig, die Richtigkeit heute gefundener planerischer Lösungen für den weiteren Aufbau der Städte zu beurteilen. Eine andere Schwierigkeit liegt in den ökonomischen Möglichkeiten, die der Gesellschaft gegeben sind, sowie in dem Ausmaß der Ressourcen, die der Stadt zur Verfügung stehen.

Im Einklang mit den Beschlüssen des XXIV. Parteitages der KPdSU arbeiten die wissenschaftlichen Forschungsinstitute, die Planungs- und die Wirtschaftsorgane der Sowjetunion z. Z. an der Aufstellung eines Langzeitprogramms der Entwicklung der Volkswirtschaft, das die Periode bis zum Jahr 1990 umfaßt. Ein wichtiger Bestandteil dieses Programms werden auch die Komplexpläne für die ökonomische und soziale Entwicklung der Städte sein. Alle diese Arbeiten werden der Vervollkommnung der Planung der sozialökonomischen Entwicklung der Städte dienlich sein und folglich auch das wissenschaftliche Niveau und die Effektivität der städtebaulichen Entscheidungen erhöhen.

Literatur

(1) Die Volkswirtschaft der UdSSR im Jahre 1973. Statistisches Jahrbuch, Moskau 1974

(2) W. I. Lenin: Gesammelte Werke, vollständige Ausgabe, Bd. 23, S. 341

(3) W. I. Lenin: Ges. Werke, vollst. Ausg. Bd. 23, S. 94–95

(4) W. I. Lenin: Ges. Werke, vollst. Ausg., Bd. 2, S. 299

(5) Programm der KPdSU, Moskau 1971, S. 72

(6) Siehe Stoljar, I. M.: Die Entwicklung sozialistischer Städte. Moskau, 1970, S. 18

(7) Siehe Zygankow, J., Matwejew, A.: In ständigem Fluß. Prawda, 31. August 1974

(8) K. Marx und F. Engels: Werke, Bd. 4, S. 134

(9) A. K. Burow: Über die Architektur. Moskau, 1960, S. 145

(10) K. Marx und F. Engels: Werke, Bd. 46, Teil 1, S. 470

(11) A. N. Grzegorzewski, G. J. Prolow: Die Produktionsverhältnisse im Sozialismus und die sozialökonomischen Faktoren der Steigerung der Arbeitsproduktivität.
Sammelwerk: Arbeitsproduktivität – Faktoren und Wachstumsreserven. Moskau, 1971, S. 12

(12) Siehe W. J. Jakowlew: Ansiedlung von Industriebetrieben in der Stadt. Moskau, 1951, S. 9

(13) Siehe W. Schkwarikow, W.: Abriß der Geschichte der Planung und Bebauung russischer Städte. Moskau, 1954, S. 6

(14) W. Böhme, L. Steglich: Erfahrungen der politischen Leitung territorialer Rationalisierungen. Der Parteiarbeiter. Berlin, 1975, S. 17–18

(15) Siehe G. W. Romanow: Komplex, mit Perspektive. Ztschr. „Kommunist", 1975, Nr. 5, S. 18

Mit Ausnahme der Nr. 14 handelt es sich bei allen angeführten Literaturstellen um sowjetische Ausgaben in russischer Sprache.

Zwischenüberschriften von der Redaktion

20 Jahre Neuaufbau Hoyerswerda





Vor wenigen Monaten begingen wir einen historischen Tag, den 20. Jahrestag der Grundsteinlegung des Neuaufbaues der Stadt Hoyerswerda und des Kombinates Schwarze Pumpe. 20 Jahre sind eine kurze geschichtliche Zeitetappe, in der jedoch beispielhafte Leistungen von den Werktätigen im sozialistischen Aufbau vollbracht wurden. Sie zeugt von großen Anstrengungen unserer Bürger, um den Sozialismus in unserem Lande zum Siege zu führen.

Für die Politik der Partei der Arbeiterklasse ist unsere Stadt ein würdiges Beispiel bei der Verwirklichung des sozialistischen Aufbaues in der Deutschen Demokratischen Republik.

Auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens gibt es gute Ergebnisse.

1955 lebten in unserer Stadt 7755 Bürger, heute sind es 65 400. Der Bevölkerungsanteil betrug damals 12,9 Prozent vom Kreis, heute wohnen und leben in unserer Stadt 58,4 Prozent aller Bürger des Kreises Hoyerswerda.

Seit der Grundsteinlegung am 31. August 1955 wurden

18 686 Wohnungen
18 Polytechnische Oberschulen mit 482 Unterrichtsräumen
10 Turnhallen
1 Volksschwimmhalle
4 068 Kindergarten- und
1 949 Kinderkrippenplätze

errichtet.

Mit weiteren Einrichtungen, wie dem Kreiskrankenhaus, dem CENTRUM-Warenhaus sowie Gaststätten und Kaufhallen wurden bedeutende Voraussetzungen für die stetige Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen geschaffen.

Mit dem Aufbau und dem Leben unserer Stadt ist die Entwicklung des Kombinates Schwarze Pumpe verbunden – funktionelle Beziehungen, die eng verflochten und lebensnotwendig sind.

Die Bedeutung des Kombinates Schwarze Pumpe in der Wirtschaft unserer Republik und für jeden Haushalt (durch die Stadtgaserzeugung beispielsweise) ist heute vielen bekannt. Durch hohe Leistungen und Qualitätserzeugung haben sich die Werktätigen des Kombinates einen guten Ruf erkämpft und sind über unsere Ländergrenzen bekannt.

Die Entwicklung und der Aufbau unserer Stadt wurden sichtbar geprägt von zahlreichen Objekten, die in der volkswirtschaftlichen Masseninitiative in den städtischen Wohngebieten geschaffen wurden.

Springbrunnen, geschmackvoll gestaltete Grünflächen und Vorgärten, der Tiergarten und das Planetarium sind dafür anschaulicher Beweis.

In zunehmendem Maße bereichern die Arbeiten der Künstler, oft als markante Punkte, aber vielfach mit leisem Humor gestaltet, das vielschichtige Leben.

Die Kinderschuhe sind abgestreift. Wir müssen jetzt gemeinsam vieles, was noch zum Leben der Stadt gehört, komplettieren und ergänzen. Wir tun das mit dem optimistischen Ausblick auf die weitere Gestaltung des Stadtzentrums und eines weiteren großen Wohngebietes für das nächste Jahrzehnt.

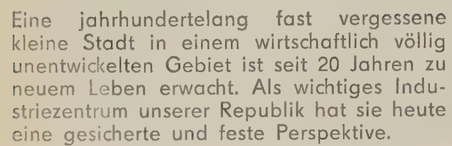
Christel Rudolf
1. Stellvertreter des Bürgermeisters

Aufgaben und Ziele der Stadtplanung von Hoyerswerda



Dipl.-Ing. Siegfried Palinske
Stadtarchitekt Hoyerswerda

1



2



Eine jahrhundertelang fast vergessene kleine Stadt in einem wirtschaftlich völlig unentwickelten Gebiet ist seit 20 Jahren zu neuem Leben erwacht. Als wichtiges Industriezentrum unserer Republik hat sie heute eine gesicherte und feste Perspektive.

Hoyerswerda ist eine alte und doch sehr junge Stadt. 1209 erstmalig in einer Urkunde erwähnt, begann die Stadt erst 1955 wirklich zu leben. In diesem Jahr wurde von der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik der Beschluß gefaßt, Hoyerswerda als eine neue Stadt aufzubauen.

Das Kombinat Schwarze Pumpe, das mehrere Braunkohlentagebaue, Brikettfabriken, Kraftwerke, Kokereien und Gaserzeugungsanlagen umfaßt und die Stadt Hoyerswerda mit Fernwärme versorgt, wurde seitdem zum größten Braunkohlenveredlungskombinat Europas entwickelt und produziert heute zum Beispiel 60 Prozent des gesamten Stadtgasbedarfs unserer Republik. Der Aufbau der Stadt in den letzten 20 Jahren und die Ansiedlung von Bürgern aus allen Teilen der DDR haben dazu beigetragen, daß sich in Hoyerswerda eine neue sozialistische Gemeinschaft entwickeln konnte, die neue und alteingesessene Bürger, darunter viele Bürger sorbischer Nationalität, miteinander vereint.

Es galt vor allem, den Beschäftigten des Kombinates Schwarze Pumpe kurzfristig moderne Wohnungen zur Verfügung zu stellen. Der bisherige Aufbau der Stadt konzentrierte sich deshalb auf die Fertigstellung von Wohnkomplexen.

Den Architekten, Städtebauern und Bauarbeitern war die Aufgabe gestellt, in einem sehr kurzen Zeitraum und mit höchstem ökonomischem Nutzeffekt industriell gefertigte Wohnungen zu schaffen. In Hoyerswerda wurde zum ersten Mal in der DDR begonnen, eine ganze Stadt in industrieller Bauweise zu errichten. Beim Bau dieser Wohnungen wurden immer bessere, neue Erkenntnisse und spezielle Hoyerswerdaer Erfahrungen in die städtebauliche Vorbereitung einbezogen. Das zeigt die Verleihung des ersten Architekturpreises des Rates des Bezirkes Cottbus im Jahre 1972 für das Wohngebiet Kühnichter Heide. Dieses Baugebiet wird mit rund 6000 Wohnungen noch in diesem Jahr fertiggestellt.

Der Schwerpunkt der Bautätigkeit und der städtebaulichen und architektonischen Arbeit verlagert sich in den kommenden Jahren in das Stadtzentrum und damit in den Baubereich des Gesellschaftsbaues. Mit der Fertigstellung des Warenhauses CENTRUM im Jahre 1968 wurde hier im Stadtzentrum der erste Schritt getan. Zum 30. Jahrestag der Befreiung konnte der neu gestaltete Ehrenhain mit den Gedenkstätten für die Helden der Roten Armee und die Opfer des Faschismus eingeweiht werden.

Für einen weiteren Bauabschnitt, den dritten, ist die Dokumentation zur Investitionsvorentscheidung bereits bestätigt. Dieser Abschnitt wird unser künftiger Bauschwerpunkt sein. Dabei sollen im Stadtzentrum das „Haus der Berg- und Energiearbeiter", das Kulturhaus der Stadt, errichtet, der zentrale Platz fertiggestellt, Handelsobjekte, insbesondere Spezialverkaufseinrichtungen mit insgesamt 2700 m² Verkaufsraumfläche, gebaut, Einrichtungen der Volksbildung und des Gesundheitswesens realisiert, 550 Gaststättenplätze in kleineren Objekten neu eröffnet und eine Schwimm- und Sporthalle vollendet werden.

Mit dem nachfolgenden vierten Bauabschnitt wird dann das Stadtzentrum in seinen wesentlichen Zügen abgeschlossen sein.

Um die zur Verfügung stehenden Investitionsmittel des komplexen Wohnungsbaues beim kontinuierlichen weiteren Aufbau des Stadtzentrums wirksam einzusetzen und das Zentrum zu jeder Tageszeit mit Leben zu erfüllen, wird eine Reihe zentraler Einrichtungen mit vielgeschossigen Wohnungsbauten kombiniert. Sämtliche Einrichtungen des Handels, der Gastronomie, der Kultur, der Dienstleistungen, Volksbildung und der Verwaltung, die nicht zur unmittelbaren Versorgung der Bevölkerung ins Wohngebiet gehören, werden im Stadtzentrum konzentriert.

Die Größenentwicklung der Stadt, die sich entwickelnden Zentrumsfunktionen und die erforderliche Konzentration der über das Stadtgebiet verstreuten zentralen Einrichtungen erforderten die Ausdehnung des Stadtzentrums nach Südwesten. Damit erfolgte eine räumliche Annäherung an den kleinen historisch gewachsenen Altstadtkern mit Tiergarten und Schloß und eine großzügige Fußgängerverbindung zwischen dem alten und neuen Teil der Stadt. Diese verkehrsfreie Fußgängerzone aus der Altstadt ist das Rückgrat des Stadtzentrums. Durch sie wird es möglich, Zentrumsfunktionen und zentrumsbildende Einrichtungen aller Bereiche erlebnisreich zu verbinden und eine vielfältige Überlagerung und Durchdringung zu erreichen. Großer Wert wurde dabei auf die Einbindung eines alten Friedhofes gelegt, der augenblicklich zu einem Park umgestaltet wird.

Um ideenreiche und variable städtebaulich und architektonisch gute Lösungen mit vielfältiger Nutzung zu erreichen, wurde durch die Räte des Kreises und der Stadt ein begrenzter Wettbewerb für den vierten Bauabschnitt des Stadtzentrums (Bereich La-



3

1
Strukturschema der Stadt

2
Vielgeschossiger Wohnungsbau „Am Knie", eine Dominante der Stadt

3
Denkmalsschutzbereich „Lange Straße" in Hoyerswerda

4
Kreiskrankenhaus Hoyerswerda – Bettentrakt und Krankenhausgarten

5
Warenhaus „CENTRUM" in Hoyerswerda



4

5



denstraße) ausgeschrieben, von dem interessante und vielseitige Lösungen erwartet werden, die dazu beitragen, dem Stadtzentrum Hoyerswerdas sein Gesicht zu geben. Während sich das gesellschaftliche Leben bisher noch in den Wohnkomplexen konzentrierte, wird die Fertigstellung der gesellschaftlichen Einrichtungen im Stadtzentrum dazu dienen, daß sich die Bürger künftig stärker im Mittelpunkt der Stadt zu politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Veranstaltungen zusammenfinden. Das Stadtzentrum zu einem interessanten und vielseitigen Kommunikationspunkt zu machen, ist eine wichtige Aufgabe der nächsten Jahre.

Parallel zu diesen großen Vorhaben im Stadtzentrum wird das Baugebiet Seidewinkel ab 1977 erschlossen. Dieses Wohngebiet im Norden der Stadt ist die konsequente Weiterführung der Planungsgedanken des zweiten Generalbebauungsplanes. Durch seine Größe (10 000 WE) bieten sich vielfältige Möglichkeiten zur zweckmäßigen und guten Gestaltung der Lebensumwelt, die sich besonders in der Eingliederung eines Wohngebietsparkes, der Konzentration gesellschaftlicher Einrichtungen in einem Wohngebietszentrum und der Zuordnung eines Freizeit-, Erholungs- und Sportkomplexes ausdrücken.

Auch auf den Gebieten, die beim bisherigen schnellen Wachsen der Stadt stiefmütterlich behandelt worden sind, ist Hoyerswerda bemüht, Versäumtes aufzuholen. Planungsgedanken und -unterlagen für den Kulturpark der Stadt, den Ausbau des Stadtwaldes Kühnichter Heide, einen Sport- und Erholungspark im Wohngebiet Seidewinkel, die Ausweisung von Kleingartenanlagen, die Komplettierung und Nachrüstung der älteren Wohngebiete, liegen vor und werden schrittweise in die Realität umgesetzt. Dabei sind die größten Initiativen auf die Verbesserung der Lebens- und Wohnbedingungen gerichtet und werden durch die Nationale Front und ihre Wohngebietsausschüsse sehr zielstrebig durchgeführt. Erste Erfolge zeigen sich in allen Wohngebieten, im Kleingartengebiet Nardt westlich der Stadt, im Freizeitkomplex am Wohngebiet Kühnichter Heide und im Freizeitkomplex Ost am WK IV/VII. Hier wird gezeigt, wie die Stadtrandzone für die Naherholung erschlossen werden kann und welche Bedeutung die Umgebung der Stadt für die Stadt selbst hat.

Schwierigkeiten bereitet dabei der durch den umgehenden Bergbau bis auf 12 bis 15 Meter unter OK Gelände abgesenkte Grundwasserspiegel, der ehemals im Gebiet Hoyerswerda 0,5 Meter unter OK Gelände lag. Mit dem Auslaufen der Braunkohletagebaue in unmittelbarer Nähe der Stadt wird die Vegetationsfreudigkeit wieder zunehmen. Auch werden die verbleibenden Tagebaurestlöcher ausschließlich der Erholung zur Verfügung stehen. Neben dem Knappensee, der fünf Kilometer von der Stadt entfernt, schon viele Jahre d a s Naherholungsgebiet der Stadt ist, erhalten der Senftenberger See mit seiner Wasserfläche von 900 Hektar, das Staubecken Lohsa und das Staubecken Bautzen immer größere Bedeutung.

Die Einbeziehung der Altstadt in das große Aufbauprogramm der Stadt erfolgte bisher nur begrenzt. Komplexe Werterhaltung konnte nur da durchgeführt werden, wo eine ausreichende stadttechnische Versorgung möglich war, und das waren die Randgebiete der Altstadt.

Eine Erhaltung und Erneuerung des kleinen Altstadtkerns ist von der stadttechnischen Neuerschließung dieses Gebietes abhängig. Um die vorhandene kleinstädtische Struktur mit ihrem städtebaulich-architektonischen Reiz und ihrer Kontrastwirkung zum industriellen Bauen in der Neustadt zu erhalten, werden große Bemühungen unternommen. Die Aufgabe sehen wir dabei im Erhalten des Überkommenen und seiner Erneuerung und Ergänzung.

Entsprechend dem Generalverkehrsplan von 1967 erfolgte ein stabiler Ausbau des innerstädtischen Straßennetzes. Dabei brachte die Ausweitung der Stadt besonders für den Verkehr Probleme. Es kam zu städtebaulichen Lösungen, die noch heute von den Bewohnern der Stadt diskutiert werden. Die Verkehrsprobleme erhalten ihren besonderen Aspekt durch den täglichen Berufsverkehr (rund 14 000 Beschäftigte). Das geschieht ausschließlich durch Omnibusse, die eine starke Belastung des städtischen Straßennetzes bringen. Für den Arbeiterberufsverkehr sind in der Stadt drei zentrale Bus-Bahnhöfe konzipiert, von denen zwei gegenwärtig errichtet werden (WG Kühnichter Heide und Wilhelm-Pieck-Str. „Am Knie"). Die Bahn hat für den Personen- und Arbeiterberufsverkehr in unserer Stadt keine Bedeutung. Ihr fällt der außerordentlich große Transportanteil der Braunkohlengewinnungs- und -veredlungsindustrie zu. Der innerstädtische Nahverkehr erfolgt durch Busse auf z. Z. 5 Linien.

Hoyerswerda wächst weiter, denn Hoyerswerda ist jung und hat seine gesicherte Zukunft. Hoyerswerda ist die Stadt der Berg- und Energiearbeiter. Die Aufgabe der Architekten, Städtebauer und Bauarbeiter besteht in den nächsten Jahren darin, Hoyerswerda noch moderner zu gestalten.
Die Voraussetzungen dazu sind gegeben.

Leben in einer neuen Stadt



Martin Schmidt

Das häufig zitierte Sprichwort „Rom wurde nicht an einem Tag erbaut" vermittelt heute angesichts der industriellen Bauweise Architekten kaum noch das Gefühl ruhiger Gelassenheit wie ihren Vorgängern in früheren Zeiten. In unserer Stadt wurden innerhalb von 20 Jahren mehr als 50 000 Bürger angesiedelt; die ursprünglich vorhandene Stadt hat sich verzehnfacht. Für eine solche Anzahl Menschen allein die Wohnungen bereitzustellen, ist bereits eine große Leistung, die jedoch im Hinblick auf die Anforderungen an ein Stadtleben nur einen Teil des Notwendigen darstellt. So sind Straßen und Verkehrsverbindungen, Versorgungseinrichtungen und Erholungszentren, Kindergärten und Schulen erforderlich. Denn alle, die sich hier ansiedeln, gehen ihren Berufen nach, benötigen ihre Freizeit also zur Regeneration, wollen sich entspannen. Die Bedingungen dafür und viele andere mehr müssen von den Städteplanern vorher bedacht, müssen projektiert und gebaut werden, und das alles in einem sehr kurzen Zeitraum. Die Architekten stehen hier zwischen Scylla und Charybdis, zwischen Wohnungsfordernden, einer Bauindustrie mit hohem Produktionsausstoß und der Notwendigkeit zu gründlicher, zeitaufwendiger Vorbereitung, Analyse und zur Suche nach Vielfalt und nach Lösung zahlreicher miteinander verflochtener Probleme. Geschult im kritischen Sehen wird den Bewohnern der Stadt noch manche Unzulänglichkeit deutlich: Da fallen die zu wenig differenzierten Abstände zwischen den Wohnblöcken auf, die unzureichende Farbgestaltung der ersten Viertel, die fehlenden Spielplätze für Kinder über zehn Jahre in den Wohnkomplexen, das fast baukastenähnliche Anordnen der Häuser und die abgeholzten Waldflächen. Gewiß, letzteres hätte sich – wie in anderen Ländern auch – vermeiden lassen. Mir scheint, man hätte auch ruhig ab und zu einen kleinen „Berg" zusammenschieben lassen können, statt lauter ebenen Rasen zu schaffen. Und für Begrenzungen mit Mauern böten sich ja auch Hecken an. Keiner wird bestreiten, daß noch nicht alles in solch kurzer Zeit verwirklicht werden kann. Vorausgesetzt, man wüßte, was in einer sozialistischen Gesellschaft mit stürmischer Entwicklung und von einer solch großen Zahl Menschen unterschiedlichen Alters und so verschiedener Herkunft als „Ideal" angesehen wird. Das bedurfte umfangreicher soziologischer Untersuchungen, die wiederum darunter leiden, daß in der Phase der Planung nicht bekannt ist, wo die Einwohner einmal herkommen werden. Doch ich bin nicht sicher, ob bereits alle Möglichkeiten, einer Bevölkerung eine neue Heimat zu gestalten, von den Architekten voll genutzt wurden. Mit einem schrittweisen Zuwachs an gesellschaftlichen Einrichtungen, an äußerer Attraktivität lösen sich auch einige Widersprüche, die besonders beachtet werden sollten: Der in den Wohnungen angebotene Komfort (Heizung, Wasser, Gas, Bad) liegt in der hier gebotenen Anzahl weit über dem Stand anderer, älterer Kreisstädte unserer Republik. Wir verfügen über große Balkons und helle Wohnungen und kennen lichtlose Hinterhöfe nicht mehr. Für den schnellen Einkauf befinden sich in jedem Viertel Kaufhallen mit vielfältigem Warenangebot. Die Kinder sind in modernen Krippen, Kindergärten und Schulen untergebracht. Für das Gesundheitswesen entstanden ein großes Krankenhaus und Ambulanzen. Gaststätten und andere Versorgungseinrichtungen sind, wenn auch nicht ausreichend, so doch mit Niveau vorhanden.









Für den individuellen Raum der Konsumtion ist also besser gesorgt, als zu anderen Zeiten und an anderen Orten. Doch unsere Stadt müßte noch mehr zur Begegnung der Menschen miteinander einladen. Hier fehlt noch der Stadtpark, in dem Eltern und Großeltern mit Kindern spazierengehen können. Wir sollten auch Hecken und Blumenecken anlegen, an denen sich Rentner oder Jugendliche auf Bänken treffen können, oder kleine Sportplätze in den Wohnkomplexen für ein Spiel der Hausgemeinschaften oder der Schüler nach dem Erledigen der Schulaufgaben. Man könnte an Straßencafés oder Tanzterrassen denken.

Alles in allem werden Orte und Räume zum zwanglosen Treffen zu gestalten sein, damit sich die Möglichkeiten zur Gemeinsamkeit im Einklang mit dem hohen Niveau individueller Lebensgestaltung entwickeln. Daß diese Dialektik erkannt wird, gehört zu den Vorteilen unserer Gesellschaftsordnung genauso wie das Nutzbarmachen derselben für die Gesellschaft.

„Komplexer Wohnungsbau, das heißt mit einem Wort weitere Ausgestaltung der gesellschaftlichen sozialistischen Beziehungen. Wir meinen, daß dies auch in der architektonischen und städtebaulichen Gestaltung, in der weiteren Verbesserung der Wohnumwelt, in der Anlage von Grünflächen, Spiel- und Sporteinrichtungen, aber auch in niveauvollen Gaststätten seinen Ausdruck finden sollte. Es geht hier um wichtige Gebiete der gesellschaftlichen Konsumtion, um einen Bereich, dessen Bedeutung mit jedem weiteren Schritt bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft ständig zunimmt."

So formulierte Genosse Erich Honecker diese Forderung auf der 6. Baukonferenz. Für unsere Stadt bedeutet das meines Erachtens nicht, daß nur in einer perfektioniert gebauten Stadt sozialistisches Leben möglich sei. Vielmehr sollte die einmalige Chance der Geschichte, den Sozialismus aufzubauen, so genutzt werden, daß möglichst viele Ideen und Initiativen genutzt werden. Es hieße die Architekten überfordern, sollten sie alle Entwicklungsrichtungen klären. Wir müssen dem Fortschritt der Zeit und der Bedürfnisse Raum lassen. Dafür wäre es günstig, neben dem obengenannten ab und zu etwas Platz für spätere Bauten (Ausstellungshallen, Sitzplätze, Sportecken, Tanzflächen, Hallenbäder) zu lassen, die dann durch Initiative der Bewohner entstehen können. Hier können die vielfältigen Ideen der Bürger, das Gemeinschaftsleben zu entwickeln, ohne großen Aufwand realisiert werden, ja sie werden dazu herausgefordert. Und wir gewinnen einen Teil der Zeit, die zur Erbauung Roms nötig war, zurück. Damit bleibt unsere Stadt, das was sie ist, eine Aufgabe für die, die sie lieben und in ihr leben wollen.

Beirat für bildende Kunst in Hoyerswerda

Günter Peters, Sekretär des Beirates

Mit dem Aufbau der Wohnstadt Hoyerswerda für die Beschäftigten des Kombinates Schwarze Pumpe wurde es notwendig, dem Rat der Stadt eine Kommission für Fragen der bildenden und angewandten Kunst zuzuordnen. Sie sollte Mittler zwischen Architekten, Künstler und Nutzer der vielen öffentlichen Bauvorhaben werden.

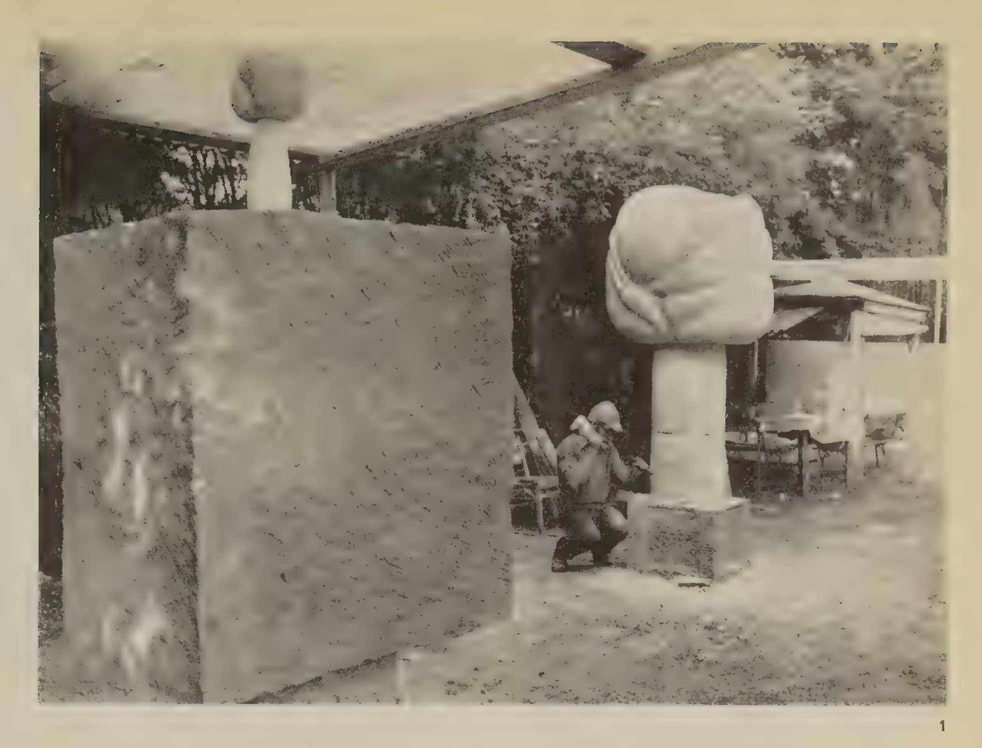
In den ersten Jahren führte diese Arbeitsgruppe, die sich aus dem Leiter der Abteilung Kultur der Stadt, Künstlern, Architekten, Projektanten und Grünplanern zusammensetzt, den Titel Auftragskommission.

Ihre Arbeit beschränkte sich zunächst auch auf die Vergabe von Aufträgen an Maler, Bildhauer und Kunsthandwerker. Zu den Beratungen wurden jeweils die künftigen Nutzer des zur Besprechung stehenden Objektes eingeladen.

Da in den meisten Fällen die Bauwerke kurz vor der Übergabe standen, waren irgendwelche Einflußnahmen auf Gestaltung der Gesamtanlage nicht mehr möglich.

Die Anordnung, die gesetzlich vorgeschriebenen Mittel jeweils nur in dem Baukörper zu verwenden, aus dessen Fonds die Mittel bereitstanden, hemmte jede großzügige Planung. Die Folgen dieser einengenden Maßnahmen waren oft Verlegenheitslösungen. Es wurden als „letzte Möglichkeit" Bilder oder Kleinkunst zur Ausstattung der Räume angekauft. Trotz allem wurden im Rahmen dieser Tätigkeit Erfahrungen gesammelt, und in vielen Streitgesprächen rauften sich die Mitglieder der Kommission langsam zusammen, so daß es bald zu einstimmigen Beschlüssen kam. Dem Ablauf der Arbeitsordnung entsprechend, wurden diese dann dem Rat der Stadt zur Bestätigung vorgelegt. Eine entscheidende Änderung dieser Arbeitsweise brachte erst die Anweisung, daß die ausgewiesenen Mittel für die baugebundene Kunst nicht mehr in den einzelnen Objekten, sondern zusammengefaßt aus dem ganzen Bauabschnitt an geeigneter Stelle verwendet werden durften. Damit war der Weg gefunden, wesentlich großzügiger zu planen und repräsentative Kunstwerke in Auftrag zu geben. Diese wichtige Veränderung war der Anlaß, die bisherige Arbeitsweise der Kommission zu überprüfen und ihr aus den vorliegenden Erfahrungen eine neue Arbeitsordnung zu geben. Neue Mitglieder wurden berufen, und die auf ehrenamtlicher Basis arbeitende Gruppe führte nun den Titel Beirat für Architektur und der bildenden Kunst.

Von großem Vorteil war und ist die mit der Weisung verbundene Anordnung, daß alle Objekte möglichst noch vor Baubeginn zur Beratung vorgestellt werden müssen. Dadurch bekommt der Beirat eine Übersicht über die zur Verfügung stehenden Mittel und Möglichkeiten und kann viel weitgehender planen. Die Zusammenarbeit mit Autoren, Künstlern und Projektanten steht nicht mehr unter Zeitnot. Studien und Vorentwürfe können gründlicher beraten werden. Aufträge werden sorgfältig auf Preis und Qualität geprüft. Allerdings – und diesen Umstand sehen wir durchaus positiv – wird auch jetzt immer wieder heiß gestritten, bis ein gemeinsamer Beschluß herbeigeführt ist.



1
Internationales Symposium im Tiergarten von Hoyerswerda

2
Brunnenplastik „Vogelflug" von Jürgen von Woyski im Wohnkomplex VIII

3
Plastik „Turnende Knaben" vor der Schule im Wohnkomplex III von Gerhard Rommel





Um die Mitglieder des Beirates, der sich aus den verschiedensten Berufsgruppen zusammensetzt, in Fragen der Kunst zu unterrichten, werden Atelierbesuche und Fahrten zu größeren Kunstausstellungen unternommen. Kunstdiskussionen und Arbeitsgespräche am Bauplatz helfen, die Kenntnisse zu erweitern.

In lokalen Ausstellungen werden mit der Bevölkerung Modelle, Pläne und Entwürfe diskutiert. Daran sind die Beiratsmitglieder aktiv beteiligt.

Im August/September dieses Jahres wurde im Tiergarten Hoyerswerda ein internationales Bildhauersymposium durchgeführt, an dem sich neben zwei Bildhauern aus der DDR Künstler aus der Sowjetunion, Ungarischen Volksrepublik, ČSSR und der VR Polen beteiligten. Der Arbeitsplatz Tiergarten wurde darum gewählt, weil in dieser öffentlichen Anlage für viele Tausende Besucher die Möglichkeit gegeben war, das Entstehen eines Kunstwerkes mitzuerleben. Wir glauben, damit ein Beispiel gegeben zu haben, wie das Verständnis für Kunst in breitem Kreise vermittelt werden kann. An der Finanzierung dieses großzügigen Vorhabens waren Kreis und Stadt Hoyerswerda beteiligt.

Auf dem Arbeitsplan des Beirates steht weiter die Aufstellung einer Liste aller Kunstwerke im alten und neuen Stadtgebiet. Es sollen neben der künstlerischen besonders die technischen Qualitäten überprüft werden. Nicht immer hat sich das verarbeitende Material als dauerhaft erwiesen oder ist den witterungs- und mechanischen Beanspruchungen gegenüber fest genug. Die so gewonnenen Erkenntnisse sollen bei künftigen Aufträgen nützen.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die Arbeitsweise des Beirates flexibel genug ist, um stets neuen Aufgaben gewachsen zu sein. Im Laufe der Jahre haben die Stadtväter ihr Vertrauen zu der Arbeit des Beirates bestätigt, so daß eine fruchtbare Zusammenarbeit für die Zukunft gesichert erscheint.

Städtebauliche Grundideen, städtebauliche Wettbewerbe und ihre Realisierung

Architekt BdA/DDR Martin Röser
Chefarchitekt im VEB Hauptauftraggeber Komplexer Wohnungsbau in Cottbus

1

Mit dem Beschluß des Ministerrates zum Aufbau des Gaskombinates Schwarze Pumpe im Raume Spremberg wurde durch das Ministerium für Bauwesen im Jahre 1954 das damalige Staatliche Entwurfsbüro für Stadt- und Dorfplanung in Halle beauftragt, Standortuntersuchungen zum Aufbau einer Wohnstadt für die Arbeiter dieses Kombinates durchzuführen.

Als Ergebnis dieser Untersuchungen wurde aus drei Standortvorschlägen Hoyerswerda als günstigster ausgewählt und durch die örtlichen und zentralen Staatsorgane bestätigt.

Ausschlaggebend für diese Entscheidung waren folgende Kriterien:

■ die Lage im Territorium des Bezirkes Cottbus, die Beziehungen zu den übergeordneten Siedlungsschwerpunkten sowie die günstigen Anbindungsmöglichkeiten an die überörtlichen Verkehrsnetze

■ die zu erwartenden bioklimatischen und lufthygienischen Bedingungen

■ die Anlehnung an das bestehende Stadtgefüge der Kreisstadt Hoyerswerda und die dadurch zu erwartenden funktionellen Vorteile, besonders während der ersten Jahre des Aufbaues der Neustadt, und

■ die relativ günstigen Beziehungen für den Berufsverkehr zum Gaskombinat, als dessen Träger sowohl die Reichsbahn als auch die bestehende Fernstraße F 97 vorgesehen war. Dabei konnte nicht übersehen werden, daß diese städtebauliche Aufgabe – eine Kleinstadt mit 7000 Einwohnern zu einer modernen sozialistischen Stadt mit einer Einwohnerzahl von 54 000 bis 60 000 Einwohnern zu entwickeln – eine Vielzahl gesellschaftlicher, sozialer aber auch städtebaulicher und bautechnischer Probleme aufwarf, zumal mit dem Aufbau dieser zweiten sozialistischen Stadt ein Durchbruch in der breiten Anwendung industrieller Baumethoden, besonders des Großplattenbaus, erzielt werden sollte.

Diese Vielzahl von Problemen wurden dadurch verschärft, daß, wie Prof. Collein im September 1957 anläßlich des XVIII. Plenums der Bauakademie der DDR feststellte, im wissenschaftlichen Vorlauf der Territorial- und Stadtplanung zu diesem Zeitpunkt große Rückstände zu verzeichnen waren.

Das bezog sich vor allem auf

■ fehlende territoriale Planungen und die daraus resultierende Unkenntnis über die weitere strukturelle Entwicklung des südöstlichen Teiles des Bezirkes Cottbus und dadurch bedingte Unsicherheiten bei der Gestaltung des städtebaulichen Programms und

■ ungenügende Kenntnisse über industrielle bautechnische Fertigungsprozesse und Technologien und daraus sich ergebende Abhängigkeiten der städtebaulichen Gestaltungsmöglichkeiten.

Begründet durch die Terminstellungen zum Aufbau des Gaskombinates, wurde es darüber hinaus notwendig, die Vorbereitungen so kurzfristig zu terminisieren, daß gesichert werden konnte, daß schon im Jahre 1955 die ersten Wohnungen für die Arbeiter des Kombinates bereitgestellt werden konnten.

Um die unbedingt notwendig werdende Vorlaufzeit für den Baubeginn in der Neustadt zu gewährleisten, wurden deshalb parallel zur Arbeit am Stadtbebauungsplan der Neustadt Bebauungskonzeptionen für etwa 1000 Wohnungen im Westen der Altstadt erarbeitet und umgehend mit der Realisierung dieser Wohneinheiten in traditionellen Bauweisen begonnen.

Die städtebauliche Idee des Stadtbebauungsplanes, der vom Entwurfsbüro für Stadt- und Dorfplanung in Halle bearbeitet und Anfang 1956 vom Beirat für Bauwesen beim Ministerrat bestätigt wurde, ging – entsprechend der Leitlinien der städtebaulichen Planungspraxis der fünfziger Jahre – davon aus, entlang einer sich vom Norden nach Süden zum zukünftigen Bahnhof geführten Magistrale beiderseits sieben Wohnkomplexe sowie zwei Reservekomplexe gleicher Größenordnung (jeweils 3500–4000 Einwohner) und mit gleichem funktionellem Aufbau anzuordnen. Die zentralen gesellschaftlichen Einrichtungen waren entlang der Magistrale und um den im Schwerpunkt angeordneten zentralen Platz verteilt.

Vom zentralen Platz wurde eine Querachse als Fußgängerverbindung über den zwischen beiden Stadtteilen gelegenen Kulturpark zum Zentrum der Altstadt geführt.

Unter der Annahme, daß diese Stadt nur Wohnfunktionen für das 12 km entfernte Gaskombinat zu übernehmen hatte, außer bedienender örtlicher Versorgungsindustrie keine Arbeitsstätten des materiellen Bereiches vorgesehen waren und das Größen-

1
Städtebauliches Modell von Hoyerswerda-Neustadt (Stand 1975)

2
Mit dem 1. Preis ausgezeichneter Entwurf eines Kollektivs des damaligen Entwurfsbüros für Stadt- und Dorfplanung Halle, dem auch der Verfasser angehörte, im DDR-offenen städtebaulichen Wettbewerb 1956

3
Stadtgebiet Hoyerswerda zum Zeitpunkt der Standortfestlegung der Wohnstadt für das Kombinat Schwarze Pumpe (1954)

4
Städtebauliche Grundkonzeption für die Neustadt als Grundlage des Städtebauwettbewerbes 1956: 7 Wohnkomplexe beiderseits der Magistrale, Reserveflächen für zwei weitere Komplexe, Verteilung der gesellschaftlichen Einrichtung beiderseits der Magistrale und um den zentralen Platz (1956)

5
Stadtgebiet entsprechend dem am 27. Juni 1957 bestätigten Bebauungsplan, der auf der Grundlage des mit dem 1. Preis ausgezeichneten Wettbewerbentwurfes erarbeitet wurde (1957)

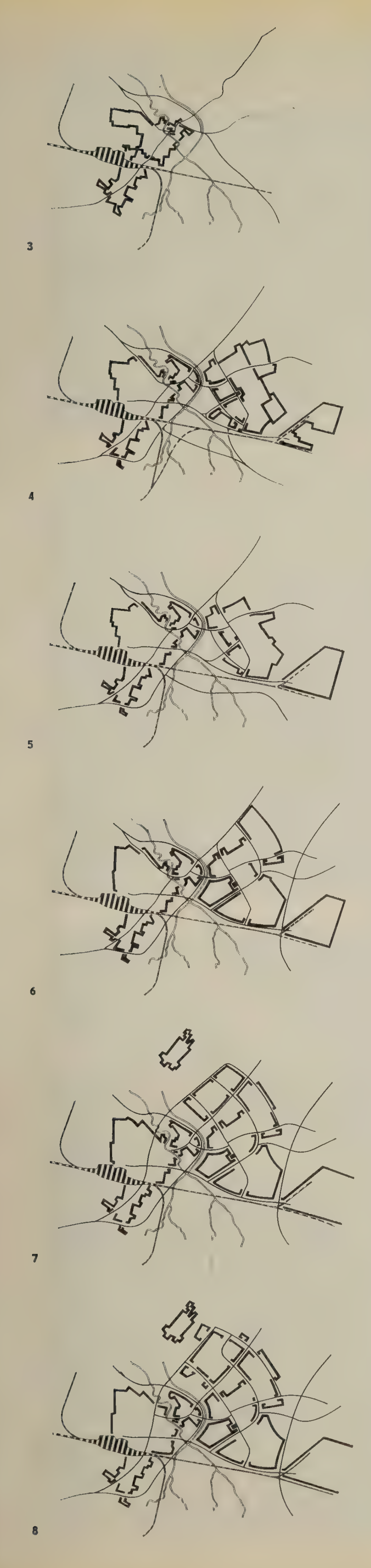
6
Stadtgebiet für etwa 75 000 Einwohner: Erweiterung der Fläche des Stadtzentrums, Konzipierung des Wohngebietes Kühnichter Heide (1963)

7
Stadtgebiet als Ergebnis der Generalbebauungsplanung mit einer vorgesehenen Entwicklung bis 90 000 Einwohner (1967)

8
Gegenwärtiger Planungsstand für eine Größenentwicklung bis 100 000 Einwohner (1975)

2




3
4
5
6
7
8

wachstum dieser Stadt durch diese Vorgaben festgelegt war, erschien diese strukturelle Gliederung logisch und konsequent.

Dieser Plan, einschließlich der Bebauungskonzeption des ersten Wohnkomplexes im Norden des vorgesehenen Baugebietes, war die verbindliche Vorgabe eines 1956 ausgeschriebenen offenen Wettbewerbes zur Gestaltung der zweiten sozialistischen Stadt. Die Ergebnisse dieses Wettbewerbes – besonders der mit dem ersten Preis ausgezeichnete Entwurf eines Kollektivs des Entwurfsbüros in Halle – führten zu einer für die damalige Zeit völlig neuen Qualität im Städtebau nicht nur für die Stadt Hoyerswerda, sondern für die städtebauliche Planungspraxis der gesamten Republik.

Worin war das Neue begründet?

■ Unter Beibehaltung der vorgegebenen Flächen- und Verkehrsstruktur wurden die zentralen gesellschaftlichen Einrichtungen auf der für den Wohnkomplex 4 vorgesehenen Fläche zwischen der Magistrale und dem Kulturpark zu einem gesamtstädtischen Zentrum zusammengefaßt und der bis dahin tragende städtebauliche Gedanke zum Aufbau einer Magistrale, in der sich die verschiedensten Funktionen (Verkehr, gesellschaftliche Kommunikation und Repräsentation, Bereiche des Handels und der Kultur sowie Wohnfunktionen) überlagerten, aufgegeben.

■ Der Fahr- und Fußgängerverkehr wurde nicht nur in diesem Zentrum, sondern auch in den Wohnkomplexen weitestgehend voneinander getrennt.

■ Durch die sparsame, aber wirkungsvolle Anordnung städtebaulicher Dominanten wurde nicht nur das Zentrum optisch begrenzt, sondern auch Blickbeziehungen aus allen Straßenzügen und Fußgängerbereichen zum Zentrum und eine wirkungsvolle Stadtsilhouette nach außen geschaffen.

Gleichzeitig wurden – ausgehend von den damaligen technischen und technologischen Möglichkeiten des industrialisierten Wohnungsbaues – neue Prinzipien für die Gestaltung der Wohnkomplexe vorgeschlagen. Bei diesem Entwurf stimmten nach dem Urteil der Jury eine gute funktionelle Lösung mit der räumlich-gestalterischen Idee überein. Daraus resultierte die Empfehlung, diesen Entwurf zur weiteren Grundlage der weiteren Planungsarbeit zu machen. Der daraufhin ausgearbeitete detaillierte Bebauungsplan, der am 27. Juni 1957 dem Beirat für Bauwesen zur Beschlußfassung vorlag, stimmte im Prinzip mit dem mit dem ersten Preis ausgezeichneten Entwurf überein.

Der Aufbau der Wohnkomplexe der Neustadt vollzog sich unter Leitung von Prof. Paulick in den Jahren bis 1963 im wesentlichen nach diesem Plan, wobei im Detail in den Wohnkomplexen 4 bis 7 neue Erkenntnisse, basierend auf den Forschungsergebnissen der Bauakademie der DDR zum „Sozialistischen Wohnkomplex", einflossen. An Stelle der im Wettbewerbsentwurf vorgesehenen punktförmigen Wohnhochhäuser entstanden als erste vielgeschossige Baukörper in der DDR im Plattenbau sechs 8geschossige Scheibenhäuser entlang des Wohnkomplexes 3. Da das Kernstück dieses Entwurfes, das Stadtzentrum, bis Mitte der sechziger Jahre nicht realisiert werden konnte, ist diese städtebauliche Idee niemals auf ihre Funktionstüchtigkeit geprüft worden.

Nur unter Beachtung dieser Situation können die Kritiken an dieser Planung – die positiven als auch die negativen – gewertet werden.

Die strukturellen und funktionellen Probleme der Entwicklung lagen auf einer anderen Ebene. Sie wurden deutlich, als im Jahre 1963 umfangreiche Erweiterungen der Neustadt Hoyerswerda, bedingt durch den Endausbau das Gaskombinates Schwarze Pumpe, notwendig wurden.

Die volkswirtschaftliche Notwendigkeit, die Stadt zu einer Größenordnung mit etwa 90 000 Einwohnern zu erweitern, zwang zur Entwicklung eines völlig neuen Leitbildes für diese Stadt. Dabei wurde es notwendig, Kompromisse zu schließen, aber auch eine Reihe ernsthafter Schwierigkeiten zu überwinden.

■ Die auf ein inneres Entwicklungssystem, auf die Magistrale orientierte Stadtstruktur sowie die Aufreihung der Wohnkomplexe ließ keine Erweiterungsrichtung erkennen, zumal die Fortführung der Magistrale und damit die logische Weiterentwicklung dieser Struktur durch die Anordnung der Kläranlage verbaut war.

■ Die Unterschätzung der Bedeutung des fließenden, aber vor allem des ruhenden Verkehrs ließ eine weitere Belastung der Magistrale durch zusätzliche, auf sie orientierte Erweiterungen nicht zu. Die Unterschätzung des ruhenden Verkehrs hatte zur Ausbildung einer ausgesprochenen „Rückseite" der Stadt am Ostrande der Komplexe geführt, da hier die einzige Möglichkeit zur Errichtung von Garagenkomplexen gesehen wurde.

■ Das auf der Grundlage der kleinmaßstäblichen Stadtstruktur aufbauende Handels- und Versorgungsnetz erwies sich als wenig leistungsfähig und unattraktiv für die Einwohner.

■ Das stadttechnische Versorgungsnetz war auf eine Einwohnergröße von 54 000 konzipiert, erwies sich in vielen Teilen für Erweiterungen ungeeignet, so daß auch in Stadtteilen mit relativ niedrigen Einwohnerdichten Verdichtungen sich nicht realisieren ließen.

■ Die zwingend werdenden kleineren Erweiterungen, die notwendig waren, die erforderlichen Wohnungen bereitzustellen ehe größere Neubaugbebiete neu aufgeschlossen werden konnten, sowie die Inangriffnahme des Baugebietes Kühnichter Heide, verbrauchten die für die Erschließung des Stadtzentrums bereitgehaltenen Kapazitäten der stadttechnischen Versorgung, so daß der Aufbau des Stadtzentrums, auch unter dem neuen Gesichtspunkt der Verdichtung des Zentrums mit Wohngebäuden, weiter hinausgeschoben werden mußte.

All diese Prämissen führten zu der städtebaulichen Zielstellung, daß neben der Verdichtung und Vergrößerung der Flächen mit Zentrumsfunktionen durch eine Neukonzipierung des Verkehrsnetzes eine eindeutige städtebauliche Entwicklungsrichtung über das inzwischen entstandene Baugebiet Kühnichter Heide hinaus festgelegt wurde, die zu völlig neuen funktionellen Beziehungen in der Gesamtstruktur der Stadt führten und die die notwendige Elastizität für die weitere Entwicklung von Hoyerswerda offenhält. Damit wurde durch die Autoren der zweiten Planungsphase versucht, auch unter Inkaufnahme einer Reihe von Schwierigkeiten die ursprüngliche städtebauliche Idee zur Gestaltung der zweiten sozialistischen Stadt folgerichtig weiter zu entwickeln und den neuen (zum Zeitpunkt der ersten Planungsphase nicht erkennbaren) gesellschaftlichen Forderungen und Bedürfnissen den entsprechenden städtebaulichen Rahmen zu geben.

Wohnbauten mit gesellschaftlichen Einrichtungen im Stadtzentrum von Hoyerswerda

Wohngebäude mit Ladenzone (Z 2)

Dipl.-Ing. Reinhardt Schneider, Architekt BdA/DDR
VEB Wohnungsbaukombinat Cottbus,
KB Projektierung

Hauptprojektant:

VEB Wohnungsbaukombinat Cottbus
PJB Hochbau Hoyerswerda

Projektverantwortlicher:

Dipl.-Ing. Reinhardt Schneider,
Architekt BdA/DDR
Mitarbeiter:
Dipl.-Ing. Uwe Mildner, Architekt BdA/DDR
Aufgabenstellung:
Dipl.-Ing. Wolfgang Müller
Innengestaltung und Farbprojekt:
Ingenieur für Holztechnologie Renate Großmann
Farbprojekt außen:
Farbgestalter Peter Bathke
Statik und Konstruktion:
Dipl.-Ing. Wolfgang Göttl
Bauingenieur Hugo Krotz
Bauwirtschaft:
Bauingenieur Walter Liehn
Heizung, Lüftung und Sanitärtechnik:
HLS-Ing. Karl-Heinz Rowoldt
Starkstromanlagen:
Elektroingenieur Gerhard Liefeld
Schwachstromanlagen:
Elektroingenieur Bernd Poller
Erschließung:
Bauingenieur Volkmer Miersch
Bauingenieur Werner Reuß
Freiflächengestaltung:
Gartenbauingenieur Klaus Wienke



1

2



3



1|2
Elfgeschossiges Wohngebäude mit Ladenzone (Z 2) im Stadtzentrum

3
Zugang zur Boutique

Zur Abrundung der Bebauung um das CENTRUM-Warenhaus Hoyerswerda wurden zwei elfgeschossige Wohngebäude konzipiert. Beim Scheibenhaus (Z 2) wurde erstmalig im Bezirk Cottbus eine Funktionsüberlagerung von elfgeschossigem Wohnungsbau (Typ IW 66/P 2) mit gesellschaftlichen Einrichtungen projektiert.
Der Wohnblock besteht aus drei Doppelsegmenten, die um 1,20 m versetzt angeordnet sind. Durch diesen Versatz konnte die Bebauung im Kreuzungsraum Albert-Einstein-Straße/Wilhelm-Pieck-Straße geöffnet werden. Außerdem hat die gestalterische Idee, eine vertikal gegliederte Dominante zu schaffen, eine Unterstützung erfahren. Diese vertikale Betonung wird weiterhin durch die Anordnung von Giebelloggien, Verlängerung der Giebelsegmente, vertikal gestäbte Betonelemente im Bereich der Loggien und die Farbgestaltung der Loggiabrüstungen unterstützt.
In der Erdgeschoßzone wurden Läden und Büroräume für die URANIA, die Nationale

4

Wohngebäude Z 2 und Appartementhaus Z 3
Erdgeschoß 1 : 500

Z 2

1.01 bis 1.17 Verwaltung Volksmusikschule
1.18 bis 1.31 Redaktion „Lausitzer Rundschau"
1.32 bis 1.40 Kosmetikverkaufsstelle
1.41 bis 1.43 Boutique
1.44 bis 1.50 Augenoptik
1.51 bis 1.54 Fachgeschäft Philatelie

Z 3

1.01 bis 1.11 Volksbuchhandlung



5
Passage im Erdgeschoß

6
Kosmetiksalon

7
Boutique

Front, die DEWAG-Werbung, für Dienstleistungen (Augenoptik, Uhrmacher) und die Kreisredaktion der „Lausitzer Rundschau" gefordert. Diese Funktionen ermöglichten die Übernahme der Bauweise im Erdgeschoß und vereinfachten die bautechnische Lösung entscheidend. Die Außenwand ist durch Betonelemente (Fenster, Türen) ersetzt worden, alle nichttragenden Wände sind durch (der neuen Funktion angepaßte) gemauerte Trennwände ersetzt worden.
Sanitärräume konnten im Erdgeschoß – bei nur geringfügigen Eingriffen in die Installationskerne – eingerichtet werden.
Die Loggien an den Gebäudelängsseiten werden durch Stahlrahmen unterstützt, die gleichzeitig die Tragfunktion für den der Erdgeschoßzone vorgelagerten, überdachten Fußgängerbereich übernehmen. Dieser Fußgängerbereich ist durch vorgelagerte Pflanzbecken, Werbung auf den Dächern, in den Schaufenstern und Foyers für den Passanten interessant gestaltet.
Der Giebel im Kreuzungsbereich ist durch eine Monolithkonstruktion unterfangen. Dadurch war es möglich, den Fußgängerverkehr in diesem Bereich geradlinig weiterzuführen und den rechtwinklig anstoßenden Baukörper sinnvoll anzuschließen.
In den Obergeschossen befinden sich 119 Wohnungen, denen im ersten Obergeschoß ein Gemeinschaftsraum zugeordnet ist.
Die Oberflächengestaltung der Außenwand wird durch Vorsatzmaterialien (weißen Marmorsplitt, postgelbe Keramikverkleidung auf der Hauseingangsseite und farbig emaillierte Stahlbleche als Loggiabrüstung) bestimmt.
Die relativ große Farbigkeit des Gebäudes erhält durch die Leuchtwerbung auf den Vordächern auch eine gute Nachtwirkung.
Als Einrichtungen konnten nachträglich ein Fachgeschäft Philatelie, eine Boutique und ein Kosmetikgeschäft eingerichtet werden. Dabei war zu beachten, daß keine großen Lagermöglichkeiten vorhanden sind und eine Anlieferung von Waren über den Hauseingang erfolgen muß.



1 2



3



Appartementhaus (Z 3)

Dipl.-Ing. Uwe Mildner
VEB Wohnungsbaukombinat Cottbus,
KB Projektierung

Hauptprojektant:
VEB Wohnungsbaukombinat Cottbus
PJB Hochbau Hoyerswerda

Projektverantwortlicher:
Bauingenieur Jürgen Lienig, Architekt BdA/DDR
Mitarbeiter:
Entwurf:
Dipl.-Ing. Reinhardt Schneider, Architekt BdA/DDR
Dipl.-Ing. Uwe Mildner, Architekt BdA/DDR
Aufgabenstellung:
Dipl.-Ing. Siegfried Körner
Ausstattung und Farbprojekt:
Ingenieur für Holztechnik Renate Großmann
Statik und Konstruktion:
Dipl.-Ing. Wolfgang Göttl
Dipl.-Ing. Roland Löbel
Bauwirtschaft:
Bauingenieur Walter Liehn
Heizungs- und Sanitärtechnik:
HLS-Ing. Gerhard Grüger
Kalkulation für Heizungs- und Sanitärtechnik:
Kostenplaner Rolf Appel
Elektrotechnik:
Elektroingenieur Gerhard Liefeld
Elektro-Maschinenbauingenieur Roland Altmann
Erschließung:
Bauingenieur Volkmar Miersch
Bauingenieur Werner Reuß
Freiflächengestaltung:
Gartenbauingenieur Klaus Wienke

Künstlerische Gestaltung
Wandgestaltung im Foyer der Buchhandlung:
Bildhauer Jürgen v. Woyski, VBK-DDR,
Hoyerswerda
Ziergitter der Erdgeschoßzone:
Künstlerische Produktionsgenossenschaft
„neue form", Hoyerswerda/Seidewinkel

1 Appartementhaus Z 3 im Stadtzentrum
2|3 Bereich der Volksbuchhandlung im Erdgeschoß

Das Appartementhaus (Z 3) wurde als Baulückenschließung zwischen dem Wohngebäude mit Ladenzone (Z 2) und einem Q6-Wohnblock errichtet.

Gestalterische Lösung

Für die Gestaltung des Gebäudes war die Notwendigkeit der Lückenschließung bestimmend, das heißt die architektonische Lösung des Überganges von einem elfgeschossigen Wohngebäude zum bestehenden viergeschossigen Wohnblock mit Steildach. Die Straßenfassade ist im Erdgeschoß wie beim Wohngebäude (Z 2) mit Naturstein (Grenzland-Synit) verkleidet. Die vier Obergeschosse erhielten ganzflächig eine grauweiße Meißner Baukeramikverkleidung. Das Erdgeschoß mit der Volksbuchhandlung hebt sich an der Straßenseite durch die Schaufensteranlage deutlich von den Wohngeschossen ab. Die vorgezogenen Treppenhäuser auf der Rückseite gliedern die Fassade.

Funktion

Die vier Obergeschosse werden für Wohnzwecke (64 Einraumwohnungen) genutzt und über hofseitig gelegene Verteilerflure erschlossen.
Im Erdgeschoß war noch in der Projektphase eine Zweigstelle der Stadt- und Kreisbibliothek Hoyerswerda vorgesehen. Es erfolgte jedoch während der Bauausführung eine Funktionsänderung in eine Volksbuchhandlung.
Im Kellergeschoß sind außer den technischen Räumen hauptsächlich Mieterboxen vorgesehen gewesen. Inzwischen ist der Keller durch den Rechtsträger teilweise als Klub ausgebaut.

Konstruktion

Keller- und Erdgeschoß wurden funktionsbedingt in der 2-Mp-Skelettbauweise bei einer Systemweite von 6,00 m Stützenabstand und einer Geschoßhöhe Erdgeschoß von 3,30 m errichtet. Die vier Obergeschosse sowie das Dachgeschoß wurden in der 5-Mp-Großplattenbauweise ausgeführt.

1 Bebauung am gesellschaftlichen Zentrum des Wohnkomplexes VIII

Wohngebiet Kühnichter Heide

Architekt BdA/DDR Fritz Kuhnke
VEB Hauptauftraggeber Komplexer Wohnungsbau Cottbus

Die städtebauliche Planung des Wohngebietes Kühnichter Heide erfolgte in den Jahren 1964/1965 und 1967.

Parallel dazu wurde der Generalbebauungsplan und der Generalverkehrsplan der Stadt für eine geforderte Einwohnerzahl von 100 000 Einwohner erarbeitet.

Die bisher geplante Neustadt wurde, bedingt durch den Endausbau des VEB Kombinat Schwarze Pumpe, zu klein. Ihre Wohnkomplexe standen kurz vor dem baulichen Abschluß.

Die Planverfasser bearbeiteten damals den Generalbebauungsplan und die städtebauliche Planung des vorgestellten Wohngebietes parallel.

Zur Lage des Wohngebietes in der Stadt

Umfangreiche generelle Untersuchungen zur Entwicklung der Gesamtstadt ergaben zwei mögliche Erweiterungsflächen im Norden der Stadt. Eine land- und forstwirtschaftliche Nutzfläche; jeweils links und rechts der F 97 in Richtung Cottbus. Alle übrigen in Betracht gezogenen Gebiete unterlagen natürlichen oder baulichen Nutzungsbeschränkungen. Von diesem Flächenangebot blieb dann letzten Endes nur die Waldfläche als Erweiterungsgebiet übrig. Auf der landwirtschaftlichen Nutzfläche befindet sich in unmittelbarer Stadtnähe die städtische Kläranlage mit ihren Verregnungsflächen. Obwohl die Anlage im natürlichen Erweiterungsgebiet der Stadt liegt, war damals an eine Verlagerung nicht zu denken.

Im Generalbebauungsplan wurde diese landwirtschaftliche Nutzfläche dann als Vorbehaltsfläche für das nächste große Wohngebiet Hoyerswerda-Seidewinkel ausgewiesen.

Für die erste Stadterweiterung wurde somit das Gebiet an der Kühnichter Heide bestätigt.

Städtebauliches Programm

Der neue Stadtteil sollte eine Größe von etwa 20 000 Einwohner haben und in zwei großen Bauabschnitten (Wohnkomplex VIII und IX) vorbereitet und gebaut werden.

Als Wohnungstyp stand die neu einzuführende P 2-Serie zur Verfügung. Für die gesellschaftlichen Einrichtungen des Wohngebietszentrums sollten neben bezirklichen Wiederverwendungsprojekten auch Neuentwicklungen der TU Dresden (Lehrstuhl Prof. Dr. Ing. habil. Trauzettel) angewendet werden.

Das anfangs sehr umfangreiche Programm des Wohngebietszentrums wurde während der Planungs- und Projektierungsphase vom Auftraggeber grundlegend überarbeitet und reduziert. Das führte zu mehreren städtebaulichen Überarbeitungen; vor allem des 2. Bauabschnittes (Wohnkomplex IX) im Jahre 1971.

Trotz vieler Schwierigkeiten und laufenden Änderungen in allen Vorbereitungsphasen bestand zwischen allen Beteiligten eine gute sozialistische Zusammenarbeit.

Städtebauliche Lösung

Entsprechend den Ergebnissen des Generalbebauungs- und Generalverkehrsplanes wurde das Wohngebiet an das örtliche und überörtliche Verkehrsnetz angeschlossen. Dadurch ergab sich auch fast zwingend die Teilung des Gebietes in zwei Bauabschnitte (WK VIII – 3500 WE und WK IX – 2500 WE). Der südlich des Gebietes begonnene Neubau des Kreiskrankenhauses mußte funktionell sinnvoll in die Gestaltung einbezogen werden.

So wurde die funktionelle und gestalterische Konzeption unter besonderer Berücksichtigung der Hauptfußgängerverbindungen in Richtung Stadtzentrum, des Nah-

2 Innenraum einer Wohngruppe mit Eckbauwerk (Wohnkomplex VIII)



3

4

1 Kreiskrankenhaus
2 Komplexzentrum
3 Polytechnische Oberschule
4 Turnhalle
5 Kindergarten / Kinderkrippe
6 Schwimmhalle
7 Ambulatorium
8 Altersadäquater Wohnungsbau
9 Feierabend- u. Pflegeheim
10 Internat mit öffentlicher Gaststätte
11 Naherholungsgebiet „Kühnichter Heide"
12 Garagen

Städtebauliche Planung

VEB Cottbusprojekt, Bereich Städtebau
Architekt BdA/DDR Fritz Kuhnke
Architekt BdA/DDR Karl-Heinz Müller
Dipl.-Ing. Ruth Weise, Architekt BdA/DDR
Diplomgärtner Helmut Sachweh, Architekt BdA/DDR

Projektierung und Ausführung

VEB Cottbusprojekt
VEB Wohnungsbaukombinat Cottbus
Chefarchitekt Gerhard Guder,
Architekt BdA/DDR, NPT
Architekt BdA/DDR Fritz Lehmann (Wohnungsbau)

3
Gesellschaftliche Einrichtungen des komplexen Wohnungsbaus im Wohngebiet

4
Lageplan des Wohngebietes (Wohnkomplexe VIII und IX)



5



6

erholungsgebietes Kühnichter Heide und des später zu bauenden Wohngebietes Hoyerswerda-Seidewinkel erarbeitet.

Dabei wurde stets auf die Möglichkeiten einer ökonomischen Baudurchführung Rücksicht genommen.

Für den 1. Bauabschnitt, den Wohnkomplex VIII, ist der verkehrsfreie innere Grünraum mit seinen Kindereinrichtungen und Fußgängerbeziehungen typisch. Er verbindet das Ensemble der komplexen gesellschaftlichen Einrichtungen am Kreiskrankenhaus mit

- dem Fußgängerbereich in Richtung Stadtzentrum im Südwesten
- dem Naherholungsgebiet Kühnichter Heide im Nordosten und
- dem Wohngebietszentrum (im 2. Bauabschnitt) im Nordwesten.

Er wird außerdem durch elfgeschossige Wohnscheiben von unterschiedlicher Gestaltung städtebaulich markiert und bildet das Rückgrat des Komplexes. Die ihn umgebenden vier Wohngruppen sind von unterschiedlicher Größe. Die Wohngebäude wurden, erstmalig im Bezirk Cottbus, durch Zwischen- oder Eckbauten verbunden oder gegliedert.

Der 2. Bauabschnitt, der Wohnkomplex IX, wurde im Jahr 1971 endgültig städtebaulich konzipiert. Auf seinem Territorium entsteht das Wohngebietszentrum. Der für den Wohnkomplex VIII typische innere Grünraum wird, vom Wohngebietszentrum tangiert, durch den Wohnkomplex IX bis zum 1. Bauabschnitt des Wohngebietes Hoyerswerda-Seidewinkel weitergeführt. Eine zweite Anbindung an die Kühnichter Heide wird über das Wohngebietszentrum möglich.

Die Wohnbebauung wurde entsprechend dem noch verbliebenen Flächenzuschnitt und den realen Möglichkeiten des VEB Wohnungsbaukombinat Cottbus konzipiert. Dabei konnten die derzeitig möglichen gestalterischen Details, wie stumpfwinklige Eckverbindungen und die Sektion III der P2-Serie, angewendet werden. Die Vorschuleinrichtungen wurden in große Freiräume der Wohngruppen gelegt. Die Polytechnischen Oberschulen liegen hier konzentriert am Rand des Wohnkomplexes und bilden einen Teil des Wohngebietszentrums.

Zusammenfassung

Das Wohngebiet Kühnichter Heide ist inzwischen fast fertiggestellt. Der 1. Bauabschnitt wurde zum 20. Jahrestag unserer Deutschen Demokratischen Republik übergeben. Für seine architektonische und städtebauliche Gestaltung erhielten die Autoren den Architekturpreis (1. Preis) des Rates des Bezirkes Cottbus. Der 2. Bauabschnitt wird noch 1975 fertiggestellt.

5
Fünf- und elfgeschossige Wohnbauten im Wohnkomplex IX

6
Altersadäquater Wohnungsbau im Wohnkomplex IX

7
Fünfgeschossiger Wohnungsbau mit Verbindungssegmenten

Maßstäbe für die Gestaltung weiterer Komplexe

Aus einer Stellungnahme des Wohnbezirksausschusses XVI im Wohngebiet Kühnichter Heide (1974)

Die Bebauung des Wohnkomplexes VIII wird von der Bevölkerung als gut betrachtet. Die farbliche Gestaltung der Häuser spricht an. Die Verteilung des 11geschossigen Wohnungsbaues entlang des Fußgängerbereiches wird positiv bewertet.

Das gesellschaftliche Zentrum Trakt A, B und C wird ebenfalls als gut eingeschätzt. Als ungünstig werden die Schaufensterflächen bei den Dienstleistungseinrichtungen eingeschätzt, weil dort nur Gardinen vorgehangen werden.

Die Gestaltung der Außenanlagen spricht an. Besonders positiv wird die Trennung des Fußgängers vom fließenden Verkehr im Wohnkomplex betrachtet.

Als günstig wird ebenfalls die Auslagerung der Bolz- und Tollflächen in das unmittelbare Randgebiet des Wohnkomplexes betrachtet, obwohl der Ausbau zügiger erfolgen müßte.

Der Wohnkomplex VIII wird von der Bevölkerung als der beste der Stadt Hoyerswerda eingeschätzt. Hier wurden Maßstäbe für die Gestaltung der weiteren Komplexe geschaffen.

7





1

Wohnkomplexzentrum VIII im Wohngebiet Kühnichter Heide

Dipl.-Ing. Uwe Mildner, Architekt BdA/DDR
VEB Wohnungsbaukombinat Cottbus
PB Hochbau Hoyerswerda

Hauptprojektant:
VEB Wohnungsbaukombinat Cottbus,
PB Hochbau Hoyerswerda
Projektverantwortlicher:
Dipl.-Ing. Uwe Mildner, Architekt BdA/DDR
Mitarbeiter beim Entwurf:
Dipl.-Ing. Reinhardt Schneider, Architekt BdA/DDR
Bauingenieur Jürgen Lienig, Architekt BdA/DDR
Bauingenieur Karli Günther, Architekt BdA/DDR
Bauingenieur Peter Biernath, Architekt BdA/DDR
Mitarbeit bei der Aufgabenstellung:
Dipl.-Ing. Siegfried Körner
Dipl.-Ing. Rolf Hantschke
Innenraumgestaltung und Farbprojekt:
Ingenieur für Holztechnologie Renate Großmann
Statik und Konstruktion:
Dipl.-Ing. Wolfgang Göttl
Dipl.-Ing. Dieter Jahn
Bauingenieur Fritz Nischan
Bauingenieur Hugo Krotz
Bauwirtschaft:
Bauingenieur Walter Liehn
Bauingenieur Ingeborg George
Meister Bruno Sachs
Meister Wilhelm Müller
Heizungs- und Lüftungstechnik:
HLS-Ing. Hans Mangelsdorff
Sanitärtechnik:
HLS-Ing. Hans Mangelsdorff
HLS-Ing. Karl-Heinz Rowoldt
Kalkulation Heizungs-, Lüftungs- und Sanitärtechnik:
Kostenplaner Rolf Appel
Starkstromanlagen:
Elektroingenieur Gerhard Liefeld
Elektroingenieur Gottfried Böhme
Schwachstromanlagen:
Elektroingenieur Bernd Poller
Erschließung:
Bauingenieur Volkmar Miersch
Bauingenieur Werner Reuß
Freiflächengestaltung:
Gartenbauingenieur Horst Behm
Künstlerische Gestaltung:
Lackbilder im Café und Wandmosaik im Restaurant:
Kunstmaler Karl-Heinz Kummer, VBK-DDR, Lauchhammer
Ausstattung des Cafés:
Künstlerische Produktionsgenossenschaft „neue form", Hoyerswerda/Seidewinkel
Bauausführung:
Generalauftragnehmer und Bauausführung:
VEB Wohnungsbaukombinat Cottbus,
KB Süd Hoyerswerda
Investbauleitung:
VEB Hauptauftraggeber Wohnungsbau Cottbus,
Investbauleitung Hoyerswerda

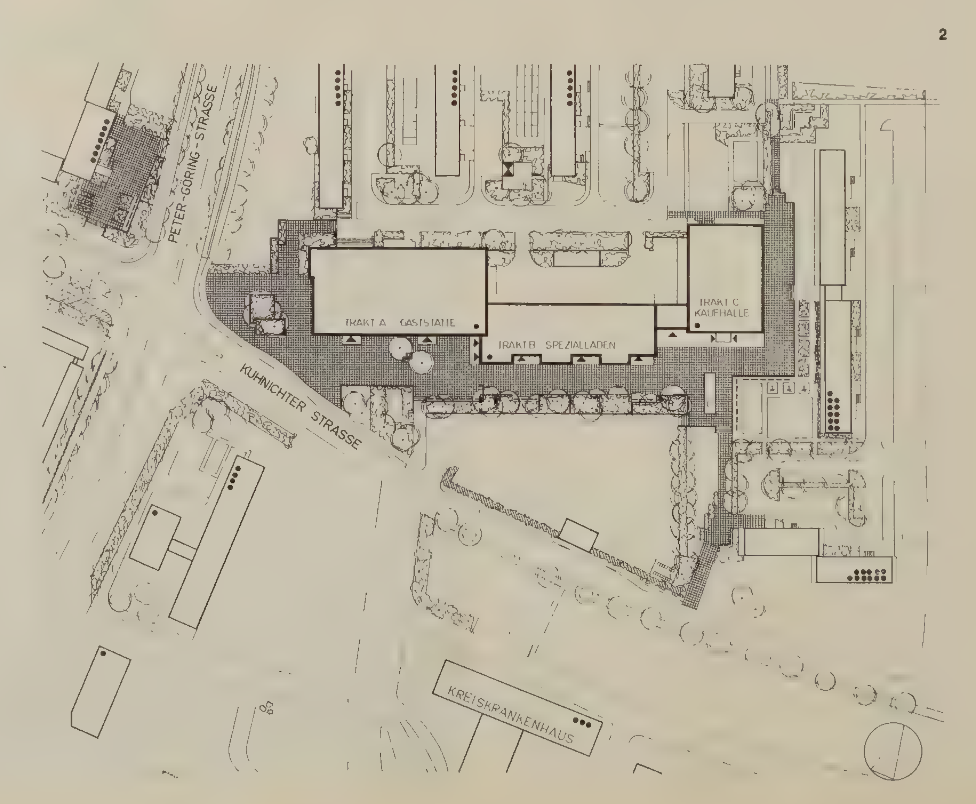
Entsprechend der Bebauungsplandirektive des ehemaligen Entwurfsbüros für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung Cottbus waren für den Wohnkomplex VIII (20 000 Einwohner) alle Handels- und Dienstleistungseinrichtungen in einem Komplexbau (Trakt A, B, C) unterzubringen. Der Gebäudekomplex befindet sich am Südrand des Wohnkomplexes, dem Kreiskrankenhaus und der Poliklinik unmittelbar gegenüberliegend. Der Standort entspricht den allgemeinen städtebaulichen und handelsnetzplanerischen Prinzipien.

Der Trakt C, eine Kaufhalle (630 m² VRFL), ist bereits seit langer Zeit funktionstüchtig. Die Trakte A (Gaststätten) und B (Dienstleistungen und Spezialläden) wurden im Nachgang projektiert und nach insgesamt knapp zweijähriger Bauzeit der Bevölkerung übergeben.

Gestalterische Lösung

Entsprechend der Bedeutung dieses Ensembles – gesellschaftliches Zentrum des Wohnkomplexes und des Einzugsbereichs Kreiskrankenhaus – wurde eine unverwechselbare Gestaltung der Gebäude angestrebt.
Der Gaststättentrakt hat seinen speziellen Charakter durch eine stark bewegte Dachfläche (VT-Falten und die dazu ruhige Stahl-Aluminium-Verbundfassade mit einem oberen Abschluß aus einbrennlackierten Trapezblechen. Die geschlossenen Wandflächen besitzen einen glatten Natursteinvorsatz aus Travertin und im Rampen- und

2



1
Blick auf die Gesamtanlage

2
Lageplan des Wohnkomplexzentrums

3
Schülergaststätte



3



5



4

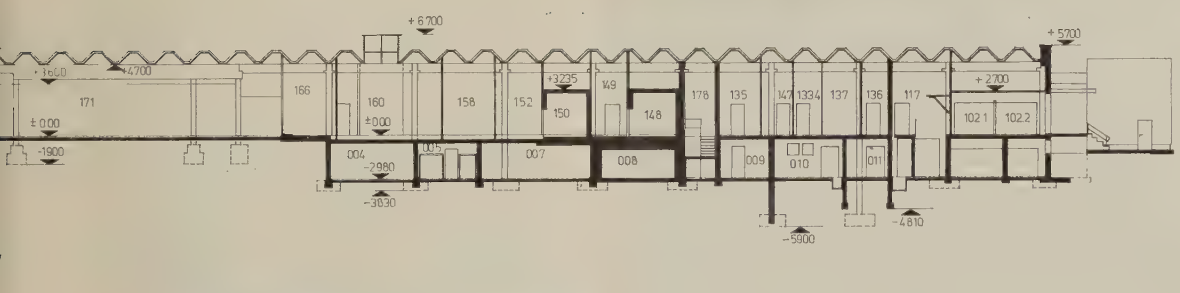


6

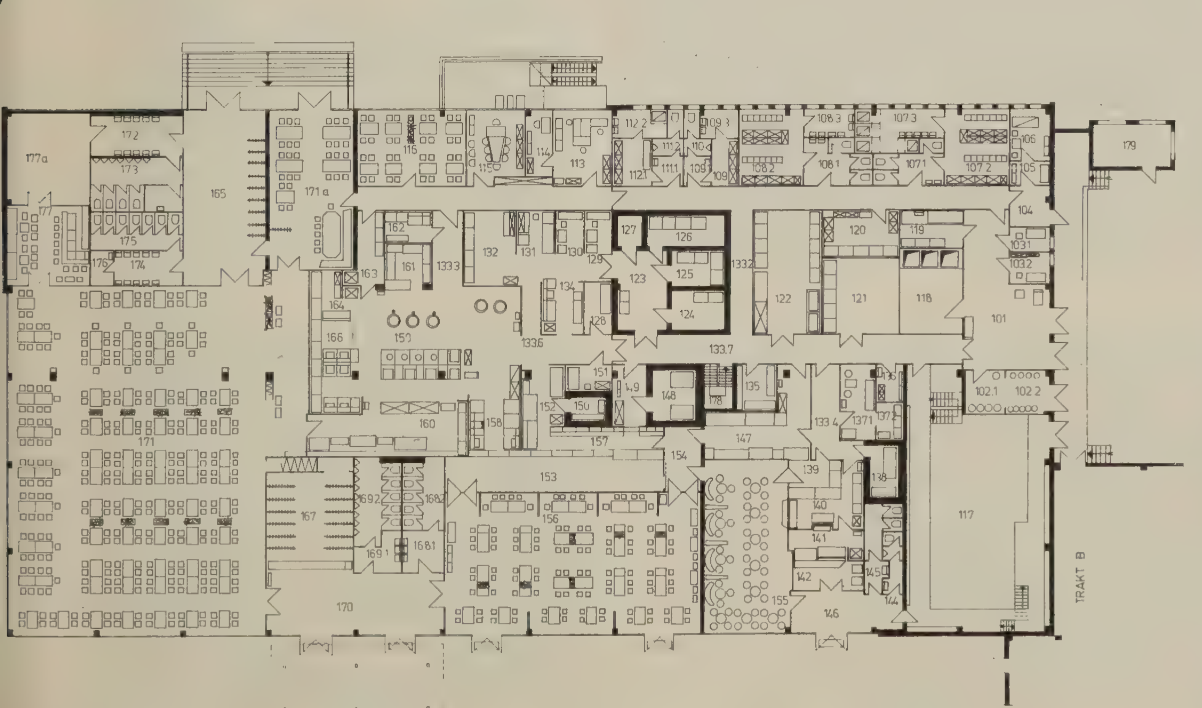
4
Café

5
Eingangssituation Restaurant

6
Restaurant



7



8

Gaststättentrakt

7
Längsschnitt 1 : 500

8
Erdgeschoß 1 : 500

101
Warenannahme

105 bis 112.2
Personalumkleide-, -wasch- und -WC-Anlagen

113 bis 115
Verwaltung

116
Personalspeise- und Aufenthaltsraum

118 bis 122
Lager, Leergut

123 bis 127
Kühlblock

129 bis 134
Vorbereitung

137
Eiszubereitung

141/142
Kuchenverkauf

148
Getränkekühlraum

155
Café

156
Restaurant

158
Warme Küche

159
Kalte Küche

160/161
Spüle

165
Foyer Schulspeisung

171
Schülergaststätte (Zweitnutzung für Tanzveranstaltung)

171a
Bierstube

177 Bar



9



10

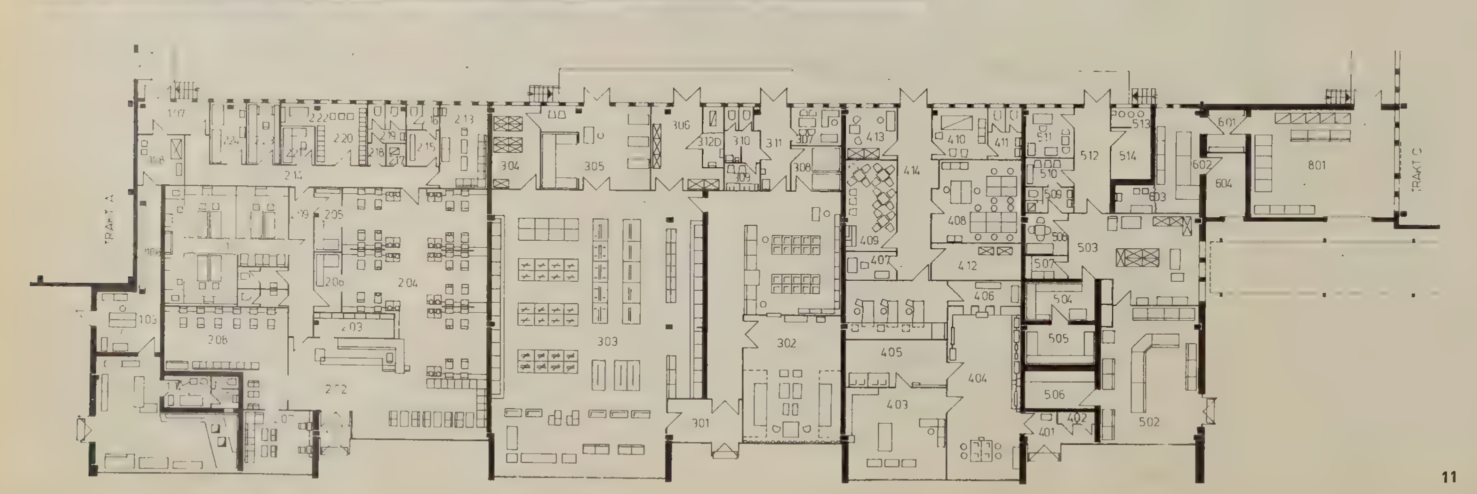
Sozialbereich Rollkiesvorsatz. Zur Betonung des Haupteinganges wurde ein großzügig gestaltetes Vordach vor die Fassade gesetzt.
Die Eingangsseite des Dienstleistungs- und Spezialllädentraktes hat zum einen Spannung durch die räumlich versetzt angeordneten Außenwandflächen (pavillonartig), zum anderen durch den Kontrast von geschlossener Wandfläche (Wandscheiben), Verblendmauerwerk, Brüstungen (Natursteinverkleidung) und Schaufensterfront aus einer Stahl-Aluminium-Verbundkonstruktion mit durchgehender Aluminium-Color-Blechverkleidung als oberer Abschluß. Leider konnte das Verblendmauerwerk als gestalterisches Bindemittel zum Trakt C bei der Ausführung nicht in dem vorgesehenen dunklen Klinkerton realisiert werden. Somit ergab sich nur ein geringer Kontrast zwischen Naturstein und Verblendmauerwerk.
Bei der Innenraumgestaltung wurde der Versuch unternommen (entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen), den Baustoff Holz möglichst sparsam einzusetzen. In den Gasträumen kam deshalb verstärkt keramisches Granulat zum Einsatz. Die Ausführung zeigte jedoch, daß das damalige Angebot dieses Materials nicht immer die gewünschte Gestaltung in Struktur und Farbe brachte.

Räumliche Gliederung

Das eingeschossige Gebäude des Gaststättentraktes ist teilunterkellert. Im Kellerbereich befinden sich hauptsächlich technische Räume. Die Hauptfunktionen im Erdgeschoß sind winkelförmig um den Küchen-, Lager- und Sozialtrakt angeordnet. Somit sind kürzeste Wege von der Warenanlieferung über die Produktion zum Gastbereich vorhanden.
Der Dienstleistungs- und Spezialllädentrakt ist eingeschossig und nicht unterkellert. Die funktionelle Ordnung sieht die Warenanlieferung und den Personaleingang über Rampen im gemeinsamen Anlieferhof der drei Trakte vor. Den Rampen sind unmittelbar die Lagerräume zugeordnet.
Der Kundenzugang zu den einzelnen Funktionseinheiten befindet sich im Repräsentationsbereich des Komplexzentrums (terrassenförmiger Fußgängerbereich mit Rabatten, Springbrunnen, Reliefwand, besondere Grüngestaltung).

Konstruktion

Im Gaststättentrakt wurde im Kellergeschoß eine Mischbauweise (monolithische Betonkonstruktion mit Großblockelementen und Stützen-Riegel-Systemen kombiniert) vorgesehen. Die Stützen-Riegel-Konstruktion des Erdgeschosses (Raster 6 m × 18 m) ist mit VT-Falten (18 m Spannweite) überdacht. Die Außenwände bestehen aus Außenwandplatten der bezirklichen 2-Mp-Skelettbauweise, die Innenwände aus Mauerwerk mit Aussteifungsstützen.
Im Dienstleistungs- und Spezialllädentrakt wurde eine Stützen-Riegel-Konstruktion (Raster 7,20 m × 12 m) gewählt. Das Dach besteht aus VT-Falten mit 12 m und 15 m Spannweite und einer Ortbetonkonstruktion für den Gemüseverkauf.



11



12

9
Detail. Verbindung zwischen den Trakten A und B
10
Blick in den Gemüsemarkt
11
Dienstleistungs- und Spezialládentrakt
Erdgeschoß 1 : 500
1.02 bis 1.08 Blumenverkauf
2.01 bis 2.24 Friseursalon
3.01 bis 3.11 Komplexe Dienstleistungsannahme
4.01 bis 4.14 Postzweigstelle
5.02 bis 5.14 Fischverkaufsstelle
12
Blick auf den Dienstleistungs- und Spezialläden-trakt
13
Fischverkaufsstelle
14
Blumenverkauf
15|16
Keramikteller (Jürgen von Woyski)
17
Friseursalon
18
Komplexe Dienstleistungsannahmestelle

Außenwände und Innenwände entsprechen dem Gaststättentrakt. Die Ausführung der Innenwände in Mauerwerk wird gegenwärtig für derartige Vorhaben noch als die günstigste Variante angesehen, da die funktionsbedingten Raumgrößen, der Brandschutz, der Schallschutz und die Wanddurchbrüche für Installationen kaum mit dem vorhandenen Fertigteilsortiment zu bewältigen sind, ohne das Sortiment in Einzelanfertigung unvertretbar auszuweiten.

Technische Gebäudeausrüstung

Die Trakte A und B sind mit umfangreichen technischen Einrichtungen versehen, die sich durch den kompaktbauähnlichen Charakter der Gebäude erforderlich machen. Das Herzstück bildet die Technische Zentrale (3200 m^3 umbauter Raum, teilweise zweigeschossig), die die Versorgung beider Trakte übernimmt. In der Zentrale befinden sich unter anderem der Heizungsanschluß mit Verteilungen, vier Klimablöcke (Frischluft/Wärme/Feuchte) und weitere Lüfter, Warmwasserboiler und der BMSR-Leitstand.

Im Bereich der Küche, der Kältemaschinenräume, im Fischladen und in den WC-Anlagen befinden sich getrennte Zu- und Abluftanlagen.

Die Steuerung der kombinierten Grundlastheizung (Radiatoren) und der Luftheizung (Lüftung) im Winterbetrieb sowie der Lüftung im Sommerbetrieb übernimmt die Regelanlage.

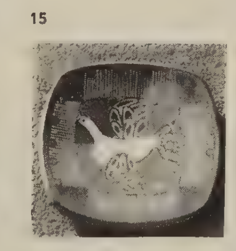
Die Be- und Entlüftungsanlage ist unter Beachtung des Schallschutzes konzipiert und ausgeführt.

Der größte Teil der Versorgungsleitungen und Kanäle im Hauptfunktionsbereich befinden sich im Dachbereich oberhalb der Unterhangdecken.

13



15



17





14



16



18

Vielgeschossige Wohnbauten im Wohnkomplex VIII und „Am Knie“

Architekt BdA/DDR Peter Biernath
VEB Wohnungsbaukombinat Cottbus,
KB Projektierung



1

Projektant:
VEB Wohnungsbaukombinat Cottbus,
PJB Hochbau Hoyerswerda
Entwurf:
Dipl.-Ing. Karin Schneider, Architekt BdA/DDR
Architekt Peter Biernath, Architekt BdA/DDR
Farbgestaltung:
Ingenieur Renate Großmann
Ingenieur Duschek
Statik und Konstruktion:
Dipl.-Ing. Wolfgang Göttl
Dipl.-Ing. Roland Löbel
Bauwirtschaft:
Bauingenieur Walter Liehn
Bauausführung:
VEB Wohnungsbaukombinat Cottbus,
KB Süd Hoyerswerda
Heizungs- und Sanitärtechnik:
Ingenieur Gerhard Grüger
Ingenieur Karl-Heinz Rowoldt
Elektrotechnik:
Ingenieur Gerhard Liefeld
Freiflächengestaltung:
Gartenbauingenieur Klaus Wienke
Gartenbauingenieur Horst Behm
Erschließung:
Bauingenieur Volkmar Niersch
Bauingenieur Werner Reuß

Durch den Einsatz des vielgeschossigen Wohnungsbaus konnten in Hoyerswerda hohe Einwohnerdichten erreicht werden und Wohnungen mit differenzierten Grundrissen angeboten sowie der Wohnkomfort erhöht und gestalterische Akzente gesetzt werden. Weiterhin wurde dadurch für den Wohnkomplex VIII eine ansprechende städtebaulich-architektonische Gesamtlösung erreicht. Zwei differenziert gestaltete Wohnscheiben grenzen den Wohnkomplex VIII zum Kreiskrankenhaus am Ostrand des Wohngebietszentrums ab.

Lange Wohnscheibe im Wohnkomplex VIII

Die lange, vielgeschossige Wohnhausscheibe im Wohnkomplex VIII wird aus je zwei Doppelsektionen gebildet, die durch einen Zwischenbau mit erdgeschossigem Durchgang verbunden werden. Dieses Wohngebäude weist 168 Wohnungen auf. Eine Doppelsektion des IW 66/P2, elfgeschossig, umfaßt ein Gebäudesegment mit insgesamt 44 Wohnungen. Dabei liegen je zwei 6-m-Gebäudelängsachsen an je einem Treppenhaus, und die beiden Treppenhäuser werden im ersten, vierten, siebenten und zehnten Geschoß über die zwischengeschobene 3,60-m-Achse des Aufzuges verbunden. Im siebenten Geschoß wird der Verteilergang mit absoluter Durchgängigkeit ausgebildet, um den benachbarten Aufzug erreichen zu können. In den Verteilergängen und im Keller sind die erforderlichen Mieterboxen angeordnet.
Gegenüber dem Ursprungsprojekt, das davon ausging, einen Fahrrad- und Abstellboxenraum im ersten Geschoß anzubieten, wurden die Fahrradräume generell auf der Kellerebene untergebracht und sind über die Kelleraußentreppe zu erreichen. Die Verteilerräume im Erdgeschoß sind der Postzustellung und als Abstellplatz für Kinderwagen vorbehalten. Hier wurden auch Waschmaschinen- und Trockenräume eingerichtet. Darüber hinaus gibt es einen Raum für Hausversammlungen und einen Raum für den Hausmeister.

Gestaltung:

▪ Hauseingangsseite

Die Außenwandelemente wurden bereits im Betonwerk mit Spaltplatten des VEB Plattenwerk „Max Dietl“ Meißen verkleidet. Dabei wurden Fensterbrüstungs- und Fenstersturzbänder farblich differenziert und die Fensterschäfte mit Kalksteinsplitt beschichtet.

▪ Loggiaseite (Wohnraumseite)

Die Loggiaseite erhielt durchgehende Loggiabänder aus weißem Form-PVC. Die Loggiarückwand wurde in türkis gehalten.

▪ Die Giebelseiten wurden mit Rollkies beschichtet.

Versetzte Wohnscheibe im Wohnkomplex VIII

Die beiden versetzt zueinander angeordneten Gebäude dieser Scheibe bestehen aus je einer Doppelsektion mit Dreispännern. Die Staffelung folgt dem Straßenraum.

2



Durch die Giebelloggien und die konzentrierte Anordnung der Fensterbereiche wurde bewußt eine Vertikalbetonung angestrebt.

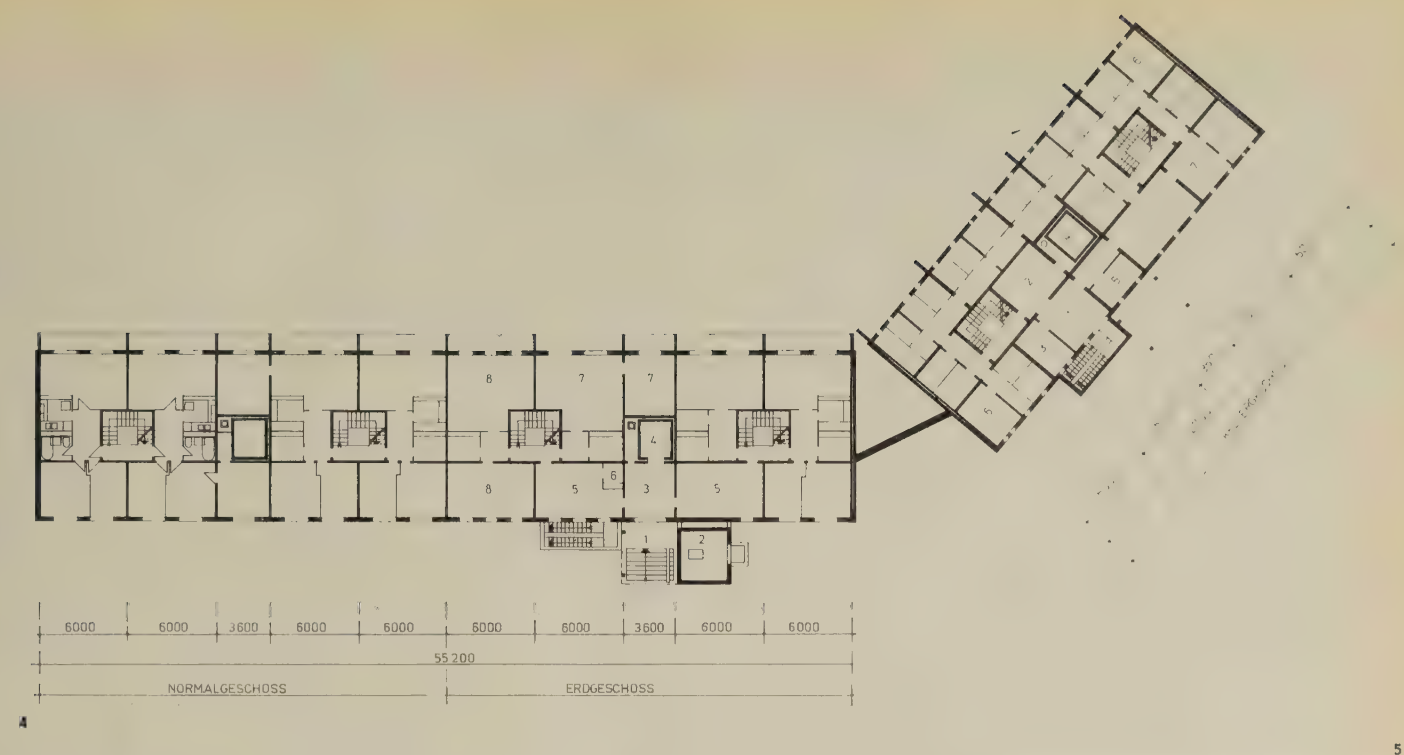
Gestaltung:

▪ Hauseingangsseite

Die Fensterwandplatten wurden voll mit grauschwarzer Meißner Spaltkeramik belegt.
Die geschlossenen Außenwandplatten erhielten eine Beschichtung aus weißem Kalksteinsplitt.

3





4

5

KELLERGESCHOSS
ERDGESCHOSS
55 200
6000 6000 3600 6000 6000 6000 6000 3600 6000 6000

■ Wohnraumseite
Anstelle der Loggien wurden hier Außenwandplatten mit umlaufendem Rahmen und Kalksteinsplittbeschichtung eingesetzt. Die Fenster liegen im dunklen, mit Syenitsplitt beschichteten Mittelfeld. Vor dem großen Fenster wurde ein Sichtbalken aus rubinrotem Blech angeordnet.

■ Giebelseiten
Die Loggiabrüstungen bestehen hier ebenfalls aus rubinrotem Emailleblech.

Vielgeschossiges Wohnhaus „Am Knie"

Schon in den ersten Planungen war an der Abwinklung der Wilhelm-Pieck-Straße zwischen Franz-Liszt-Straße und Sputnikstraße eine vielgeschossige Dominante vorgesehen, um der Straßenachse einen Blick- und Drehpunkt zu geben.
Der Abwinklung der Straße wurde durch eine Winkelbildung des Gebäudekörpers von 130° Rechnung getragen. Das Ensemble besteht aus zwei Doppelsektionen mit 85 Wohnungen und einer abgewinkelten Doppelsektion mit 42 Wohnungen des Typs IW 66/P2, elfgeschossig.

Gestaltung:

■ Hauseingangsseite
Es wurden farblich differenzierte Spaltkeramikflächen und Kalksteinsplittbeschichtung eingesetzt.

■ Loggiaseite (Wohnraumseite)
Als Gestaltungsmittel wurden durchgehende Loggiabänder aus weißem Form-PVC gewählt.

■ Die Loggiarückwand ist in einem dunkelblauen Farbton gehalten.

■ Giebelseiten
Hier kamen Giebelstrukturelemente aus flachen Pyramidenformteilen zum Einsatz, die im Formenboden des Betonwerkes der Elementenaußenseite die Struktur gaben.
Dort, wo Trocken- und Nebenräume untergebracht wurden, erhielten die Erdgeschoßzonen kleine Fenster bzw. wurden die Loggien teilweise durch vorgestellte, geschoßhohe Betonelemente optisch verdeckt.

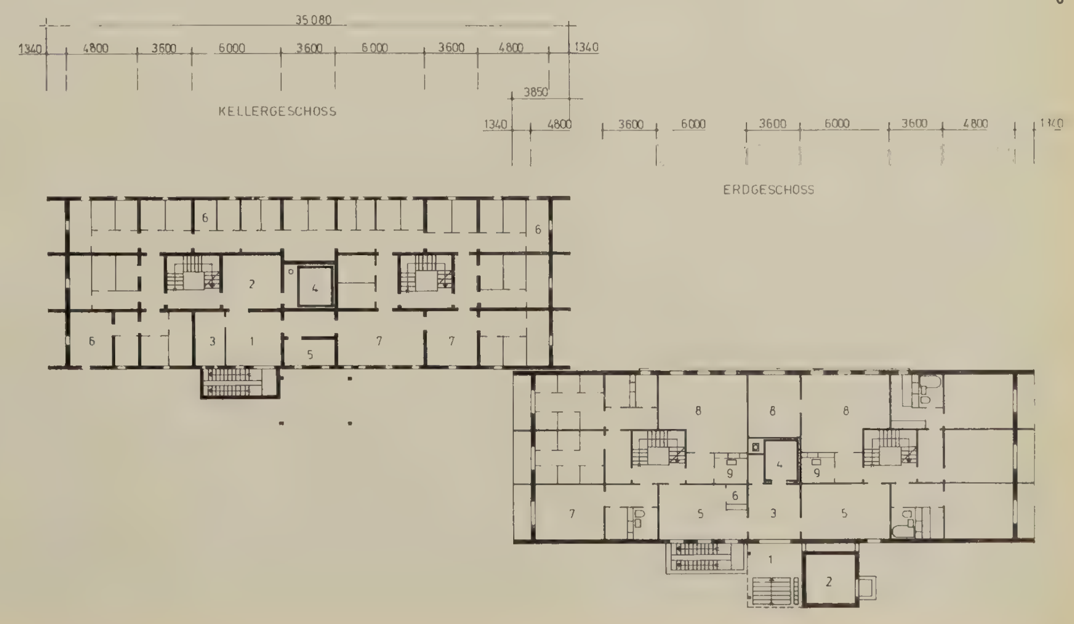
Durch den bewußten Wechsel des Materials (Spaltkeramik, Splitt, Rollkies und gestrichene Putzflächen) erhielten die vielgeschossigen Neubauten der Stadt eine abwechslungsreiche, reizvolle Oberflächenstruktur.

1 Vielgeschossiges Wohngebäude „Am Knie"

2 Lange Wohnscheibe WK VIII

3 Versetzte Wohnscheibe WK VIII

6



4 Wohngebäude „Am Knie".
Keller-, Erd- und Normalgeschoß 1 : 500

5 Lange Wohnscheibe WK III
Keller- und Erdgeschoß 1 : 500

6 Versetzte Wohnscheibe WK VIII
Keller- und Erdgeschoß 1 : 500

Legende zu 4/5/6

Kellergeschoß:
1 Vorraum
2 Müllsammelraum
3 Papiersammelraum
4 Aufzugsschacht
5 Haustechnik
6 Technikanschluß
7 Fahrradraum

Erdgeschoß:
1 Hauseingang
2 Technikraum
3 Eingangsraum
4 Aufzugsschacht
5 Verteilerraum
6 Postzustellung
7 Versammlungsraum
8 Trockenraum
9 Waschmaschinenraum



1



2

Baugebiet Seidewinkel

Dipl.-Ing. Wolfgang Joswig, Architekt BdA/DDR
VEB Hauptauftraggeber
Komplexer Wohnungsbau Cottbus

Autoren der städtebaulichen Leitplanung:

Dipl.-Ing. Wolfgang Joswig, Architekt BdA/DDR
Diplomgärtner Helmut Sachweh, Architekt BdA/DDR
Dipl.-Ing. Siegfried Roschka, KDT
Ingenieur Horst Müller, KDT

Städtebauliche Leitplanungen (Bauleitpläne, Studien) sind Bestandteil der langfristigen städtebaulichen Planung. Sie klären für eine abgegrenzte funktionelle und städtebauliche Einheit
- die räumliche Organisation der Funktionen
- die städtebauliche Komposition und die Grundzüge der baulich-räumlichen Gestaltung
- die Verkehrserschließung (Hauptnetzstraßen)
- die stadttechnische Versorgung (Hauptnetze)
- die Organisation der Freiräume und
- den zeitlichen Ablauf der Baumaßnahmen.

Leitplanungen sind nach ihrer Bestätigung verbindliche Grundlage für alle folgenden Ausarbeitungen von Investitionsmaßnahmen. Entsprechend der „Komplexrichtlinie zur Planung und Gestaltung von Neubaugebieten – Entwurf" der Bauakademie der DDR 1974 (Wohngebiete sind als Ganzes zu planen. Die von der Planung des gesamten Wohngebietes isolierte Bearbeitung einzelner Bauabschnitte ist unzulässig) wurde der Bauleitplan für das Baugebiet Hoyerswerda-Seidewinkel mit rund 11 000 Wohnungen, gesellschaftlichem Zentrum, Sport- und Freizeitparken konzipiert.

Städtebauliche Einordnung

Mit den Wohnkomplexen VIII und IX wurde, obwohl nicht als vorgefaßtes Planungsprinzip, eine konzentrische Erweiterung der Neustadt realisiert. Die Haupterschließungsstraße wurde zur Entwicklungslinie eines Ringsystems der Stadterweiterung. Aus dieser Entwicklung ergeben sich Planungsgrundsätze und Konsequenzen für die funktionelle und gestalterische Entwicklung dieses Ringsystems. Die konsequente Weiterführung dieses städtebaulichen Planprinzips fordert die Erweiterung der Stadtanlage im Raum Seidewinkel (Abb. 1). In diesem potentiellen Erweiterungsgebiet der Stadt liegt die Kläranlage in der Achsenverlängerung der Magistrale und wird somit zum stadtbegrenzenden Faktor und zum Hindernis für eine logische Stadtentwicklung.
Stadtstrukturelle, kompositionelle Entwicklung, Landschaftsplanung, Kommunalhygiene und gesellschaftspolitische Zielstellung erforderten als unabdingbare Konsequenz zur Hebung des politischen und kulturellen Wertes der Stadt die Verlagerung der Kläranlage von diesem städtebaulich so bedeutenden Standort.
Im System der Baugebiete und Zentren der Stadt gewinnen Wohngebiet und Zentrum des Baugebietes Seidewinkel hervorragende Bedeutung in der Verbindung der Wohngebiete und gesellschaftlichen Zentren (Abb. 1). Zur Schaffung eines gesamtstädtischen Systems von Hauptkommunikationsachsen (Fußgängerverbindungen) aus dem Zentrum Altstadt – über den geplanten Sportplatz, dem Zentrum Neustadt – entlang der Magistrale und den Wohnkomplexen VIII und IX durch den inneren Grünzug der beiden Wohnkomplexe wird die logische Fortsetzung im Baugebiet unbedingte Notwendigkeit (Abb. 2). Das Erschließungssystem des Verkehrs mit der Verlängerung von Magistrale und Haupterschließungsstraße wird als Ringführung geschlossen und ermöglicht eine zügige und funktionell günstigste Verkehrserschließung des geplanten Baugebietes.

Städtebauliche Gliederung und Komposition

Das Baugebiet wird als städtebauliche Einheit konzipiert – Hauptnetzstraßen tangieren das Wohngebiet. Das lineare Wohngebietszentrum als Hauptfußgängerbereich verbindet die innerstädtischen Hauptkommunikationsachsen zu einem geschlossenen System. Der Wohngebietspark gliedert das Baugebiet und verbindet den Sportpark mit dem Naherholungsgebiet Kühnichter Heide (Abb. 3).
Grundgedanke der funktionellen Gliederung des Baugebietes ist die Organisation eines linearen Zentrums mit der Konzentration der zentralen gesellschaftlichen Einrichtungen an einem Fußgängerbereich. Dieses Hauptzentrum mit seiner Erweiterung in Richtung Ortslage Seidewinkel durchläuft oder tangiert alle Planungsabschnitte des Baugebietes, so daß die Weg-Zeit-Beziehung zwischen Wohngebiet und zentralen Einrichtungen sowie die abschnittsweise Errichtung optimal gestaltet werden können. An den parallel zum Zentrum verlaufenden Hauptgrünzügen und -flächen (Wohngebietspark), die den Sportkomplex mit dem Freizeitkomplex verbinden, werden Kindereinrichtungen und Alters- und Pflegeheime angeordnet.
Bandförmiges Zentrum und Wohngebietspark sind die Hauptgliederungselemente des Wohngebietes.

Hauptzentrum

Das Zentrum aktiviert in seiner linearen Ausdehnung das gesellschaftliche urbane Leben des Wohngebietes (Hauptkommunikationslinie).
Mit der Konzentration der gesellschaftlichen Einrichtungen erfolgt eine Wohnbebauungsverdichtung in vielgeschossigen Bauformen. Das lineare Hauptzentrum dokumentiert sich als monumentale Linie (11geschossige Scheiben und 11- bis 14geschossige Punkthäuser) durch die städtebauliche Großform in axialer Ausdehnung und wird zum bestimmenden kompositionellen Element des Baugebietes. Das eindeutig orientierte Bewegungssystem ist vielfach räumlich differenziert mit Passagen, Terrassencafés, einem Forum als zentrale Platzfläche, bildkünstlerischer Gestaltung und Möblierung der Freiflächen.
Durch räumliche Erweiterung in die Tiefe des Baugebietes wird der Wohngebietspark städtebaulich gefaßt durch Wohnscheibe und Punkthäuser und in die Zentrumslage eingebunden. Grün- und Wasserflächen des Parkes bilden mit den Pflasterflächen der Zentrumsanlage eine sich gegenseitig steigernde Kontrastwirkung (Abb. 4).

Wohngebietspark

Der innere Grünzug wird in seiner linearen Ausdehnung für alle Bauabschnitte wirksam. Durch Rekonstruktion vorhandener Waldbestände entsteht im Schwerpunkt des Baugebietes eine Parkanlage. Innere Grünzüge und -flächen bilden mit dem Sportpark, dem Freizeitkomplex und den Randzonen an der Ortslage Seidewinkel ein geschlossenes Grünsystem. Durch die Zuordnung von Sport-, Spielgeräte- und Tobeplätzen, vorschulischen Einrichtungen und Schulen zum öffentlichen Grün entsteht eine Spiel- und Kinderzone.

Sport- und Freizeitpark

Die peripheren Sport- und Freizeitparks sind verbindende Elemente zwischen den Landschaftsräumen Elsterniederung und Kühnichter Heide und der räumlichen Umwelt. Sport- und Freizeitanlagen sind über ein Wegesystem miteinander zur Erholungslandschaft verbunden. Charakteristisches kompositionelles Element des Sportparkes ist die Erdmassengestaltung eines Dammwegsystems.

Wohnungsbau

Das Wohngebiet wird in charakteristische überschaubare Quartiere gegliedert.
Jedem Wohngebäude werden Wohn- und Verkehrszone baulich getrennt zugeordnet. Die kammförmige Organisation der Wohngruppen ist das verkehrstechnische und stadttechnisch erschließungsgünstigste Prinzip und entspricht konsequent den Forderungen des Umweltschutzes.
Die Wohnhöfe werden weitgehend zum öffentlichen Grün geöffnet. Mit der Verbindung von Spiel- und Freiräumen des Wohnbaulandes mit den Freizeiträumen der inneren Hauptgrünzüge und -flächen soll der Versuch gemacht werden, ein kommunikationsfreundliches Wohnmilieu zu erreichen.
Die Kindereinrichtungen, am Wohngebietspark angeordnet, sind aus den Wohngruppen fußläufig und weitgehend kreuzungsfrei vom fließenden Verkehr zu erreichen.
Den Wohngruppen werden in den Erschließungszonen Parkflächen in Freiaufstellung Parkpaletten (Zielplanung) zugeordnet.
Die Befriedigung unterschiedlicher Wohnbedürfnisse wird durch eine Mischung der Bau- und Wohnformen in den Wohngruppen angestrebt (Abb. 5).

Schlußfolgerungen

Städtebauliche Kennziffern sind in ihrer Vorgabe entsprechend Größe, Funktion und Struktur der Baugebiete zu differenzieren. Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen von städtebaulichen Einheiten in der Größenordnung mehrerer Wohnkomplexe sind nicht mehr mit den vorgegebenen Kennziffern belegbar.
Im Bearbeitungsgebiet ausgewiesene Flächen für Arbeitsstätten der nichtstörenden Industrie, Sportpark, Freizeitkomplex, Wohngebietspark, Großparkflächen an gesellschaftlichen Hauptzentren, Sonderschulgelände und ähnliches erfordern als zentrale und anteilige Wohnfunktionen neue Kennziffern für gesamtstädtische Investitionen.

1
Lage des Baugebietes im Stadtgebiet, System der Zentren und Hauptkommunikationszüge

2
System der Hauptgrünzüge und -flächen

3
Städtebauliche Gliederung

4
Zentraler Bereich (Schaubild)

5
Modellfoto des Wohngebietes. Blick von Nordosten

3



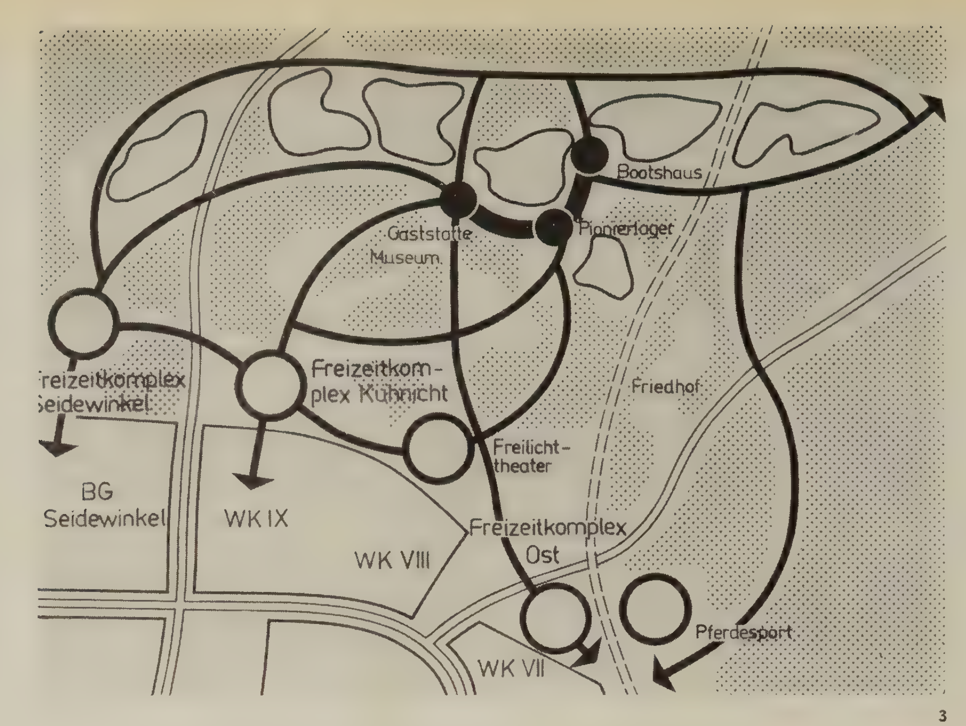


4

5

Landschaftsgestaltung im Raum Hoyerswerda

Diplomgärtner Helmut Sachweh, Architekt BdA/DDR
VEB Hauptauftraggeber Komplexer Wohnungsbau des Bezirkes Cottbus



3

Um die unterschiedlichen Erholungsbedürfnisse der Menschen einer Stadt zu gewährleisten, ist ein differenziertes Freiflächensystem mit vielfältigem Erholungsangebot notwendig.

Ganz besonders in Städten der Stadtgröße über 20 000 Einwohner ist ein koordiniertes Freiflächensystem notwendig, um gegenseitige negative Beeinflussung der Erholungssuchenden auszuschließen. In diesen Städten müssen sowohl intensiv gestaltete Parkanlagen als auch Landschaftsräume mit Erholungseinrichtungen vorhanden sein. Beide Bereiche sind unentbehrlich, das eine kann das andere nicht restlos ersetzen. Die innerstädtischen Freiräume, Parks und Gärten, Sportanlagen und Freibäder dienen der Begegnung der Menschen, der aktiven und passiven Erholung, dem Spiel, der kulturellen Betätigung und dem Repräsentationsbedürfnis.

Die großen Landschaftsräume, Wiesen, Wälder, Felder und Wasserflächen dienen in weit stärkerem Maße als Parks der aktiven Erholung. Hier ist ein unmittelbares intensives Naturerlebnis möglich. Die „freie" Landschaft stimuliert den Erholungssuchenden zur freien ungezwungenen Bewegung.

Landschaftscharakterisierung

Die Landschaft um Hoyerswerda wird durch die Ablagerungen der Saaleeiszeiten geprägt. Die Stadt Hoyerswerda liegt am Südrand des Lausitzer Urstromtales, der Schmelzwasserabflußrinne der Saalevereisungen. Die Landschaft ist deshalb eben bis flachwellig.

Die höheren trockenen Sandstandorte sind

1|2
Typische Landschaftsräume in der Stadtrandzone

3
Stadtwald Kühnichter Heide. Planungsskizze

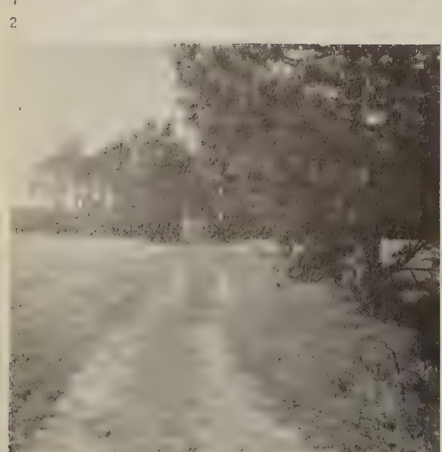
4
Modellfoto Stadtzentrum und Kulturpark Stand 1970
1 Stadtzentrum
2 Altstadt
3 Gondelteich
4 Festplatz
5 Tierpark
6 Park

5
Sport- und Erholungspark Seidewinkel. Modellfoto
1 Hauptstadion (20 000 Zuschauer)
2 Frei- und Hallenbad
3 Park
4 Sporthalle, Gaststätte, Freizeithaus
5 Trainingszentrum
6 Nebenplatz



1

2



4



mit Kiefernforsten bestockt. Die mittleren Standorte werden ackerbaulich genutzt, während die grundwasserbeeinflußten tieferen Standorte als Grünland genutzt werden. Der Wechsel ist oft sehr kleinräumig. Heute ist die Landschaft durch den Braunkohlenbergbau (Grundwassersenkung) und durch die Kraftwerke (Emissionen) stark sanierungsbedürftig. Das Grundwasser wird nach Auskohlung der Tagebaue annähernd seine ursprüngliche Höhe erreichen.

Analyse und Erholungssituation

Schon die heutige Stadtgröße erfordert ein gut funktionierendes Freiflächensystem, sowohl des innerstädtischen Bereiches als auch in der unmittelbaren Stadtrandzone. Beide Bereiche sind aber unzulänglich ausgebaut und erschlossen. Die Umgebung der Stadt ist arm an landschaftlichen Reizen. Der Norden und Südwesten der Stadt bieten gewisse Ansatzpunkte für die Erholung, erschlossen sind diese Bereiche jedoch noch nicht. Innerhalb der Zone, die in 30 Minuten zu Fuß erreichbar ist, liegen keine Erholungsgebiete. Es ist aber möglich, durch gezielte Maßnahmen Landschaften zu entwickeln und Einrichtungen zu schaffen, so daß eine kulturelle Erholung möglich wird.

In der Zone, die in 30 Minuten mit dem Fahrrad zu erreichen ist, liegt nur der Knappensee als bereits erschlossener Erholungsbereich.

Den beiden Zonen, dem 30-Minuten-Fußbereich und dem 30-Minuten-Fahrradbereich, wird besondere Bedeutung zugemessen, da diese Zonen von vielen Menschen das ganze Jahr über aufgesucht werden können.

Im 30-Minuten-Bereich der öffentlichen Verkehrsmittel (Bahn und Bus) liegt ebenfalls nur der Knappensee. In der Zukunft wird sich durch den Aufschluß neuer Bergbaubadeseen die Situation in dieser Zone verbessern. Nur in der Zone, die in 30 Minuten mit dem PKW zu erreichen ist, liegen heute schon mehrere ausgebaute, erschlossene Erholungsgebiete.

Ganz ähnliche Verhältnisse herrschen auch in der Stadt selbst. Es fehlt ein Park, in dem die Menschen am Feierabend oder an Sonn- und Feiertagen spazieren gehen können. Lediglich ein kleiner Tierpark ist vorhanden, der, bezogen auf die Stadtgröße, ähnlich stark besucht wird wie der Zoo von Tokio, ein Beweis, daß auf diesem Gebiet ein großer Nachholebedarf vorhanden ist.

Erholungsplanungen

- Kulturpark

Die Planungen von 1954 bis 1956 sahen für die Neustadt von Hoyerswerda 45 000 Einwohner vor. Entsprechend dieser Stadtgröße wurden ein kleinflächiges Zentrum und ein etwa 60 ha großer Kulturpark mit Sportforum konzipiert. Für den Kulturpark wurde 1960 ein Wettbewerb ausgeschrieben. Die Verdopplung der Stadtgröße auf etwa 100 000 Einwohner brachte zahlreiche städtebauliche Probleme mit sich, gleichzeitig wurde die ursprüngliche Kulturparkfläche auf etwa 30 ha reduziert. Für diese „Restfläche" wurde 1970 die Studie „Kulturpark Hoyerswerda" bearbeitet.

Hoyerswerda liegt im Niederungsgebiet der Schwarzen Elster. Von Süden reicht ein auenähnliches Gebiet mit landwirtschaftlicher Nutzung bis an die Stadt heran. Teile dieses Bereiches stehen unter Landschaftsschutz. Der Kulturpark bildet die Fortsetzung dieser Grünzone, die dann über den Sport- und Erholungspark Seidewinkel wieder in die offene Landschaft geführt wird. Der Kulturpark und das Sportgelände sind Aufweitungen der Grünzone. Hauptanliegen der Planung war es, die einzelnen Parkräume über die Verkehrstrassen durch Sicht- und Raumbeziehungen miteinander zu verbinden, und gleichzeitig den Verkehr weitgehendst durch Großgrün abzuschirmen. Weiterhin sollte die Neustadt mit der Altstadt durch einen Hauptfußgängerweg verbunden und die einzelnen Erholungseinrichtungen durch diesen Fußgängerweg erschlossen werden.



5

- Stadtwald Kühnichter Heide

Das Gebiet der Kühnichter Heide ist etwa 500 ha groß. Der Wald besteht zum größten Teil aus Kiefernmonokulturen. An den Waldrändern, an Wegen und Gräben treten hauptsächlich Laubgehölze auf. Die Waldflächen werden durch eingelagerte Wiesen- und Ackerflächen in kleinräumige Areale gegliedert. Schon heute wird das Gebiet sehr häufig von Spaziergängern aufgesucht.

Die Planung sieht vor, daß der Kiefernbestand durch Laubholzunterpflanzungen in einen Mischwald umgewandelt wird, die wenigen vorhandenen Wirtschaftswege ausgebaut und durch neue Fuß- und Radwege zu einem System von Quer- und Längswegen ergänzt werden und die ehemaligen Teichflächen für die Binnenfischerei wieder nutzbar gemacht werden. Durch den Ausbau einer gastronomischen Einrichtung, eines Bade- und Gondelteiches und vieler Spielplätze soll die Kühnichter Heide zum Stadtwald von Hoyerswerda ausgebaut werden.

- Sport- und Erholungspark Seidewinkel

Die städtebauliche Planung dieses Sport- und Erholungsparkes erfolgte im Rahmen der Bauleitplanung für das Baugebiet Hoyerswerda-Seidewinkel. Dr. Schnabel und Dr. Hufnagel vom WTZ Sportbauten des Staatssekretariats für Körperkultur und Sport, Leipzig, arbeiteten bei der Konzeption der Anlage konsultativ mit.

Der Sportpark (etwa 35 ha) bietet die Sportfläche, die die Stadt Hoyerswerda durch ihre Größe und infolge des Nachholebedarfes benötigt. Die Hauptwege liegen erhöht auf Dämmen (Ausnutzung der Traversenaufschüttungen). Dadurch wird eine unverwechselbare „Erdmassenarchitektur" geschaffen. Größere Ordnung und Überschaubarkeit werden dadurch gewährleistet, und das Mikroklima wird günstig beeinflußt (Windschutz, Inklination).

Die Lage des Sportparkes zwischen der Altstadt und dem Wohngebiet Seidewinkel erfordert zügige Fußgängerbeziehungen. Es wurden zwei Fußgängerwege aus dem Wohngebiet Seidewinkel in die Altstadt durch den Sportpark geführt. Ein Querweg verbindet beide Fußgängerachsen und sorgt für kurze Verbindungen zwischen den einzelnen Sportanlagen.

Das Stadion bildet den gestalterischen und funktionellen Schwerpunkt des Sportparkes. Es faßt etwa 20 000 Zuschauer.

Frei- und Hallenbad bilden eine Funktionseinheit. Die Größe des gesamten Freibadbereiches beträgt 6 ha. Spielbereiche, Turngarten, Ball- und Gerätespielplätze und der Planschbereich liegen am westlichen Damm im Windschatten. Die Eis- und Rollsportanlage wurde baulich so gelöst, daß die Anlage auch als Freilichttheater genutzt werden kann (Kino-, Musik- und bedingt Theatervorstellungen). Das Sozialgebäude wird als Garderobe, als Umkleideraum für das Trainingszentrum und als Kulissenträger genutzt werden.

Der Park hat eine Größe von etwa 6 ha. Seine Lage an der Hauptfußgängerbeziehung zum Zentrum garantiert ein reges Erleben und Benutzen. Freizeitspielplätze, Kinderspielplätze, Blumen, Wasser, Terrassen und Promenadenwege bieten dem Besucher verschieden aktive und passive Erholungsformen.

Der Park bildet mit der Gaststätte, mit dem Freizeithaus und der Sporthalle eine Funktionseinheit. Eine auf Erdwällen errichtete Baumkulisse sorgt für den nötigen Sicht- und Lärmschutz. Der Park hat zentrale Funktion.

In einem größeren Abstand sind weitere Sportplätze, Leichtathletikanlage und Kleinspielfelder angeordnet. Die Aktiven werden auch von hier aus kreuzungsfrei vom öffentlichen Besucherverkehr ins Stadion geführt.

Dem Stadion ist ein Trainingsplatz zugeordnet. Die Sportler werden durch einen Tunnel kreuzungsfrei von den Besuchern vom Trainingsplatz in die Kabinen und weiter ins Stadion geführt.

Zusammenfassung

Die landschaftlichen und städtebaulichen Gegebenheiten sind für die Befriedigung der Erholungsbedürfnisse nicht günstig. Durch den Bau des Kulturparkes, des Sport- und Erholungsparkes Seidewinkel und durch die Umgestaltung der „Kühnichter Heide" zum Stadtwald kann die Erholungssituation bedeutend verbessert werden.

Mit dem Ausbau der „Kühnichter Heide" wurde bereits begonnen, es wird aber notwendig, daß auch die innerstädtischen Erholungsräume schrittweise realisiert werden.



1

Empfangsgebäude Bahnhof Plauen

Architekt BdA/DDR Günter Münch
VEB Wohnungsbaukombinat „Wilhelm Pieck"
Karl-Marx-Stadt
Betriebsteil Projektierung,
Projektierungsbetrieb Plauen

Mit der Neugestaltung des Bahnhofes Plauen wird für die Deutsche Reichsbahn und die Stadt Plauen ein bedeutungsvolles Bauvorhaben verrichtet, das in seiner Gesamtlösung jahrzehntealte Zwischenzustände aufhebt und den verkehrstechnischen und betrieblichen Aufgaben in der Perspektive entspricht.

Im Jahre 1976 soll die Gesamtanlage, die gegenwärtig als größter Bahnhofsneubau auf dem Gebiet der DDR zu bezeichnen ist, fertiggestellt sein. Der erste und umfangreichste Abschnitt, das Empfangsgebäude, wurde termingerecht am 21. Dezember 1973 in Betrieb genommen.

Der Bahnhof der Stadt Plauen hat als erster größerer Bahnhof im Süden der DDR eine wesentliche Bedeutung für den grenzüberschreitenden Verkehr. Er liegt an den wichtigen Transitverbindungen zwischen der ČSSR und der DDR (Karlovy Vary–Brambach–Leipzig–Berlin) sowie zwischen der BRD und der DDR (München/Stuttgart–Gutenfürst–Dresden/Leipzig).

Städtebauliche Einordnung

Während das alte Empfangsgebäude in Insellage zwischen den Gleisen errichtet wurde, mußte der Neubau infolge seines wesentlich größeren Bauvolumens in Seitenlage zu den Bahnsteigen eingeordnet werden. Aus technologischen Gründen und unter Berücksichtigung der auf der Nordseite vorhandenen Bebauung konnte die Flächennutzung nur tangential südlich der Gleisanlage erfolgen. Allerdings war hierbei der vom Bebauungsniveau aus steil ansteigende Bärensteinhang hinsichtlich des Umfangs der Erd- und Felsenbewegungsarbeiten ein wesentlicher Faktor für die Standortfestlegung. Die gewählte Bebauungskonzeption entspricht weitgehend diesen Bedingungen sowie den städtebaulichen Forderungen. Das Empfangsgebäude wurde aus dem Engstellenbereich zwischen Gleisanlage und Bärenstein heraus weit nach Osten in Richtung Bahnhofstraße und Kreuzung Friedens-/Pausaer Straße vorgerückt.

Im Zusammenhang mit der vorhandenen und künftigen Bebauung bildet das neue Empfangsgebäude einen wirkungsvollen städtebaulichen Abschluß der oberen Bahnhofstraße, die vorher neu trassiert wurde.

Erschließung und Außenanlagen

Der Neubau ist an das zentrale Fernheizungsnetz der Stadt Plauen primärseitig angeschlossen.

Von der vorgelagerten Straßenkreuzung aus führen getrennte Fuß- und Fahrwege zum Vorplatzbereich, zu den Parkplätzen, Straßenbahn-, Bus- und Taxihaltestellen. Die Fußgängerverbindungen zwischen Bahnhofsgebäude und den örtlichen Verkehrsträgern im Vorplatzbereich sind durch Laubengänge und Vordächer weitgehend witterungsgeschützt. Neue Grünanlagen und individuell gestaltete Ruheplätze wirken als angenehme Unterbrechung.

Für die Beleuchtung des gesamten Vorplatzgeländes wurden fünf Hochmastleuchten installiert.

Der geländebedingte Höhenunterschied zwischen Gleis- und Vorplatzniveau wird durch eine über 250 m lange Stützmauer abgefangen. Diese Stützwand, die dem Außenbogen der Gleise folgt, dient gleichzeitig als Fundament für die gleisseitigen Außenwände des Empfangsgebäudes und des Mehrzwecktraktes. Außerdem werden vorhandene Gleisunterführungen und der neue Bahnsteigtunnel an dieses Bauwerk angeschlossen.

In Ausnutzung dieser Geländesituation kann das Kellergeschoß des Empfangsgebäudes an der Ostseite befahren werden.

Generalprojektant:

Deutsche Reichsbahn, Entwurfs- und Vermessungsbetrieb,
Projektierungsbetrieb Entwurf Dresden
Verfasser der Studie:
Architekt BdA/DDR Fred Pietzsch
Koordinierungsingenieur:
Bauingenieur Erich Suschke †
Konstruktion und Statik
Fußgängertunnel und Stützmauer:
Dr. päd. Dipl.-Ing. Gerhard Uhlig
Dipl.-Ing. Manfred Sternstein
Schwachstromtechnische Anlagen
– Grundsatzentscheidung und Technologie:
Dipl.-Ing. Ursula Schmidt
Dipl.-Ing. Karl-Heinz Jünger
– Ausführungsprojekt:
VEB Fernmeldeanlagenbau Karl-Marx-Stadt

Hauptprojektant für Vorbereitungs- und Ausführungsphase:

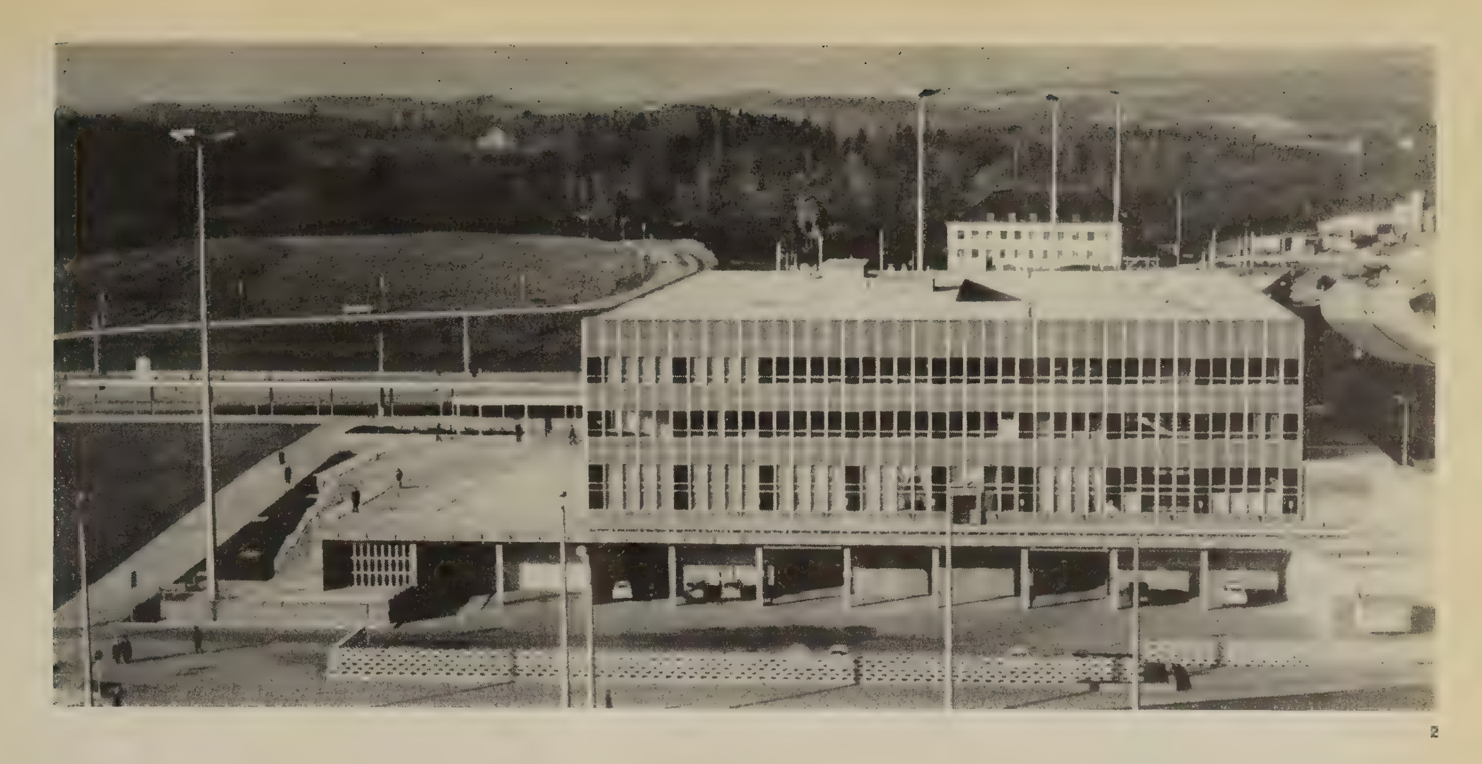
VEB Wohnungsbaukombinat „Wilhelm Pieck"
Karl-Marx-Stadt
Betriebsteil Projektierung,
Projektierungsbetrieb Plauen
Brigadeleitung Hochbau:
Architekt BdA/DDR Theo Schäfer

Projektverantwortlicher:

Architekt BdA/DDR Günter Münch
Verantwortliche Mitarbeiter:
Architekt BdA/DDR Werner Pilz
Dipl.-Ing. Günter Weis
Architekt BdA/DDR Günther Rogler
Statik und Konstruktion:
Bauingenieur Berthold Schüler
Bauingenieur Klaus Erhardt
Bauingenieur Eberhard Scheibe
Kostenplanung:
Bauingenieur Harry Köppel
Bauingenieur Annerose Jesdinski
Bauingenieur Rita Schäfer
Innenausbau:
Innenarchitekt BdA/DDR Horst Peter
Architekt BdA/DDR Eberhard Eisel
Erschließung und Außenanlagen:
– Brigadeleitung Tiefbau:
Vermessungsingenieur Werner Schmidt
– Projektverantwortlicher:
Techniker Gerhard Gerbet
– Verantwortliche Mitarbeit:
Bauingenieur Christof Schädlich
Bauingenieur Hans-Dieter Röthig
Kostenplanung:
Bauingenieur Rudolf Müller
Grünplanung:
Gartenarchitekt BdA/DDR Rudolf Luckner

Subprojektanten

Heizung:
VEB Zentralheizungsbau Karl-Marx-Stadt
Lüftung:
PGH Luft- und Sanitär-Technik Karl-Marx-Stadt
Sanitär:
PGH „Sanarbau" Zwickau
Starkstromanlagen:
VEB Starkstromanlagenbau Leipzig–Halle,
Außenstelle Plauen
Regelanlagen:
VEB Geräte- und Regler-Werke Teltow,
Außenstelle Karl-Marx-Stadt
Vorhangfassaden:
Metalleichtbaukombinat, Werk Leipzig
Stahlkonstruktionen:
Metalleichtbaukombinat, Werk Plauen
Schallschutz:
Rolf Klinkert, Dresden
Säureschutz:
VE Spezialbaukombinat Magdeburg,
Betrieb Säureschutz
Blitzschutz:
PGH Blitzschutzbau Zwickau
Küchenprojekt:
VEB Wärmegerätewerk Dresden-Cossebaude
Kühlanlagen:
VEB Kühlanlagenbau Dresden
Natursteinverkleidungen:
VEB Elbenaturstein Dresden, Betriebsteil Pirna
Farbprojekt:
PGH Malerhandwerk Plauen
Digitaluhr:
Edgar Hahn, Turmuhren, Zwickau
Künstlerische Gestaltung:
Wandgestaltung in der Eingangshalle:
Walter Rahm, VBK-DDR, Plauen
Martin Schmidt, VBK-DDR, Plauen-Jößnitz
Wandfries im Mitropa-Sonderzimmer:
Rolf Andiel, VBK-DDR, Plauen
Raumteiler Mitropa-Speisegaststätte:
Klaus Helbig, VBK-DDR, Plauen



2

Gebäudelänge:	67,80 m
Gebäudetiefe:	49,80 m
Geschoßhöhen:	
Keller-, Erd- und zweites Obergeschoß	5,00 m
erstes Obergeschoß	3,75 m
Stützenraster:	6,00 m × 6,00 m
bebaute Fläche:	3 667 m²
umbauter Raum:	59 000 m³

1
Modellfoto der Gesamtanlage, Südostansicht

2
Ostansicht des Empfangsgebäudes

3
Empfangshalle, Blick nach Westen

4
Ostseite der Empfangshalle

Raumprogramm und Funktion

Für das viergeschossige Bahnhofsgebäude sind zunächst folgende Hauptfunktionsbereiche zu erwähnen:

- öffentlicher Bereich mit den unmittelbar zur Reiseverkehrsabwicklung erforderlichen Reichsbahndienststellen und dienstleistenden Nebeneinrichtungen
- interner dienst- und verwaltungstechnischer Bereich der Deutschen Reichsbahn
- Mitropa-Bereich
- Sonderbereich Betriebsberufsschule zur praxisnahen Ausbildung von Reichsbahnlehrlingen.

■ Kellergeschoß

An der Gebäudeostseite ist das Kellergeschoß, wie bereits erwähnt, vom Straßenniveau aus direkt mit Last- und Lieferwagen durch getrennte Ein- und Ausfahrten befahrbar.

Der größte Flächenanteil dient hier der Expreßgutabfertigung, die durch einen 5-Mp-Lastenaufzug mit der Reisegepäckabfertigung im Erdgeschoß verbunden ist. Vom Kellergeschoß aus erfolgt der Weitertransport durch Elektrokarren über eine Tunnelverbindung unter dem Mehrzwecktrakt und unter dem Gleisbereich über weitere Aufzüge zu den Bahnsteigen.

Für die Mitropaversorgung sind die Hauptlager- und Kühlräume sowie die Biertankanlage ebenfalls im Kellergeschoß untergebracht. Zu den weiteren Lagerräumen im Erd- und ersten Obergeschoß ist die Transportverbindung durch einen 500-kp-Lastenaufzug gegeben.

Weitere Lager-, Werkstatt-, Lampen- und Batterieladeräume werden für reichsbahntechnische Zwecke genutzt.

Im Kellergeschoß sind außerdem haustechnische Versorgungsräume wie Notstromanlage, Heizungsumformer- und Transformatorenstationen, Warmwasserbereitungs- sowie Kühl- und Lüftungsmaschinenräume untergebracht.

3



4



5
Schnitt 1 : 500

6
Obergeschoß 1 : 500

1 Luftraum Eingangshalle
2 Pausenhalle
3 Intershop
4 Lager
5 Büro
6 Technik
7 allgemeine Technik
8 Ruheraum
9 Buchungsmaschinen
10 Verwaltung
11 Umkleideanlagen
12 Personalspeiseraum
13 Handelsleiter
14 Betriebsleiter
15 Kasse
16 Büro
17 Dienstvorsteher
18 Lohnbuchhaltung
19 Dienstregler
20 Wagenmeister
21 Aufenthaltsraum Zugpersonal
22 Besprechungsraum
23 Büro
24 Zugfertigsteller
25 Freifahrtwesen
26 Dachfläche

7
Erdgeschoß 1 : 500

1 Eingangshalle
2 Mitropa-Speisegaststätte
3 Mitropa-Sonderzimmer
4 Büfett
5 Lager
6 Office
7 Spüle
8 Kalte Küche
9 Warme Küche
10 Selbstbedienungsgaststätte
11 Büro
12 Vorräte
13 Vorbereitung
14 Kochraum
15 Eisbereitung
16 Kühlraum
17 Reisegepäckaufbewahrung
18 Abfertigungsraum
19 Aufsicht/Auskunft
20 Fahrkartenausgabe
21 Personalaufenthaltsraum
22 Post
23 Aufenthaltsraum
24 Mutter und Kind
25 Dienstraum mit Teeküche
26 Behandlungsraum
27 Ruheraum
28 Herrenfriseur
29 Damenfriseur
30 Blumenverkauf
31 Kiosk Mitropa
32 Zeitungen
33 Technik

Erdgeschoß

Der Hauptzugang befindet sich an der Gebäudesüdseite. In einseitiger Lage dazu schließt sich die 36 m × 12 m große Empfangshalle an, deren Außenwandfläche fast über die gesamte Gebäudehöhe durchsichtig verglast ist und auch von außen die Gebäudefunktion sichtbar markiert. An die Empfangshalle sind die Zugänge zur Mitropa-Speisegaststätte (einschließlich Sonderzimmer) und zur Selbstbedienungsgaststätte mit insgesamt 250 Plätzen angeschlossen. Der dazugehörige umfangreiche küchentechnologische Teil folgt an der Gebäudeostseite. Die hier vorgelagerte Terrasse dient der gastronomischen Sommernutzung und überdeckt gleichzeitig die Kellerzugänge. Weiterhin sind dem Hallenbereich zugeordnet Bahnhofspostamt mit teilweiser Selbstbedienung, öffentliche Fernsprechzellen sowie Zeitschriften- und Buchverkaufskiosk. An der Westseite ist die Einrichtung des Deutschen Roten Kreuzes

8

mit den erforderlichen Räumen untergebracht.

In Verlängerung der Eingangsachse führt der Hauptfunktionsweg durch das Gebäude zum Anschlußtunnel mit den Treppenaufgängen zu den Bahnsteigen.

Durch beiderseitige Stützenreihen wird dieser Gangbereich vom fließenden Verkehr und den abfertigungstechnischen Wartezonen getrennt. Diesen Zonen sind die Fahrkartenschalter, Reiseverkehrsaufsicht, Auskunft, Reisegepäckabfertigung, Gepäckautomatenfächer und die öffentlichen WC-Anlagen zugeordnet.

Auf der Gegenseite befinden sich ein Intershop, ein Damen- und Herrenfrisiersalon, eine Blumenverkaufsstelle, ein weiterer Eingang an der Westseite und ein Mitropa-Verkaufskiosk. Durch entsprechende Anordnung der Heizkörper und Warmluftwerfer sowie der Windfangtüren werden die öffentlichen Verkehrs- und Warteflächen weitgehend zugluftfrei gehalten.

■ Erstes Obergeschoß

An der Gebäudeostseite über dem Gaststätten- und Küchenbereich gelegen, befinden sich die Büro-, Sozial- und Lagerräume der Mitropa.

Durch eine Treppenverbindung vom Erdgeschoß aus erreichbar, ist an der Südwestseite die Intershopraumgruppe mit Verkaufs-, Lager- und Bürofläche eingeordnet.

Der Hauptflächenanteil des ersten Obergeschosses ist jedoch reichsbahntechnischen Zwecken vorbehalten. Die Räume sind hier den verwaltungs- und verkehrstechnischen Funktionen entsprechend gruppiert, wobei die zur unmittelbaren Verkehrsabwicklung gehörenden Räume an der Nordseite liegen und durch zwei Ausgänge direkt mit dem Gleisbereich verbunden sind. Großzügige sozialhygienische Einrichtungen, insbesondere für die im Außendienst Beschäftigten, schließen die wesentlichen Raumfunktionen des ersten Obergeschosses ab.

■ Zweites Obergeschoß

Die Nutzung dieses Geschosses erfolgt aus-

8
Haupteingang mit Straßenbahnhaltestelle

9
Fußgängertunnel zu den Bahnsteigen

10|11
Hauptverbindung zwischen Empfangshalle und Bahnsteigen mit Schalter- und Dienstleistungsbereich



9



10

11



12
Blick in die Mitropa-Speisegaststätte

13
Selbstbedienungsgaststätte

14
Mitropa — Küchenbereich

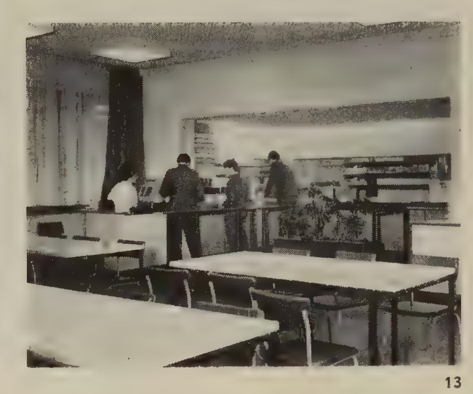
15
Intershop

16
Versammlungs- und Kulturraum

17
Mitropa-Sonderzimmer: Wandfriesdetail



12



13

schließlich durch Dienststellen der Reichsbahn. An der Nordseite sind Büro- und Verwaltungsräume der hoch- und brückenbautechnischen Dienststellen untergebracht. Weitere Aufenthalts-, Umkleide-, Waschsowie Übernachtungsräume für Zugbegleitpersonal befinden sich im Westteil. Die übrigen Flächen werden als Betriebsberufsschule für die Lehrlingsausbildung sowie für die Erwachsenenqualifizierung genutzt. Dieser Ausbildungsbereich umfaßt vier Unterrichtsräume, Lehrer- und Lehrmittelräume, Pausenhalle und die erforderlichen WC-Anlagen.
Zur variablen Nutzung für inner- und überbetriebliche Versammlungs- und kulturelle Zwecke steht außerdem ein größerer Raum zur Verfügung.

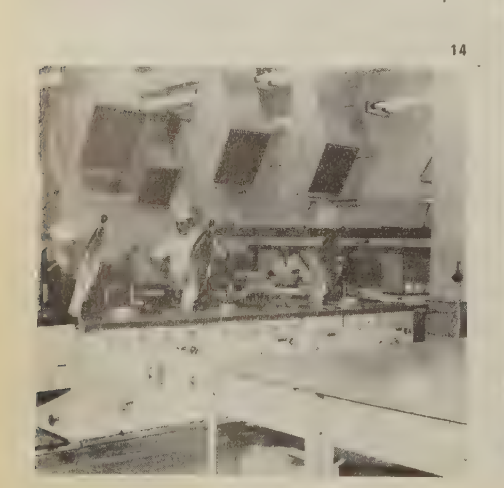
Konstruktive Lösung

Das Gebäude wurde in der 5-Mp-Skelett-Montagebauweise errichtet.
Unter Berücksichtigung der Gebäudeabmessungen und der Kranauslegerlänge wurde die Kranbahn im Gebäude verlegt. Als letzter Montageabschnitt folgte die zunächst blockierte Stützenreihe mit den beiden Dekkenfeldern über alle Geschosse in Vorkopf-

15



14



16





17

montage mit gleichzeitigem, abschnittsweisem Abbau der Kranbahn. Zur Gebäudestabilisierung wurden monolithische Längs- und Querwandscheiben angeordnet.
Die Kellerumfassungen, Treppenhäuser und Aufzugsschächte wurden ebenfalls in Ortbeton bzw. Mauerwerk ausgeführt.
Für den Empfangshallenbereich und den Versammlungsraum im zweiten Obergeschoß wurden für die Stützenweiten von 12 m Stahlrahmen und Stahlunterzüge verwendet. Alle nichttragenden Raumtrennwände innerhalb der Geschosse sind in Silton- und Ziegelmauerwerk ausgeführt.
Ab Erdgeschoß sind die Gebäudeaußenflächen durch Vorhangfassadenelemente abgeschlossen. Die geschoßhohen 1,2 m breiten Teile wurden vorgefertigt angeliefert und montiert.
Das Flachdach ist als Warmdachkonstruktion ausgebildet und nach innen entwässert. Zur direkten Belichtung und Belüftung der innenliegenden Raumbereiche ist der Baukörper mit einem Innenhof versehen. Die Innenhofwände sind gemauert, geputzt und mit hellen Zuschlagstoffen kunstharzgebunden beschichtet.

Gestaltung und Ausbau

Alle vier Gebäudeseiten werden durch die klar gegliederte Vorhangfassade verkleidet. Die eloxierten Aluminium-Vertikalprofile wirken gleichzeitig als Konstruktions- und Fensterraster. Als Brüstungs- und Dachabschlußflächen sind emaillierte, trapezprofilierte Stahlbleche eingefügt. Diese türkisblauen Horizontalbänder werden lediglich an der Südseite durch den vollverglasten Hallenbereich unterbrochen. In Verbindung mit den überdachten Vorplatzflächen ist die Haupteingangsseite sichtbar akzentuiert.
Die hinterlüftete und wärmegedämmte Vorhangfassade ist außer im Hallenbereich an der Süd- und Westseite mit außenliegenden, mechanischen Sonnenschutzjalousien versehen.
Auch in der Innengestaltung wurden solide und funktionsgerechte Lösungen ohne übertriebenen Repräsentationsaufwand angestrebt.
Im Empfangshallen- und Gangbereich sind Brüstungen und Wände mit Travertin verkleidet. Abfertigungs-, Auskunfts- und Dienstleistungseinrichtungen sind zur Kundenseite durchsichtig verglast. Für den kurzzeitigen Aufenthalt wurden pflanzengeschmückte Ruhezonen mit Sitzmöglichkeiten vorgesehen. Als Fußbodenbelag wurde Beuchaer Granitporphyr verwendet. Die untergehängten Decken bestehen aus Metallelementen mit Schallschutz- und Akustikfunktion.
Zur Orientierung ist ein umlaufendes, beleuchtetes Informationsband mit Beschriftung und den international üblichen Piktogrammen angeordnet.
Zur Wahrung der Übersichtlichkeit wurde die allgemeine Werbung weitgehend eingeschränkt und nur den hierfür vorgesehenen Wand- und frei stehenden Vitrinen zugewiesen.
Für die Nachtbeleuchtung der Empfangshalle wurden Auslegerleuchten als Sonderanfertigung mit Lichtwirkung zur Decke und nach unten installiert.
Die innengestalterische Konzeption des unmittelbaren öffentlichen Verkehrsbereiches ist sachlich funktionell. Für den Gaststättenbereich wurden durch differenzierten Ausbau der einzelnen Räume Zweckmäßigkeit und Erlebniswert in den Vordergrund gestellt. Unter Berücksichtigung der stark frequentierten Selbstbedienungs- und Speisegaststätte wurden ebenfalls harte und pflegeleichte Natursteine der Saalburger Marmorarten „Edelgrau" und „Fischersdorf" verwendet. Im Sonderzimmer wurde Parkettbelag mit Textilbrücken kombiniert. Die Wandflächen wurden teilweise mit Edelfurnierholz verkleidet und wirken als angenehmer Materialkontrast zum Hallenbereich. Unterschiedliche Deckenhöhen mit Flächenleuchten und tischorientierten Hängelampen sowie Tischanordnungen mit künstlerisch gestalteten, halbhohen Sitzgruppenteilern sollen ein niveauvolles Gaststättenmilieu vermitteln.
Der gesamte Gaststätten- und Küchenbereich wird durch getrennte Lüftungskreise mechanisch be- und entlüftet. Weitere Raumgruppen innerhalb der vier Geschosse werden über mehrere Maschinenräume luft- und regeltechnisch versorgt. Die Verwaltungs- und Diensträume der einzelnen Geschosse, Sozial-, Unterrichts- und Versammlungsräume wurden weitgehend mit Serienerzeugnissen der Industrie möbliert. Individuelle Anfertigungen wurden im Bereich der Pausenhalle für Sitzgruppen und Schrankwände sowie bei besonderen Raumfunktionen angewendet.
Auch im ersten und zweiten Obergeschoß sind Flurbereiche, Arbeits- und Unterrichtsräume mit untergehängten Decken, zum Teil mit Schallschutzfunktionen und zur verdeckten Unterbringung der umfangreichen Versorgungs- und Lüftungstechnik versehen. Die Fußböden dieser Raumgruppen sind mit pflegeleichten Weichbelägen und schalldämmendem Unterbau ausgestattet.
In Verbindung mit den großzügigen sozialhygienischen Einrichtungen wurden für die Eisenbahner und Beschäftigten der Dienstleistungsbetriebe wesentlich verbesserte Arbeitsbedingungen geschaffen.

Künstlerische Gestaltung

Zur baukünstlerischen Gestaltung war die etwa 12 m × 8 m große Ostwandfläche der Empfangshalle vorgegeben.
In geringem Abstand vor der hellen Wandfläche sind in schwarzem Flachstahl historische Bauwerke und Bauten des Neuaufbaus der Stadt Plauen in stilisierter Form zusammen mit weiteren Einzelmotiven in geätztem Kupferblech dargestellt. Die bereits erwähnten Sitzgruppenteiler in der Speisegaststätte bestehen aus verschweißtem, oberflächenbehandeltem Stahlblech. In lockerer ornamentaler Art bilden hier unterschiedliche Bauformen den gestalterischen Inhalt.
Der das Mitropa-Sonderzimmer schmückende Wandfries zeigt in besonderer Maltechnik und optimistischer Farbgebung die Entwicklung und Bedeutung des Reiseverkehrs.

Milton Keynes – eine neue Stadt in England

Dr. René Elvin

Der Bau der neuen Stadt Milton Keynes ist das umfangreichste städtebauliche Vorhaben Westeuropas. Wenn diese Planung auch in ihren Dimensionen und ihrem sozialen Inhalt nicht mit solchen großen neuen sowjetischen Städten wie Togliatti (H. 7/75) vergleichbar ist und auch über einen viel längeren Zeitraum als diese realisiert werden soll, so enthält sie doch eine Reihe von interessanten technischen und gestalterischen Überlegungen von seiten der Architekten. Man muß natürlich dabei im Auge haben, daß städtebauliche Planung und Realisierung unter kapitalistischen Bedingungen zwei ganz verschiedene Dinge sind. Bis jetzt ist ja nach bereits sechsjähriger Bauzeit noch fast alles, was hier vorgestellt wird, nur auf dem Papier vorhanden. So sind denn auch an der Realisierbarkeit dieser Planung angesichts der tiefen wirtschaftlichen und sozialen Krise, in der sich Großbritannien heute befindet, immer mehr Zweifel wach geworden. Red.



1

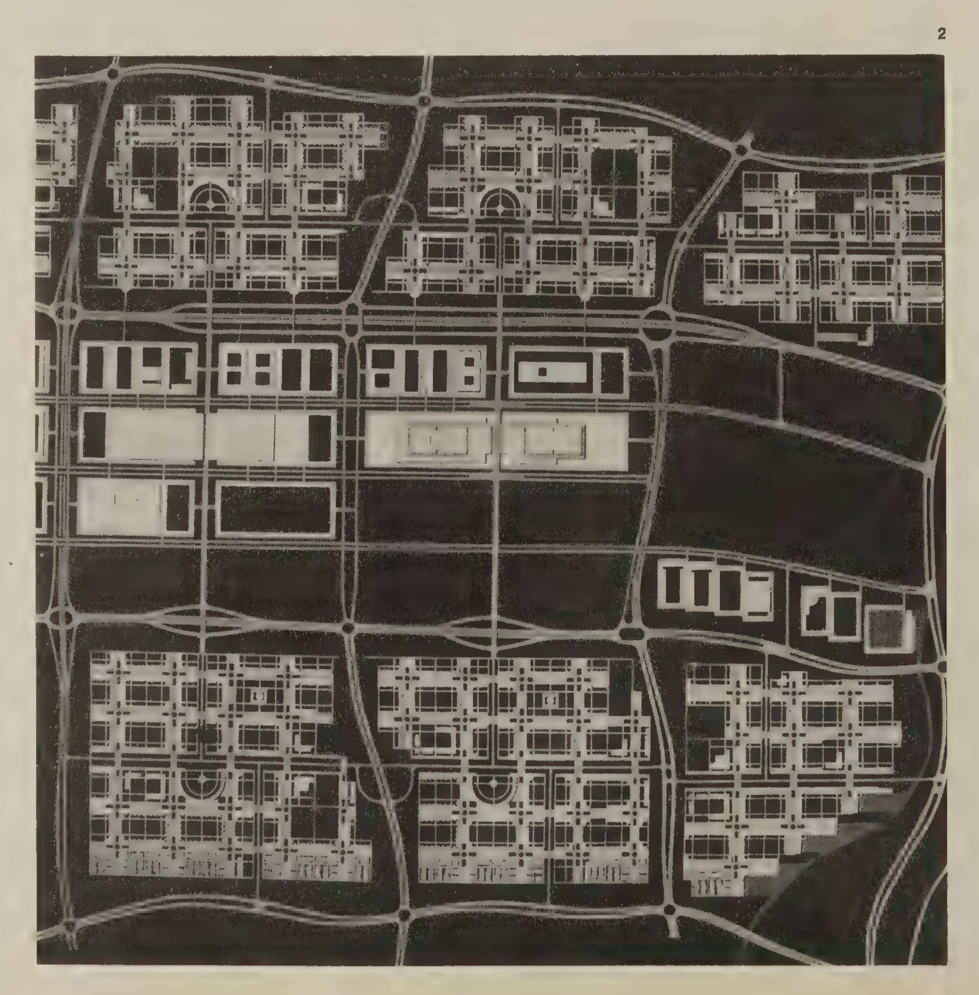
1
Schaubild des Zentrums von Milton Keynes nach der Fertigstellung im Jahre 2000

2
Bebauungsschema des Zentrums und der zentralen Wohngebiete

3
Der Gesamtentwicklungsplan der Stadt mit den wichtigsten Elementen der Flächennutzung und des Verkehrsnetzes (Zielplanung für das Jahr 2000)

4
So stellt man sich einen der drei großen Boulevards im geplanten Zentrum vor.

2



Seit dem Ende des zweiten Weltkrieges sind wahrlich sehr viele neue Städte errichtet worden, in der Hauptsache um dem Wachsen der Großstädte Herr zu werden. Bei Milton Keynes ist manches anders. In erster Linie überragt dieses Stadtprojekt die meisten anderen nach der Größe. Bis gegen Ende dieses Jahrhunderts soll die Stadt fertiggestellt und vollständig bewohnt sein. Die Bevölkerung wird dann 250 000 Menschen betragen. Die Stadt liegt etwa auf halbem Wege zwischen London und Birmingham, im Norden der Grafschaft Bukkinghamshire, und sie ist in etwa gleich entfernt von Oxford und Cambridge. Milton Keynes ist das größte städtebauliche Projekt in der Geschichte Großbritanniens, darüber hinaus in Westeuropa insgesamt. Das Stadtzentrum zu dem erste Bauarbeiten gerade begonnen haben, gehört zu den größten Bereichen der Stadt und erstreckt sich nach Fertigstellung über etwa 190 ha.

Der Name Milton Keynes wurde von einem Dorf entlehnt, das in der Stadt aufgehen wird.

Es liegt ganz klar auf der Hand, daß ein solches sehr großes Projekt nicht in einem Zug fertiggestellt werden kann. Die Gesamtfläche, in erster Linie Ackerland, umfaßt auch vier bereits vorhandene Städte, darunter die Stadt Bletchley mit einer Einwohnerzahl von etwa 35 000, ferner 13 Dörfer, also zahlreiche Siedlungseinheiten, die bei der Gesamtplanung mit berücksichtigt werden mußten. Allerdings waren nicht nur diese bereits bestehenden Ortschaften im Generalbebauungsplan zu berücksichtigen sowie die damit einhergehenden Beschränkungen für die neue Planung, sondern auch die landschaftlichen Gegebenheiten mußten in Betracht gezogen werden. Es waren nicht nur Wohngebäude zu errichten, sondern auch sämtliche Nachfolgeeinrichtun-

3

gen, die letzten Endes erst dazu beitragen sollen, daß das städtebauliche Ganze nicht einfach eine Schlafstadt wird, sondern eine lebendige Stadt, die von der Arbeit ihrer Bevölkerung lebt. In unserem Falle sind dies in erster Linie bestimmte Zweige der Leichtindustrie, des Handels und der Volksbildung.

Chefarchitekt Derek Walker und sein Kollektiv hatten deshalb zahlreiche Aufgaben gleichzeitig in Angriff zu nehmen. Die erste Aufgabe, die noch vor Beginn der Bauarbeiten im Jahre 1970 angegangen werden mußte, bestand im Entwurf einer Grundform als geeigneter Mechanismus zur Befriedigung einer großen Anzahl höchst verschiedenartiger gesellschaftlicher Anforderungen und Bedürfnisse, vor allem im Zusammenhang mit städtischen Einrichtungen und dem Verkehrswesen. Es mußte eine Art Netzwerk bzw. „Raster" geschaffen werden, genügend dicht und vielseitig, um den Erfordernissen des gesamten Plangebietes von etwa 10 000 ha gerecht zu werden. Es handelt sich um eine Fläche mit einer Länge und Breite von jeweils etwa 12 km. Die ersten sieben Jahre der Bauarbeiten wurden deshalb in erster Linie dazu genutzt, die bereits bestehenden Gemeinden miteinander zu verbinden, um eine zusammenhängende Erschließungsfläche zu schaffen.

Heute ist Milton Keynes eigentlich nur dem Namen nach eine Stadt. Wenn man die Gegend besucht, so wird man in erster Linie übliche landwirtschaftliche Nutzflächen sehen, einige neue Gebäudekomplexe in Baustellengebieten und am Rande der alten bereits vorhandenen Städte, ferner eine Anzahl von Gebäuden für den Einzelhandel und Dienstleistungen.

Die meisten Engländer haben eine Abneigung gegen große Mietshausblöcke, des-

4



halb werden auch viele Wohnbauten in Milton Keynes kleinere Häuser sein. Darüber hinaus werden Einfamilienhäuser und auch Bungalows errichtet, ferner Mietbauten aller Größen für Familien, für Rentner und für Junggesellen. Den Architekten der Mietbauten waren außerordentlich strenge Kostengrenzen gesetzt. Sie konnten sich nur innerhalb der staatlichen Haushaltsmittel bewegen. Dies bedeutete in vielen Fällen, daß anstelle der konventionellen Baustoffe neue und noch unbekannte Materialien eingesetzt werden mußten. In vielen Fällen kamen also keine Ziegel zum Einsatz. Darüber hinaus mußten die Raumgrößen auf das kleinste noch akzeptable Minimum reduziert werden. Sowohl das Äußere als auch das Innere dieser Gebäude ist deshalb nicht gerade dazu angetan „das Herz jubeln zu lassen", aber alle errichteten Gebäude müssen nach den genannten Kriterien ihrer Anlage beurteilt werden. Es gibt aber auch eine ganze Reihe von positiven Aspekten. Die Bevölkerungsdichte der neuen Stadt wird sehr niedrig liegen. Für alle sind genügend Freiflächen vorhanden. Die wichtigsten Verkehrsadern führen im wesentlichen an den Fußgängerzentren vorbei. Eine Begegnung ist sowohl auf den Gehsteigen möglich als auch auf Grünflächen, die mit Bäumen, Büschen und Blumen bepflanzt sind. Diese Landschaftsgestaltung säumt die Wege der Bewohner von ihren Wohnungen zu den Einkäufen und zu den Arbeitsstätten. Grünflächen flankieren die Fußgängerbereiche von den Wohnstätten zu den Bushaltestellen, den Geschäften und dem Stadtzentrum. Die Kinder können in der Nähe der Wohnbauten in Sicherheit spielen.

Die meisten Straßen werden rechts und links von Rasenflächen mit Bäumen flankiert. Auf diese Weise entsteht nicht nur für die Fußgänger ein Schutzschirm gegen Verkehrslärm und Blendung durch Scheinwerfer, was sich auch bei den Kraftfahrern günstig auswirkt, sondern die Fahrt durch die Stadt wird auch für den Autofahrer attraktiver.

Ein besonders interessantes Merkmal in Milton Keynes sind die sogenannten „Auffangseen". Im allgemeinen ist es doch so, daß das Regenwasser langsam durch die Rasenflächen sickert und sich auf benachbarte Flüsse zubewegt. Wenn die Gegend jedoch erst bebaut sein wird, nicht nur mit Häusern, sondern auch mit Straßen und Bürgersteigen, so werden sich diese natürlichen Kanäle sehr schnell auffüllen, und es entsteht eine ernste Hochwassergefahr. Die sogenannten „Auffangseen" sind nun geeignete Überströmanlagen, und sie tragen gleichzeitig zur Erhöhung des Erholungswertes der ganzen Gegend bei. Die städtische Landschaft wird dadurch in der Qualität besser und insgesamt interessanter. Das für die größten dieser künstlichen Seen ausgebaggerte Erdreich wird zu einem Hügel aufgeschichtet. Außerdem sind ökologische Vorkehrungen getroffen worden, um zu verhindern, daß durch die Seen eine Mückenplage oder eine allzu starke Verunkrautung entsteht.

Zentrum von Milton Keynes

Im Gegensatz zur „natürlichen" Entwicklung von Städten, die im allgemeinen vom Zentrum nach außen hin vor sich geht, haben die Planer von Milton Keynes den Bau des Zentrums terminlich ans Ende gesetzt. Dabei wird auch hier erst das Zentrum der

5

5
Die Gebäude des Handelszentrums sollen untereinander durch hohe überdachte Arkaden und Innenhöfe verbunden werden.

6
Gesamtmodell des Handelszentrums

7
Verbindungshalle im Handelszentrum

8
Die Anlieferung für das Handelszentrum soll über Rampen auf einer zweiten Ebene über dem Fußgängerbereich erfolgen.

6



Stadt eigentlich das Gesicht verleihen und die charakteristischen Elemente, gewissermaßen das lebendige „Herz" darstellen. Hier werden die wichtigsten Dienstleistungseinrichtungen und die anderen kommunalen Einrichtungen von größerer Bedeutung zu konzentrieren sein, Kaufhäuser, Filmtheater, Bibliothek, das Stadttheater, die Kunstgalerie, ein Heimatmuseum, das Gericht, das Sportstadion, weitere Behörden und schließlich auch der Bahnhof.

Eine künstlerische Vorstellung vom Stadtzentrum mit seinem Aussehen gegen Ende dieses Jahrhunderts ist bereits vorhanden und zu besichtigen. Dem Betrachter fällt sofort die streng rechtwinkelige Form und die orthogonale Anlage des gesamten Baugebietes auf. Die Straßen schneiden sich alle in strengen und regelmäßigen rechten Winkeln. Im Rahmen der Gesamtanlage kommt es zu zahlreichen kleineren Rastern, so z. B. einen Bereich für Fußgänger mit den Abmessungen 90 m × 250 m, einen Bereich für kleinere Stadtstraßen mit den Abmessungen 250 m × 250 m und einen größeren Bereich für Durchgangsstraßen mit 1000 m × 1000 m. Das Stadtzentrum wird von Ost nach West von drei breiten Hauptstraßen durchzogen. Diese Hauptstraßen haben jeweils zwei Fahrbahnen in der Mitte, und die Parkflächen liegen etwa 1 m seitlich oberhalb der Fahrfläche. Die Parkflächen werden wiederum von Fußgängerwegen unmittelbar vor den Wohngebäuden flankiert. Die Fußgänger gelangen durchweg durch Unterführungen auf die andere Straßenseite. Die Autobushaltestellen sind alle überdacht und mit den jeweiligen Wohnbauten verbunden. Rein äußerlich scheinen diese Boulevards der Pariser Champs Elysée ähnlich zu sein, aber in Wirklichkeit haben sie mit der berühmten Prachtstraße von Paris nur wenig gemein. Sie sind lediglich etwa ebenso breit und rechtwinklig.

Die großen Hauptstraßen von Milton Keynes werden gekennzeichnet durch das niedrige Gebäudeprofil, ferner durch eine Reihe von Blickpunkten, wie etwa dem „überdachten Platz" und dem großen Gartenhof, die Durchsichtigkeit der vollständig verglasten Arkaden die im Inneren mit hohen Bäumen bepflanzt sind. Das Ganze mutet an wie ein zu großes Gewächshaus. Darüber hinaus soll es große, neue elektronische Lichtreklamen und eine erhöhte Fahrbahn für Kraftfahrzeuge mit Anfahrt direkt zu bestimmten Geschäften geben. Dieses riesige Einkaufszentrum wird das augenfälligste Element des Stadtzentrums sein. Ein weiterer Erlebnisbereich ist der sogenannte „City Club". Es ist dies ein großes Gemeinschaftszentrum mit dem Sportstadion, mehreren Erholungseinrichtungen sowie Vergnügungs- und Unterhaltungsstätten.



7

8



Das Kaufhaus

Das Einkaufszentrum wird 680 m lang sein, 150 m breit und 14 m hoch. Es erstreckt sich auf einer Fläche von 100 000 m^2. Das Gebäude ist unterteilt in drei große Flügel. Dazwischen verlaufen zwei 12 m breite Arkaden nur für Fußgängerverkehr. Diese Arkaden erstrecken sich von Ost nach West über die gesamte Länge des Gebäudes. Darüber hinaus verlaufen noch mehrere Fußgängerwege, ebenfalls 12 m breit, von Nord nach Süd. An der Vorderseite der Arkaden also an den Fußgängerwegen, liegen die Geschäfte. Die gesamte Konstruktion basiert auf einem Stahlskelett mit angehängter Glasverkleidung, durchweg in „H"-Profil mit Neopren abgedichtet. Die ersten beiden Bauabschnitte werden bis Ende 1977 fertiggestellt und der Nutzung für den Einzelhandel übergeben werden. Die Fertigstellung insgesamt ist für Ende 1979 geplant.

City Club

Der City Club wird das Zentrum für die kulturellen Begegnungen der Bürger der Stadt sein. Der Bereich mit dem Stadion stellt gleichzeitig einen Brennpunkt im Zentrum dar. Ihm angeschlossen sind zahlreiche andere Sporteinrichtungen sowie Vergnügungsstätten und gesellschaftliche Einrichtungen. Es soll nicht nur ein interessantes Zentrum für die Bürger von Milton Keynes werden, sondern ein Treffpunkt von regionaler und vielleicht sogar nationaler Bedeutung.

Bei diesem Kultur- und Gemeinschaftszentrum handelt es sich auch nicht nur um ein einzelnes Gebäude. Zu diesem Zentrum gehören zahlreiche, voneinander getrennte Bauten, Freizeitanlagen mit großen Bewegungsflächen, offenen Räumen und Grünanlagen.
Das vorgesehene Zentrum liegt auf einem Standort mit ewa 5 ha Ausdehnung, und zwar nördlich der zentralen Hauptstraße zwischen dem großen Kaufhausgelände und dem Bahnhof. Außer einem großen Clubhaus und einem Sportstadion werden sich Sportplätze anschließen und ein großer Park für Sport und Erholung. An beiden Enden befinden sich geschlossene Gebäude mit Filmtheatern, Clubs, Kunstzentren, Zirkeln und Freizeithöfen. Unter freiem Himmel werden dann größere Einrichtungen angelegt wie Schwimmbäder und Wellenbäder und ein großer Park. An den Fußgängerwegen liegen kleine Geschäfte, Cafés und Restaurants. Die erste Bauphase des großen Erholungszentrums soll bis 1978 abgeschlossen sein.

Das Stadion liegt auf einer Fläche von 5 ha, südlich von der zentralen Hauptstraße, zwischen dem eigentlichen Freizeitzentrum und dem Bahnhof. Nach der bisherigen Planung soll das Stadion eine Kapazität für 30 000 Besucher aufweisen, die maximal durch teilweise Nutzung des Mittelfeldes auf 40 000 erhöht werden kann. Im Stadion befinden sich ein Fußballplatz, Leichtathletikflächen mit 400-Meter-Bahnen nach internationalen Normen sowie eine Rennbahn für Windhundrennen. Nach dem Willen und der Konzeption der Planer soll es sich hier nicht nur um ein Sportzentrum handeln, sondern mehr um eine Mehrzweckeinrichtung mit

9

10

11



Möglichkeiten für eine aktive Freizeitgestaltung, für Fernsehveranstaltungen, für andere Unterhaltungs- und Bildungsanstalten, jeweils für große Zuschauer- und Teilnehmermengen, schließlich für die tägliche Nutzung durch den Bürger. Die Fertigstellung ist für das Jahr 1981 angesetzt.

Wohnungsbau im Zentrum

Nach den bisherigen Plänen erstreckt sich der zentrale Wohnungsbau auf die sieben Raster unmittelbar im Anschluß an das Stadtzentrum und wird etwa 9000 Wohnungen für annähernd 30 000 Menschen schaffen.

Darüber hinaus ist vorgeschlagen, die einzelnen Wohngebiete nach Bausektoren mit den Abmessungen von jeweils 180 m × 130 m zu unterteilen, wobei dann in jedem Sektor bis zu 500 Menschen wohnen sollen. Die Gesamtdichte im Umfang beträgt 45 bis 50 Wohnungen je Hektar. Die Wohnblöcke werden durch zweibahnige Straßen erschlossen, womit der Anschluß an alle vier Hauptstraßen hergestellt ist. Es dürfte somit keinerlei Zugangsprobleme für Kraftfahrer und Fußgänger geben. Die Wohngegenden sollen möglichst vielseitig gestaltet werden, nicht nur um Monotonie zu vermeiden, sondern auch den verschiedensten Anforderungen gerecht zu werden. Gleichzeitig wird es aber eine durchlaufende Kontinuität geben, vor allem durch die einheitliche Gestaltung bestimmter Details an den Fenstern, Türen und Fassaden. Für die Fassaden werden durchweg Sichtziegel verwendet, erstens wegen des angenehmen Äußeren und zweitens wegen der Dauerhaftigkeit.

Verkehr

Ein wesentliches Merkmal des Planes ist das hier durchdachte System des öffentlichen Nahverkehrs. Die Bushaltestellen liegen zueinander in einheitlichen Entfernungen, maximal 105 m bzw. 1½ Minuten Fußweg. Darüber hinaus wird es zahlreiche Bedarfshaltestellen geben. Die Nutzer der Verkehrsmittel brauchen also nur eine ganz kurze Entfernung aus ihren Wohnhäusern zurückzulegen, um dann mit einem Knopfdruck einen Bus zum Halten zu veranlassen. Es ist dies ein außerordentlich flexibles und dynamisches, auf den tatsächlichen Bedarf abgestimmtes Verkehrssystem. Darüber hinaus gibt es dann noch Buslinien in das Zentrum, und die bereits genannten vier Hauptstraßen, die unmittelbar quer durch das Zentrum verlaufen, bilden hier baulich einen vorgezeichneten Rahmen. Es ist vorgeschlagen, die Busse in Zeitabständen von zwei bis drei Minuten fahren zu lassen. Inzwischen sind bereits Prototypen von speziellen umweltfreundlichen Fahrzeugen entwickelt worden, die im öffentlichen Nahverkehr von Milton Keynes eingesetzt werden sollen. Diese Fahrzeuge werden bis zur Fertigstellung der einzelnen Baustufen ebenfalls zur Verfügung stehen. Die Stadt wird über einen neuen Bahnhof Anschluß an die elektrifizierte Eisenbahnstrecke London–Glasgow haben, wobei dann weiterhin für Anschlüsse an die verschiedenen örtlichen, regionalen und gesamtstaatlichen Buslinien gesorgt wird. Gegenwärtig befindet sich das öffentliche Verkehrssystem noch in den Kinderschuhen, und es gibt hier noch sehr viel zu verbessern.



12

14

9
Modell des Vergnügungs- und Unterhaltungsbereichs des „City Clubs", im Stadtzentrum

10|11
Prototypen von Industriegebäudeeinheiten, die in verschiedenen Arbeitsstättengebieten als Angebot errichtet und an Firmen vermietet werden

12
Straße im zentralen Wohnbereich mit dreigeschossiger Bebauung

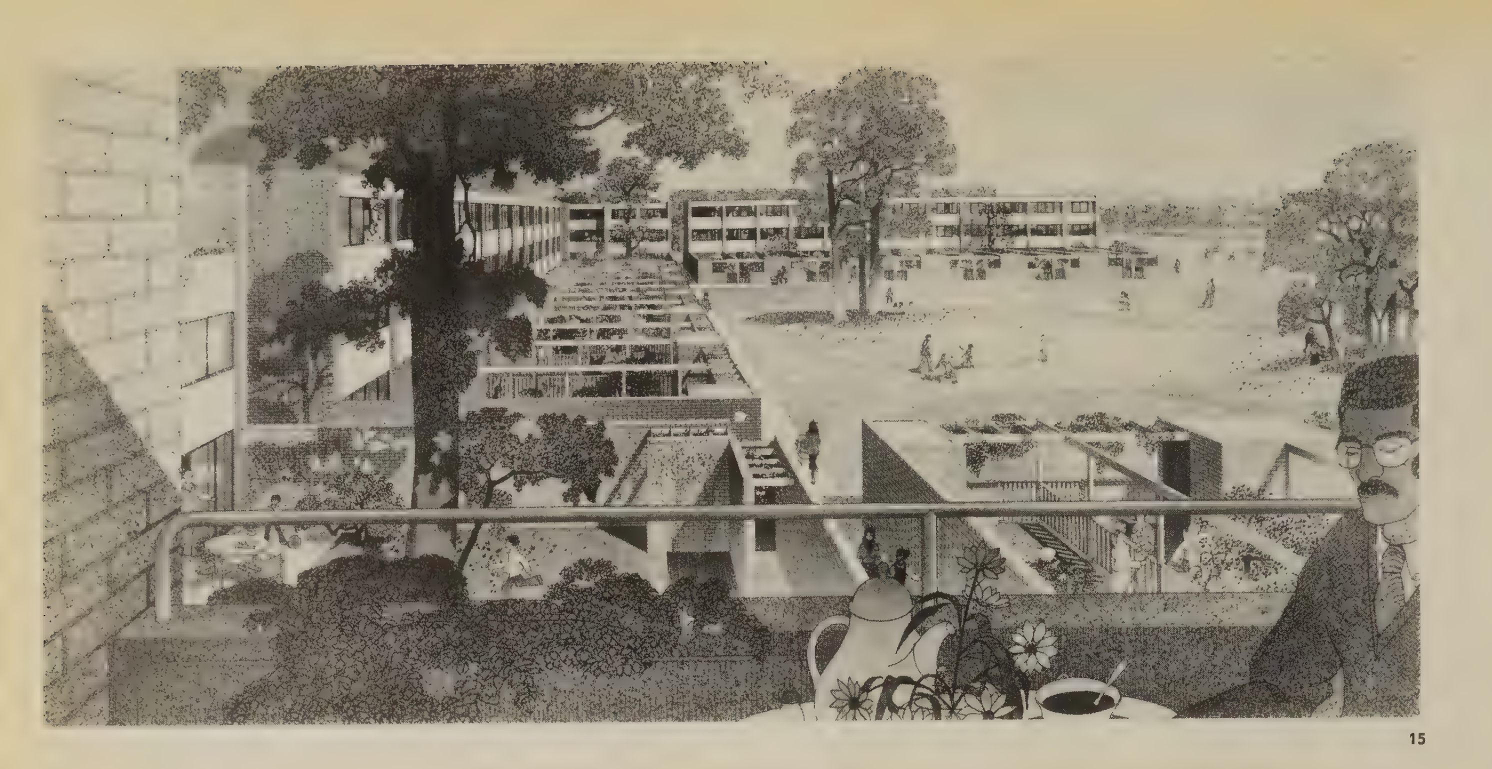
13
Reihenhäuser im Wohngebiet Lanhall

14
Bebauungsplan des Wohngebietes Netherfield



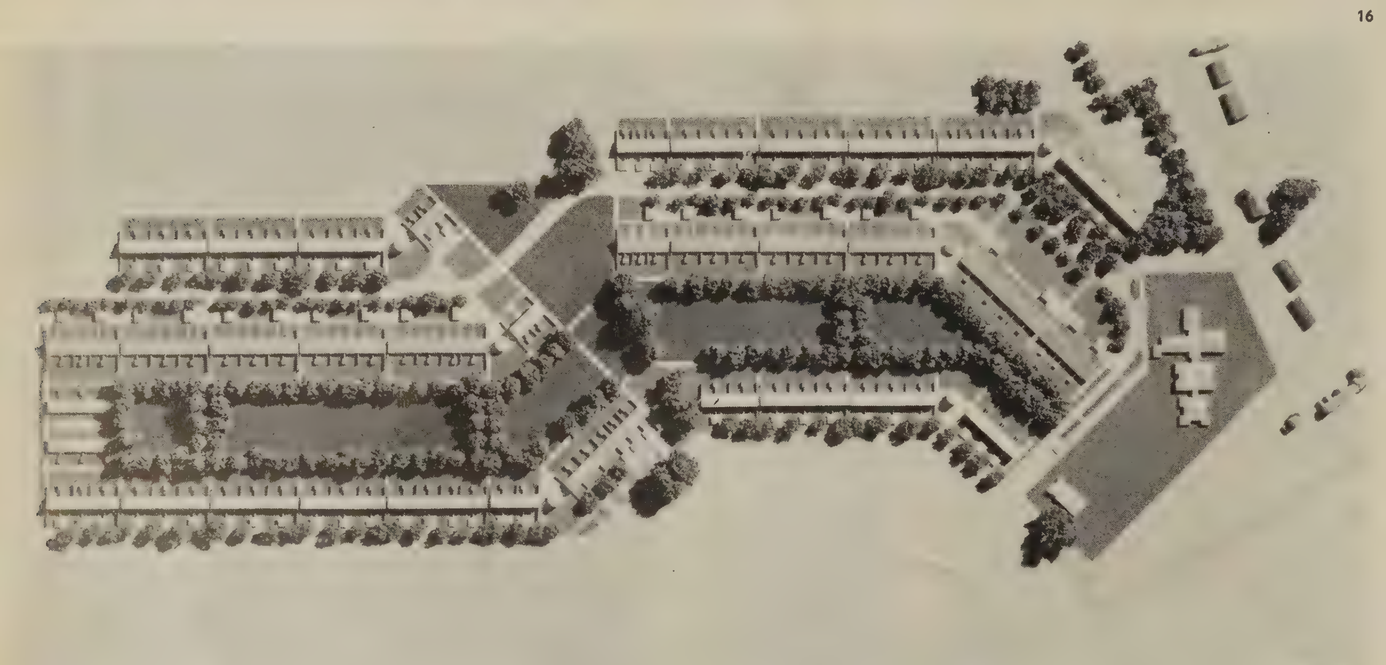
13





15

16



17



15
Dreigeschossige Wohnbebauung mit vorgelagerten Wohngärten

16
Modell des Wohngebietes Bradville

17
Reihenhäuser in Bradville

Architekturpreis für Studenten 1974

Dozent Dr.-Ing. Eberhard Just
Technische Universität Dresden
Sektion Architektur
Gebiet Grundlagen der Gestaltung

Architekturstudenten der Hochschulen in Berlin, Dresden und Weimar haben zum zweiten Male ihre Studienleistungen verglichen (siehe Architektur der DDR H. 7/74). Damit wurde die Form des periodischen praktischen Erfahrungsaustausches weitergeführt, in dem junge Nachwuchsarchitekten am Ende ihrer Ausbildung und am Beginn ihrer beruflichen Tätigkeit die erworbenen Entwurfsfähigkeiten und -fertigkeiten messen. Parallel zum jährlichen Architekturwettbewerb der DDR, bei dem erfahrene Architekten der Praxis die besten in der DDR gebauten Architekturwerke vorstellen, gewinnt auch dieser Studentenwettbewerb immer mehr an Bedeutung.
Die Architekturstudenten legten mit diesem Leistungsvergleich Rechenschaft darüber ab, wie gut sie ihre Studienzeit genutzt haben und über welche Voraussetzungen zum Mitgestalten einer sozialistischen architektonischen Umwelt sie verfügen.
Für den realen Vergleich der eingereichten Studentenarbeiten wurden grundsätzlich nur Diplomarbeiten herangezogen. Die Jurierung und die erste Ausstellungsperiode fanden in Dresden statt. Die Hochschule für Bildende Künste hatte der Technischen Universität Dresden großzügige Ausstellungsräume für diese einmalige und repräsentative Leistungsschau der Architekturstudenten der DDR zur Verfügung gestellt. Die gezeigten Diplomarbeiten wurden sowohl für die Lehrer und Studenten beider Hochschulen als auch für Dresdner Architekten und viele andere Interessenten zum Anziehungspunkt und Diskussionsgegenstand.
Gegenüber dem Architekturwettbewerb der Studenten im Jahre 1973 wiesen die Arbeiten mit wenigen Ausnahmen ein höheres Niveau und eine lobenswertere Qualität aus. Dieser Umstand erschwerte es der Jury, einzelne Arbeiten herauszuheben, und so wurde in Abweichung von der Wettbewerbsausschreibung nach folgenden zwei Kategorien ausgewählt:

- Prämiierte Arbeiten und
- anerkannte Arbeiten.

Allgemein basierten alle eingereichten Arbeiten auf einer architekturorientierten, gesellschaftspolitischen Zielstellung und auf weitestgehender Praxisbezogenheit. Jedoch ist es nach wie vor notwendig, der baukünstlerischen Durcharbeitung der Entwürfe und damit den vorgeschlagenen baulichen Lösungen noch größere Bedeutung beizumessen.
Der Jury gehörten an:

Dr. Pollack (Vorsitzender)
Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen
Dipl.-Ing. Pfrogner
Ministerium für Bauwesen
Prof. Dr. Lahnert
Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar
Dr. Geyer
Kunsthochschule Berlin
Dr. Just
Technische Universität Dresden
Architekt Hänsch
Bezirksvorsitzender des BdA/DDR
Dipl.-Ing. Rüpprich
BMK Kohle und Energie
und als Delegierte der FDJ-Hochschulgruppen:
Student Probst
Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar
Student Rauscher
Kunsthochschule Berlin
Student Jänisch
Technische Universität Dresden.

Aus den eingereichten Diplomarbeiten hat die Jury folgende Auswahl getroffen:

Prämiierte Arbeiten

- Weimar, Am Stadion, Bearbeitung des mehrgeschossigen Wohnungsbaus
Entwurf: B. Ettel, J. Casparius

Es werden Wohnbauten und ein adäquates gesellschaftliches Zentrum in vorbildlicher funktioneller und kompositioneller Form auf der Grundlage der WBS 70 angeboten. Die Arbeit bildet ein Beispiel für Funktionsüberlagerungen.

- Altersadäquate Wohnungen, Appartementhäuser und Wohnheime für Bürger in höherem Lebensalter
Entwurf: H. Beckert, J. Pieper

Auf der Grundlage der WBS 70 mit 14 400 mm Gebäudetiefe wurden beispielhafte Lösungen aufgezeigt, wie alte und körperbehinderte Menschen in modernen Wohnkomplexen leben können. Besonders lobenswert waren Detailuntersuchungen und der Nachweis, daß diese Lösung gute Wohnbedingungen ermöglicht.

- Textilkombinat in Wittstock
Entwurf: H. Turner, F. Wilke, W. Lau, TU Dresden

Die praxisgebundene Arbeit fand für eine Investitionsvorentscheidung Verwendung. Auf der Grundlage der vorgegebenen Bausysteme wurden praxismethodische Variantenuntersuchungen angestellt. Die optimalste Variante zur Rekonstruktion und Erweiterung des Betriebes wurde funktionell und kompositionell sehr gut, bis hin zum Detail und Farbvorschlag aufgezeigt und durchgearbeitet.

- Arbeitsumweltgestaltung in einem Industriebetrieb in Zwickau
Entwurf: W. Hebestreit, L. Körner

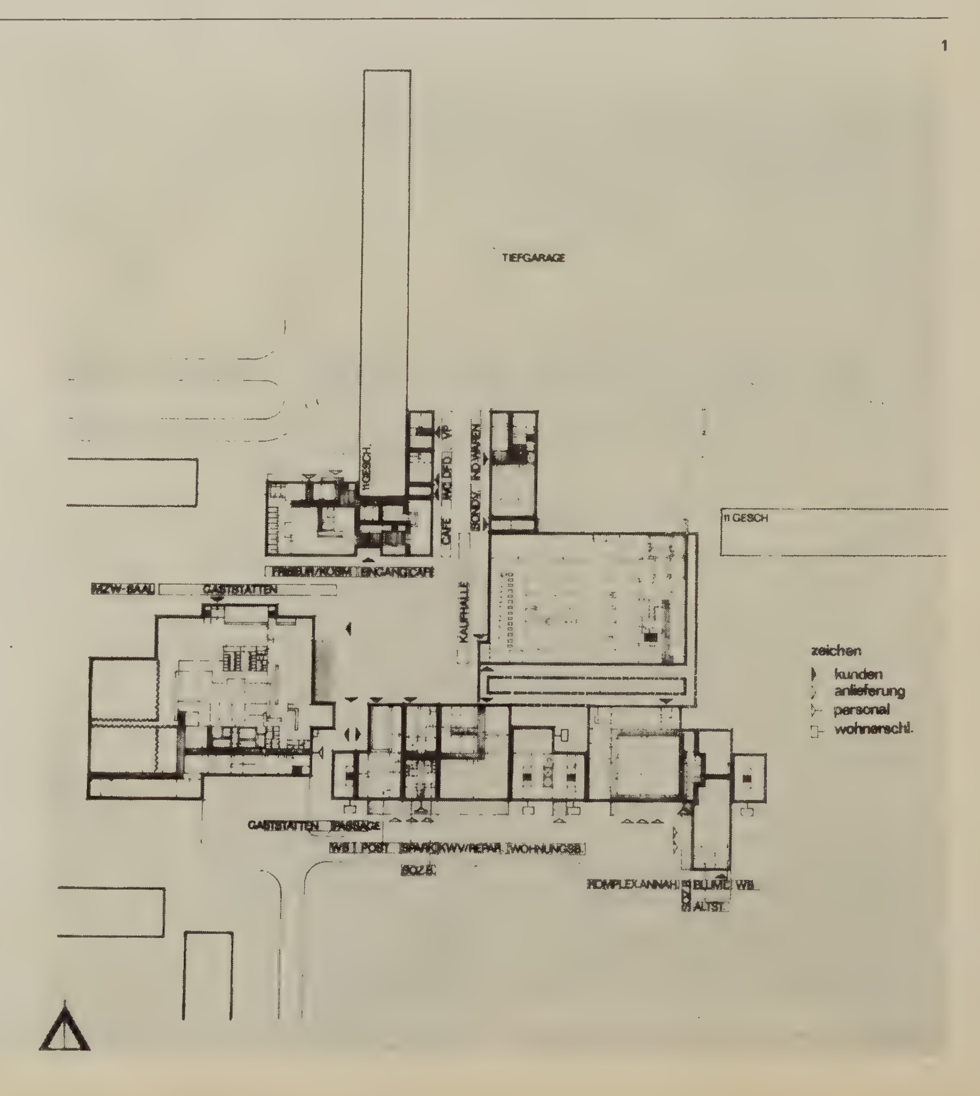
Die Arbeit wurde gleichfalls als Praxisauftrag ausgeführt. Nach einer Betriebsanalyse wurde ein Rekonstruktionsvorschlag erarbeitet, der besonders die gesellschaftlichen Zielsetzungen der Betreuung und Versorgung erfüllt.

Anerkennungen

- Umgestaltung des Zentrums der Stadt Stendal
Entwurf: H. Müller, W. Pohle, HAB Weimar
- Bearbeitung der Wohn- und Gesellschaftsbauten am südlichen Gagarin-Ring in Erfurt
Entwurf: H.-J. Beck-Dülfer, P. Brenn
- Weiterentwicklung der WBS-70-Grundrißvarianten für 14 400 mm Gebäudetiefe
Entwurf: Ch. Heinrich
- Erweiterung des Hauptgebäudes der Hochschule für Architektur und Bauwesen in Weimar, Geschwister-Scholl-Straße
Entwurf: W. Brezinski, Th. Gherasoppulos
- Industriebetrieb für Elektrotechnik und Elektronik
Entwurf: G. Schweitzer, TU Dresden
- Burg Querfurt, Studie zur Rekonstruktion der Außenanlagen
Entwurf: D. Clemens

Weimar „Am Stadion", Bearbeitung des mehrgeschossigen Wohnungsbaus

Entwurf: B. Ettel, J. Casparius
Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar
Sektion Architektur
Wissenschaftsbereich Wohn- und Gesellschaftsbauten
Leiter: Prof. Dr.-Ing. habil. Joachim Stahr, NPT



1
Schema für das Wohngebiet „Am Stadion"

Das Wohngebiet Weimar „Am Stadion" wurde im Rahmen der intersektionellen Forschung bearbeitet.
Dabei wurden die Probleme

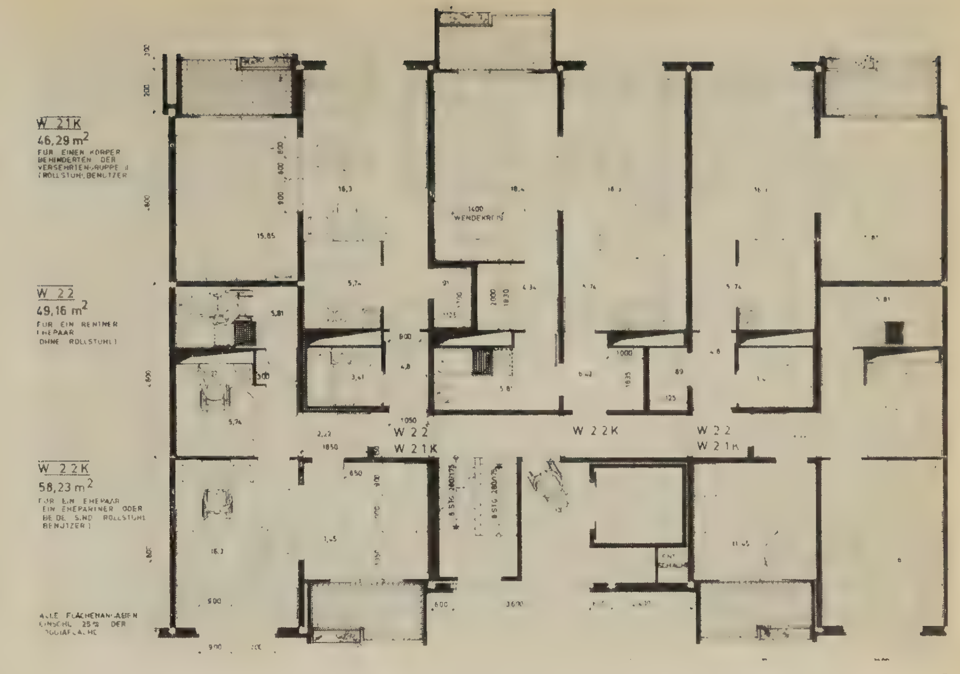
- Wohngebietszentrum
- konstruktive Durcharbeitung der Funktionsüberlagerung
- stadttechnische Erschließung
- zentrale Baustelleneinrichtung
- Verkehrserschließung und Verkehrsbauwerke in Studien analysiert.

Es wurde das Ziel gestellt, den Entwurf für ein sozialistisches Wohngebiet zu erarbeiten, das in seiner architektonisch-räumlichen Gestaltung dem materiellen und kulturellen Lebensniveau der Werktätigen, insbesondere den Ansprüchen an die Wohnbedingungen und an die Arbeitsumwelt, gerecht wird.
Die Bearbeitung erfolgte unter der Beachtung der baukonstruktiven Möglichkeiten für den Realisierungszeitraum 1978 bis 1983.

Altersadäquate Wohnungen, Appartementhäuser und Wohnheime für Bürger in höherem Lebensalter

Entwurf: H. Beckert, J. Pieper
Technische Universität Dresden
Sektion Architektur
Gebiet Wohnbauten
Leiter: Prof. Dr. h. c. Leopold Wiel
Betreuung: Dipl.-Arch. I. Hauffe

Nach einer Analyse der funktionellen und gebäudetechnischen Anforderungen an altersadäquate Wohnungen und Wohnungen für körperbehinderte Bürger und Rollstuhlbenutzer wurden diese Sonderlösungen vorgeschlagen, die auf der Konzeption der Technischen Universität Dresden zur Rationalisierung des Wohnungsbaus beruhen (raumgroße Deckenelemente 3600 mm × 4800 mm und Gebäudetiefe 14 400 mm).
Auf der gleichen konstruktiven Grundlage wurden auch Appartementhäuser und Wohnheime für Bürger im höheren Lebensalter entwickelt.
Die konstruktiven und ausbautechnischen Veränderungen gegenüber der allgemeinen Wohnung konzentrieren sich auf die Ausschaltung von Schwellen und Stufen in der Erschließungs- und Geschoßebene sowie auf die Erweiterung von Bewegungsräumen, besonders für die Rollstuhlfahrer. Details wie der Sanitärbereich, die Außenwand zur Loggia und die Hauseingangssituation, wurden besonders beachtet.



3

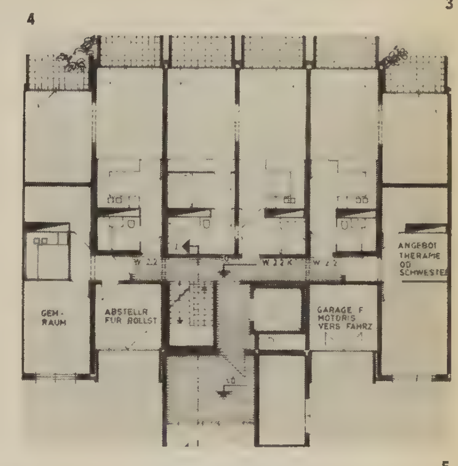
2
Perspektive

3
Normalgeschoß. Ein- und Zweiraumwohnungen für ältere Bürger und Rollstuhlbenutzer

4
Erdgeschoßvariante 1. Zugang zu den Wohnungen und zum Aufzug ebenerdig – Gemeinschaftsräume an der Straßenseite

5
Erdgeschoßvariante 2. Nur Zugang zum Aufzug ebenerdig – Erdgeschoß ein halbes Geschoß über Gelände

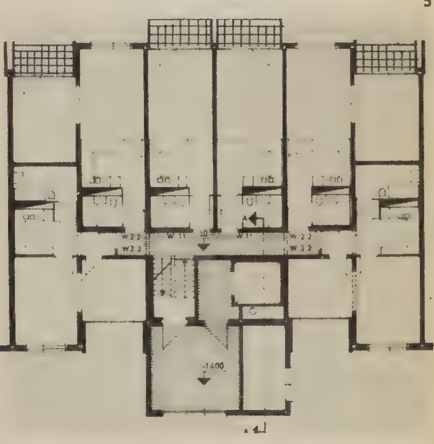
4



2

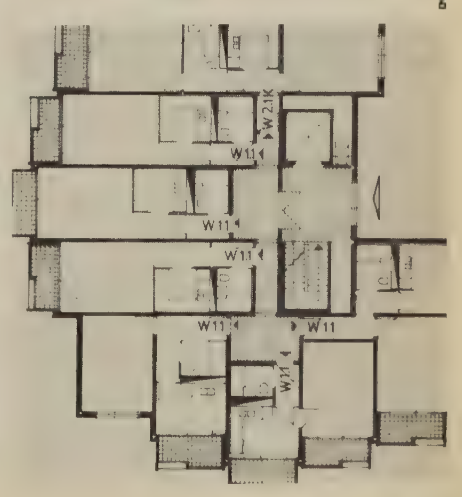


5



6
Vorschlag: Appartementhaus für Bürger im höheren Lebensalter (Elemente aus der Konzeption der TU Dresden zur WBS 70)

6



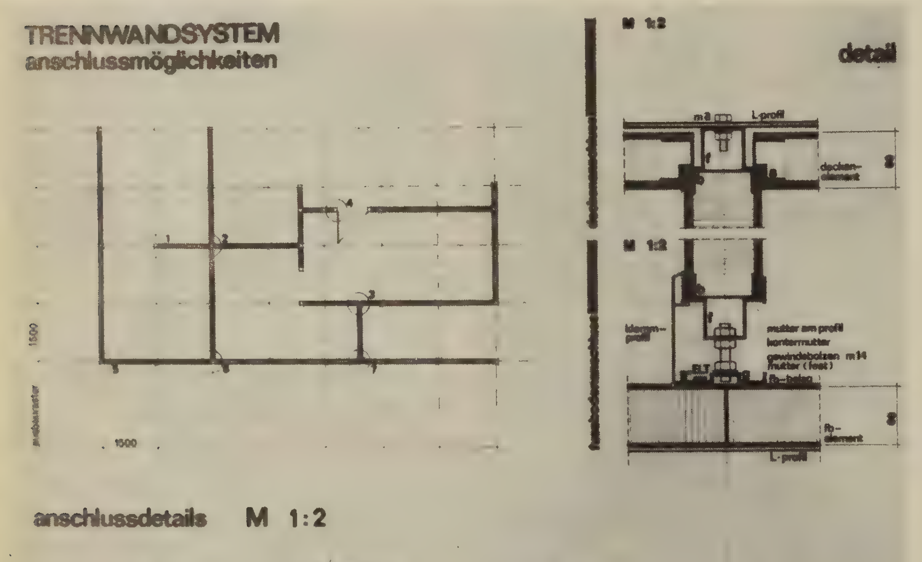
Arbeitsumweltgestaltung in einem Industriebetrieb in Zwickau

Entwurf: W. Hebestreit, L. Körner
Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar
Sektion Architektur
Arbeitsgemeinschaft Ausbau
Leiter: Prof. Dr.-Ing. habil. Anita Bach
Betreuer:
Dozent Dr.-Ing. habil. G. Baumgärtel
Dr.-Ing. B. Grönewald
Dipl.-Ing. U. Ahrendt
Dipl.-Ing. K. Steinert

7
Funktionelle Bereiche des dezentralen Versorgungs- und Betreuungspunktes

8
Möblierungsvorschlag für den Kommunikationsbereich – Nutzung als passive Erholungszone

9
Ausstattungsvorschlag für den Kommunikationsbereich – Nutzung als Ausstattungsbereich



10
Ausbaudetail Trennwand

Für die geplante Rekonstruktion eines sozialistischen Großbetriebes waren geeignete Rekonstruktionsvorschläge für die Neuordnung der gesamten Versorgung und Betreuung der Werktätigen zu erarbeiten. Ausgangspunkt für die Diplomarbeit waren umfassende analytische Voruntersuchungen zum bestehenden Versorgungs- und Betreuungsnetz. Es galt besonders zu berücksichtigen, daß sämtliche Maßnahmen den Anforderungen der 80er Jahre entsprechen mußten.

Mit der Erarbeitung eines Rekonstruktionsvorschlages für die zentralen Einrichtungen der Versorgung und Betreuung (einschließlich der Freiflächengestaltung) war ein variables Ausbausystem für die dezentralen Versorgungs- und Betreuungseinrichtungen zu entwickeln, das sowohl für die Rekonstruktion der bestehenden Produktionsräume als auch für Neubaulösungen Anwendung finden kann.

Der dezentrale Stützpunkt wurde für die Bereiche Pausenversorgung, arbeitshygienische Betreuung, medizinische Betreuung und Erholung sowie für die erforderlichen dezentralen Verwaltungsfunktionen ausgelegt.

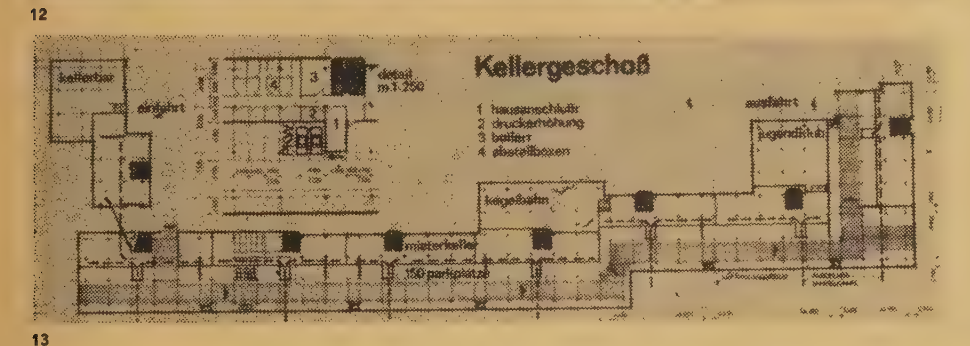
Dieser Stützpunkt wurde in einem vorhandenen Produktionsgebäude eingebaut, wobei durch die Durchdringung der vorhandenen Fassade die Einbeziehung des Freiraumes vor dem Gebäude erreicht wurde.

Bearbeitung der Wohn- und Gesellschaftsbauten am südlichen Gagarin-Ring in Erfurt

Entwurf: H.-J. Beck-Dülfer, P. Brenn
Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar
Sektion Architektur
Arbeitsgebiet Wohn- und Gesellschaftsbau
Leiter: Prof. Dr.-Ing. Joachim Stahr
Arbeitsgebiet Baukonstruktionen
Leiter: Prof. Dr.-Ing. Fiedler

11

12



13

11
Lageplan des bearbeiteten Gebietes

12
Blick von Süden über das Ensemble
links: Wohnungsgrundriß

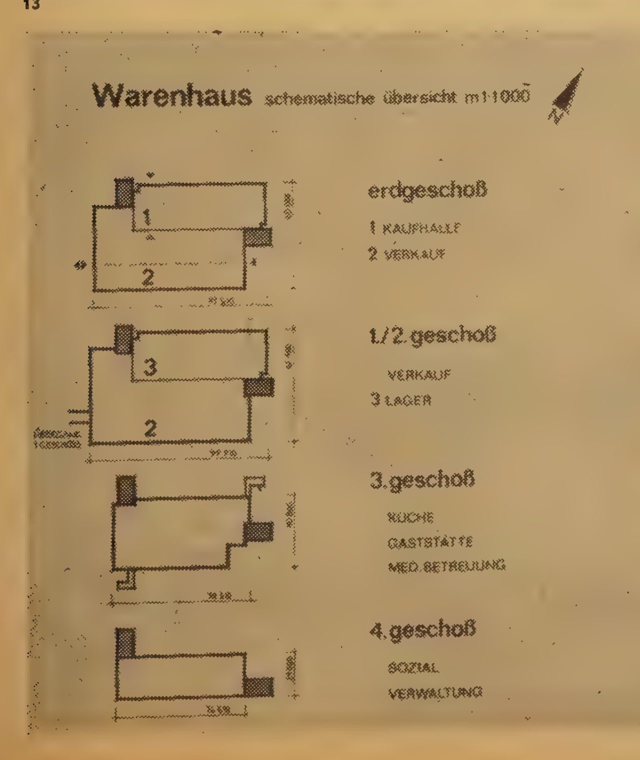
13
Nutzung des Kellergeschoßbereiches der Wohnbauten

14
Blick auf den Übergang zwischen Warenhaus und gesellschaftlichen Einrichtungen der Wohnbauten

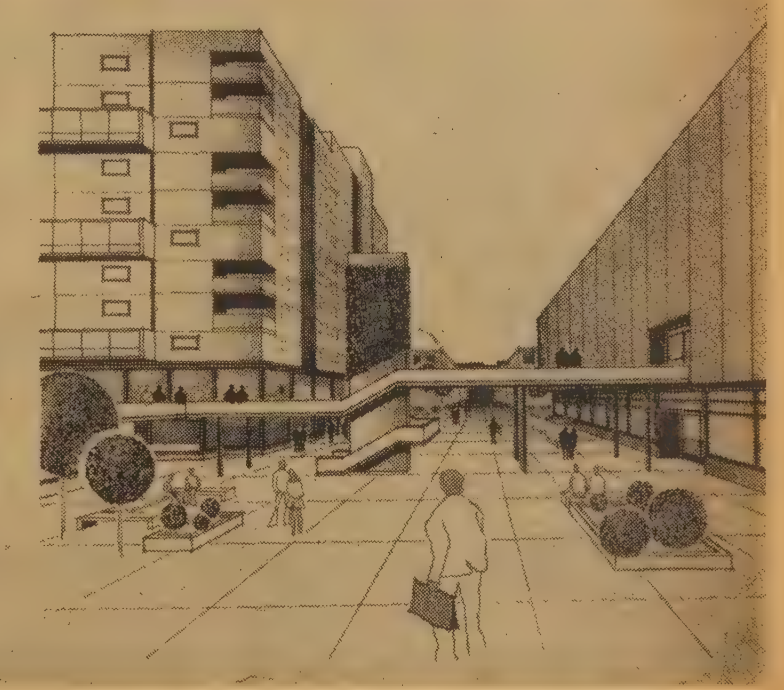
Zielstellung der Arbeit war es, eine funktionelle und gestalterische Lösung für die Anwendung des Plattenhubverfahrens bei der Überlagerung von gesellschaftlichen Einrichtungen und Wohnungen sowie für den Neubau eines Warenhauses vorzuschlagen. Dabei wurde der vom Stadtarchitekten Erfurts und einem Entwurfskollektiv des Wohnungsbaukombinates erarbeitete städtebauliche Vorschlag weitestgehend übernommen.

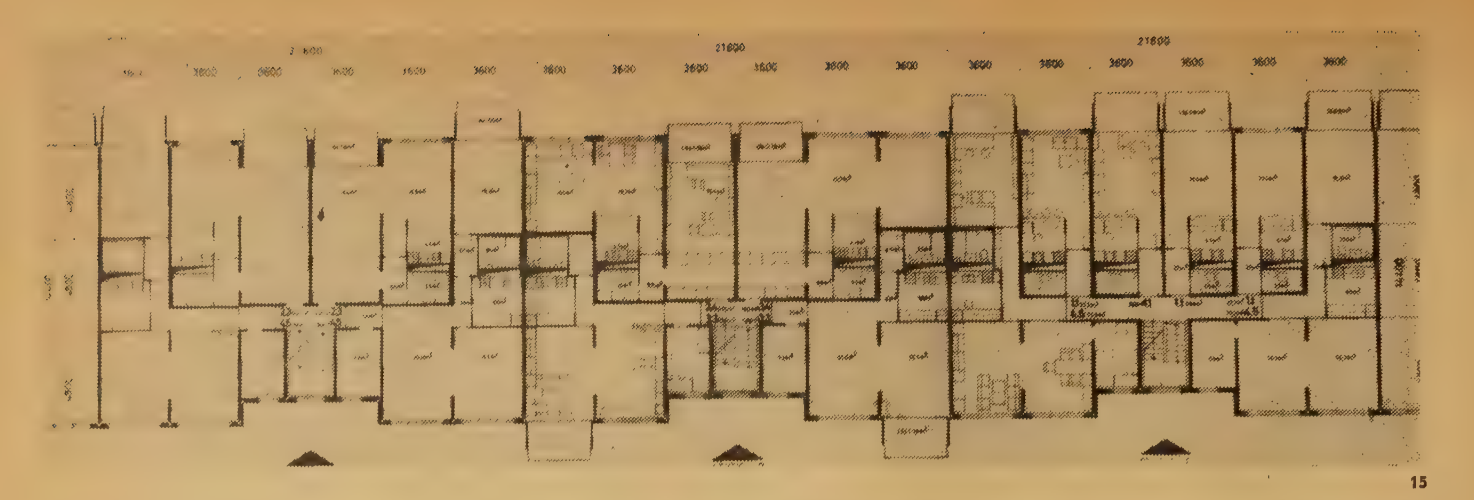
Die Arbeit zeigt, wie mit Hilfe des Plattenhubverfahrens neue funktionelle (für den Wohnungsbau zum Beispiel flexiblere und vielfältigere Wohnungsgrundrisse) und gestalterische Akzente (Gliederung und Schaffung der Fassade durch Auskragung und Rücksprünge) gesetzt werden können.

Es hat sich gezeigt, daß diese Bauweise für derartige Funktionsüberlagerungen sehr gut geeignet ist.



14





15

Weiterentwicklung der WBS-70-Grundrißvarianten für Sektionsgrundrisse mit 14 400 mm Gebäudetiefe

Entwurf: Ch. Heinrich
Technische Universität Dresden
Sektion Architektur
Gebiet Wohnbauten
Leiter: Prof. Dr. h. c. Leopold Wiel

15
Normalgeschoß, Sektion A, B und C. Diese Sektionen werden durch Giebel-, Eck- und Sondersektionen ergänzt.

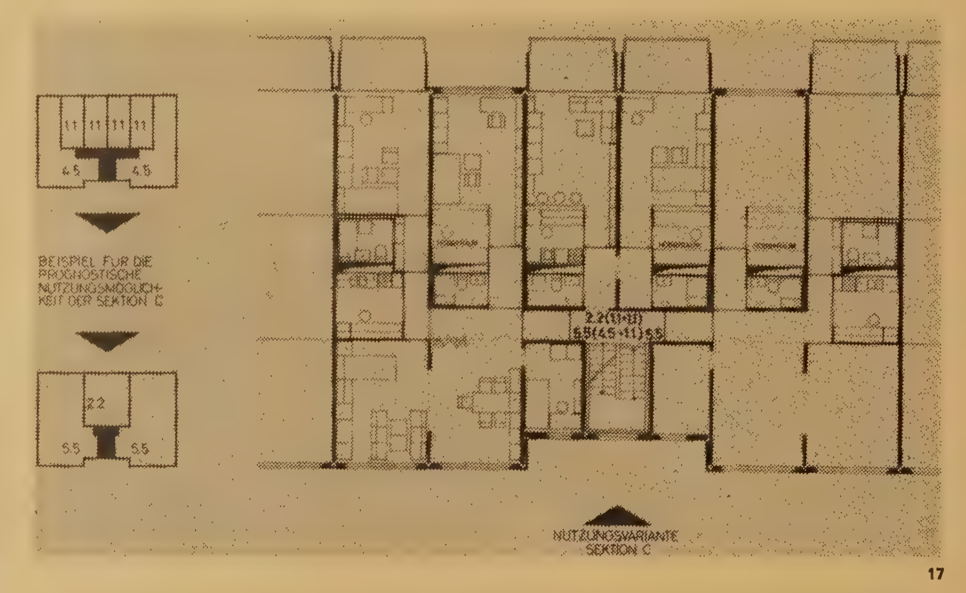
16
Blick auf die Wohnbebauung mit gesellschaftlichen Einrichtungen in der Erdgeschoßzone

17
Prognostische Nutzungsmöglichkeit am Beispiel der Sektion C (Wachsen und Mindern der Wohnungsgröße nach Bedarf)

18
Innenraumeindruck. Ein Rahmenelement zwischen Wohn- und Schlafbereich gestattet eine flexible Nutzung.



16



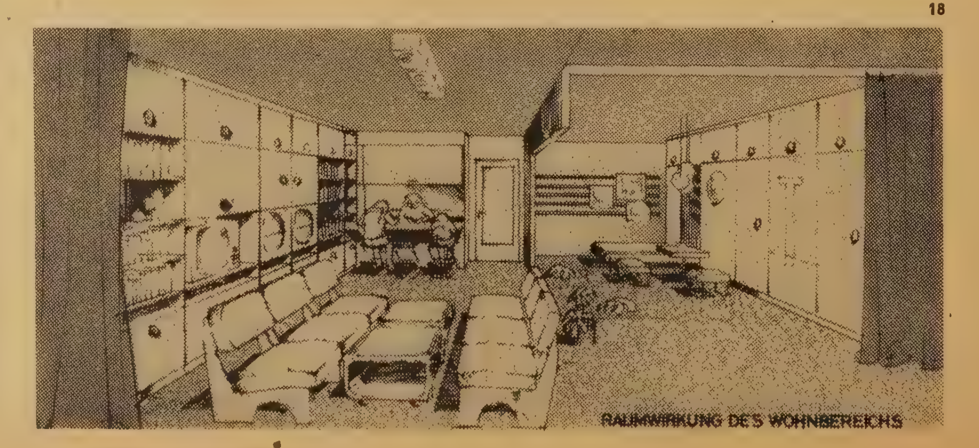
17

Auf der Grundlage der WBS 70, Laststufe 6,3 Mp, wurden Sektionsgrundrisse mit 14,4 m Tiefe und vorzugsweise 21,6 m Länge entwickelt.

Verglichen mit Lösungen von 10,8 m oder 12,0 m Gebäudetiefe, reduziert die vergrößerte Gebäudetiefe die Anliegerlänge je Wohnung, womit eine höhere Einwohnerdichte und ein geringerer Aufwand für die Erschließung und das erforderliche Bauland je Wohnung erreicht wird. Da es sich bei den Lösungen um 4- bis 6-Spännersektionen handelt, werden auch Einsparungen an Verkehrskernen erzielt. Die Deckenspannweite von 3,6 m ermöglicht eine Reduzierung des Stahlverbrauchs und gestattet die Anwendung raumgroßer Decken, die sich günstig auf Vorfertigung und Ausführungsqualität auswirken.

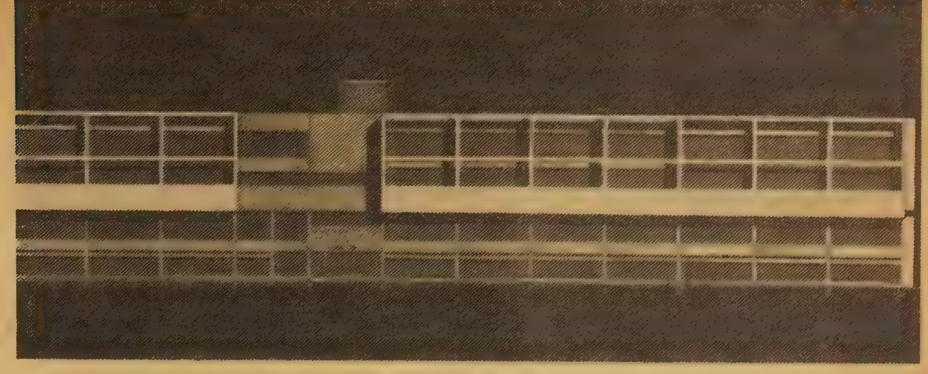
Diese Diplomarbeit weist die hohe Wohnqualität in Gegenwart und Zukunft und die gute städtebauliche Anwendbarkeit der Sektionslösungen bei Einhaltung der vorgegebenen Normative nach. Alle Sektionen (viel- und mehrgeschossige Normalsektionen, Ecken, T-Anschlüsse und Staffelsektionen) sind einheitlich elementiert.

18

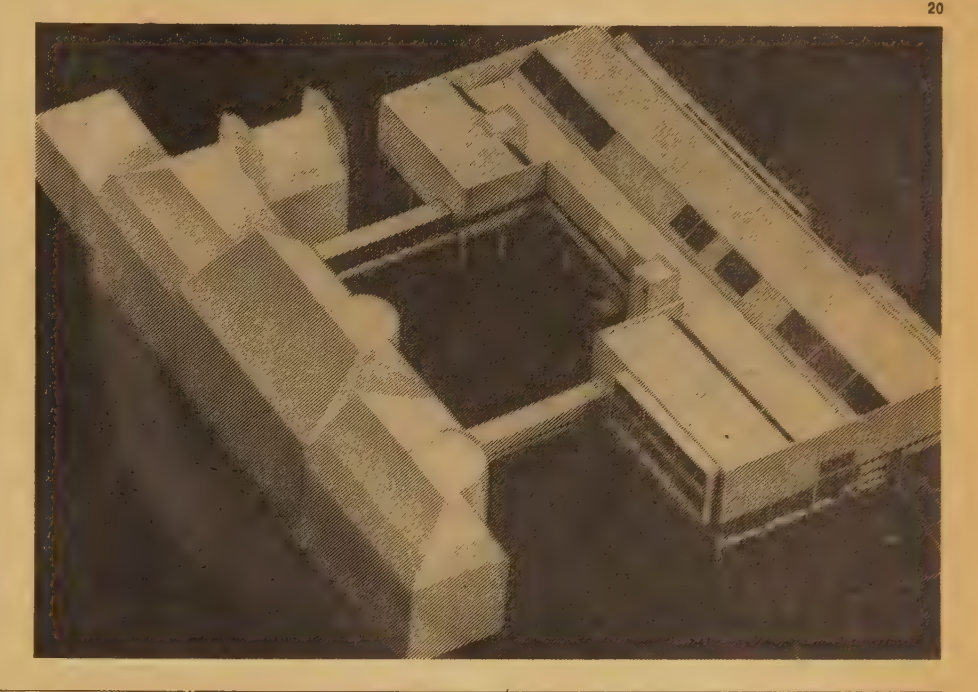


Erweiterung des Hauptgebäudes der Hochschule für Architektur und Bauwesen in Weimar

Entwurf: W. Brezinski, Th. Gherasoppulos
Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar
Sektion Architektur
Arbeitsgebiet Baukonstruktionen
Leiter: Prof. Dr.-Ing. Fiedler



19
Fassade des Erweiterungsbaus von Süden



20
Modell für den Erweiterungsbau (Erweiterungsbereich rechts)

Bei dieser Arbeit galt es, prinzipielle städtebauliche Überlegungen für eine Planung notwendiger Erweiterungsbauten der Hochschule für Architektur und Bauwesen im Perspektivzeitraum zu berücksichtigen. In diesem Rahmen wurde die Aufgabe gestellt, einen Vorschlag für die detaillierte bauliche Erweiterung des Hauptgebäudes der Hochschule für Architektur und Bauwesen zu erarbeiten.

Die Lösung beinhaltet entsprechende funktionelle und gestalterische Lösungsmöglichkeiten für die konkrete Bauaufgabe. Die Konstruktion wird mit der Skelettbauweise Berlin realisiert. Das Vorhaben ist kostenmäßig eingeschätzt worden.

Burg Querfurt, Studie zur Rekonstruktion der Außenanlagen

Entwurf: D. Clemens
Technische Universität Dresden
Sektion Architektur
Gebiet Landschaftsarchitektur und Ingenieurbiologie
Leiter: Prof. Dr.-Ing. habil. H. Linke

21
Entwurfsplan für die Rekonstruktion der Außenanlagen

22
Detail: Mittelalterlicher Burggarten

■ Aufgabenstellung

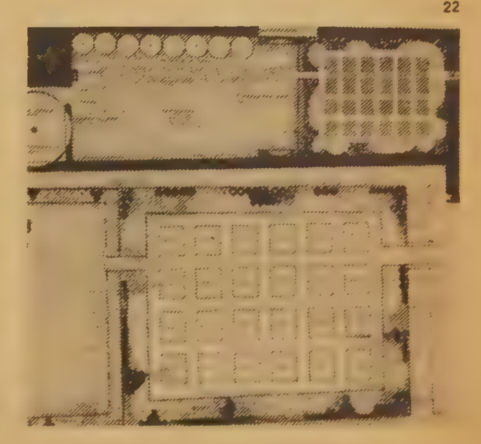
Für die Burg Querfurt, eine der besterhaltenen mittelalterlichen Anlagen auf dem Gebiet der DDR, war im Auftrag des Instituts für Denkmalpflege eine Konzeption zur komplexen Rekonstruktion der Innen- und Außenanlagen zu erarbeiten.

Für die Freiräume der Burg war unter besonderer Beachtung der Erholungsfunktionen ein Programm zu entwickeln, das eine stufenweise Verwirklichung ermöglicht.

Auf die Eingliederung der Außenanlagen der Burg in das weiter auszubauende Grünsystem zwischen Altstadt, Burg und Taldorf war besonderer Wert zu legen.

■ Einschätzung

Unter Wahrung des denkmalpflegerischen Wertes der Baumsubstanz erhielten die Freiräume durch die sinnvolle Einfügung neuer Funktionsbereiche (z. B. Freilichtbühne, Freizeitspiele), die Aufwertung von Elementen des mittelalterlichen Burggartens und eine durchdachte funktionelle Ordnung eine neue Qualität, die sie lebendig und belebend in das innerstädtische Grünsystem und den Landschaftsraum einordnet. Mit dem Freischlagen von Burgmauer und Wallanlage werden früher vorhandene reizvolle Blickbeziehungen wiederhergestellt. Für die etappenweise Realisierung liegt ein Stufenplan vor.



Probleme der praktischen Anwendung der Maßordnung im Gebäudeaufriß

Dipl.-Ing. Jost Schoenemann
Bauakademie der DDR
Institut für Projektierung und Standardisierung

Die Maßordnung ist eine wichtige Grundlage für das moderne, auf vielfältiger Arbeitsteilung und industrieller Fertigungsverfahren beruhende Bauen. Sie hat schon seit Jahren ihren Niederschlag in nationalen und internationalen Vorschriften, Empfehlungen, Katalogen usw. des Bauwesens gefunden.

Die verbindlichen staatlichen Standards (1) zur Maßordnung im Bauwesen werden in der DDR seit 1967 praktisch angewendet. Diese Standards sind mit den entsprechenden Normativdokumenten des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe der sozialistischen Länder abgestimmt, besonders mit dem RGW-Standard St 39-73 „Einheitliches System der Maßordnung im Bauwesen; Grundbestimmungen". Ihre jahrelange praktische Anwendung im Bauwesen der DDR bewirkte, daß die Prinzipien der Maßordnung heute im wesentlichen zum Gedankengut der Architekten und Bauingenieure geworden sind, so daß sich die weitere Entwicklung zur Vereinheitlichung der Maße auf eine breite Basis und einen umfangreichen Erfahrungsschatz stützen kann.

Die Präzisierung der Grundstandards

Es ist im allgemeinen nicht möglich, eine sehr weitgehende, perfekte Vereinheitlichung von Erzeugnissen auf einmal, in einem Schritt vorzunehmen, da sich jeweils vielfältige Einflüsse aus der funktionellen Nutzung der Gebäude, aus den angewendeten Konstruktionen, Bautechnologien, Fertigungseinrichtungen und -verfahren sowie aus der Ökonomie usw. auf die zur Vereinheitlichung zu treffenden Festlegungen auswirken. Die Vereinheitlichung ist also zweckmäßig in einzelnen Schritten vorzunehmen, wobei stets nur solche Festlegungen getroffen werden sollen, die für die Entwicklung reif sind und die bereits praktisch erprobt worden sind.

In Auswertung der seit 1967 gewonnenen Erfahrungen wurden deshalb, ausgehend von den allgemeinen und grundlegenden Bestimmungen der Grundstandards, schrittweise präzisierende Festlegungen erarbeitet, die zunächst in Richtlinien (2) über die Anwendung der Maßordnung sowohl für tragende als auch nichttragende Konstruktionen niedergelegt worden sind. Für die Zukunft sind entsprechende Präzisierungen auf den Gebieten der technischen Gebäudeausrüstung, der Gebäudeausstattung, des Landwirtschaftsbaues und des Ingenieur- und Tiefbaus vorgesehen.

Die schrittweise Präzisierung dient einerseits der Klärung noch offener Probleme der Maßabstimmung, andererseits der systematischen Auswahl der anzuwendenden Varianten. Dabei besteht stets die Zielstellung, die Kombinationsfähigkeit und Austauschbarkeit der Bauelemente und Baukonstruktionen zu verbessern und ihre vielseitige Anwendbarkeit zu sichern. Außerdem ist zu beachten, daß jeweils genügend Spielraum für die weitere Präzisierung gelassen wird, damit die Verwirklichung der sich aus der Erprobung ergebenden Schlußfolgerungen nicht behindert wird und damit die angestrebte optimale Befriedigung der funktionellen und gestalterischen Anforderungen auch wirklich erreicht werden kann.

Maßbeziehungen im Aufriß

Bei der Präzisierung wurde entsprechend der zunehmenden Anwendung vorgefertigter und vorkomplettierter Ausbauelemente besonderes Augenmerk auf die Erarbeitung von Regeln für die Abstimmung der Maße in vertikaler Richtung gelegt. Dies hat zwei Gründe. Auf der einen Seite hat sich das Arbeiten mit vereinheitlichten Maßen im Grundriß bereits früher durchgesetzt, in erster Linie in der Projektierung. Andererseits – und das ist die wesentliche Ursache – spielen die im Aufriß auftretenden direkten Beziehungen zwischen den Maßen tragender und nichttragender Baukonstruktionen und Ausrüstungen eine – im ursprünglichen Wortsinne – maßgebende Rolle.

So ist zum Beispiel die lichte Raumhöhe ein die funktionelle Nutzung unmittelbar beeinflussendes und ebenso von dieser beeinflußtes Maß. Sie wirkt sich auf die Konstruktionshöhe der Geschoßdecke, des Fußbodens und des Riegels aus und bestimmt damit auch die Höhe von Trennwänden und Fenstern. Aus den Anforderungen an die lichte Raumhöhe einerseits und aus den konstruktiven Bedingungen des Tragwerks (z. B. erforderliche Mindestmaße von Deckendicke, Riegelhöhe) andererseits ergibt sich die Geschoßhöhe, die auf diese Weise zum Angelpunkt der Vereinheitlichung der vertikalen Maße sowohl der Trag- als auch der Ausbaukonstruktionen wird. Mit der Geschoßhöhe muß also offensichtlich die Vereinheitlichung der vertikalen Abmessungen beginnen.

Von wesentlicher Bedeutung ist in diesem Zusammenhang die Vereinheitlichung der nichttragenden Konstruktionen. Je mehr gerade diese vielfach von anderen Industriezweigen gelieferten Erzeugnisse – Vorhangwände, Trennwände, Unterdecken, Fußböden, Installationen, Einbaumöbel, Verkleidungen usw. – durch Einbeziehung in die Maßordnung kombinationsfähig gemacht werden, desto mehr kann auch bei ihnen der Übergang vom aufwendigen handwerklichen Anpaßbau zum wirtschaftlicheren industriellen Austauschbau vollzogen werden. Das gilt in erster Linie für montagefähige Konstruktionen, darunter vorzugsweise für geschoßhohe Außenwände, raumhohe Trennwände, großflächige Unterdecken und Fußböden.

Geschoßhöhen

Als Ausgangspunkt für die vertikale Maßabstimmung ist, wie gesagt, die Geschoßhöhe gewählt worden, nicht die lichte Raumhöhe. Die Entscheidung für die Geschoßhöhe wurde auch deshalb getroffen, weil auf diese Weise die Höhen der Tragkonstruktionen und der Ausbauelemente nach der gleichen Gesetzmäßigkeit gestuft werden können. Damit bot sich zugleich die Möglichkeit, dieses einheitliche System der Maße und ihrer gegenseitigen Zuordnung für den Gebäudeaufriß systematisch zu präzisieren.

Unter Geschoßhöhe ist der Abstand zweier übereinanderliegenden Systemlinien zu verstehen, die in mehrgeschossigen Gebäuden ein Geschoß, in eingeschossigen Gebäuden den Raum bis zum Auflager des Dachbinders begrenzen; in den Geschossen liegt die Systemlinie im allgemeinen oberhalb der Oberfläche des fertigen Fußbodens.

Prinzipielle Regelung für Geschoßhöhen ist (mit $M = 100$ mm):

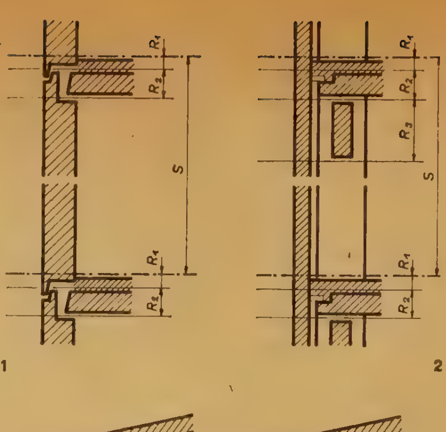
$n \cdot 3\,M \leq 36\,M$

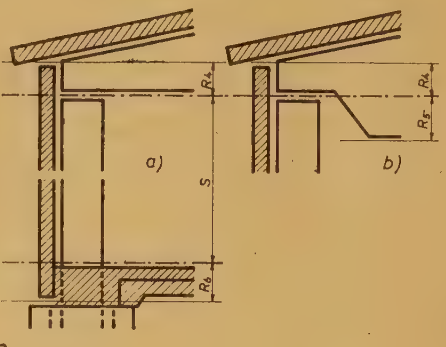
$n \cdot 6\,M > 36\,M$ (vorzugsweise $n \cdot 12\,M$).

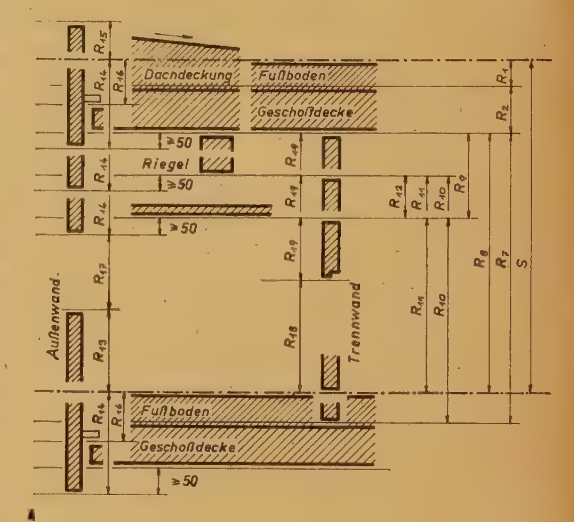
Zusätzlich gibt es die Geschoßhöhe 28 M für Wohngebäude und Gebäude mit ähnlichen Funktionen. Auf dieser Grundlage sind in der DDR die in Tabelle 1 angegebenen Geschoßhöhen ausgewählt worden.

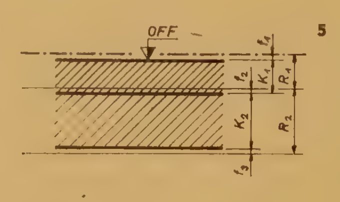
Aufrißmaße für Bauelemente

Nach der Festlegung der Geschoßhöhen und der sie begrenzenden Systemlinien folgt als nächster Schritt die einheitliche Regelung der gegenseitigen räumlichen Zuordnung der wichtigsten tragenden und nichttragenden Konstruktionen. Die gegenseitige Zuordnung wird dabei in Form der Zuordnung der Bauelemente zu den Systemlinien vorgenommen. Die Einordnung der Tragkonstruktionen – tragende Innen- und Außenwände, Stützen, Geschoßdecken, Dachbinder, Riegel – in das Systemliniengitter im Aufriß erfolgt bereits seit Jahren in den Projekten des Wohn-, Gesellschafts- und Industriebaus (Abb. 1 bis 3). Demgegenüber sind die entsprechenden Festlegungen für die Konstruktionen des Gebäudeausbaues (Abb. 4) erst in jüngster Zeit in enger Zusammenarbeit mit den Herstellern, Baukombinaten und Hochschulen entstanden (2) (4). Wesentlich sind dabei auf der Grundlage umfangreicher Untersuchungen erarbeiteten Maßfolgen der Baurichtmaße für die Bauele-









1
Zuordnung der Tragkonstruktion zu den Systemlinien im Aufriß bei mehrgeschossigen Gebäuden in Wandbauweise

2
Zuordnung der Tragkonstruktion zu den Systemlinien im Aufriß bei mehrgeschossigen Gebäuden in Skelettbauweise

3
Zuordnung der Tragkonstruktion zu den Systemteilen im Aufriß bei eingeschossigen Gebäuden in Skelettbauweise

a Dachbinder untergurtgelagert

b Dachbinder obergurtgelagert

4
Zuordnung der Bauwerksteile des Gebäudeausbaues zu den Systemlinien im Aufriß

5
Zuordnung von Fußboden und Geschoßdecke zur Systemlinie

e 1: In der DDR angewendete Geschoßhöhen

...ktionsart		Geschoßhöhen (M = 100 mm)								
		28	33	36	42	48	60	72	84	... n · 12
...-ig	Plattenbau	x	x							
	Platten-skelettbau		x							
	Skelettbau		x	x	x	x	x			
...chossig						x	x	x	x	x

...ergleich dazu sind in Tabelle 2 die in einigen europäischen Ländern ...egten Geschoßhöhen für Wohngebäude zusammengestellt (nach [3]).

e 2: Geschoßhöhen im Wohnungsbau verschiedener Länder Eu-

	Geschoßhöhen (M = 100 mm)												
	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	...
	x		x		x	x	x		x		x		
...garien							x	x					
			x				x	x	x				
...ark							x						
...d							x						
...eich						x							
...itannien					x	x							
...awien							x	x	x				
...ande					(x)		x						
...en						x	x						
...mänien						x	x		x				
...n					x	x	x		x				
...den			(x)			x							
							x	x	x				
						x	x						
							x		x				

mente und ihre Zuordnung zu den Systemlinien. Die Maßfolgen werden jeweils als Vielfache des Moduls M = 100 mm fixiert (vgl. Tabelle 3 bis 6).
Außerordentlich kompliziert gestaltet sich die Festlegung der Fußbodendicke, die nach der Geschoßhöhe die systematische Ableitung der Aufrißmaße nichttragender Konstruktionen am stärksten beeinflußt.
Da eine einzige Fußbodendicke für unterschiedliche Gebäudekategorien und Raumfunktionen nicht ausreicht, eine Vielzahl beliebiger Dicken die Vereinheitlichung der Höhenmaße von Trennwänden, Brüstungen, Fenstern usw. jedoch unmöglich macht, wurde – in Anlehnung an die Geschoßdeckendicke – der Maßsprung 0,5 M = 50 mm für die Baurichtmaße der Fußbodendicke festgelegt (vgl. Tabelle 4 und Abb. 5). Damit wurde eine wesentliche Entscheidung für die Aufrißrasterung getroffen.
Der große Bedarf an Elementen für den Gebäudeausbau ermöglicht und verlangt deren industrielle Produktion in großen Serien. Bei der Vereinheitlichung tritt das Problem auf, die optimale Mitte zwischen möglichst großen Maßsprüngen, wie sie zur Erzielung großer Losgrößen und kleiner Sortimente im Interesse des Herstellers liegen, und möglichst kleinen Maßsprüngen, wie sie für die Anpassung an differenzierte funktionelle und gestalterische Forderungen erwünscht sind, zu finden.
Entsprechend diesen gegensätzlichen Forderungen müssen bei Ausbauelementen Maßsprünge von 3 M, wie sie den Abmessungen der meisten Elemente für den Gebäudeausbau zugrunde gelegt worden sind, bereits als groß bezeichnet werden (vgl. Tabelle 5 und 6). In mehreren Fällen verlangt jedoch die Rücksicht auf die Ökonomie, auch kleinere Maßsprünge zuzulassen. Dafür sind besonders die Dicke des Fußbodens und der Geschoßdecke maßgebend, die nicht größer als nach dem Maßspung 0,5 M gestuft werden können, um Materialaufwand und Tragvermögen mit den Bedingungen der Vereinheitlichung in Einklang zu bringen. In diesen Fällen

Tabelle 3: Baurichtmaße für die wichtigsten Tragkonstruktionen im Aufriß (n = 1, 2, 3, ... ; m = 0, 1, 2, ..., 5)

Baurichtmaß		Maßfolge
Fußbodendicke	R_1	siehe Tabelle 4
Dicke der Geschoßdecke	R_2	n · 0,5 M
Riegelhöhe	R_3	n · 3 M + m · 0,5 M vorzugsweise n · 3 M
Binderkopfhöhe	R_4	vorzugsweise n · 3 M
Zuordnung des Binderuntergurtes	R_5	n · 6 M
Zuordnung der Sockelplatte	R_6	vorzugsweise n · 3 M

Tabelle 4: Fußbodendicke

Baurichtmaß R_1 (mm)	Konstruktionsmaß (mm)	Anwendung
0	$0 \leq K_1 \leq 10$	Gehbelag ohne Estrich
50	$35 \leq K_1 \leq 50$	Trockene und Feuchträume
100	$75 \leq K_1 \leq 100$	Naßräume im Gesellschaftsbau
150	$125 \leq K_1 \leq 150$	Naßräume im Industriebau

Tabelle 5: Baurichtmaße für Trennwände und Unterdecken im Aufriß (n = 1, 2, 3, ..., m = 0,1, ..., 5)

Baurichtmaß		Maßfolge
Rohbauraumhöhe	R_7	n · 3 M + m · 0,5 M vorzugsweise n · 3 M
Lichte Raumhöhe	R_8	n · 3 M + m · 0,5 M
Zuordnung der Unterdecke zur Geschoßdecke	R_9	n · 3 M + m · 0,5 M
Zuordnung der Trennwand zur Geschoßdecke	R_{10}	n · 3 M + m · 0,5 M
Zuordnung von Trennwand und Unterdecke zur Systemlinie	R_{11}	n · 3 M + m · 0,5 M vorzugsweise n · 1,5 M
Zuordnung der Unterdecke zum Riegel	R_{12}	n · 0,5 M

Tabelle 6: Baurichtmaße für Außenwände, Fenster- und Türöffnungen im Aufriß (n = 1, 2, 3, ...; m = 0, 1, 2, ...)

Baurichtmaß		Maßfolge
Brüstungshöhe	R_{13}	n · 0,5 M
Fenstersturzhöhe	R_{14}	n · 0,5 M
Attikahöhe	R_{15}	n · 0,5 M
Zuordnung der Anschl.-stelle der Außenwand zur Systemlinie	R_{16}	m · 0,5 M
Fensteröffnungshöhe	R_{17}	n · 3 M außerdem 4,5 M; 13,5 M
Türöffnungshöhe	R_{18}	n · 3 M außerdem: 19 M; 20 M
Türsturzhöhe	R_{19}	n · 0,5 M

Tabelle 7: Fugenanteile (nach [1])

Maßfolge (mm)	Empfohlener Maßbereich (mm)
n · 0,5	0 bis 5
n · 2,0	5 bis 50
n · 2,0	50 bis 100
n · 5,0	≥ 50

wurden nach Möglichkeit Vorzugsmaße oder Vorzugsfolgen festgelegt, um eine Orientierung für Hersteller und Projektanten zu geben. Die damit erzielte Eingrenzung auf Vorzugslösungen wirkt sich allmählich reduzierend auf die Sortimente der tragenden und nichttragenden Konstruktionen aus, ohne unzumutbare funktionelle oder gestalterische Einschränkungen nach sich zu ziehen.

Fugenanteile

Der Festlegung von Baurichtmaßen und Konstruktionsmaßen liegt die Vorstellung des Kastenprinzips zugrunde. Der für die Konstruktion der Bauelemente vorgesehene Raum wird durch Rasterlinien begrenzt, wird also durch das Baurichtmaß R charakterisiert. Im Abstand eines Fugenanteiles f von der Rasterlinie befinden sich die Konstruktionsoberflächen des Bauelementes, deren Abstand durch das Konstruktionsmaß K charakterisiert wird (1). Auf das Konstruktionsmaß werden die Toleranzen bezogen; die Maßabweichungen sollen innerhalb der Fugenanteile beiderseits des Bauelementes liegen. Für die Fugenanteile gibt es die in TGL 8471 niedergelegte Regelung (vgl. Tabelle 7).
Die Fugenanteile sind im allgemeinen halb so groß wie die zugehörigen Fugen. Da Fugendicken vorrangig aus der Reihe 5, 10, 15, 20, 25 mm usw. ausgewählt werden, können die empfohlenen Maßbereiche der Tabelle 7 überschritten werden (z. B. f = 7,5 mm für die Fugendicke 15 mm), wenn dadurch das System der Maßabstimmung nicht gestört wird.
Für die wichtigsten Fugenanteile, die bei der Vereinheitlichung der Fußboden- und Deckendicken, der Außen- und Trennwandhöhen, der Tür- und Brüstungshöhen, der Treppenläufe, Rohrbündel, Aufzüge usw. maßgebend sind, wurden die Maßbereiche wie folgt eingegrenzt (vgl. auch Abb. 5 und Tabelle 4):

$5 \text{ mm} \leq f_1 \leq 30 \text{ mm}$
$f_2 \leq 10 \text{ mm}$
$f_3 \leq 10 \text{ mm}.$

Auf der Grundlage entsprechender Genauigkeitsuntersuchungen müssen die für die baukastenmäßige Kombination der Ausbauelemente erforderlichen Fugenanteile exakt bestimmt werden, um die Konstruktionsmaße der Bauelemente zu erhalten.
Damit liegt ein abgestimmtes System für vertikale Maße vor, das für die Projekte des Wohn-, Gesellschafts- und Industriebaues angewendet werden kann. Auf der Grundlage dieses Systems ist jetzt als wichtigste Aufgabe die weitere Präzisierung zur Ableitung abgestimmter Erzeugnissortimente vorzunehmen.
Die Standards für einzelne Erzeugnisse werden in den Kombinaten auf der Grundlage der dargestellten Festlegungen zur Maßordnung im Bauwesen ausgearbeitet. Damit wird gesichert, daß die Bauelemente unterschiedlicher Hersteller am Bauwerk zusammengesetzt werden können. Austauschbarkeit und Kombinationsfähigkeit der Erzeugnisse sind jedoch erst dann vollständig zu verwirklichen, wenn nicht nur die Maßordnung, sondern ebenso die Ordnungen der Toleranzen, der Eigenschaften und der Verbindungen realisiert werden.

Literatur

(1) TGL 8471, 12. 67, Maßordnung im Bauwesen
TGL 8472, 12. 67, Gebäude; Systemlinien; Systemmaße, Baurichtmaße
(2) Richtlinien über die Anwendung des Maß- und Gebäudesystems im Bauwesen:
Nr. 1 vom 1. Juni 1971 „Anwendung der Maßordnung im Bauwesen bei Mehrzweckgebäuden in Skelettbauweise", Nr. 2 vom 13. Nov. 1973 „Anwendung der Maßordnung im Bauwesen bei Gebäuden in Wandbauweise",
Nr. 3 vom 13. Nov. 1973 „Anwendung der Maßordnung im Bauwesen für Bauwerksteile des Gebäudeausbaus"
(3) Dimensional Co-ordination in Building – Current trends and policies in ECE – countries (Maßordnung im Bauwesen; gegenwärtige Entwicklungsrichtungen und Vorschriften in den Mitgliedsländern der ECE), Economic Commission for Europe, Genf, und United Nations, New York, 1974
(4) Untersuchungen zur Aufrißgeometrie mehrgeschossiger Mehrzweckgebäude unter besonderer Berücksichtigung lichtmaßabhängiger Bauwerkstelle des Ausbaus, Forschungsbericht der TU Dresden, Sektion Bauingenieurwesen, WG Produktionstechnik III, Prof. Dr.-Ing. Ripke 1973, im Auftrage der Bauakademie der DDR

Aufrißgeometrische Untersuchungen als Beitrag zur Entwicklung eines Maß- und Gebäudesystems mehrgeschossiger Mehrzweckgebäude

Dipl.-Ing. Ingelore Reif
Dr.-Ing. Dieter Winkler, Architekt BdA/DDR
TU Dresden, Sektion Bauingenieurwesen
WG Produktionstechnik III (Gebäudesysteme)
Leiter: Professor Dr.-Ing. Helmut Ripke

Bisherige Entwicklungen von Mehrzweckkonstruktionen für mehrgeschossige Gebäude beschränken sich im wesentlichen auf das Bauwerksteil Tragwerk. Diese Arbeitsweise führte zu zahlreichen konstruktiv, technologisch, funktionell und ökonomisch nachteiligen Folgeerscheinungen.
Die Entwicklungsrichtung für mehrgeschossige Mehrzweckgebäude (MMZG) sollte daher nicht wieder einseitig in optimierten Tragwerken gesehen werden. Vielmehr sind Tragkonstruktion, Ausbau, Ausrüstung und Ausstattung so miteinander zu koordinieren, daß ein widerspruchsfreies räumliches und zeitliches Zusammenwirken dieser vier Bauwerksteilgruppen gewährleistet wird. Die aktuellen Entwicklungsaufgaben im Wohnungs-, Gesellschafts- und Industriebau (WBS 70, SKBS 75, MMZG des MLK) machen eine solche komplexe Arbeitsweise möglich und notwendig. Diese Chance gilt es verantwortungsbewußt zu nutzen.
Grundlage ist hierbei eine konsequente maßliche Ordnung in Grund- und Aufriß, die Ausgangspunkt aller Neuentwicklungen für Bauwerksteile, Baugruppen, Bauelemente und Bauteile nicht nur der Tragkonstruktion, sondern auch des Aufbaus, der Ausrüstung und der Ausstattung sein muß.
Im Auftrag der Bauakademie der DDR wurden in diesem Zusammenhang an der Technischen Universität Dresden, Sektion Bauingenieurwesen, Untersuchungen zur Aufrißgeometrie mehrgeschossiger Mehrzweckgebäude durchgeführt (1), (2).
Schwerpunkte dieser Untersuchungen waren:

- Ableitung einer mit den Bauwerksteilgruppen Tragkonstruktion, Ausbau, Ausrüstung und Ausstattung abgestimmten Aufrißgeometrie für mehrgeschossige Mehrzweckgebäude
- Spezifizierung des Aufrißrasters für ausgewählte Bauwerksteile des Ausbaus und der Ausrüstung einschließlich der Ableitung von Höhensortimenten.

Ableitung einer Aufrißgeometrie für MMZG

Hierbei wurden untersucht:
Geschoßhöhen
Lichtmaße
Konstruktionsbandbreiten im Aufriß
(Konstruktionsband im Aufriß: Horizontaler Bereich für Bauwerksteile oder Bauelemente, der die Lichtmaße vertikal benachbarter Funktionsflächen begrenzt. Dieser Bereich wird aus einem bzw. mehreren der folgenden Bauwerksteile bzw. Bauelemente gebildet:
Fußboden; Rohdecke; Riegel bzw. Unterzug; TGA; Unterdecke)
Die gegenseitige Abstimmung dieser drei Bestimmungsgrößen zu einem Maßsystem im Aufriß erfolgte ausgehend von folgenden Kriterien:

- Das Maßsystem muß die Ableitung solcher Einzelmaße gewährleisten, die den geforderten Gebrauchswerten von MMZG sowie den volkswirtschaftlichen Gegebenheiten und Möglichkeiten entsprechen.
- Das Maßsystem muß die zeitlichen und räumlichen Abhängigkeiten der Bauwerksteilgruppen Tragkonstruktion, Ausbau, Ausrüstung und Ausstattung berücksichtigen.

Ausgangspunkt der aufrißgeometrischen Untersuchungen waren daher Analyse und Quantifizierung derjenigen Gebrauchswertanforderungen an MMZG, die Einfluß auf die Aufrißgeometrie der Gebäude haben.
Die Realisierungsmöglichkeiten dieser Gebrauchswertanforderungen wurden anhand des derzeitigen Angebots an Bauwerksteilen und Bauelementen für die Tragkonstruktion, den Ausbau und die Ausrüstung unter Berücksichtigung der entsprechenden Entwicklungstendenzen untersucht.
Dabei entstand eine Vielzahl von zum Teil geringfügig unterschiedlichen Einzelmaßen im Aufriß, die Ausdruck einer gegenwärtig noch völlig unzureichenden Maßabstimmung ist.
Die notwendige Koordinierung der Maße erfolgte entsprechend den zeitlichen und räumlichen Abhängigkeiten, die zwischen und innerhalb der Bauwerksteilgruppen bestehen.
Zeitliche Abhängigkeiten äußern sich in der Baudurchführung (Technologie der Arbeiten) und in der Gebäudenutzung (Instandhaltung, Instandsetzung, Rekonstruktion).
Räumliche Abhängigkeiten entstehen durch die Beziehungen zwischen Grundriß und Aufriß (Zuordnung der Rasterlinien des Ausbaus zu den Systemlinien des Tragwerks), durch die Notwendigkeit horizontaler Kombinationen verschiedener Gebäudesysteme und durch die innere Struktur des Aufrisses insgesamt (Maßbeziehungen Geschoßhöhe – Lichtmaß – Konstruktionsbandbreite).
Abb. 1 zeigt das Ergebnis dieser Untersuchungen, das die Aussagen der Richtlinie Nr. 3 (3) im wesentlichen bestätigt. Die Geschoßhöhen (d. h. die Abstände der Systemlinien vertikal benachbarter Funktionsflächen) wurden hierbei in geometrische Räume für Konstruktionsbänder und in zugehörige Lichtmaße unterteilt.
Bedingt durch die Fußbodendicke von n · 50 mm entsteht nicht für sämtliche Konstruktionsbandbreiten und Lichtmaße ein Maßsprung von ≧ 150 mm.
Ein Variantenvergleich führte zu der Entscheidung, alle Konstruktionsbandbreiten ohne Fußboden und damit alle von Oberfläche Rohdecke ausgehenden Lichtmaße auf n · 150 mm bzw. n · 300 mm festzulegen.
Lichtmaßabhängige Bauwerksteile, die auf Oberfläche Fußboden montiert werden, müssen durch ihre konstruktive Gestaltung eine günstige Sortimentsbildung trotz eines Lichtmaßsprungs von n · 50 mm ermöglichen.

Spezifizierung des Aufrißrasters

Spezielle Untersuchungen zum Aufrißraster einschließlich der Ableitung von Höhensortimenten wurden im Rahmen der o. g. Forschungsarbeit für die Bauwerksteile

- Trennwände
- trennwandbildende Behältnismöbel
- leichte und mittelschwere Außenwände sowie
- Heizung und Sanitärtechnik

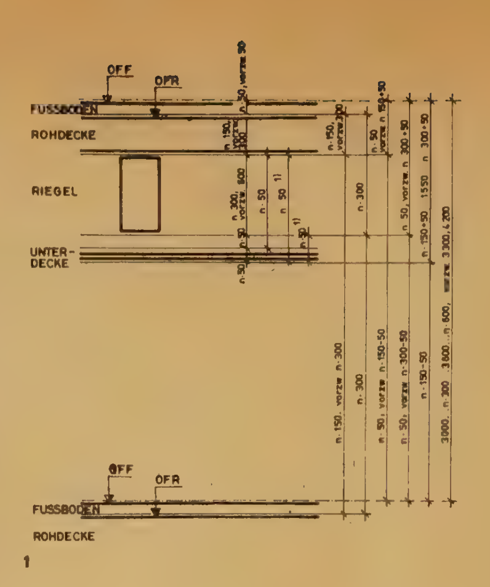
vorgenommen.
Die dabei behandelten Probleme sollen am Beispiel des Bauwerksteils Außenwände kurz dargelegt werden.
Für die Entwicklung des Höhensortiments von Außenwänden ist die Lage zur Tragkonstruktion von Bedeutung. Zu unterscheiden ist zwischen

- vorgesetzten und
- zurückgesetzten Außenwänden.

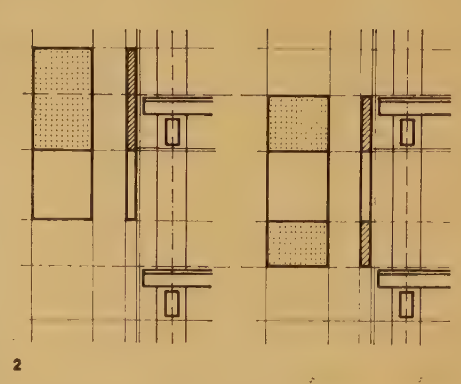
Außerdem ist die Unterteilung der Außenwände nach ihrer Flächenmasse in

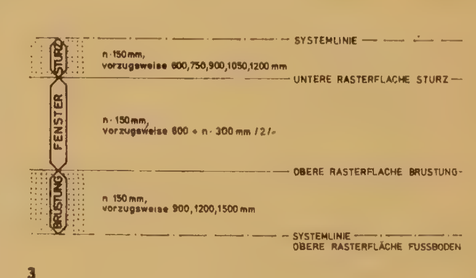
- schwere Konstruktionen
- mittelschwere Konstruktionen und
- leichte Konstruktionen

zweckmäßig.

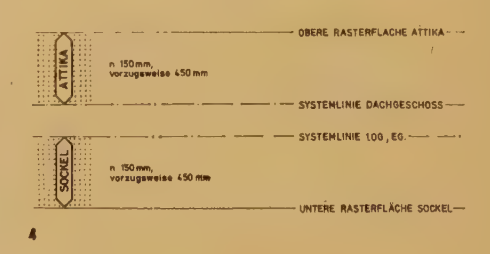


1

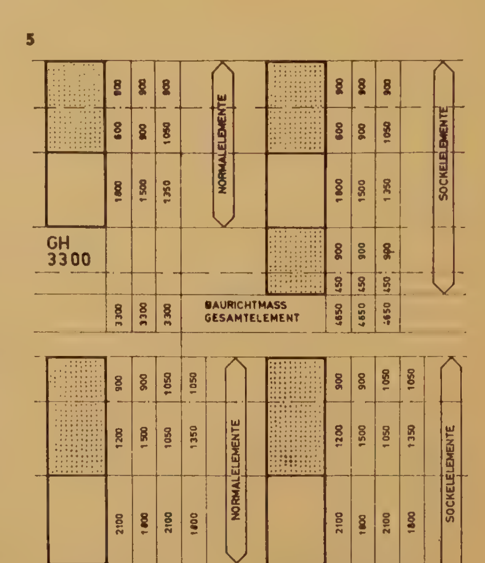

2

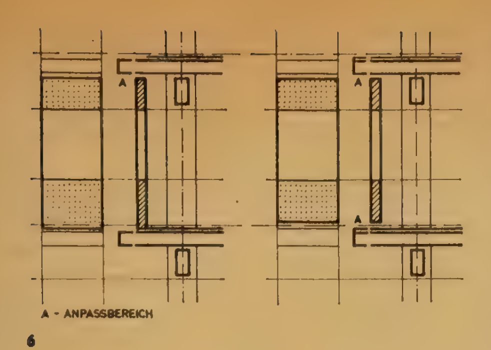


3

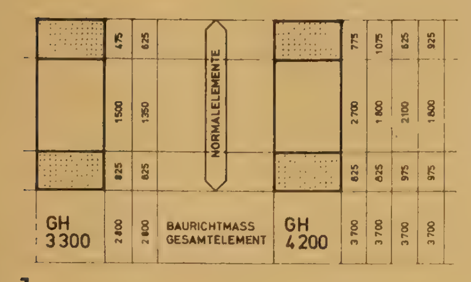


4

5




6



7

1
Aufrißgeometrie für mehrgeschossige Mehrzweckgebäude. Maßangaben in mm n = 1, 2, 3, 4, 5, . . .
(1) In Abstimmung mit Konstruktionsbandbreite Fußboden + Rohdecke + Riegel + Unterdecke = n · 150 + 50

2
Varianten der Zuordnung leichter vorgesetzter Außenwände zu den System- und Rasterlinien im Aufriß
links: Variante A; rechts: Variante B

3
Baurichtmaße der Außenwandteile Sturz und Brüstung

4
Baurichtmaße der Ergänzungsteile Attika und Sockel

5
Vorzugssortiment leichter vorgesetzter Außenwandelemente
Variante A: Normal-, Sockelelemente bei Geschoßhöhe 3300 mm und Geschoßhöhe 4200 mm

6
Varianten der Zuordnung leichter zurückgesetzter Außenwände zu den System- und Rasterlinien im Aufriß
links: Grundsortiment I, rechts: Grundsortiment II

7
Vorzugssortiment leichter zurückgesetzter Außenwandelemente, Grundsortiment II
Normalelemente bei Geschoßhöhe 3300 mm und 4200 mm

Am besten läßt sich die Gesamtproblematik bei leichten Außenwandkonstruktionen verdeutlichen, so daß sich die folgenden Darlegungen auf diese Wandkonstruktionen beschränken.

■ Vorgesetzte Außenwände

Ziel der Untersuchungen war es, von den bisherigen bauweisenspezifischen Entwicklungen abzugehen und maßliche Grundlagen für ein austauschbares Außenwandsortiment zu schaffen. Das zu entwickelnde Sortiment ist direkt geschoßhöhenabhängig (4). Die Geschoßhöhen 3300 mm und 4200 mm wurden als Vorzugsmaße für MMZG in Skelettbauweise ermittelt und dem Sortimentsvorschlag zugrundegelegt.
Unter Beachtung funktioneller und gestalterischer Anforderungen wurden folgende konstruktiv-technologische Aspekte als Kriterien der Sortimentsbildung untersucht:

■ Zuordnung der Außenwandelemente zu den System- und Rasterlinien im Aufriß:

Eine Analyse des derzeitigen Angebots für leichte Außenwände ergab zwei unterschiedliche Varianten für die Zuordnung der Elemente im Aufrißraster (vergleiche Abb. 2). So sind in der Vergangenheit zwei unterschiedliche Höhensortimente für Normalgeschosse entstanden; hinzu kommen verschiedenartige Lösungen für den Erdgeschoß- bzw. Dachanschluß. Anhand vergleichender Gesichtspunkte wurden Vor- und Nachteile beider Varianten in gestalterischer, konstruktiver und technologischer Hinsicht gegenübergestellt. Dabei erwies sich Variante A als wesentlich günstiger.

■ Elementegeometrie:

Zu unterscheiden sind die äußere und die innere Elementegeometrie.
Während die äußere Geometrie der geschoßhohen Normalelemente von der jeweiligen Geschoßhöhe bestimmt wird, ist sie bei den Ergänzungselementen für den Sockel- bzw. Erdgeschoß- und Dachbereich maßlich mit der inneren Geometrie der Normalelemente abzustimmen.
Die innere Geometrie der Außenwandelemente gliedert sich in die Bereiche Brüstung, Fenster und Sturz.
– Der Fensterbereich ist durch standardisierte Baurichtmaße in der Höhe hinreichend eingeschränkt.
– Für den Brüstungs- und Sturzbereich fehlen bisher entsprechende Maßeinschränkungen, deshalb wurden hierfür Vorschläge gemacht.
(Brüstungshöhen wurden nach bautechnologischen, betriebs- und gebäudetechnischen Mindestanforderungen ermittelt und davon bestimmte Maßsprünge und Maße abgeleitet.
Sturzhöhen sollten im wesentlichen den horizontalen Konstruktionsbandbreiten entsprechen. Hierbei wurden in der Arbeit nur die neueren Tragwerksentwicklungen des BLK und MLK berücksichtigt.)
Zur maßlichen Einengung der inneren Geometrie leichter Außenwandelemente werden auf der Basis einheitlicher Maßsprünge von n · 150 mm bestimmte Vorzugsmaße vorgeschlagen (vgl. Abb. 3).
– Ergänzungsteile für den Anschlußbereich: leichte Außenwand zum Dach (Attika) leichte Außenwand zum Erdgeschoß bzw. Sockel werden aufgrund verschiedener Anschlußvarianten und in Abstimmung mit der inneren Geometrie der Normalelemente festgelegt (vgl. Abb. 4).

■ Lage der Anschlußkonstruktionen:

Anschlußkonstruktionen, d. h. Halterungen der Außenwandelemente am Tragwerk haben Einfluß auf die Außenwandgestaltung und damit auf deren Sortimente, aber auch auf das Tragwerk selbst.
Bisher sind Einbaulage und Konstruktionsart dieser Halterungen sehr verschiedenartig ausgebildet, deshalb wurden einige Prinzipien zur Vereinheitlichung abgeleitet.
Der Sortimentsvorschlag beruht auf den Maßfestlegungen für die innere Geometrie der Außenwandelemente. Durch weitere Einschränkungen, wie z. B. Wegfall der Variante B der Zuordnung zu den System- und Rasterlinien im Aufriß wurde ein Vorzugssortiment ausgewählt (vgl. Abb. 5). Dabei findet das Normalelement auch im Attikabereich Anwendung, das Sockelelement sichert den Anschluß an die Erdgeschoßzone bzw. an den Sockelbereich.

■ Zurückgesetzte Außenwände

Die äußere Geometrie zurückgesetzter Außenwände ist lichtmaßabhängig. Die innere Geometrie wird durch Fensterhöhen, gegebenenfalls auch durch Brüstungshöhen sowie durch Teile des horizontalen Konstruktionsbandes bestimmt.
Für den Einbau der zurückgesetzten Außenwand gelten die gleichen konstruktiven und technologischen Gesichtspunkte wie für Trennwände, so daß es sinnvoll erscheint, die Sortimentsentwicklung von der für Trennwände abzuleiten.
Die Zuordnung der zurückgesetzten Außenwände zu den System- und Rasterlinien im Aufriß wird in Abb. 6 dargestellt.
Baukonstruktive und bautechnologische Faktoren (Formänderungen, Toleranzen u. a.) haben zur Ausbildung von oberen und unteren Anpaßbereichen geführt (5), die sich auf die Sortimentsentwicklung lichtmaßabhängiger Bauwerksteile und Bauelemente günstig auswirken.
Im Hinblick auf eine geringe Sortimentsbreite muß zugunsten einer der zwei möglichen Zuordnungsvarianten entschieden werden. Bei der anzustrebenden Erzeugnisentwicklung von leichten Elementen für zurückgesetzte Außenwände wird auf das Grundsortiment II mit der unteren Bezugslinie = Systemlinie orientiert.
Abb. 7 zeigt den Vorschlag für ein Vorzugssortiment zurückgesetzter Außenwandelemente.

Zusammenfassung

Die koordinierte Entwicklung von Mehrzweckkonstruktionen für mehrgeschossige Gebäude setzt eine konsequente maßliche Ordnung in Grund- und Aufriß voraus. Als Beitrag dafür wurde im ersten Abschnitt eine mit den Bauwerksteilgruppen Tragkonstruktion, Ausbau, Ausrüstung und Ausstattung abgestimmte Aufrißgeometrie vorgeschlagen.
Die Einteilung der Geschoßhöhen in geometrische Räume für Konstruktionsbänder und in zugehörige Lichtmaße erfolgte unter Berücksichtigung von Gebrauchswertanforderungen sowie zeitlicher und räumlicher Abhängigkeiten der Bauwerksteile.
Probleme der Sortimentsbildung beim BWT Außenwand beinhaltete der zweite Abschnitt. Sie wurden am Beispiel leichter, vorgesetzter Außenwände erörtert.
Aus einer Erzeugnisanalyse war zu erkennen, daß die angebotenen Sortimente jeweils bauweisenspezifisch entwickelt worden sind. Es wurden solche Kriterien herausgestellt, die für die Sortimentsentwicklung Allgemeingültigkeit haben können.
Als wesentlich wurde die Klärung folgender Kriterien angesehen:
■ Zuordnung der Außenwandelemente zu den System- und Rasterlinien im Aufriß.
Zwei Varianten wurden bewertet, wobei Variante A – Elementestoß im Brüstungsbereich – als Vorzugsvariante ausgewiesen wurde. Die verbindliche Festlegung einer Zuordnungsvariante wäre notwendig.
■ Geometrie der Elemente, wobei die innere Geometrie der Elemente von besonderer Bedeutung war.
Es wurden Vorzugsmaßsprünge und Vorzugsmaße für Baurichtmaße von Brüstung, Sturz, Attika und Sockel abgeleitet.
Für die Vorzugsgeschoßhöhen 3300 mm und 4200 mm wurden Sortimente für Normalelemente und Ergänzungselemente entwikkelt und für die Zuordnungsvariante A daraus ein Vorzugssortiment vorgeschlagen.
Ziel dieser Arbeiten ist es, einen Beitrag zur Entwicklung von abgestimmten Ausbau- und Ausrüstungssystemen für die Bausysteme SKBS 75, MMZG des MLK und WBS 70 zu leisten.

Literatur

(1) „Untersuchungen zur Aufrißgeometrie mehrgeschossiger Mehrzweckgebäude unter besonderer Berücksichtigung lichtmaßabhängiger Bauwerksteile des Ausbaus" Forschungsbericht der TU Dresden, Sektion Bauingenieurwesen, WG Produktionstechnik III (Gebäudesysteme), 1972, 1973 im Auftrag der BA der DDR, Zentralinstitut Einheitssystem Bau

(2) „Aufrißgeometrische Untersuchungen zu ausgewählten Bauwerksteilen der Bauwerksteilgruppen Ausbau und Ausrüstung von mehrgeschossigen Mehrzweckgebäuden" Forschungsbericht TU Dresden, Sektion Bauingenieurwesen, WG Produktionstechnik III (Gebäudesysteme) 1974 im Auftrag der BA der DDR, Zentralinstitut Einheitssystem Bau

(3) Richtlinie Nr. 3 über die Anwendung des Maß- und Gebäudesystems im Bauwesen – Anwendung der Maßordnung im Bauwesen für Bauwerksteile des Gebäudeausbaus – vom 13. November 1973

(4) Deutschmann, Eberhard; Ripke, Helmut: „Möglichkeiten der Vereinheitlichung von Grundgeometrien des Wohnungs- und Gesellschaftsbaues" Wissenschaftliche Zeitschrift der TU Dresden 20 (1971), Heft 3, S. 859 ff.

(5) Panzer, Eberhard „Untersuchungen zu Möglichkeiten der Kombination von Wohnungen und gesellschaftlichen Einrichtungen unter besonderer Beachtung der Wechselbeziehungen im Bereich funktioneller, konstruktiver und fertigungstechnischer Parameterbedingungen" Dissertation TU Dresden 1972

Neue Aspekte der stadttechnischen Erschließung

Dipl.-Ing. Siegfried Roschka, KDT,
VEB HAG Komplexer Wohnungsbau Cottbus

Die Hauptaufgabe des kommunalen Tiefbaues besteht in der Steigerung der Tiefbaukapazitäten und des stadttechnischen Komforts bei gleichzeitiger Senkung des Aufwandes.
Erschwerend wirkt sich aus, daß gut erschlossene Angebotsflächen für den komplexen Wohnungsbau eine Seltenheit geworden sind. Das Baugeschehen verlagert sich mehr und mehr in tiefbauaufwendige, oft gänzlich unerschlossene Gebiete.

Eine Vielzahl guter Lösungsvorschläge für Tiefbauarbeiten sind uns auch aus der Erzeugnisgruppenentwicklung bekannt. Eine dominierende Stellung nimmt die Sammelkanalbauweise ein. Hier unterscheiden wir folgende Konstruktionsprinzipien:

- Trog/Haube für Querschnittsbreiten bis 2400 mm (Erzeugnisgruppenentwicklung: Vorzugssortiment)
- Winkelstützwände/Abdeckplatte bzw. L-Elemente/Abdeckplatte für Querschnittsbreiten über 2400 mm (Vorzugssortiment)
- Plattenkonstruktion (Gera)
- Geschlossener Rahmen (Cottbus)
- Stütze/Platte (Frankfurt/Oder)

In Baugebieten mit weniger als 1000 WE, ohne Fernheizung und bei Leitungen, die nicht in Sammelkanälen angeordnet werden können (Abwasserleitungen, Leitungen mit großen Nennweiten, hohen Drücken usw.), ist die erdverlegte Bauweise die wirtschaftlichste Form.

Die Konstruktionsprinzipien sind bei den einzelnen Leitungen unterschiedlich. Auch hier liegt eine Vielzahl guter Rationalisierungsvorschläge (Einführung von einheitlichen Bauteilen im Kanalbau, Verwendung von Plaste usw.), vor. Auf dem Gebiet der Flachverlegung muß noch wissenschaftlich gearbeitet werden. Die Einordnung der Netze im unterirdischen Bauraum erfolgt in Sammeltrassen (siehe Regelprofil oder Querprofil) bzw. bei größeren Leitungen in Einzeltrassen.

Als gebäudetechnische Erschließungsformen wurden entwickelt:

- Punktförmige Einspeisung bei Einzelbauten
- Sektionsweise Einführung
- Giebelseitige Anbindung
- Anordnung von Leitungen im Kellergeschoß
- Fundamentverlegte Leitungen
- Leitungsgang.

Beispielplanungen zeigen, daß die Kombinationen zwischen den Bauweisen, Konstruktionsprinzipien und den Erschließungsformen, so z. B.:

Sammelkanalbauweise und Anordnung von Nebennetzen im Kellergeschoß
Leitungskanal und fundamentverlegte Leitungen
Leitungskanal und Leitungsgang
Erdverlegte Leitungen und Nebennetze im Kellergeschoß

gegenüber den bisherigen Verfahren bedeutete Einsparungen mit sich bringen.

Eine Verkürzung der Leitungstrassen und die Einsparung an Material sowie Erdarbeiten sind die entscheidenden Faktoren für eine rationelle tiefbauliche Erschließung. Das Erkennen und Herausarbeiten von Gesetzmäßigkeiten zwischen der städtebaulichen Gestaltung und der technischen Versorgung sind nur in komplexer Betrachtung aller Fachbereiche möglich. Die einseitige Orientierung auf eine Kombinationsform kann nicht vertreten werden.

Analysen von Bauweisen, Konstruktionsprinzipien und gebäudetechnischen Erschließungsformen lassen erkennen, daß wir den Netzaufbau in zwei Erschließungssysteme gliedern können:

- Entflechtungssystem/Verflechtungssystem

Eine Entflechtung wird erzielt, wenn Leitungen mit unterschiedlicher Tiefe und Konstruktionshöhe, unterschiedlichen Bauzeiten in verschiedenen Trassen oder kammförmig an den Verbraucher herangeführt werden. Komplizierte Kreuzungen sind dabei auf ein Mindestmaß zu beschränken.

Die Zusammenfassung aller Leitungen in einer Trasse bzw. in einem Bauraum wird als Verflechtungssystem bezeichnet. Dieses System führt zu komplizierten und aufwendigen Kreuzungsbauwerken bzw. zu tiefliegenden Einzeltrassen.

Werden diese Systemlösungen mit den Bedingungen der städtebaulichen Gestaltung im Zusammenhang betrachtet, lassen sich folgende Gesetzmäßigkeiten erkennen:

Die kammförmige Organisation der Wohngruppen verbunden mit der Schaffung von Verkehrs- und Ruhezonen ermöglicht in der Netzplangestaltung die Anwendung des Entflechtungssystems. Verflechtungssysteme gelangen zur Anwendung, wenn bei der Gliederung des Baugebietes eine klare Trennung nicht möglich bzw. nicht beabsichtigt ist.

Beim Baugebiet Hoyerswerda/Seidewinkel (vgl. S. 732, 733) wurde auf die Sammelkanalbauweise in Verbindung mit Leitungsgängen orientiert. Die klare Gliederung des Baugebietes in Verkehrs- und Ruhezonen führte zur Anwendung des Entflechtungssystems. Dabei wurden folgende Grundprinzipien angewendet:

- sinnvolle Gliederung des Baugebietes unter Beachtung der Grundsätze aus dem Heft 41, Reihe Städtebau und Architektur
- sinnvolle Nutzung der Verkehrs- und Ruhezonen für die Führung der Leitungstrassen

(Zuordnung der Abwassernetze in die Verkehrszone als Träger der Regenwassernetze
Zuordnung des Leitungskanals in die Ruhezone als Träger der Gesellschaftsbauten; Großverbraucher, Einzelabnehmer)

Erreicht wurden kurze Leitungstrassen, ein flachliegendes Abwassernetz und ein Minimum an komplizierten Kreuzungsbauwerken.

Bei diesem Erschließungssystem sind folgende Grundelemente der gebäudetechnischen Erschließung Voraussetzung:

- wechselseitige und durchgängige verkehrliche Erschließung der Hochbauten
- wechselseitige Ausmündung der Abwasserleitung
- Führung von Abwasserleitungen unter Bauten
- Anwendung der Leitungsgänge auch bei langgestreckten Baukörpern (Altersadäquate Wohnbauten, Internate usw.)
- wechselseitige und kammförmige Anbindungsmöglichkeiten der Netze der technischen Versorgung bei Einzelabnehmern
- durchfahrbare Bindeglieder und Absenkung des Leitungskanals in voller Länge der Bindeglieder
- durchgängiges Sammelkanalsystem zur Senkung der Wartungskosten
- Anordnung von Komplexstationen unter Beachtung einer wechselseitigen Kranbahnmontage der Hochbauten als

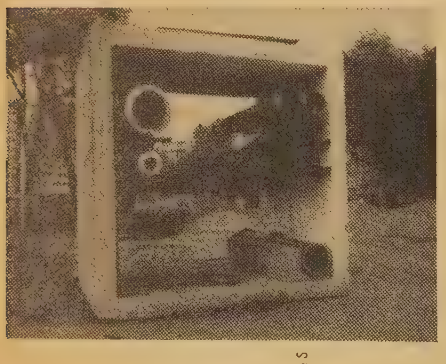
technologische Bindeglieder
freistehende Stationen in Ecken oder Einzelbauten
eingebaute Stationen im Gebäude
unterirdische Stationen.

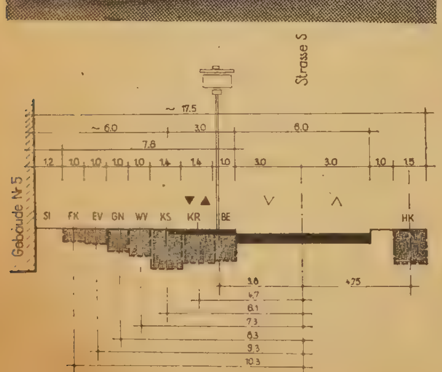
Die wechselseitige und durchgängige verkehrliche Erschließung ermöglicht eine Gliederung in Ruhe- und Verkehrszonen. Der stadttechnische Vorteil besteht darin, daß nur ein Abwassernetz für zwei Gebäudefronten benötigt wird. Aus den Gebäuden muß das Abwasser wechselseitig herausgeführt werden. Dabei ist die Lage des Leitungsganges für die Lage der Abwasserleitung in der Verkehrszone von entscheidender Bedeutung. Wird der Leitungsgang nur an der treppenhausabgewandten Seite angeordnet und ist der Leitungsgang durch Abwasserleitungen nicht zu belasten, so werden bei einer kellerlosen Abwasserableitung die außenliegenden Netze in der Nähe des Leitungsganges angeordnet. Die Ableitung des Abwassers aus der Ruhe- in die Verkehrszone ist unterhalb der Gebäude günstiger als durch Baulücken oder Bindeglieder mit tiefliegendem Leitungskanal.

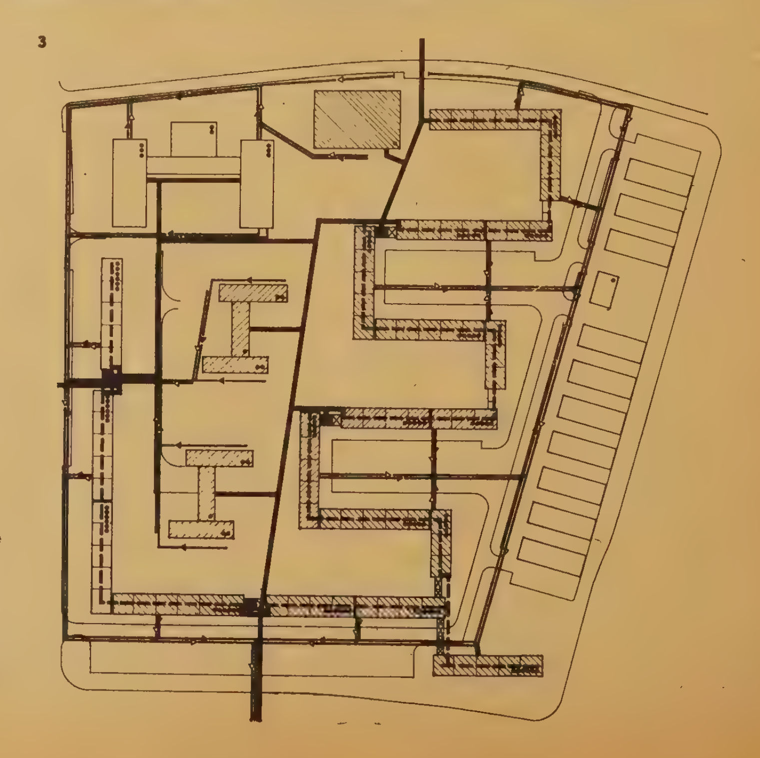
Komplizierte Konfliktpunkte stellen Kreuzungen zwischen dem Leitungskanal und dem flachliegenden Abwassernetz dar. Eine Dükerung der Abwasserleitungen ist nicht vorteilhaft und wird von den Netzbetrieben abgelehnt. Das Dükern der Sammelkanäle ist kostenaufwendig. Auf diesem Gebiet müssen standardisierte Lösungen erarbeitet werden. Dabei ist die Durchgängigkeit im Sammelkanal zu beachten. Lösungsvorschläge zeigen, daß auf eine Dükerung der Abwasserleitungen verzichtet werden kann, wenn die Kreuzungen als Komplexbauwerke ausgebildet werden. Die Leitungen müssen im Bauwerk fächerartig aus der vertikalen in die horizontale Lage verzogen werden. Die Abwasserleitung durchquert den Leitungskanal im Bereich des Bauwerkes unter Beachtung der Durchgängigkeit (Kopfhöhe 1,80 m) im Kanal (Überwindung der Höhenunterschiede durch Stufen).

Wird das Verflechtungssystem näher betrachtet, erkennen wir auch hier Ansatzpunkte für eine weitere Senkung des Tiefbauaufwandes. Variantenuntersuchungen zeigen, daß bei einer sinnvollen Anordnung der Abwasserleitungen und des Leitungskanals der Erdmassenaushub gesenkt werden kann. Bei der Anordnung der Abwasserleitungen neben dem Sammelkanal muß mit erheblich breiten Leitungstrassen und einem großen Anteil an Erdarbeiten gerechnet werden. Werden die Abwasserleitungen näher bzw. unter dem Leitungskanal angeordnet, erfolgt eine weitere Einsparung an Erdarbeiten. Der Erdmassenaushub für den Leitungskanal kann an manchem Standort sogar gänzlich entfallen.

Eine gute Lösung stellt das Konstruktionsprinzip Stütze/Platte, Typ Frankfurt (Oder) in grundwasserfreien Gebieten dar. Vergleichsuntersuchungen zum Konstruktionsprinzip Trog/Haube ergaben Einsparungen von insgesamt 22 bis 27 Prozent. Die Anwendung dieser progressiven Bauweise in grundwassernahen Gebieten muß im Rahmen der praxisbezogenen Forschung noch näher untersucht werden.







1
Leitungskanal, Konstruktionsprinzip geschlossener Rahmen (Cottbus)

2
Erdverlegte Leitungen, Regelprofil

3
Sammelkanalbauweise und Anordnung von Nebennetzen im Kellergeschoß (Entflechtungssystem)
fette Linie: Leitungskanal
unterbrochene Linie: Leitungsführung im Kellergeschoß

Bruno Taut
Siedlungsmemoiren

1936 schrieb Bruno Taut als Emigrant diese Arbeit. Die „Siedlungsmemoiren" sind eine interessante Reflexion der Schwierigkeiten, unter denen progressive Architekten in den zwanziger Jahren Fortschritte im Wohnungsbau zu erzielen suchten. Die Erstveröffentlichung dieser Arbeit ermöglichte uns Prof. Dr.-Ing. Kurt Junghanns, von dem auch die Anmerkungen stammen. Red.

Im Jahre 1928, bei einer offiziellen Besichtigung der durch ihr „Hufeisen" populär gewordenen Siedlung Britz, führte ich den Berliner Oberbürgermeister Böß. Am Schluß sagte er wörtlich unter anderem: „Sie haben mich bekehrt." Wie war es aber ungefähr 3 Jahre vorher? Gerade zur gleichen Zeit mit uns baute eine andere Gesellschaft mit einem anderen Architekten eine ungefähr ebenso große Siedlung wie unsere, und beide begegneten sich am Rande einer breiten Straße: die andere mit romantischen Sentimentalitäten, spitzen Giebeln, Erkern und steilen Dächern, die viel Geld kosteten, unsere mit flachen Dächern und großer Einfachheit, um die Baukosten nicht zu sehr zu erhöhen. Der Magistrat von Berlin, dessen Präsident Herr Böß war, war so sehr in die Romantik jener Bauten verliebt, daß er uns befahl, unsere Dächer zu ändern. Obwohl bereits die Dachkonstruktion für unsere Bauten auf den Zimmerplätzen fertig war, wurde sogar die Polizei mobilisiert, um das Weiterarbeiten zu verhindern. Dr. Martin Wagner, der diese erste Großsiedlung Deutschlands und manche andere ins Leben gerufen hat, war damals der Oberbauleiter. Er kümmerte sich nicht um den Berliner Magistrat und seine Polizei und ließ die Bauten fortsetzen; nur durch Zufall ist er der Polizei entwischt, die ihn verhaften wollte. Ich war damals der entwerfende Architekt gerade des beanstandeten Teils der Bauten und hatte die größte Verantwortung in dieser aufregenden Situation. Wir alle wußten, daß der frühere, 73jährige Stadtbaurat von Berlin, Ludwig Hoffmann, obwohl er pensioniert war, immer noch den größten Einfluß auf den Bürgermeister ausübte. So richtete ich ein überaus höfliches „billet doux" an den alten Herrn Geheimrat und bat, von ihm empfangen zu werden. Er gewährte mir in seinem Studierzimmer drei sehr lange Unterredungen, wobei er im wesentlichen mich über Architektur belehrte und trotzdem von mir den Eindruck erhielt, daß ich es ernster mit ihr meine als die Romantiker unseres vis à vis. Daraufhin fuhr er mit dem Oberbürgermeister nach Britz, und nachher genehmigte der Magistrat endgültig unser Projekt. Die Bauten konnten fortgesetzt werden, und wir waren nun in den Augen der Polizei keine Staatsverbrecher mehr.

Damals bestand fast der wichtigste Teil meiner Architektenarbeit darin, daß ich zu „bekehren" hatte, sei es die Behörden oder auch die Bauherren. Wir alle konnten unserer Theorie, so wichtig sie uns auch erschien, nicht die beweisende Kraft geben, die sie erst durch praktische Bauten erhielt. Vom Jahre 1923 an, teilweise sogar früher, stellten wir die theoretischen Forderungen auf für den Großsiedlungsbau, für seine Durchführung nach Standardtypen und Normen, für die Wahl des Baugeländes, Aufstellung des Bebauungsplanes usw.

Trotz aller Fachbildung, die die einflußreichsten Staatsbeamten haben mögen, müssen sie gewisse politische Gesichtspunkte unbedingt befolgen, und natürlich nicht immer zum Vorteil der sachlichen Lösung. Außen- wie innenpolitische Rücksichtnahme hinderte z. B. in hohem Maße daran, Erfahrungen und Resultate des Auslandes sowie die internationalen Ergebnisse der Technik und des Städtebaus zu nutzen. Außerdem spielte bei solchen breit anzulegenden Aufgaben nationales Sentiment und Ressentiment gegen das Ausland mit hinein. Die Kenner des Siedlungsbaus unter den Architekten hatten schon lange vorher alles studiert, was das In- und Ausland an Resultaten geboten hat. Wenn sie nun für ihr Land die entsprechenden Konsequenzen zogen, so wollten sie die Sache einen Schritt vorwärtsbringen. Diesen Schritt aber, der ein Schritt ins Neuland war, pflegten die Behörden nicht mitzugehen, unterstützt von der Menge derjenigen Architekten, die am Siedlungsbau mitarbeiten wollten, aber sich bisher noch nicht mit ihm beschäftigt hatten. Diese Architekten hingen infolgedessen an Details oder Äußerlichkeiten. Sie wollten romantische Dörfchen und Städtchen bauen und unterstützten darin manche Beamten, die in der neuen Form, die eine neue Aufgabe brauchten, etwas „Fremdländisches" sahen. Oder solche Neulinge ritten ihr modernistisches Steckenpferd, indem sie einzelne an und für sich richtige wissenschaftliche Ergebnisse als Allheilmittel in jedem Falle forderten (Zeilenbau, Wohnküche, Laubenganghaus, Hochhaus usw.). Man kann sagen, daß die Jahre 1924 bis 1932 mit ihrem umfangreichen Siedlungsbau in Deutschland sehr nötig waren, damit sich in der Fachwelt und im Publikum eine verständige Meinung bildete. Man bezahlte viel Lehrgeld; doch als die Lehrzeit beendigt war, war zugleich auch die Zeit zu Ende, in der man das Gelernte anwenden konnte.

Außer einigen großen Miethäusern baute ich vor dem Weltkrieg zwei Siedlungen, die durch die Initiative der deutschen Gartenstadtgesellschaft entstanden. Diese, eine Abteilung der International Garden City Association in London, war die einzige Organisation in Deutschland, die dem Begriff Siedlung – community – seinen eigentlichen Inhalt gab: kleine Wohnungen mit Gärten möglichst in niedrigen Einzel- oder Reihenhäusern, Genossenschaften (Kooperative) der Bewohner, Verhinderung aller Spekulation des Bodens – so sollten die Siedlungen Vorboten einer besseren Entwicklung der Städte sein.

Am Falkenberg in Grünau bei Berlin wurden damals gegen 300 Wohnungen gebaut. Vorher wurden in großen Versammlungen die Pläne, Zeichnungen und Modelle diskutiert; die Majorität der Genossenschaftsmitglieder hatte ihr endgültiges Ja zu geben. Es war nicht so schwer, für die sehr einfachen Grundrisse und die ebenso einfache Architektur dieses Ja zu erhalten, vor allem, weil der Humor des Generalsekretärs Adolf Otto die großen Versammlungen äußerst vergnügt machte. Nur damit gelang es schließlich, die sehr große Skepsis zu überwinden, die man gegenüber der Farbe hatte, mit der ich die typisierten und normierten Häuser beleben wollte. Da war in den Versammlungen ein Familienvater, der seine Opposition gegen die Farbe nicht aufgab und verlangte, daß sein Haus grau bliebe. Als ich nun später die Farbenkomposition der Siedlung so einrichtete, daß sein Haus wirklich grau blieb, bat er mich, doch auch sein Haus anstreichen zu lassen. Das „Berliner Tageblatt" gab der Siedlung damals den Namen „Siedlung Tuschkasten" und machte sie damit sehr populär. Während des Krieges führte ein beamteter Architekt des Ministeriums eine Gruppe von Kriegsinvaliden durch die Siedlung und geriet dabei in so große patriotische Empörung, daß er erklärte, der Architekt dieser Bauten sei wegen mangelnden Ernstes in jener ernsten Kriegszeit „reif zur Verhaftung". Derselbe Herr hat aber nach dem Kriege die Grundsätze dieser Siedlung äußerst energisch zu den seinigen gemacht.

Bei der Führung der Straßen, ihrer Breite und ihrer Befestigung wollten wir äußerst sparsam sein, etwa nach dem Vorbilde der englischen Gartenstädte. Das war ja kein Spekulationsland zum Verkauf von Grundstücken, bei dem breite und wunderbar gepflasterte Straßen sich zwischen Grasflächen ins Leere hinein hinziehen sollten. Wie schwer aber war es damals, die bessere Einsicht zu verwirklichen! Die Experten für Straßenpläne waren damals, 1912, die Feldmesser. Hier hatte ein älterer Herr aus dem Kreise dieser Experten schon lange im voraus den Straßenplan entworfen, auf dem sich Straßen von ungefähr 20 m Breite schnurgerade über Berg und Tal hinzogen. Welche Argumente brachte er aus seiner Praxis auf, um die kolossale Entwicklung des zukünftigen Verkehrs zu beweisen? Doch heute fährt nur ganz selten einmal ein Wagen durch unsere „Hauptstraße", die wir mit äußerster Mühe auf 13,50 m reduzieren konnten. Viele zähe Kämpfe und endlose Konferenzen gab es, trotz der Unterstützung durch den damaligen Zweckverband Groß-Berlin (1). Wenigstens erreichten wir eine ganz bedeutende Einschränkung in den Kosten der Erdarbeiten.

In der Zeit nach dem Weltkrieg, d. h. nach Ablauf von etwa 10 Jahren, hatte man gewiß andere Meinungen über alle diese Fragen. Doch wenn man bei den Kosten für die Kanalisation und den Straßenbau sparen wollte, so machte das nicht weniger Umständlichkeiten und führte sogar oft genug nur zu einem minimalen Erfolg. Die Stadtverwaltungen behaupteten, daß selbst bei den kleinsten Straßen mit Rücksicht auf die 10 t-Lastwagen eine 30 cm starke Betondecke nötig sei, anstatt den einfacheren Weg zu wählen und die Zahl solcher stark gebauten Straßen einzuschränken. Um jede Kleinigkeit mußte lange mit den Behörden diskutiert werden und zwar bei den verschiedensten Instanzen. Die Einzelheiten der Straßenbefestigungen bei den neuen Siedlungen (Steinkanten bei den Vorgärten, Trottoirkante, -pflaster etc.) waren fast

durchweg Kompromisse. Zuweilen brachte man Beamte eines Bezirkes zu Siedlungen, die in einem anderen Bezirke gebaut waren und bei denen gerade das, was die Herren für zu schwach erklärten sich schon einige Jahre lang sehr gut bewährt hatte.

Die zweite, von der Gartenstadtgesellschaft inaugurierte Siedlung war die sog. Gartenstadtkolonie „Reform" in Magdeburg. Der Beamte der Behörde, von deren Zustimmung die Finanzierung abhing, erklärte das Projekt für ausgesprochen häßlich und genehmigte es trotzdem mit einem Schmunzeln über die jugendliche Lebhaftigkeit, mit der es ein Architekt verteidigte. Die kleinen Reihenhäuser dort gehören wohl zu den billigsten, die überhaupt in Deutschland gebaut wurden. Da die Bewohner, Arbeiter der Krupp-Gruson-Werke, die Straßen in ihrer freien Zeit selbst herstellten, so war mit den Forderungen der Behörde ganz und gar nichts anzufangen. Wir halfen uns damit, daß wir soviel Straßen und Wege wie möglich für privat erklärten, d. h. für ihren guten Zustand die Verantwortung übernahmen. Die Art der Ausführung blieb dann nach dem Gesetz im wesentlichen uns überlassen. Die Siedlung Reform wurde 1913 begonnen und ist seitdem Jahr für Jahr selbst durch den Krieg und die Inflation hindurch bis 1932 zu einer Größe von etwa 400 Wohnungen gewachsen und hat ein eigenes Verwaltungsgebäude, Badehaus u.a. erhalten. Man kann an ihr die architektonische Entwicklung durch 18 Jahre verfolgen. Auch als ich in der Inflationszeit von 1921 bis 1924 Leiter des Städtischen Bauamtes (Stadtbaurat) in Magdeburg war, baute ich die Siedlung in derselben einfachen Architektur weiter, die die Magdeburger den Taut'schen „Scheunenstil" nannten. Seit 1923 wurden auch flache Dächer angewandt.

Das flache Dach, zu dem wir wegen der geringeren Kosten und der größeren efficiency übergingen, hat in den Jahren von 1924 bis 1928 einen regelrechten Krieg hervorgerufen. Wie am Anfang erwähnt, hatte sich der Berliner Oberbürgermeister 1928 für bekehrt erklärt. Ebenso war die Siedlung am Bahnhof Onkel Toms Hütte in Zehlendorf in dieser Zeit schon durchaus anerkannt – die heute nicht mehr existierende, aber älteste deutsche Zeitung, die zugleich auch zu den größten Zeitungen gehörte, die Vossische Zeitung, schrieb über eine Kritik dieser Siedlung den schmeichelhaften Titel: Onkel Taut's Hütten. Doch welche Kämpfe auch hier.

Mit dem Überwinden der Widerstände bei der ersten Großsiedlung Deutschlands in Britz wurde der Weg für die übrigen Großsiedlungen in Berlin, Frankfurt (a. M.) usw. freigemacht. Zehlendorf aber war ein besonderer Fall: Ein schönes Waldgebiet sollte bebaut werden. Als diese Tatsache bekannt wurde, sollen allen Ernstes manche Zehlendorfer geweint haben: „Schreckliche moderne Kästen mit platten Dächern wollen sie in unseren schönen Wald stellen!" Wie konnten wir dem Publikum und den Behörden beweisen, daß man Wald und Natur nicht nur mit steilen, sondern auch mit flachen Dächern lieben kann? Die eigentliche Schönheit jenes Waldes lag darin, daß sich zwischen seine ziemlich gewöhnlichen Kiefern Reihen von schönen, großen Birken hindurchzogen. Wir richteten den Plan so ein, daß keine Birke gefällt werden mußte. Als wir ihn aber im Bauamt des Bezirks vorlegten, erklärte der maßgebende Beamte, daß die längste und schönste Birkenreihe ganz und gar gefällt werden



müsse; sie stände gerade auf der Stelle des zukünftigen Fahrdammes der Hauptstraße. Es sei nichts zu ändern, man könne schon im Walde die Straßenkreuzung sehen, sogar den Einlauf für die Regenwasserableitung. Ohne es zu wollen, half uns dieser Beamte. Vor den Bauten war dieser Wald nicht zu retten; er war schon lange dafür verkauft worden, bevor ihn unsere Gemeinnützige Gesellschaft erwarb. Wir aber waren jetzt diejenigen, die die Schönheit des Waldes vor der Bezirksstadtverwaltung schützten, wir fanden dafür Gehör bei der Zentralverwaltung von Groß-Berlin sowie bei der Regierung. Gleichzeitig schenkte man uns größeres Vertrauen, wenn wir behaupteten, daß die flachen Dächer die dahinter stehenden Baumkronen noch sichtbar lassen, während die steilen sie vollständig verdecken würden. Die Siedlung wurde gebaut (außer mir waren ihre Architekten Hugo Häring und Otto Salvisberg, Oberleiter Dr. Wagner). Sie wurde drei Mal in großen Abständen erweitert (in den Erweiterungen ausschließlich nach meinen Entwürfen) und hatte im Ganzen etwa 2200 Wohnungen für den Mittelstand. Sie hat bald Anerkennung gefunden, vielfach sogar unter den bisherigen Gegnern ihrer Architektur.

Trotzdem begann in Zehlendorf 1929 der Streit um flache oder steile Dächer noch einmal von neuem. An der langen Randstraße baute eine andere Gesellschaft unter Mitwirkung von 16 Architekten eine langgestreckte Siedlung, deren Dächer außerordentlich steil waren, viel steiler als die der alten Häuser in der Gegend Berlins. (2) Diese neue Siedlung wurde auch für eine Ausstellung benutzt und erweckte den Eindruck, daß mit ihr sehr ostentativ Propaganda für das steile Dach gemacht werden sollte, und zwar um so mehr, als sich unter den 16 Architekten einige sehr angesehene Namen befanden. Es gab viel Sensation über diesen Fall in den Zeitungen; doch deren Kritiken fielen ausnahmslos zu unseren Gunsten aus. Die Protektoren der anderen Gesellschaft konnten sich das nicht anders erklären, als daß wir selbst jene Zeitungsartikel veranlaßt hätten und streuten Gerüchte dieser Art aus. Was damals 1929 in dem stillen Berliner Waldvorort Zehlendorf sich abspielte, war wie ein Vorläufer dessen, was 1933 ganz Deutschland erlebte.

Dieselbe Gesellschaft baute aber zwei Jahre später eine andere große Siedlung in unserer unmittelbaren Nachbarschaft. Sie wählte flache Dächer und wurde sich selbst, d. h. ihrer „altdeutschen" Romantik untreu. Die praktischere Dachform alleine erzeugt noch keine moderne Architektur, wenn die Proportionen fehlen.

Es kam darauf an, alle Einzelheiten der Häuser so konsequent durchzubilden, daß das flache Dach in Harmonie mit ihnen ist, in erster Linie die Fenster, sodann die Türen, Balkone, Loggien usw. In den günstigsten Fällen gehören vier Jahre dazu, damit diese Dinge unter den Händen der Architekten ihre überzeugende Form erhielten, der die bauenden Gesellschafter und Kooperativen zustimmten. Bis diese Formen aber überall anerkannt und angewendet wurden, wurde es 1930 und 1931, d. h. es begann die Zeit, in der die Welle des Siedlungsbaus erheblich zu sinken begann.

Das Verdienst an diesen Standardformen kann kein einzelner Architekt für sich in Anspruch nehmen. Wenn die Bauherren kein Verständnis dafür hatten, so gaben sie uns keine Unterstützung und es bestand wenig Aussicht alle Beamten zu überzeugen, mit denen man für die Genehmigung eines Projektes verhandeln mußte, weil sie in der sog. deutschen Tradition befangen waren. Ihr Verhalten war sofort ein anderes, wenn die Vorsitzenden von Gesellschaften und Genossenschaften in Freundschaft mit dem Architekten auftraten, um das Ziel gemeinsam zu erreichen.

Ich habe die große Freude gehabt, in einigen Fällen solche Kameradschaft bei alten Genossenschaften zu finden, ja sogar bei der ältesten Berlins. Der Berliner Spar- und Bauverein, der in den 90er Jahren gegründet wurde und vor dem Kriege eine große Anzahl fünfstöckiger Häuser in Berlin gebaut hat, z. T. nach den Entwürfen des berühmten Alfred Messel, fing 1924 an, bei seinen Bauten am Schillerpark mit mir als seinem Architekten zusammenzuarbeiten. Ganz andere Gesichtspunkte als bei seinen früheren Bauten verfolgte er jetzt bei der Umgestaltung des Wohnungsgrundrisses, der Auflockerung der Baublöcke und der Modernität der Architektur. Zwar konnte er meiner modernsten Lösung, die schon den Zeilenbau und einen sehr ökonomischen

Grundriß enthielt, wie er später an anderer Stelle ausgeführt wurde, 1924 noch nicht zustimmen. Auch mußten wir damals noch für die Sitzung des Aufsichtsrates dieser großen und ehrwürdigen Genossenschaft große farbige Perspektiven malen, um die fremdartige neue Architektur verständlich zu machen. Nachdem aber der erste Teil der Siedlung gebaut war, war das alles für die Fortsetzung nicht mehr nötig. Bei einer zweiten Siedlung in Tempelhof bei Berlin, bei der außer mir zwei andere Architekten beteiligt waren, ergab sich das Verständnis für die Architektur vollkommen aus der praktischen Anlage und schließlich aus der Zufriedenheit der Bewohner (3).

Eine ebenso alte Genossenschaft war „Ideal" in Britz. Sie hatte sich sehr früh als die erste Bahnbrecherin des Gartenstadthauses in Berlin einen Namen auch über Deutschland hinaus gemacht und konnte auf die aufopfernde Tätigkeit humanistisch denkender Männer in ihren Reihen stolz sein. Ihre alte Siedlung war vor 1910 entstanden, entsprechend jener Zeit in süddeutschem altertümlich romantischen Stil. Als ich 1925 an dem Weiterbau dieser Siedlung zu arbeiten begann, waren es z. T. noch dieselben alten Herren des Vorstandes, die früher vor mehr als 15 Jahren bei dem Bau der alten Siedlung mitgewirkt hatten. Sie waren aber in ihren Idealen jung geblieben. So sind etwa 400 Wohnungen mit einem zentralen Waschhaus die modernsten und zugleich die am liebevollsten geschaffenen und besonders gut gepflegten neuen Bauten Berlins geworden. Die Reihenhäuser erhielten sehr sorgfältig eingerichtete Küchen.

Ähnlich liegt der Fall bei einer als soziale und sozialistische Vorkämpferin ebenso berühmten anderen Genossenschaft, der „Freien Scholle" in Tegel. Sie hatte es sich lange vor dem Kriege zum Ziel gesetzt, weit außerhalb Berlins kleine Häuschen mit Gärten zu bauen. Der Bruder des berühmten Aeroplanerfinders Lilienthal, ein Ingenieur und Verehrer Edisons, hatte dort die ersten Gußbetonhäuser gebaut, wenn auch nicht mit befriedigendem Resultat. Als wir 1924 mit unseren Projekten für die Freie Scholle begannen, konnten wir den Vorstand nur allmählich für die neue Auffassung gewinnen. Schrittweise in sieben Abschnitten wurde bis zum Jahre 1931 gebaut, mit jedem Schritt in zunehmend moderner Weise. Der große Wohnhof in Tegel mit seinen Dimensionen von 160 m × 180 m, der ringsum genau die gleiche Architektur zeigt, ist ein Gegenstück zu dem populär gewordenen „Hufeisen" in Britz geworden. Den Behörden, die durch die Paragraphen der Baupolizeigesetze eingeschnürt waren, fiel es sehr schwer zuzustimmen. Man mußte sie zwanzigmal und mehr besuchen, um sie zu überzeugen und dafür zu gewinnen, die Paragraphen des Gesetzes, gegen die auch wir nicht verstoßen wollten, sinngemäß, d. h. liberal anzuwenden.

Jeder weiß, daß das gute Gelingen eines Baues nicht allein vom Architekten abhängt, sondern mehr vielleicht davon, ob die mit dem Bau zusammenhängenden Umstände glücklich sind oder nicht. Bei einer großen Siedlung, wo viele einzelne Bauten harmonisch zu vereinigen sind, erhält diese Tatsache eine eminente Bedeutung. Ist der einzelne Haustyp schlecht, so summiert sich bei der ganzen Siedlung die Minderwertigkeit und Häßlichkeit ins Mammuthafte. Die Schwächen der einzelnen Häuser können durch angenehme Rhythmik in der Wiederholung ausgeglichen werden. Wenn aber der Bebauungsplan ebenso schlecht ist, wenn er in Straßen- und Platzbildungen keine Harmonie, keine Ruhe zeigt, dann ist trotz großem Aufwand an Arbeit und Geld ein großes Unglück geschehen. Mit dem Bau von Siedlungen erhält der Architekt die schönste Aufgabe, aber auch die verantwortungsvollste. Wenn die Umstände des Auftrags nicht günstig sind, d. h. hauptsächlich, wenn die leitenden Personen der Genossenschaften und Gesellschaften etwas schwierig sind, so muß der Architekt auch die Fähigkeit haben, mit zäher Geduld alles das zu einem günstigen Umstand zu machen, was am Anfang ungünstig aussieht. Er muß warten können und jeden Fanatismus in sich selbst bekämpfen, also sich oft nur Schritt für Schritt seinem Ziel nähern.

Die behördlichen Schwierigkeiten waren in Deutschland vielleicht ungewöhnlich groß. In Berlin z. B. mußte ein Projekt zu seiner Genehmigung vier verschiedene Instanzen der Baupolizei durchlaufen. Danach kamen die sog. Schönheitskommissionen, zuerst des betreffenden Stadtbezirks und sodann des zentralen Magistrats, die die Architektur prüften. Ebenso verfuhren die Stadtbauämter der Bezirke und der Zentrale hinsichtlich des Bebauungsplanes. Die Behörde, die die staatlichen billigen Hypotheken zu vergeben hatte, prüfte in mehreren Instanzen die Projekte hinsichtlich der Wohnbaugesetze. Dazu muß man noch eine Reihe anderer Ämter hinzurechnen wie Tiefbauamt für Kanalisation und Straßenbau, Feuerwehr, Straßenreinigungs- und Gartenamt, Wohlfahrtsamt und noch manches andere. Man zählte mehr als dreißig Instanzen, die jedes größere Projekt zu passieren hatte. Dabei kann man ruhig sagen, daß mehrere dieser Behörden in keinem Falle mit allem einverstanden waren und daß man manche erst nach drei- bis fünffacher Änderung, zahllosen Besuchen und Konferenzen zufriedenstellen konnte. Der Siedlungsbau war eben noch eine neue Sache und mußte sich erst seine Tradition schaffen. In diesem Schachspiel war der Architekt nur eine der vielen Figuren, und er durfte keineswegs ein „Springer" sein.

Arbeitete er für verschiedene Gesellschaften oder Genossenschaften, so mußte er sich auf die verschiedenen dort herrschenden Meinungen einrichten, die es über den Grundrißtyp, die Normen usw. gab. Beispielsweise mußte ich bei einigen Wohnbauten Fenster mit Sprossen noch zu einer Zeit verwenden, in der ich bei einer großen Siedlungs-Gesellschaft nicht allein die Form der Fenster, sondern auch den Bebauungsplan und die Grundrisse viel freier behandeln konnte.

Diese Gesellschaft war die Gemeinnützige Heimstätten Spar- und Baugesellschaft abgekürzt Gehag. Ich glaube, daß die Gehag eine große Bedeutung in der Geschichte des Siedlungsbaus gehabt hat. Von ihren kleinsten Anfängen im Jahre 1924 an war ich ihr beratender und verantwortlicher Architekt. Das sachliche Verständnis ihrer Leiter, zunächst ihres Direktors Franz Gutschmidt, sodann seines Nachfolgers Richard Linnecke, des Technischen Leiters Molitz, des ersten Architekten Franz Hillinger gab ihr eine acht Jahre hindurch streng eingehaltene Kontinuität. Sie erhielt in den ersten Jahren eine große Stütze in dem Mitgründer der Gehag und dem Initiator der Großsiedlungen Britz und Zehlendorf, in Dr. Martin Wagner, der 1927 Stadtbaurat von Berlin wurde. Die Gehag kann rückblickend stolz darauf sein, daß sie in den verschiedenen Gegenden Berlins bis 1933 Siedlungen mit mehr als 10 000 Wohnungen gebaut hat, und zwar in den Formen des fünfstöckigen großen Miethauses bis zu denen kleiner Einzel- und Doppelhäuser. Trotz vielfacher Kritik sprach man in Berlin bald von einem „Gehagstil". So groß war die Kontinuität, daß, während ich 1932 in Moskau arbeitete, zwei Siedlungen unter meiner Verantwortung fertiggestellt und eine dritte begonnen werden konnte. Worauf beruhte diese Stetigkeit? Darauf, daß jedes Projekt auf kameradschaftlichem Einverständnis beruhte, daß es bis zu geringfügigen Details keine Einzelheit gab, die aus diktatorischem Willen entstanden war. Architektur ist nichts anderes als die Form der Zusammenarbeit. Sie wird zur Kunst, wenn sich in ihren Formen eine harmonische Zusammenarbeit ausdrückt. Die Grundrißtypen wurden technisch und ökonomisch schrittweise verbessert, wir versuchten die bescheidenste und beste Lösung der kleinen Wohnung, in der sich jeder leidlich einrichten kann. Bald fanden wir, daß Unternehmer und andere Gesellschaften unsere Grundrisse kopierten.

Für die Einzelheiten der Dächer, Fenster und Türen, der Balkons u. a. machten wir Normenblätter für unseren eigenen Betrieb, die je nach Erfahrungen geändert wurden. Normalerweise finden die Beziehungen des Architekten zu einem Neubau mit dessen Fertigstellung ihr Ende. Bei den Bauten der Gehag dagegen war das keineswegs der Fall. Sie blieb zwar nicht Eigentümerin der Häuser, aber die Gesellschaft, deren Eigentum die Siedlungen wurden, die sie verwaltete, vermietete, die die Reparaturen vornahm usw., diese Gesellschaft war von der Gehag selbst gegründet. Wir erfuhren unmittelbar von den klagenden Bewohnern, welche Fehler wir selbst gemacht hatten, und außerdem wurden wir durch den Leiter dieser Verwaltung laufend über Fehler und Schwächen unterrichtet. Es gab in bestimmten Zeitabschnitten Sitzungen im Büro der Gehag, bei denen dem gesamten technischen Stab Verbesserungen und Veränderungen zur Pflicht gemacht wurden. Die Bauabschnitte der verschiedenen großen Siedlungen zeigen sehr deutlich diese Veränderungen. So entstand schon nach etwa drei Jahren eine gewisse Tradition, mit dem Erfolg, daß jeder Bau eigentlich „von selbst" leidlich gut werden mußte. Die nötige Lebendigkeit, damit die Tradition nicht erstarrt, brachte der Bebauungsplan, der für jede Siedlung neu zu durchdenken, zu entwerfen und bei den Behörden durchzusetzen war. Darin bestand vielleicht meine wichtigste Arbeit. Gewöhnlich mußte lange im voraus gearbeitet werden, ehe sich die Aussichten auf Landankauf und Finanzierung verwirklichten. Man mußte beizeiten die vielfachen Bedenken der Behörden überwinden und viel Zeit für Besuche, Konferenzen und Sitzungen opfern. Wenn nun wenigstens die Voraussetzungen ziemlich gleiche gewesen wären, so daß man sich auf Präzedenzfälle hätte berufen können! Die beiden Großsiedlungen Britz und Zehlendorf waren im wesentlichen für aufgelockerten Flachbau bestimmt. Aber in Britz war das Gelände freies Feld, das sich an die Proletarierervorstadt anschloß, in Zehlendorf beherbergte der Wald einen Mittelstand, der sich nicht genug vornehm dünken konnte. In Treptow, beim „Afa-Hof", war ein sehr großes Gelände mit kleinen Pachtgärten und Lauben, das blockartig ringsherum von vier- und fünfstöckigen Miethäusern umschlossen werden sollte (über 1000 Wohnungen). (4) Bei der Siedlung Weißensee mußte eine ganz neue Verkehrsstraße in der Länge von 1 km zu beiden Seiten ebenfalls mit ungefähr 1000 Wohnungen bebaut werden. (5) Bei der fünften Großsiedlung

der Gehag, der Wohnstadt Karl Legien, (6) waren ungefähr 1200 Wohnungen in vier- und fünf Stockwerkhäusern unterzubringen, und zwar auf einem so komprimierten Gelände, daß nur ein raffiniert durchgearbeiteter Bebauungsplan den Eindruck von hygienischer Weiträumigkeit und Luftigkeit bringen konnte. Dieses Projekt wurde 4 Jahre hindurch vorbereitet. Dafür konnten nachher der Bau aller Baublöcke und mit ihnen sogar ihrer beiden großen Waschhäuser zu gleicher Zeit begonnen werden.

Ob nun die völlig neue große Siedlung oder die Fortsetzung einer alten mehr Mühe macht, ist schwer zu sagen. Jedenfalls konnte man keineswegs auf irgendeine städtebauliche Modetheorie schwören, schon deshalb nicht, weil man manchmal vier Jahre und mehr zu warten hatte, bis sich ein bereits fertiges Projekt verwirklichte. Solche Moden aber dauern manchmal nicht vier ganze Jahre. Wer sich ihnen ausliefert, muß hastig auf sofortige Realisierung drängen. Und gerade diese Hast macht die verantwortlichen Leiter von Wohnungsbaugesellschaften um so skeptischer, je leidenschaftlicher sie auftritt. Sie haben recht, denn gewöhnlich sind Neulinge im Siedlungsbau die leidenschaftlichsten Verehrer von Modetheorien.

Eine der hervorstechenden Modetheorien war damals der sog. Zeilenbau. Keine neue Sache – schließlich hat man ja schon vorher die gute Besonnung der Wohnungen berücksichtigt. Jene Leute aber verlangten, daß alle Häuser ohne Ausnahme wie die Linie eines Schreibheftes parallel zueinander in der Richtung von Norden nach Süden aufgestellt werden, wie Soldaten in gleichen Abständen, ganz gleich, ob es da Hügellinien, natürliche Kessel mit Teichen wie beim Hufeisen in Britz, Bäume, Sumpf oder Flußläufe, bestehende Straßen usw. gibt. Nur die Sonne, die in Deutschland höchstens während eines Drittels aller Tage im Jahre scheint, existierte für diese Herren, alles andere z. B. Regen und Wind nicht mehr. Trotzdem erklärten manche Hygieniker den Verlauf von Osten nach Westen für besser, so daß die eine Seite der Häuser die Südsonne erhält. Andere dagegen hielten eine Abweichung von der reinen Südlage für besser. Wer wie wir kontinuierlich baute und es schon in den relativ kurzen Jahren erlebte, wie eine Modetheorie die andere ablöste, der wird in jeder Theorie nicht die ganze Wahrheit, sondern nur einen Teil von ihr sehen. Wir haben also in der Gehag auch den Zeilenbau angewendet, zu gleicher Zeit aber und zuweilen sogar in der gleichen Siedlung die normale Randbebauung. Unsere Bauten sollten kein Experiment für eine Theorie, sondern auch in ihrer Gruppierung, ihren Höfen, Straßen und Plätzen wohnlich und angenehm sein. Der Franzose Vaudoyer schrieb von der Zehlendorfer Siedlung: „Die Häuser sind ... von einer sehr einfachen Modernität und vor allem äußerst heiter. Jede Straße hat hinter ihrem Kiefernvorhang ihr Gesicht, ihre Farbe. Gewiß, solche Häuser machen noch nicht das Glück aus. Doch mindestens laden sie zum glücklich sein ein."

Während in den Jahren bis 1928 die maßgebenden Behörden fast durchweg geradezu feindlich gegenüber allem Modernen waren, gerieten sie nun infolge des fanatischen Ansturms der Theoretiker selber ins Schlepptau der Mode. Die Reichsforschungsgesellschaft baute eine sehr große Versuchs-Siedlung in Haselhorst bei Berlin, deren Umfang dem Charakter des Experiments widersprach, und wir mußten das Odium hinnehmen, für kompromißlerisch oder nicht genügend modern zu gelten. Inzwischen aber hat die Monotonie des Zeilenbaus schon längst ihr Verdammungsurteil erfahren. Im Jahre 1932 verboten ihn auch die Behörden Sowjet-Rußlands.

Ähnlich ging es mit der eine zeitlang fanatisch geforderten Anwendung mechanisierter Konstruktionsmethoden, d. h. auch der unbedingten Vermeidung des Ziegelbaus. Wer von uns hatte das nicht schon lange gefordert! Und doch erwies sich das Zögern der Gehag als richtig. Die Mechanisierung der Konstruktion braucht eine große Reihe von Experimenten, sie ist im wesentlichen eine Aufgabe des forschenden und erfindenden Ingenieurs. Der Architekt spielt dabei bestenfalls die Rolle des Kameraden, der die Ideen des fortschrittlichen Unternehmers und Baubetriebsleiters unterstützt und zur architektonischen Harmonie bringt. Bei großen Siedlungen rächen sich Fehler auf dem Gebiet der neuen Konstruktionsmethoden beängstigend rasch. In der Gehag konnten wir unseren guten Humor behalten, weil wir uns auf nichts einließen, was wir nicht genau kannten. Im Siedlungsbau gibt es noch eine besondere Quelle für den Humor: Alle aktiv darin Tätigen möchten wegen der sozialen Tendenz des Siedlungsbaus mit so niedrigen Baukosten und Mieten aufwarten, wie sie die ganze Welt noch nie gesehen hat. Da gibt es mancherlei Tricks.

Einer meiner letzten größeren Siedlungen in Berlin führte mich mit einem sehr ernsten und soliden vorsichtigen Konstrukteur zusammen, der auch ein hervorragender Betriebsleiter war, dem Direktor Müller der Philipp Holzmann A. G. Ich baute mit ihm, ebenfalls nach schwierigen Verhandlungen mit den Behörden, die Hälfte der Friedrich-Ebert-Siedlung in Berlin-Reinickendorf mit etwa 500 Wohnungen, wo viele neue Konstruktionen und Materialien verwendet wurden, z. B. die ausgezeichneten Decken und Dächer aus Bims-Betonplatten, die elegant leichten Treppen mit sichtbaren Eisenträgern u. dgl. Wir nahmen aber nicht die eisernen Fenster, die damals ebenfalls zum Glaubensbekenntnis des modernen Architekten gehörten, auch nicht Eisenblech für die Dächer, das in Amerika vielleicht eine bessere Qualität hat.

Mit 1931–1932 begann eine vernünftige Anschauung über den Siedlungsbau sich durchzusetzen und der Kampf um Theorien nachzulassen. Dazu half sehr die Architektenkommission des Bundes Deutscher Architekten, die wöchentlich im Berliner Rathaus alle Siedlungsprojekte prüfte. Obgleich sie nur Beraterin war, erhielt sie bald den Charakter einer Instanz, die auf andere Behörden entscheidenden Einfluß ausübte. Ihre Neutralität wurde dadurch gesichert, daß die Mitglieder in den verschiedenen Sitzungen wechselten. Im Vorstand des B. D. A. hatte man die Angelegenheiten des Siedlungswesens mir anvertraut, so daß ich eine zeitlang Vorsitzender dieser Kommission war.

Auf der Technischen Hochschule konnte ich in meinem Seminar für Wohnungsbau und Siedlungswesen die Studenten verhältnismäßig leicht dazu bringen, alle Modetheorien unbefangen zu untersuchen. Die Jugend braucht die Emotion wie der Säugling die Muttermilch. Wenn man aber ihre Begeisterung objektiviert, d. h. auf eine reale Basis bringt, so findet diese Jugend mit der umfassenden Kenntnis des Gegenstandes eine hervorragende Grundlage für ihre spätere Praxis.

Aber wann werden die jungen Leute diese Praxis ausüben können? Außer den Ausstellungshäuschen, an denen auch wir neuere Materialien und Konstruktionen ausprobierten, war es 1932 mit dem eigentlichen Siedlungsbau vorbei. Nach vielen Versuchen und trüben Erfahrungen begannen die Gedanken einigermaßen zur Klarheit zu kommen.

In dieser gedanklichen Klärung sollte hauptsächlich die Bedeutung des deutschen Siedlungsbaus gesehen werden, der seine Hochkonjunktur von 1926 bis 1930 hatte. Das Kapital dafür, das nicht direkt aus Auslandsquellen stammte, ist nicht umsonst ausgegeben worden. De facto ist eine große Menge von erheblich besseren Kleinwohnungen entstanden – im übrigen aber hat man in Deutschland eine Lehrzeit durchgemacht, die auch eine Lehre für andere Länder sein könnte. „Könnte" – .. Wenn z. B. die Amerikaner es für sich in Anspruch nehmen, daß erst durch die indirekten Wirkungen ihrer Anleihen, die Deutschland damals erhielt, dieser Siedlungsbau ermöglicht wurde, so würden sie nicht wie besonders kluge Kaufleute handeln, wenn sie den wichtigsten Ertrag dieses Kapitals nicht ernten wollten. Dieser Ertrag liegt im Resultat jener Erfahrungen, von denen ich hier einiges mitgeteilt habe. In der heutigen (faschistischen) Regierungszeit und auch bei wichtigen Führungen werden Siedlungen, die ich hier behandelt habe, als „moderne" Siedlungen gezeigt, auch wenn ihr Bau bereits 10 Jahre zurückliegt. Merkwürdigerweise wird dabei der Name des Architekten nicht genannt ...

Das Resultat der Erfahrungen würde aber aus der Besichtigung der Bauten, aus ihren Bildern, Plänen usw. allein schwer zu erkennen sein. Dazu gehört die Entwicklungsgeschichte der Sache, nach deren Kenntnis man sich erst ein Urteil bilden kann. Ich erwähnte, daß diese Geschichte der Entwicklung bereits in Zeiten vor dem Kriege begann.

Einen kleinen Abschnitt aus dieser Geschichte habe ich auf Grund meiner persönlichen Erlebnisse darzustellen versucht.

Anmerkungen

(1) 1912 wurden 59 Dörfer und Vororte und 8 selbständige Städte zum Verband Groß-Berlin lose zusammengeschlossen, aus dem 1920 die einheitliche Stadtgemeinde Groß-Berlin hervorging.

(2) Siedlung Fischtalgrund der Gemeinnützigen Aktiengesellschaft für Angestellten-Heimstätten. Beteiligte Architekten waren Hans Poelzig, Mebes und Emmerich, Heinrich Tessenow, Paul Schmitthenner, Alexander Klein und andere.

(3) Siedlung Attilahöhe in Berlin-Tempelhof 1927/1928

(4) Afa-Hof, 1930/31 errichtet, auf Grund der von Taut im Büro der Gehag entwickelten Normblätter von Ladislaus Förstner projektiert

(5) In Berlin-Weißensee, Buschallee

(6) In Berlin-Prenzlauer Berg, Erich-Weinert-Straße



Bund der Architekten der DDR

Wir gratulieren unseren Mitgliedern

Architekt Dipl.-Ing. Heinz Kind, Oelsnitz,
8. Januar 1911, zum 65. Geburtstag

Prof. Dipl.-Arch. Edmund Collein,
Berlin,
10. Januar 1906, zum 70. Geburtstag

Architekt Dipl.-Ing. Felix Hollesch,
Potsdam,
10. Januar 1926, zum 50. Geburtstag

Architekt Bauingenieur Wilhelm Hollnagel,
Greifswald,
11. Januar 1901, zum 75. Geburtstag

Architekt Karlheinz Krupke, Leipzig,
14. Januar 1926, zum 50. Geburtstag

Architekt Otto Pammler, Kleinmachnow,
16. Januar 1906, zum 70. Geburtstag

Architekt Dipl.-Ing.-Ök. Fritz Kluge,
Magdeburg,
17. Januar 1926, zum 50. Geburtstag

Architekt Dipl.-Ing. Karl-Ernst Zorn,
Magdeburg,
17. Januar 1926, zum 50. Geburtstag

Architekt Dipl.-Ing. Helmut Stobinski,
Halle-Neustadt,
25. Januar 1911, zum 65. Geburtstag

Architekt Dipl.-Ing. Fritz Böhm,
Dresden,
26. Januar 1926, zum 50. Geburtstag

Aus der Arbeit der Betriebsgruppe WBK-Projekt Magdeburg

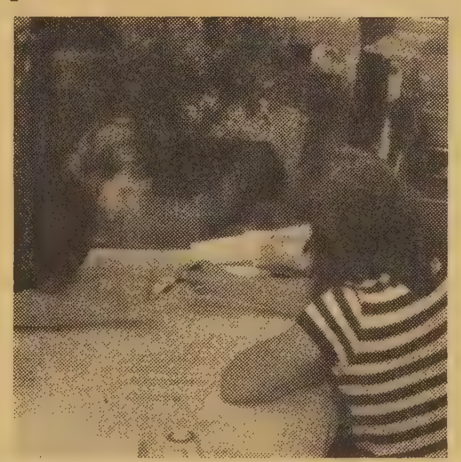
BdA-Arbeit leisten heißt vorwiegend die Aktivitäten in den Betriebsgruppen stimulieren.
Dort, wo die Projekte, Planungen, Vorhaben erarbeitet werden, muß auch die richtige Atmosphäre herrschen.
Aktive Teilnahme am sozialistischen Wettbewerb zur Erfüllung aller Kennziffern, Einflußnahme auf die Qualität der Projekte, Erhöhung des gestalterischen und des Wohnwertes der Komplexe, sind die Hauptziele.
In der Betriebsgruppe des WBK-Projekt Magdeburg wird in jedem Jahr eine ganze Reihe von Vorhaben realisiert, die diese Ziele erreichen helfen sollen.
Von zwei Veranstaltungen soll hier berichtet werden:

Erstmalig wurde ein Wochenendseminar durchgeführt.
Architekten aus mehreren Büros, u. a. vom Büro für Städtebau, WBK und Büro des Stadtarchitekten, insgesamt 20 Kolleginnen und Kollegen, setzten sich in der anregenden Atmosphäre einer schön gelegenen Bungalowsiedlung von einem Freitag bis zu einem Sonntag zusammen und erarbeiteten skizzenhafte Vorschläge zur Gestaltung des künftigen Einkaufs- und Erholungskomplexes „Leiterstraße" in Magdeburg.

Bei der Auswertung wurde einmütig festgestellt, daß ein gutes Ergebnis erreicht wurde, daß so etwas Spaß macht, sich stimulierend auf die Arbeit auswirkt und jedes Jahr wiederholt werden sollte.

1

2



1|2 Wochenendseminar Magdeburger Architekten



3 Einladung zur Eröffnung einer Ausstellung in der Betriebsgalerie des WBK-Projekt

Voraussetzung für das Gelingen eines solchen Seminars ist eine interessante Aufgabe, eine gute Vorbereitung und auch eine klare Zielstellung.

Weiterhin stellte die BdA-Gruppe eine Betriebsgalerie auf die Beine. Damit soll die Diskussion um Kunst und Künstler belebt, der Kontakt mit dem VBK vertieft und allgemein die kulturelle Arbeit im Betrieb verbessert werden.

Nachdem zwei Ausstellungen mit Kunstgesprächen und Grafikverkauf stattgefunden haben und die nächste Veranstaltung Arbeiten der eigenen Kollegen zum Inhalt haben wird, werden sich noch in diesem Jahr zwei weitere Künstler vorstellen.

Schroth
Vorsitzender der BdA/DDR
Betriebsgruppe WBK-Projekt
Magdeburg

Bücher

Aus unserem Verlagsangebot empfehlen wir:

Fischer/Scheer
Gas- und Wasserinstallation
Lehrbuch (Berufsschulbuch)
1. Auflage

Grothe und Autorenkollektiv
Ihr Eigenheim und die Hausinstallation
– Kleiner Ratgeber für alle, die ein Eigenheim bauen oder modernisieren wollen –
1. Auflage

Kittner/Starke/Wissel
Wasserversorgung
3., überarbeitete Auflage

Krause/Plaul/Müller/Köhler
Grobkeramik – Taschenbuch
Band 2 Grundlagen der Technologie und Produktionsdurchführung
1. Auflage

Kühlmann
Bauklempnerarbeiten
Lehrbuch (Berufsschulbuch)
1. Auflage

Schulze
Einführung in die Baustoffprüfung
4., vollständig überarbeitete Auflage

Schröder
TGL-Handbuch
Themenkomplex 1: Baugrunderkundung/Baugrundtechnik
2., überarbeitete Auflage

Schröder
TGL-Handbuch
Erd- und Grundbauausführung
2. Auflage

Backe
Baustoffe – Wissensspeicher –
3. Auflage

Bödeker
1 × 1 der Elektroarbeiten
1. Auflage

Berichtigung

Im Heft 8/75, S. 490, muß es in der 2. Zeile „redakteur" statt „architekt" heißen.
Bildunterschrift Abb. 10, S. 493 muß heißen: Nationaltheater in Silistra. Autoren: Verdienter Architekt Petzo Slatev, Dipl.-Arch. Duschko Romanov.

Kurzfassung

DK 711.4 330.173.34:335 (47 + 57)

Glasyrin, M.

Zur Komplexplanung der sozialökonomischen Entwicklung von Städten in der Sowjetunion 709

Architektur der DDR, Berlin 24 (1975) 12, S. 709 bis 712

Bei der Entwicklung der Städte in der UdSSR wird der Generalplan der Stadt als ein wichtiges Leitungsinstrument betrachtet, das der Verwirklichung sozialökonomischer Programme dient. Der Hauptweg zu einer harmonischen Entwicklung sozialistischer Städte führt über die komplexe Planung sozialer Prozesse, der man in der UdSSR immer größere Aufmerksamkeit widmet.

DK 728 + 725/727:711.523 (430.2)

Schneider, R.; Mildner, U.

Wohnbauten mit gesellschaftlichen Einrichtungen im Stadtzentrum von Hoyerswerda 720

Architektur der DDR, Berlin 24 (1975) 12, S. 720 bis 722, 9 Abbildungen, 1 Grundriß

In diesem Beitrag werden ein elfgeschossiges Wohngebäude mit Ladenzone sowie ein fünfgeschossiges Appartementhaus vorgestellt, die im Rahmen der Abrundung der Bebauung um das CENTRUM-Warenhaus entstanden.
In dem aus drei Doppelsegmenten bestehenden Wohngebäude wurden in den Obergeschossen 119 Wohnungen und in der Erdgeschoßzone Fachgeschäfte und Büroräume angeordnet.
Im Erdgeschoß des Appartementhauses ist eine Volksbuchhandlung untergebracht, während die vier Obergeschosse 64 Einraumwohnungen aufweisen.

DK 725.2:711.581 (430.2)

Mildner, U.

Wohnkomplexzentrum VIII im Wohngebiet Kühnichter Heide 726

Architektur der DDR, Berlin 24 (1975) 12, S. 726 bis 729, 1 Lageplan, 2 Grundrisse, 1 Schnitt, 13 Abbildungen

Das Zentrum VIII im Wohngebiet Kühnichter Heide in Hoyerswerda dient der Versorgung von 20 000 Einwohnern und umfaßt in einem Gebäudekomplex eine Kaufhalle, einen Gaststättentrakt, der auch für die Schulspeisung genutzt wird, und einen weiteren Trakt, in dem Dienstleistungseinrichtungen und Spezialgeschäfte untergebracht sind.

DK 711.581-111 (430.2)

Joswig, W.

Baugebiet Seidewinkel 732

Architektur der DDR, Berlin 24 (1975) 12, S. 732 bis 733, 2 Abbildungen, 3 Pläne

Für die weitere Entwicklung der Stadt Hoyerswerda wurde eine Bauleitplanung für das künftige Wohngebiet Seidewinkel erarbeitet, das nach seiner Fertigstellung 11 000 Wohnungen, ein gesellschaftliches Zentrum sowie Parks für Freizeit und Sport umfassen wird. Im Zentrum befinden sich ein Forum für kulturelle Zwecke, Einkaufspassagen und ein Terrassencafé.

DK 725.312 725.31.052.4 (430.2)

Münch, G.

Empfangsgebäude Bahnhof Plauen 736

Architektur der DDR, Berlin 24 (1975) 12, S. 736 bis 741, 14 Abbildungen, 2 Grundrisse, 1 Schnitt

Mit der Neugestaltung des Bahnhofes Plauen, eines Bahnhofes an wichtigen Transitverbindungen, konnte eine großzügige und klare Verkehrs- und Funktionslösung realisiert werden. Als erstes wurde das Empfangsgebäude fertiggestellt. Die Fußgängerverbindungen zwischen Bahnhofsgebäude und den Haltestellen der öffentlichen Nahverkehrsmittel sind durch Laubengänge und Vordächer weitgehend witterungsgeschützt. Das Bauwerk bildet einen wirkungsvollen städtebaulichen Abschluß der oberen Bahnhofstraße. 1976 soll die Gesamtanlage, gegenwärtig der größte Bahnhofsneubau in der DDR, fertiggestellt sein.

DK 711.417.4 (410)

Elvin, R.

Milton Keynes – eine neue Stadt in England 742

Architektur der DDR, Berlin 24 (1975) 12, S. 742 bis 749, 18 Abbildungen, 2 Pläne

In Großbritannien wurde mit dem Bau einer neuen Stadt mit dem Namen Milton Keynes begonnen, die nach ihrer geplanten Fertigstellung im Jahre 2000 250 000 Einwohner haben soll. Außergewöhnlich für eine Stadt dieser Größenordnung ist die sehr lockere Bebauung der Wohnbereiche mit ein- bis dreigeschossigen Gebäuden und einem hohen Freiflächenanteil. Auch im Zentrum sind keine Hochhäuser, sondern mehrgeschossige Gebäudekomplexe, die durch überdachte und verglaste Fußgängerarkaden verbunden und durch darüber liegende Anlieferungsstraßen erschlossen werden, vorgesehen.

Содержание

УДК 711.4 330.173.34:335 (47 + 57)

Glasyrin, M.

По вопросу комплексного планирования социально-экономического развития городов в Советском Союзе

Architektur der DDR, Берлин 24 (1975) 12, стр. 709 до 712

Служащий реализации социально-экономических программ, генеральный план города считается важным инструментом управления в развитии городов в СССР. Главный путь к соразмерному развитию социалистических городов ведет через комплексное планирование социальных процессов, которому в СССР выделяется все большее внимание.

УДК 728 + 725/727:711.523 (430.2)

Schneider, R.; Mildner, U.

Жилые здания с общественными устройствами в центре города Хойэрсверда

Architektur der DDR, Берлин 24 (1975) 12, стр. 720 до 722, 9 илл., 1 гор. проекция

Представлены 11-этажное жилое здание с зоной магазинов и 5-этажный многоквартирный жилой дом, которые были возведены в связи с укомплектованием застройки вокруг универмага ЦЕНТРУМ. В жилом здании, состоящем из трех двойных сегментов, расположены 119 квартир на верхных этажах и специальные магазины и конторские помещения в зоне первого этажа. На первом этаже многоквартирного дома находится народный книжный магазин, во время как 64 однокомнатных квартиры размещены на четырех верхных этажах.

УДК 725.2:711.581 (430.2)

Mildner, U.

Центр № VIII жилого комплекса в жилом районе Кюнихтер Хайде

Architektur der DDR, Берлин 24 (1975) 12, стр. 726 до 729, 1 план расп., 2 гориз. проекц., 1 черт. в разр., 13 илл.

Центр № VIII в жилом районе Кюнихтер Хайде в г. Хойэрсверда служит обеспечению 20 000 жителей. Он включает один торговый центр, один тракт ресторанов, которым пользуют и для школьного питания и другой тракт в котором находятся специальные магазины и устройства обслуживания.

УДК 711.581-111 (430.2)

Joswig, W.

Район застройки Зайдевинкель

Architektur der DDR, Берлин 24 (1975) 12, стр. 732 до 733, 2 илл., 3 плана

В целях дальнейшего развития города Хойэрсверда разработано ориентировочное планирование застройки будущего жилого района Зайдевинкель. После окончания строительства этот район будел содержать в себе 11 000 квартир, общественный центр и парки отдыха и спорта. В центре будут размещены форум для культурных целей, проходы покупок и террасная кофейня.

УДК 725.312 725.31.052.4 (430.2)

Münch, G.

Приемное здание на вокзале города Плауэн

Architektur der DDR, Берлин 24 (1975) 12, стр. 736 до 741, 14 илл., 2 гориз. проекц., 1 черт. в разр.

Реконструкция вокзала в г. Плауэн, узла важных транзитных сообщений, открыла возможность реализации широко задуманного, ясного решения проблем транспорта и функциональности. Во-первых завершили строение приемного здания. Проходы для пешеходов между станционным зданием и остановкама общественного сообщения защищены от погоды с помощью крытых галерей и навесов. Здание представляет собой эффектное градостроительное ограждение улицы Обере Банхофштрассе. Намечено закончить общий проект — в настоящее время самую большую новостройку вокзала в ГДР — до 1976 г.

УДК 711.417.4 (410)

Elvin, R.

Мильтон Кейнс — новый город в Англии

Architektur der DDR, Берлин 24 (1975) 12, стр. 742 до 749, 18 илл., 2 плана

В Великобритании начали строительство нового города Мильтон Кейнс, который после окончания строительства в 2000 г. будет иметь 250 000 жителей. Необыкновенной чертой города этого размера является очень открытая застройка жилых районов с одно- до трехэтажными зданиями и высокой долью свободных плоскостей. И в центре не будут высокие здание, а многоэтажные комплексы зданий, соединенные между собой покрытыми, остекленными аркадами пешеходов. Эти комплексы открыты через расположенные над аркадами улицы доставок.

Summary		Résumé

DK 711.4 330.173.34:335 (47 + 57)

Glasyrin, M.

Complex Planning for Socio-Economic Development of Cities in USSR — 709

Architektur der DDR, Berlin 24 (1975) No. 12, pp. 709–712

The general plan is considered to be an important managerial tool for socio-economic programmes and their implementation in the framework of urban development in the USSR. Growing attention is given by Soviet planners to complex programming of social processes, the major approach taken to achieving harmonious progress of the socialist city.

DK 711.4 330.173.34:335 (47 + 57)

Glasyrin, M.

Sur la planification complexe du développement socio-économique des villes en Union Soviétique

Architektur der DDR, Berlin 24 (1975) 12, p. 709–712

Le plan général d'aménagement est considéré l'instrument directeur le plus important relatif à la réalisation des programmes socio-éeconomiques du développement des villes en URSS. Le chemin principal vers un développement harmonieux des villes socialistes s'étend à travers de la planification complexe des procédés sociaux. En URSS, cette planification trouve une attention toujours plus grande.

DK 728 + 725/727:711.523 (430.2)

Schneider, R.; Mildner, U.

Dwelling Houses with Services in Centre of Hoyerswerda — 720

Architektur der DDR, Berlin 24 (1975) No. 12, pp. 720–722,
9 illustrations, 1 floor plan

Described are an eleven-storey block of flats with integrated shops and a five-storey dwelling house constructed to complete the CENTRUM department store area.
The block of flats consists of three double-segments and has 119 dwellings in its upper storeys and specialised shops and office spaces at ground-floor level.
The dwelling house has a bookshop at ground-floor level and 64 dwellings in its four upper storeys.

DK 728 + 725/727:711.523 (430.2)

Schneider, R.; Mildner, U.

Immeubles résidentiels et bâtiments publics au centre-ville de Hoyerswerda

Architektur der DDR, Berlin 24 (1975) 12, p. 720–722,
9 illustrations, 1 plan horizontal

Dans cette contribution les auteurs nous expliquent un immeuble résidentiel à onze étages avec zone aux magasins et un bâtiment aux appartements à cinq étages qui termineront la construction prévue autour du grand magasin CENTRUM. Dans les étages supérieurs de l'immeuble résidentiel qui est composé de trois segments doubles, 119 logements et dans la zone du rez-de-chaussée des magasins spéciaux et bureaux furent disposés. Au rez-de-chaussée du bâtiment aux appartements se trouve une librairie publique, et 64 logements à une pièce sont prévus aux quatre étages supérieurs.

DK 725.2:711.581 (430.2)

Mildner, U.

Central Complex VIII in Housing Area of Kühnichter Heide — 726

Architektur der DDR, Berlin 24 (1975) No. 12, pp. 726–729,
1 layout, 2 floor-plans, 1 section, 13 illustrations

This central housing complex in Hoyerswerda includes a supermarket, a restaurant arcade, used for school meals on daytime, and a wing for maintenance, repair, and other specialised shops and services for 20,000 dwellers.

DK 725.2:711.581 (430.2)

Mildner, U.

Centre de l'unité de voisinage VIII, zone d'habitation Kühnichter Heide

Architektur der DDR, Berlin 24 (1975) 12, p. 726–729,
1 tracé, 2 plans horizontaux, 1 coupe, 19 illustrations

Centre VIII dans la zone d'habitation Kühnichter Heide à Hoyerswerda sert à l'approvisionnement de 20 000 habitants et comprend, dans un complexe de bâtiments, un centre commercial, des restaurants où sont servis egalement les menus pour les élèves et une autre zone qui héberge les facilités de la prestation des services et des magasins spéciaux.

DK 711.581-111 (430.2)

Joswig, W.

Seidewinkel Development — 732

Architektur der DDR, Berlin 24 (1975) No. 12, pp. 732–733,
2 illustrations, 3 plans

A pilot planning scheme has been prepared for the development of Seidewinkel, part of the long-range development programme of Hoyerswerda. The area, on completion, will provide 11,000 dwellings, a civic centre, public gardens, and other leisure and sport facilities. Arranged in the centre will be clubs, shopping arcades, and a terrace cafeteria.

DK 711.581-111 (430.2)

Joswig, W.

Zone du bâtiment nouveau Seidewinkel

Architektur der DDR, Berlin 24 (1975) 12, p. 732–733,
2 illustrations, 3 plans

Une planification de la direction du bâtiment pour la zone d'habitation future Seidewinkel fut élaborée en tenant compte du développement ultérieur de la ville de Hoyerswerda. On trouvera, dans cette zone, quand elle sera terminée, 11 000 logements, un centre public ainsi que des parcs où puisse passer le temps libre et faire du sport. Ce centre comprendra une salle à l'usage culturel, des passages d'achat et un café-terrasse.

DK 725.312 725.31.052.4 (430.2)

Münch, G.

Reception Hall of Plauen Station — 736

Architektur der DDR, Berlin 24 (1975) No. 12, pp. 736–741,
14 illustrations, 2 floor-plans, 1 section

The station of Plauen is an important junction and intersection of various transit routes. Its renewal is appreciated as a generous and uninvolved solution of great validity for optimum transport and overall functionality. The reception hall was the first item to be completed. Sheltered pedestrian routes have been provided between the station building and outside stops of public transport. All routes are more or less weatherproof. The station building as such has been designed as an attractive focus of the upper part of Bahnhofstrasse. For the time being, Plauen is the largest station building project in the GDR. The whole scheme will be completed 1976.

DK 725.312 725.31.052.4 (430.2)

Münch, G.

Bâtiment de réception à la gare de Plauen

Architektur der DDR, Berlin 24 (1975) 12, p. 736–741,
14 illustrations, 2 plan horizontaux, 1 coupe

Par la disposition nouvelle de la gare de Plauen, gare située aux jonctions de transit les plus importantes, on a réalisé une solution fonctionnelle généreuse et claire de la circulation. Le bâtiment de réception fut le premier bâtiment achevé. Les raccordements nécessaires réservés aux piétons entre la gare et les arrêts des moyens de communication de masse sont protégés contre les intempéries par la disposition de galeries et avant-toits. Ce bâtiment constitue un point culminent attractif urbanistique de la section supérieure de la rue de la gare. Il est planifié d'achever en 1976 ce plus grand projet de bâtiment nouveau d'une gare en RDA.

DK 711.417.4 (410)

Elvin, R.

Milton Keynes – A New Town in United Kingdom — 742

Architektur der DDR, Berlin 24 (1975) No. 12, pp. 742–749,
18 illustrations, 2 plans

Site works have begun in the United Kingdom for another New Town, Milton Keynes. Its target population will be 250,000, and this limit will be reached by the year 2000. Its relaxed housing density, based on single-storey to three-storey buildings, and its high percentage of open spaces are extraordinary characteristics for a city of such magnitude. High-rise structure will not even be built in the centre, but multi-storey complexes will be typical of this housing area. They will be connected by sheltered and glass-roofed pedestrian arcades, some of them with massive roofs and access or service roads on top of them.

DK 711.417.4 (410)

Elvin, R.

Milton Keynes – ville nouvelle en Angleterre

Architektur der DDR, Berlin 24 (1975) 12, p. 742–749,
18 illustrations, 2 plans

On a commercé à construire, en Grande Bretagne, une ville nouvelle qui sera nommée Milton Keynes et hébergera, après sa terminaison en 2000, un nombre de 250 000 habitants. La disposition très généreuse des zones d'habitation avec des bâtiments à un jusqu'à trois étages et une proportion élevée des surfaces libres sera un trait caractéristique de cette ville. Au centre on ne trouvera pas bâtiments élevés mais plutôt des complexes aux immeubles à plusieurs étages, raccordés par des arcades abritées et vitrées aux piétons, avec les rues d'accès disposées là-dessus.

Index 31 409